

Stenografischer Bericht

41. Sitzung des Landtages Steiermark

XVI. Gesetzgebungsperiode 11. Februar 2014

Beginn: 10.01 Uhr

Entschuldigt: Landeshauptmann Mag. Voves, Landesrat Seitinger, LTAbg. Ahrer und LTAbg. Persch

Mitteilungen: (7266)

A. Einl.Zahl 2498/1

A k t u e l l e S t u n d e auf Verlangen der Grünen betreffend „*Weitere Ausdünnung des ländlichen Raums*“

Begründung der Aktuellen Stunde: LTAbg. Schönleitner (7246)

Stellungnahme der Aktuellen Stunde: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (7251)

Wortmeldungen: LTAbg. LTAbg. Amesbauer, BA (7253), LTAbg. Dr. Murgg (7255), LTAbg. Hamedl (7258), LTAbg. Samt (7260), LTAbg. Schönleitner (7262), LTAbg. Kröpfl (7264)

D1. Einl.Zahl 2516/1

D r i n g l i c h e A n f r a g e der FPÖ an Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer

Betreffend: *Die nächste Therme geht baden: 4,5 Millionen Euro Steuergeld uneinbringlich verloren?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (7328)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (7332)

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Murgg (7339), LTAbg. Kogler (7343), LTAbg. Mag. Drexler (7344), LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (7350), LTAbg. Schönleitner (7354), LTAbg. Schleich (7358), LTAbg. Ing. Ober (7361)

Beschlussfassung: (7365)

D2. Einl.Zahl 2470/1

Dringliche Anfrage der FPÖ an Landeshauptmann Mag. Voves.

betreffend *"Kommen Banden aus dem Osten, schließt man 23 Posten"* – Rot-schwarze Expertisen zu Polizeipostenschließungen in der Steiermark

Begründung der Dringlichen Anfrage: Dipl.-Ing. Hadwiger (7365)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (7369)

Wortmeldungen: Dipl.-Ing. Hadwiger (7375), LTAbg. Klimt-Weithaler (7379), LTAbg. Mag.

Dr. Mayer, MBL (7380), LTAbg. Hamedl (7382), LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (7385),

LTAbg. Amesbauer, BA (7387)

Beschlussfassung: (7389)

1. Einl.Zahl 2247/4

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Hochwasserschutz Liesing - Kalwang*

Berichterstattung: LTAbg. Schönleitner (7268)

Beschlussfassung: (7268)

2. Einl.Zahl 2449/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen

Betreff: *11. Bericht für das Jahr 2013 und 5. Bericht für das Jahr 2014 an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010*

Berichterstattung: LTAbg. Schwarz (7269)

Beschlussfassung: (7270)

3. Einl.Zahl 2488/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen

Betreff: *12. Bericht für das Jahr 2013 und 6. Bericht für das Jahr 2014 an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010*

Berichterstattung: LTAbg. Schwarz (7270)

Beschlussfassung: (7270)

4. Einl.Zahl 2455/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2013/7): Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2012; Internationales*

Berichterstattung: LTAvg. Schwarz (7271)

Beschlussfassung: (7271)

N1. Einl.Zahl 2519/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Soziales, Arbeitsmarkt, KonsumentInnenenschutz, SeniorInnen, Jugend, Frauen, Familie und Integration

Betreff: *Novellierung des Behindertengesetzes betreffend Sachverständigengebühren*

Berichterstattung: LTAvg. Zenz (7271)

Beschlussfassung: (7272)

5. Einl.Zahl 2282/5

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Umwelt und Verkehr

Betreff: *Förderaktion Photovoltaik auf Schulgebäuden*

Berichterstattung: LTAvg. Ing. Jungwirth (7272)

Wortmeldung: LTAvg. Böhmer (7273)

Beschlussfassung: (7275)

6. Einl.Zahl 2495/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Finanzen und Beteiligungen

Betreff: *Fa. Prolactal GmbH, 4020 Linz, Betriebsstandort: 8230 Hartberg, Ferdinand-Leihstraße 40; Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH in Höhe von 1 Million Euro; Übernahme der Haftung in Höhe von max. 1,371.600,00 Euro (Haftungsvolumen)*

Berichterstattung: LTAvg. Schwammer (7276)

Wortmeldungen: LTAvg. Kogler (7276), LTAvg. Dr. Murgg (7277), LTAvg. Böhmer (7278), LTAvg. Erwin Lang (7279), Landesrat Dr. Buchmann (7280)

Beschlussfassung: (7281)

7. Einl.Zahl 2464/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport

Betreff: *Beschluss Nr. 732 des Landtages Steiermark vom 02.07.2013 betreffend die Unterstützung von Menschen die eine außerordentliche Lehrabschlussprüfung absolvieren wollen*

Berichterstattung: LTAAbg. Ederer (7282)

Wortmeldungen: LTAAbg. Ederer (7282), LTAAbg. Ing. Jungwirth (7284), LTAAbg. Getzinger, MAS (7290), LTAAbg. Amesbauer, BA (7293), Landesrat Dr. Buchmann (7295)

Beschlussfassung: (7297)

8. Einl.Zahl 2490/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Betreff: *Beschluss Nr. 509 des Landtages Steiermark vom 13.11.2012 (EZ 1530/4) betreffend Kostenbeiträge für Anstaltspflege bei Mehrlingsgeburten*

Berichterstattung: LTAAbg. Riener (7298)

Wortmeldung: BR Krusche (7298)

Beschlussfassung: (7299)

9. Einl.Zahl 2491/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Betreff: *Beschluss Nr. 541 des Landtages Steiermark vom 11.12.2012 (EZ 1583/4) betreffend Psychotherapie auf Krankenschein*

Berichterstattung: LTAAbg. Tschernko, MSc (7300)

Wortmeldungen: LTAAbg. Tschernko, MSc (7300), LTAAbg. Lechner-Sonnek (7304), LTAAbg. Riener (7308)

Beschlussfassung: (7310)

10. Einl.Zahl 2237/6

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport

Betreff: *Gleichstellung von PädagogInnen und BetreuerInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen bei Fortbildungsangeboten des Landes*

Berichterstattung: LTAAbg. Klimt-Weithaler (7311)

Wortmeldungen: LTAAbg. Klimt-Weithaler (7311), LTAAbg. Detlef Gruber (7317), LTAAbg. Böhmer (7318), Landesrat Mag. Schickhofer (7320)

Beschlussfassung: (7321)

11. Einl.Zahl 2351/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss: Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2013/6): Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige*

Berichterstattung: LTAbg. Ederer (7321)

Wortmeldungen: LTAbg. Kolar (7322), LTAbg. Ederer (7325)

Beschlussfassung: (7327)

Präsident Majcen: Hohes Haus, es findet heute die 41. Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreter und Vertreterinnen der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung und die Damen und Herren des Bundesrates.

An Entschuldigungen für den heutigen Tag liegen folgende vor: Es sind entschuldigt Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves und Herr Landesrat Johann Seitinger, Frau Landtagsabgeordnete Helga Ahrer und Herr Landtagsabgeordneter Ewald Persch.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen und ich frage, ob gegen die Tagesordnung ein Einwand besteht? Das ist nicht der Fall.

Bevor ich in die Tagesordnung eingehe, begrüße ich die Ortsgruppe Pöllauberg des Steirischen Seniorenbundes mit dem Herrn Obmann Alexander Schirnhofer an der Spitze. Ich danke für das Interesse, herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

Meine Damen und Herren, vom Landtagsklub der Grünen wurde am Mittwoch, den 29. Jänner, ein Antrag auf Abhaltung einer **Aktuellen Stunde** zum Thema „Weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes“ eingebracht. Gemäß § 71 der Geschäftsordnung des Landtages wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Lambert Schönleitner das Wort. Die Redezeit für diese Begründung beträgt 10 Minuten. Herr Landtagsabgeordneter Schönleitner, ich bitte dich um deine Wortmeldung.

LTabg. Schönleitner (10.03 Uhr): Danke, Herr Präsident! Herr Landeshauptmannstellvertreter – er war zumindest schon im Raum, werter zweiter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesräte auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich glaube, es ist wahrscheinlich nicht zum letzten Mal, es ist zu befürchten, dass wir über etwas Wichtiges in diesem Raum hier reden, was eigentlich von den beiden Regierungsparteien ... – Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie vertreten ja heute auch den Landeshauptmann, darum wende ich mich direkt an Sie, dass wir hier über ein Thema reden, was die steirische Bevölkerung massiv beschäftigt, nachdem ja schon vieles, wir wissen es, in den letzten Monaten hier in diesem Haus diskutiert wurde, was die Zukunft des ländlichen Raumes anbelangt. Es geht wie immer auch um die Glaubwürdigkeit dieser selbsterklärten Reformpartnerschaft. Es wird von der Bevölkerung nicht das erste Mal abgetestet. Stimmt das, was Sie behaupten, was Sie sagen, was Sie an Reformen aus meiner Sicht vermeintlich fürs Land weiter bringen oder ist dahinter auch nur eine Fassade und wenn man genauer hinschaut, passiert genau das, was eigentlich in den letzten Jahren vielfach passiert ist, dass nämlich die Menschen in den Regionen verstehen müssen, es wird weniger. Es werden ihnen Strukturen genommen, es wird unentwegt versprochen, alles wird besser, es werden schöne Pakete, wo Reform drauf steht, in die Auslage gestellt und wenn die Bevölkerung dann die Schachtel aufmacht, die schöne Masche weg gibt, dann ist nichts drinnen. Maximal eine Keule, wo der ländliche Raum wieder geschwächt wird. Ich möchte auf diese Glaubwürdigkeit gleich zu Beginn dieser Debatte eingehen, denn heute geht es um so ein wichtiges Thema, um das Thema der Sicherheit. Warum uns Grüne dieses Thema sehr wichtig ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das ist auch, weil ich glaube, man sollte diese Thematik nicht jenen überlassen, die damit Ängste schüren, die damit umgehen, wie sie immer umgehen, wenn irgendetwas weggenommen wird, nämlich auch auf Minderheiten hinzuweisen. Uns Grünen ist wichtig, (LTabg. Amesbauer, BA: „Na, geh!“) dass auf der anderen Seite, Kollege Amesbauer, die Landesregierung versteht und ich glaube, das ist das, was die Bevölkerung bei dieser Debatte einfordert, dass es erforderlich gewesen wäre, hier in Wien entschlossen aufzutreten und de facto ein Signal zu senden, dass man so mit den ländlichen Regionen nicht umgehen kann und das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ist letztendlich ein Wichtiges. Ich möchte zu Beginn auf diese Glaubwürdigkeit der Reformpartnerschaft eingehen. Ich habe recherchiert und habe da etwas gefunden, was wirklich, glaube ich, heute hier genannt werden muss. Der Herr Landeshauptmann ist zwar

nicht hier, aber Sie vertreten ihn, da gibt es einen wunderschönen Artikel, der heißt „Mit Sicherheit für die Steiermark“, das war nicht vor vielen Jahren, das war vor Weihnachten des vergangenen Jahres, da hat der Herr Landeshauptmann, die Spitze der steirischen Reformpartnerschaft, Folgendes gesagt: „Sowohl die objektive Sicherheit, als auch das subjektive Sicherheitsgefühl bei jeder und jedem Einzelnen“, so der Landeshauptmann, „von uns bestimmen unser Denken und oft auch unser Handeln, sind entscheidende Bestandteile einer guten Lebensqualität und die Landesregierung, die Reformpartnerschaft“, geht dann weiter, „zum Wohle aller Steirerinnen und Steirer ist es daher besonders wichtig, dass die bestehenden sicherheitspolitischen Einrichtungen erhalten bleiben und diese, so der Landeshauptmann, im Rahmen einer zukunftsweisenden und zielführenden Sicherheitspolitik sogar noch ausgebaut und gestärkt werden. Dafür werde ich mich auch weiterhin mit aller Kraft einsetzen“. So die Spitze der steirischen Landesregierung. Verstehen Sie jetzt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, warum die Menschen dieser Reformpartnerschaft letztendlich einfach nicht mehr glauben? Es war bei der Gemeindestrukturreform so, da haben Sie Gemeinden ausradiert, da sind Sie einfach drüber gefahren, nicht, dass sich nichts ändern sollte, ich glaube, es kann sich etwas ändern, nur, man muss die Bevölkerung mitnehmen und ich maße mir ja überhaupt nicht an, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass ich der Wissende im Sicherheitsbereich bin. Aber wie Sie wissen, hat es Stimmen gegeben, jetzt anhand dieser Debatte, wo es um die Schließungen von 21 Polizeidienststellen in der Steiermark geht, die fachlich hochkompetent waren (*LTA*bg. Mag. Drexler: „23.“) – 23, Herr Klubobmann Drexler, Sie haben Recht. Es hat Stimmen gegeben des Bezirkshauptmannes in Liezen, es hat Stimmen gegeben des Bezirkshauptmannes in Murau, die für mich letztendlich ausschlaggebend sind. Das sind Menschen, die wissen, wie es aussieht. Der Bezirkshauptmann von Liezen war ja auch lang im Innenministerium tätig und der sagt zum Beispiel, was das Beispiel Ramsau angeht, was das Beispiel Wildalpen angeht, dass hier letztendlich nicht überlegt wurde, was das für Konsequenzen hat. Wir haben viele Beispiele hier in den letzten Wochen genannt bekommen von unterschiedlicher Seite, von Fachleuten, die vor allem darüber bestürzt waren, wie wieder vorgegangen wurde, nämlich, dass die Betroffenen vor Ort in keiner Weise eingebunden waren. Der Bezirkshauptmann von Murau, Dr. Florian Walter, hat gesagt, das ist ja sinngemäß unerhört. Nicht einmal die Sicherheitsbehörde erster Instanz, die jeweilige Bezirkshauptmannschaft, wird in derartig wichtige Entscheidungen eingebunden. Das hat er nicht verstanden. Wichtige und wirklich wissende Experten aus dem Polizeidienst selbst berichten uns, und das sind nicht wenige, dass

bei den letzten Schließungswellen – und wir wissen, es waren viele, also seit Beginn der 90er-Jahre bis 2001 hat es ja mehrere Schließungswellen gegeben –, nie eingetreten ist, was versprochen wurde. Darum ist man jetzt sehr vorsichtig und gibt es diesen Aufschrei in der Bevölkerung. Immer wieder hat es geheißt, es werden mehr Polizeibeamte/-beamtinnen auf der Straße sein. Immer wieder hat es geheißt, es wird sich verbessern, die Präsenz der Polizei wird besser werden, erlebt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, haben wir in den meisten Fällen ganz etwas anderes. In Wirklichkeit ist die Sicherheit zurückgefahren worden. Und was mir noch wichtig ist bei dieser Begründung zur Aktuellen Stunde, das ist schon auch, auf die zunehmende Privatisierung der Sicherheitsdienstleistungen einzugehen. Wir Grüne haben immer gesagt, uns ist es wichtig, dass der Bereich der Sicherheit von öffentlicher Seite ausreichend mit Ressourcen versehen wird, ausreichend wahrgenommen wird und wir erleben derzeit das Gegenteil. Sie wissen ganz genau, dass Sicherheitsdienste – teilweise sind es Leute, die vielleicht zwei Tage, drei Tage eine Ausbildung genossen haben – hier zunehmend Dienste übernehmen, die ganz klar Aufgabe der öffentlichen Hand wären. Wenn wir uns das steirische Beispiel der Gemeinde Wundschuh anschauen, (*LTA*bg. Hamedl: „Die Kernaufgabe der Sicherheit macht die Polizei und nicht der private Sicherheitsdienst. Glauben Sie mir das, ich rede mit ihnen.“) Lieber Edi Hamedl, wenn mir es deine Kollegen, darf ich dir sagen, nur glauben würden, weil die sagen nämlich ganz etwas anderes. Dann stelle ich dir eine Frage: Wie erklärst du dir das, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Wildalpen bis hinunter an die südliche Grenze unseres Bundeslandes erklären, sie überlegen, diese Sicherheitsdienste bewusst anzukaufen und zuzukaufen im privaten Bereich, weil die Polizei nicht ausreichend ausgestattet ist? Die Beamten, die im Dienst sind, bemühen sich, aber die berichten uns das. Und jetzt sagst du mir, als eigentlich einer, der es wissen müsste, das sei alles nicht so und sagst, das ist Kernaufgabe der Polizei. Ja, was ist mit dem Beispiel Wundschuh? Du kennst das ja, 1.600 Euro monatlich zahlt die Gemeinde Wundschuh für einen Sicherheitsdienst, darf ich dir sagen. Und das ist genau das, was passiert. Nämlich weg von der öffentlichen Sicherheit in den privaten Bereich hinein und auch weg vom Bundesbudget, weil dort, vom Budget des Bundes, dort ist es ja angesiedelt, hin zum Budget der Gemeinden und dann sagst du, das ist alles nicht so. Also du weißt ganz genau, dass sich diese Sicherheitsdienstleistungen in den letzten, ich glaube 10 Jahren, nahezu verzehnfacht haben, vermehrfacht haben, jedenfalls, da gibt es Zahlen, die das belegen und das muss man letztendlich doch auch einmal zur Kenntnis nehmen. Es kommt auch dazu, dass wir 2.569, entnehme ich den Medien, Polizeibeamte laut Plan in der Steiermark hätten, in

Wirklichkeit sind es nur 2.445, also es ist schon ein Mangel gegeben. Herr Landeshauptmannstellvertreter, wissen Sie, warum wir das so kritisieren? Alles, was Sie gesagt haben, z.B. auch im Bereich Graz, haben Sie hier im Landtag gesagt, 300 Polizistinnen und Polizisten mehr werden kommen und werden hier Dienst tun. Wir haben nichts davon gesehen. Sie haben seinerzeit bei den Reformen immer wieder versprochen, es werde die Sicherheit nicht zurückgefahren. Die Bevölkerung nimmt offenbar etwas anderes wahr. Ich glaube, es ist wichtig, endlich den Regionen die Gewissheit zu geben, dass nicht mehr weiter „hinuntergefahren“ wird (*Beifall bei den Grünen*) mit der Infrastruktur, Herr Landeshauptmannstellvertreter, am Land. Sie haben genug Möglichkeiten, Regionen in der Steiermark zu unterstützen. Nur, Sie tun es nicht. Die Steiermärkische Landesregierung geht den gegenteiligen Weg. Sie schließt Schulen, sie geht her, im Bereich der Gesundheitsversorgung fährt sie zurück, es gibt viele Debatten hier in diesem Haus, die belegen, auch entlang der Gemeindestrukturreform, dass wesentliche Dinge nicht getan werden. Wir haben keinen neuen Finanzausgleich, da tut sich keine Initiative aus der Steiermark Richtung Wien auf, wo sie sagen würden, das ist wichtig, das müssen wir tun – Finanzausgleich wieder zwei Jahre verlängern. Wenn man sich diese ganze Entwicklung anschaut – Postamtsschließungen, etc. –, dann ist halt irgendwann einmal der Punkt erreicht, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wo es auch wichtig wäre, Signale zu setzen. Ich sage Ihnen jetzt abschließend noch ganz konkret, was zu tun wäre, denn das blenden Sie ja immer aus, zu tun wäre Folgendes, nämlich einmal sowas wie ein Verschlechterungsverbot, ich sage es ganz klar, bei öffentlicher Infrastruktur, bei öffentlicher Ausstattung der Regionen zu verankern; das betrifft den öffentlichen Verkehr, das betrifft Einrichtungen, wie jetzt Polizei. In Wirklichkeit wäre es wichtig zu sagen: „Weniger darf es nicht mehr werden“, und dann der zweite Schritt wäre, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie endlich hergehen und das tun, was viele andere europäische Regionen getan haben, nämlich im Bereich der regionalen Förderung einen Masterplan aufzustellen und etwas zu tun im Bereich der Raumordnung. Wir brauchen keine zusätzlichen Einkaufszentren mehr, die die Innenstädte bedrängen, es wäre längst an der Zeit, Herr Landeshauptmannstellvertreter, eine Stellplatzabgabe zu machen, um hier quasi jenen Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“, die schon bestehen, Mittel weg zu nehmen und es den Ortskernen hin zu geben. Es wäre höchst an der Zeit, de facto zu sagen: „Wir müssen, wenn wir der Feinkostladen der Steiermark sein wollen, im Biolandbau etwas weiter bringen.“ Da gäbe es viele Dinge. Nur diese Dinge die sehen wir leider nicht und die Polizeischließungen und damit bin ich dann auch schon am Ende meiner Begründung, sind

letztendlich ein weiterer Beweis, dass Sie eines nicht tun, dass Sie nämlich in Wien die Interessen der (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte zum Ende zu kommen.“*) – Herr Präsident, ich bin sofort am Ende, letzter Satz –, Herr Landeshauptmannstellvertreter, die steirischen Interessen aktiv und mit Kraft vertreten. In Wirklichkeit schimpfen Sie ab und zu vor dem Semmering leise dahin in Richtung Wien, aber umsetzen im Sinne des Bundeslandes tun Sie bei Leibe sehr, sehr wenig. (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter.“*), das spürt die Bevölkerung und deshalb glaube ich, ist es wichtig, dass Sie jetzt hier glaubwürdig versichern, letzter Satz, glaubwürdig versichern, dass Sie initiativ werden, aus der reformpartnerschaftlichen Hängematte heraussteigen und die Steiermark bei den Polizeischließungen hier unterstützen, damit sie zurückgenommen werden. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 10.15 Uhr*)

Präsident Majcen: Ich erteile dem, als Vertreter des als zuständig bezeichneten Regierungsmitgliedes Mag. Franz Voves, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer das Wort zur Abgabe einer Stellungnahme, die Redezeit beträgt 10 Minuten. Herr Landeshauptmann, ich bitte dich um deine Wortmeldung.

Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (10.16 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves ist krankheitsbedingt für die heutige Landtagssitzung entschuldigt. Als Stellvertreter darf ich daher seine Stellungnahme zur Aktuellen Stunde zum Thema „Weitere Ausdünnung des ländlichen Raums“ verlesen, weise aber darauf hin, (*Abgeordnete der FPÖ halten Plakate in die Menge; LTAbg. Mag. Drexler: „Kollegen, ihr könntet euch noch ein Blaulicht aufsetzen.“*), damit keine Missverständnisse aufkommen, dass ich mich mit dem Inhalt der Stellungnahme des Landeshauptmannes identifiziere. Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren! Die Grünen beklagen in der Begründung für diese Aktuelle Stunde Streichungen und Schließungen von Nahversorgern, Postämtern, Schulen und Polizeistationen und werfen SPÖ und ÖVP vor, keine Konzepte zur Erhaltung des ländlichen Raums zu haben, während die Abwanderung zu einem immer größeren Problem wird. Aber – und das lassen Sie völlig außer Acht – die Abwanderung ist ja nicht ein steirisches Alleinstellungsmerkmal, sondern ein Trend, der weltweit beobachtet wird. Wir in der Steiermark waren uns dieser Problematik schon sehr früh bewusst und haben mit Regionext und vor allem mit der von Ihnen so gezeißelten Gemeindestrukturreform Gegensteuerungsmaßnahmen mit dem Ziel gesetzt, den ländlichen Raum und damit Heimat

zu erhalten und zu stärken. In Zukunft wird nicht mehr mit der Gießkanne in der Hand durchs Land gefahren, um 542 Einzelwünsche zu erfüllen, sondern Fördergelder werden gebündelt, um damit impulsgebende Projekte – in den kleinen regionalen Zentren im ländlichen Raum – umzusetzen. Denn eines ist klar: Nur wo Arbeitsplätze und ein attraktives Lebens- und Wohnumfeld mit guten Aussichten auf Bildung und Familie vorhanden sind, dort werden Menschen sich auch in Zukunft ansiedeln. Sie, meine Damen und Herren der Grünen, hingegen, verwechseln offensichtlich Ursache und Wirkung. Abwanderung aus vielen Teilen der Steiermark erfolgt nicht, weil bös- oder mutwillig Schulen, Nahversorger und Postämter geschlossen werden, sondern diese Schließungen erfolgen deshalb, weil diese Dienstleistungen auf Grund der wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen sowie der demografischen Entwicklung auf keine ausreichende Nachfrage stoßen. Deshalb haben die Reformpartner ein Konzept entwickelt, um den ländlichen Raum nachhaltig zu stärken. Auch durch die Gemeindestrukturreform, welche die Gemeinden für die nächsten 50 bis 60 Jahre fit macht, damit diese ihren Aufgaben auch in Zukunft nachkommen können. Nun zu den Schließungen von Polizeidienstposten: Ihre Behauptung, die Reformpartner hätten sich im Gegensatz zu anderen Landeshauptleuten, namentlich wurde der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser genannt, nicht gegen die Schließungen von Polizeidienststellen in der Steiermark gewehrt, stimmt nicht, meine Damen und mein Herr der Grünen. Ihnen ist mediale Aufmerksamkeit offensichtlich wichtiger als ein positives Ergebnis unterm Strich. Der Vergleich macht wieder einmal sicher. In Kärnten werden nahezu 25 Prozent aller derzeit bestehenden Polizeiinspektionen geschlossen. Im Burgenland, wo ebenfalls lauter Widerstand kundgetan wurde, sind es an die 18 Prozent. Im Gegensatz dazu ist es in der Steiermark gelungen, durch ein bewusst anderes Auftreten gegenüber dem Innenministerium, den Prozentsatz der zu schließenden Posten von anfänglich 23 Prozent auf nunmehr 15 Prozent zu reduzieren. Das heißt: „Wer am lautesten schreit, erreicht nicht automatisch mehr“. Das ist die Wahrheit, schade, dass die Grünen in der Steiermark statt Objektivität nur mehr reinen politischen Populismus zum Parteiprogramm erhoben haben. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Lassen Sie mich zu Ihrem Befund, dass sich der Staat von seinen sicherheitspolizeilichen Aufgaben zunehmend verabschiedet und diese privatisiert, ganz generell festhalten, dass ich mich sicher nicht berufen fühle, die Reformen, die das Innenministerium in den letzten Jahren durchgeführt hat, politisch zu verteidigen oder inhaltlich zu begründen. Das gilt natürlich auch für die aktuellen Postenschließungen. Ebenso oft, wie ich Ihnen die Gemeindestrukturreform erklärt habe, habe ich in diesem Haus auch schon darauf

hingewiesen, dass die sicherheitspolizeilichen Aufgaben der öffentlichen Hand eine ausschließliche Bundeskompetenz darstellen. Weder die Landesregierung noch der Landeshauptmann sind für Organisation, Struktur und Personalentwicklung der Exekutive zuständig. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis und bringen Sie Ihre Bedenken – seien sie nun berechtigt oder nicht – dort an, wo sie hingehören, nämlich im Nationalrat bzw. bei der Bundesregierung vor. Warum glauben Sie denn, dass fast zeitgleich Frau Bundesministerin Mikl-Leitner am Kleine-Zeitung-Telefon diesbezügliche Fragen beantwortet und eben nicht der steirische Landeshauptmann. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.22 Uhr)*

Präsident Majcen: Ich bedanke mich für diese Stellungnahme und komme zur weiteren Abwicklung.

Die Redezeit der weiteren Teilnehmer, meine sehr geehrten Damen und Herren, Teilnehmer und Teilnehmerinnen in der Aktuellen Stunde beträgt fünf Minuten. Die Redezeit von weiteren Mitgliedern der Landesregierung ist auf die Redezeit jenes Klubs anzurechnen, dem sie angehören. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landtagsabgeordnete Amesbauer. Ich erteile ihm das Wort.

LTabg. Amesbauer, BA (10.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben in Ihren Ausführungen gesagt, Sie haben ein Konzept zur Stärkung des ländlichen Raumes. Was erleben wir aber jetzt in den letzten Jahren von Seiten des Landes und des Bundes? Im Bund sind ja die gleichen Parteien am Werk wie in der Steiermark in der Regierung. Sie negieren das gerne, Sie trennen das, aber wir erleben hier seit Jahren genau das Gegenteil, nämlich eine massive Ausdünnung genau des ländlichen Raumes. Sie schließen Schulen, Sie schließen Krankenhausabteilungen, Postämter werden geschlossen, die Infrastruktur wird immer mehr zurück gefahren und jetzt sind noch die Polizeidienststellen dran, also, meine Damen und Herren der selbsternannten Reformpartnerschaft, das ist ja wirklich ein tolles Konzept zur Stärkung des ländlichen Raumes. Also, ich hoffe, das glauben Sie ja selbst nicht. Das sind ja auch immer wieder, wenn man bei Veranstaltungen ist, ob das ein Feuerwehrfest ist, ob das ein Zeltfest ist, ob die Musik etwas feiert in den Kommunen, hört man das immer wieder von den Vertretern Ihrer Parteien, wir kämpfen für die Stärkung des ländlichen Raumes. Meine Damen und Herren,

das sind Sonntagsreden, weil die Wahrheit sieht leider ganz anders aus. In Wahrheit ist es ja so, dass Sie mit Ihren Strukturreformen ..., Sie sagen Reformen dazu, aber eine Reform ist noch lange kein Zusperrren. Mit Ihrer Ausdünnungspolitik, wie in einer „Salamitaktik“ Stück für Stück, entziehen Sie den Menschen die Lebensgrundlage im ländlichen Bereich, meine Damen und Herren. Ich meine, wohin soll das denn führen? Wollen Sie, dass die obersteirischen Regionen menschenleer werden und nur mehr sehr alte Menschen dort leben, die dann Wochenendveranstaltungen, Folklorekulturveranstaltungen und Brauchtumsveranstaltungen für die Städter aufführen, die urlauben? Also diese Worte sind jetzt nicht von mir, die sind von Ihrem SPÖ-Bürgermeister aus St. Sebastian, der das gesagt hat, ganz deutlich, warum siedeln Sie uns denn nicht gleich ab? Scheinbar wollen Sie das nicht. Sie wollen die Politik der Ballungsräume, der Zentren – das wollen aber wir nicht. Ich sage Ihnen auch gleich an die Adresse der Abgeordneten hier vom Bereich Leoben und Bruck-Mürzzuschlag, diese Konzepte, die da in letzter Zeit wieder hochkommen von dieser obersteirischen Großstadt, von Bruck-Kapfenberg-Leoben bis nach Trofaiach mit über 100.000 Einwohnern, vergessen Sie das. Das wollen die Menschen nicht und das schwächt den ländlichen Raum zusätzlich, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Es ist auch kein Konzept *(LTAvg. Dr. Bachmaier-Geltewa: Unverständlicher Zwischenruf)*, Frau Kollegin Bachmaier-Geltewa, das ist ja kein Konzept, bitte. Das ist ja kein Konzept, da werden ja die umliegenden Kommunen noch mehr ausgeblutet. Ist das ein Konzept? Was ist denn das? Was ist denn das für eine Politik? Das ist ja keine Politik. *(LTAvg. Mag. Drexler: „Wissen Sie schon, Herr Kollege, wie diese Stadt heißen wird?“)* Das weiß ich nicht, ich hoffe, dass es diese Stadt nie geben wird. *(LTAvg. Mag. Drexler: „Eisenstadt.“)* Ich hoffe, dass es diese Stadt nie geben wird, Herr Kollege, weil, wenn wir auch schon reden über das Wesen einer Gemeinde, dann sollte das schon auch sein, dass eine Gemeinde, eine Stadt, schon ein zusammenhängendes Siedlungsgebiet ist und nicht eine Autobahn dazwischen ist. Das gehört auch dazu, wenn Sie sich geografisch die Sache anschauen. *(LTAvg. Schwarz: „Dann ist aber Wien keine Stadt.“)* Meine Damen und Herren! *(LTAvg. Schwarz: „Sauerei, Wien ist keine Stadt.“)* Ja, Herr Schwarz, dass Sie sich nicht auskennen, das ist ja nichts Neues. Meine Damen und Herren, es geht um die Tatsache *(allgemeine Unruhe)*, dass Sie mit gezinkten Karten spielen. Sie sagen schlicht und einfach nicht die Wahrheit und diese Polizeidienststellenschließungen, diese Schließung von Polizeiposten, lieber Edi, du weißt das ganz genau, das ist nicht nur eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raumes, weil das schadet nicht nur dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, das ist tatsächlich ein

Anschlag auf die Sicherheit der Bevölkerung – genau; und gerade in Zeiten wie eben, wo die kriminellen Banden aus Osteuropa in die Steiermark einströmen und hier ihr Unwesen treiben, meine Damen und Herren. Ich komme aus einem Bezirk, wo viele Asylwerber sind und da steht die Kriminalität tagtäglich auf der Tagesordnung, meine Damen und Herren. Nehmen Sie das endlich einmal zur Kenntnis. (*Beifall bei der FPÖ*) Eines sage ich Ihnen auch, die Menschen vertrauen Ihnen nicht mehr. (*LTabg. Schwarz: „Die kommen über die Autobahn.“*) Eines sage ich Ihnen auch, die Menschen vertrauen Ihnen nicht mehr, die Menschen glauben das auch nicht mehr. Ich lade Sie ein, kommen Sie einmal in unsere Region. Reden Sie wirklich mit den Menschen, aber das tun Sie ja nicht. Das tun Sie ja nicht – Sie sind ja schon entfernt von der Menschheit mit der ganzen Gemeindefeststellungsreform und mit den ganzen Reformen, wie Sie das nennen – die Krankenhausschließungen, die Postamtsschließungen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Sind das überhaupt Menschen?“*) Ja, Herr Drexler, bitte hören Sie auf mit dem Schmäh, das glaubt Ihnen ja kein Mensch. Das können Sie, Herr Drexler. Wissen Sie, wen Sie überzeugen können? Maximal mit Mühe und Not Ihren eigenen Landtagsklub, aber dann war es das schon. Meine Damen und Herren, reden Sie nicht nur von der Stärkung des ländlichen Raumes, handeln Sie auch danach und hören Sie mit diesem Zusperrwahn auf. (*Beifall bei der FPÖ – 10.28 Uhr*)

Präsident Majcen: Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Dr. Murgg. Herr Abgeordneter, bitte.

LTabg. Dr. Murgg (10.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werter Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Schade, dass der Herr Landeshauptmann heute nicht da ist, weil eigentlich müsste man diese ganze Kritik unmittelbar an ihn adressieren, aber ich habe gehört, er hat, ich glaube eine Operation gehabt, ich wünsche ihm auch auf diesem Weg alles Gute. Bitte das jetzt von meiner Redezeit abziehen, werter Herr Präsident, weil, ich habe ohnehin nur ... (*allgemeine Belustigung*) – nein, er hat eh noch nicht eingeschalten, er hat noch gar nicht eingeschalten, aber jetzt fange ich an, fünf Minuten ist nicht viel. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben gesagt, wenn jemand, so wie die Grünen, Kritik übt, ich sage „berechtigte Kritik“, dann ist das Populismus. Sie sagen uns hier – seit, ich möchte fast sagen Jahren – eigentlich seit dem Jahr 2010, dass, obwohl Sie vor Ort im ländlichen Raum Spitäler, Schulen, jetzt wird es Gemeindeinfrastruktur sein etc., ausdünnen, zusperren, dass das den Menschen draußen im

ländlichen Raum gut tut. Also wenn das kein Populismus ist, dann frage ich mich, was das ist, was Sie hier immer unter „Reform“ zum Besten geben? Ich würde meinen, es ist absolute Realitätsverweigerung. Natürlich ist nicht nur die Landesregierung am Ausdünnen des ländlichen Raumes beteiligt. Lambert Schönleitner hat es eh schon angesprochen: ÖBB, die Nebenbahnen, ich will nicht alle aufzählen, also was da in der Steiermark in den letzten Jahren passiert ist, weil da bräuchte ich allein dafür 15 Minuten, aber es sind eine Menge von wichtigen kommunalen Schienensträngen auch für den Personennahverkehr zugesperrt worden und wir wissen, Radkersburg-Spielfeld ist aktuell bedroht. Die Post, auch eine Bundessache, ich habe da ein Blatt gehabt aus dem Jahr 2009, zufällig, weil ich mich ein bisschen schlau gemacht habe. Da ist ein großer Protest in den Zeitungen gewesen: 29 steirische Postämter zugesperrt. Natürlich sind es in der Zwischenzeit viel, viel mehr geworden. Jetzt ist es so, dass das Land Steiermark auf diesen Zug, auf den in die falsche Richtung fahrenden Bundeszug, aufspringt. Gemeindefusionen – brauchen wir jetzt nicht wieder alles aufwärmen – ist zig-Mal in diesem Haus diskutiert worden, aber sich hier, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hinzustellen und sagen, wenn es statt 542 Kommunen nur mehr 200 – ich weiß nicht mehr wie viele – gibt, dann ist es nicht die Gießkanne. Ja, die Köpfe bleiben ja dieselben draußen und wenn Sie eine Gemeinde haben, wo vorher vier Kommunen waren und die haben eine Summe X bekommen und jetzt ist es eine Kommune, die hat aus den vier Gemeinden eine Gemeinde gemacht und die kriegen dann mehr; die werden nicht mehr kriegen, höchstens bis zum Jahr 2016 kriegen sie vielleicht mehr, wenn sie ein Glück gehabt haben, dass sie über die 10.000 waren. Aber Sie wissen genau so gut wie ich, dass, wie das im Jahr 2016 weitergehen wird, dies in den Sternen steht. Und wenn dann Bürgermeister Abl aus Trofaiach jetzt schon ausschwärmt und sozusagen mit den 10.000er-Kommunen eine Arbeitsgemeinschaft gründen will, dann hat das genau damit zu tun, weil er natürlich weiß, dass dieses Weiterschreiben über 2016 hinaus von diesem Finanzausgleich sehr, sehr fraglich ist. Ich fürchte, die Gemeinden werden dann aus den Finanzausgleichen nicht mehr Mittel kriegen, sondern, gerade wenn man die heutige Zeitung liest – Hypodebakel, dann wird wahrscheinlich weniger Geld im Körberl sein und dann kriegen diese Köpfe, die jetzt eben auf fünf aufgeteilt wurden und eine Million meinerwegen bekommen haben, die werden dann zwar nur mehr auf eine Kommune aufgeteilt sein, nur mehr 800.000 kriegen. So wird es ausschauen am Ende des Tages, aber Sie werden wahrscheinlich auch in Pension sein und sich hier nicht mehr ..., oder vielleicht sind Sie dann Präsident des Landtages. Gut, dann kann man Sie auf Ihr seinerzeitiges Versprechen

hinweisen. Schulen, haben wir schon gehört, ich habe mir da ein Zitat raus geschrieben vom ÖVP-Politiker Landtagspräsident Purr: „Mit der Schließung von Fachschulen in den Regionen wird die Abwanderung verstärkt.“ Sie sagen genau das Umgekehrte. Sie sagen, die Fachschulen gehen weg, weil die Leute dort ihre Kinder nicht mehr in die Fachschulen schicken sollen und deswegen ziehen sie weg. Es ist nicht so. Sie machen eine Politik, die es den Menschen draußen im ländlichen Raum immer schwerer macht, wenn man nicht wirklich mit dem Herzen so an diesem ländlichen Raum hängt, dass man sagt: „Dort bleibe ich, eigentlich ist es für meine Kinder und für mich besser, auch wenn ich nach Graz ziehe.“ Ich könnte jetzt die Spitäler nennen, es blinkt schon, und jetzt sind wir eben bei den Polizeidienststellen. Schade, dass der Herr Landeshauptmann nicht da ist, ich wollte ihm das auch vorlesen, der Lambert Schönleitner hat es gemacht, aber das ist diese unehrliche Politik. Vor drei, vier Jahren sagen: „Wir kämpfen“, und dann hinter verschlossenen Türen und es kommt nichts raus – oder Bundesrat Wilhelm, im Bundesrat dagegen stimmen. Danke, dass du mich darauf aufmerksam gemacht hast. Da ist ja der andere, Bundesrat Krusche – nicht im Bundesrat dagegen stimmen, gegen einen Antrag, dass die Polizeidienststellen bleiben und in St. Peter schreien wir dann: „Ungeheuerlich, was da passiert.“ Diese Art von Politik zu machen, geht den Menschen draußen bis daher und das führt zu Politikverdrossenheit und das ist in Wirklichkeit ein schweres Vergehen gegen die Demokratie. Ich möchte nur eines sagen, dann höre ich auf: Wenn ich Mikl-Leitner bin, dann weiß ich, was ich Ihnen sage hinter verschlossenen Türen. Vielleicht hat sie Ihnen das ohnehin gesagt, wir werden ja heute noch eine Debatte haben, wir werden auch einen Antrag einbringen. Weil, ich sage Ihnen, was wollen Sie, Herr Landeshauptmann und Herr Landeshauptmannstellvertreter? Sie sperren selber alles zu und mir sagen Sie, dass ich die Polizeidienststellen nicht reduzieren darf, obwohl Sie genau wissen, wie wir finanziell krachen? – also wie eine sprichwörtliche „Kaisersemmel“. Vor diesem Hintergrund sind Sie tatsächlich in diese Gespräche eingetreten und da war natürlich von vornherein klar, dass nicht viel herausgekommen ist. Das ist leider die Realität und den Trend umzukehren, das müssen Sie schaffen. Aber da gehört eine andere Infrastrukturpolitik gemacht, wo man offensiv (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte!“*) Finanzmittel in den ländlichen Raum investiert und das machen Sie nicht, sondern Sie schauen zu wie „das Karnikel vor der Schlange“ und versuchen dann irgendwie zu sagen: „Ja, da tun wir das.“ (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte die Redezeit wirklich einzuhalten.“*) Das Gegenteil machen Sie. Danke, Herr Präsident. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 10.35 Uhr*)

Präsident Majcen: Bevor ich die nächste Wortmeldung erteile, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse der Neuen Mittelschule Feldbach unter der Leitung von Frau Dipl.-Päd. Gabriela Treichl und Frau Dipl.-Päd. Michaela Trummer sowie Frau Dipl.-Päd. Renate Kaufmann herzlich. Danke für das Interesse. *(Allgemeiner Beifall)*

Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Eduard Hamedl. Herr Abgeordneter, ich bitte dich um deine Ausführungen.

LTAbg. Hamedl (10.35 Uhr): *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Edi, mach was.“)* Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Landesregierer, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne!

Sie erleben heute wieder einmal, wie in vielen Bereichen populistisch von unseren ReformverweigerInnen hier Politik gemacht wird und, lieber Lambert Schönleitner, der Herr Landeshauptmann Voves hat dir vor einiger Zeit einmal bei einer Landtagsdiskussion gesagt, du bist der Strache 2, du bist der Strache der Grünen und mehr Populismus *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Nicht den HC beleidigen.“)*, als du auf den Tisch bringst, kann man gar nicht bringen, lieber Kollege. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Du hast, lieber Kollege Lambert, zwar gemeint, du weißt nicht alles, aber anscheinend mutest du dir doch zu, genau in diesem Sicherheitsbereich alles besser zu wissen als alle anderen. An alle, zum wiederholten Male wird hier im Landtag versucht, die ganze Reform, die von uns gemacht wird, schlecht zu reden. Das ist keine schlechte Reform. Die Reform ist notwendig, um in Zukunft genau den ländlichen Raum auch zu stärken und vor allem auch die Zukunft der Steiermark zu sichern, meine Damen und Herren. Das ist das Entscheidende. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Und wie machst du das, wie machst du das genau?“)* Wie machst denn du das? Wie machst denn du das? Kannst dich ja noch einmal melden, kannst es uns dann ja sagen. Ihr habt kein Programm, das ist das Problem. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Du hast ein Glück, dass du schon in Pension bist.“)* Aber natürlich, lieber Kollege, auch wenn ich in Pension bin, ich habe 40 Jahre Polizeidienst gemacht, ich war Streifenfahrer, ich war in der mittleren Führungsebene, ich habe schwere Fälle verhandelt, ich war in Lassing und Kaprun im Einsatz. Also bei der Polizeiarbeit, lieber Kollege, brauchst du mir nichts sagen. Da kenne ich mich aus, auch wenn ich jetzt seit einem Jahr in Pension bin. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Dass die Grünen mehr Polizei fordern, das finde ich ja wirklich sehr, sehr positiv, aber ich kann mir das auch vorstellen, wenn auf der anderen Seite eure

Bundesgenossen draußen in Wien schauen, dass der „schwarze Block“ reinkommt und da randaliert. Natürlich braucht man dann mehr Polizisten, um auch dieses Land vor Zerstörung zu schützen, lieber Kollege Schönleitner. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Jetzt ein paar sachliche Dinge zu dieser Reformpolitik von der Polizei. Wir haben ja heute noch eine große Debatte, ich werde aber trotzdem einige Dinge sagen. Diese dritte Reform jetzt war natürlich ein logischer Schritt von zwei Schritten vorher. Es ist die Polizei und die Gendarmerie zusammengeführt worden und der nächste Schritt war, von 23 Führungsebenen auf neun Führungsebenen herunter zu brechen. Und jetzt natürlich, meine Damen und Herren, hat man auch geschaut, wo kann man mehr Sicherheit geben oder Posten zusammenlegen, ohne dass es weniger Sicherheit gibt. *(LTabg. Amesbauer, BA: „Edi, das ist unlogisch.“)* Warte einmal, Kollege. Sie werden mir ja Recht geben, die Reform oder die Stellen wurden nicht von uns, auch nicht vom Bundesministerium, sondern wurden von der Landespolizeidirektion vorgeschlagen. Die haben gesagt, wir könnten 35 Polizeiinspektionen zusammenlegen, ohne dass dadurch die Sicherheit gefährdet wird. Ihr ward schon da draußen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das waren Fachleute, die sich sehr genau in der Strategie, in der Zielrichtung, im Personalwesen und in der Logistik auskennen und die auch im Grundsatz für die Führung der Polizei und für die Sicherheit in diesem Land verantwortlich sind. Natürlich wurde auch auf verschiedene Umstände wie Größe der PI – wie viele Beamte machen dort Dienst, wie weit ist die nächste Dienststelle entfernt, wie ist der Zustand der Polizeiinspektion und wie schaut natürlich auch die geografische Lage aus – Rücksicht genommen. 35, wie gesagt, wurden vorgeschlagen und es ist gelungen, trotzdem, obwohl wir kein Mitspracherecht haben, das unser Herr Landeshauptmannstellvertreter und der Landeshauptmann Voves in Gesprächen auf 23 reduzieren konnten. Also so viel zum Nichttagieren. Herr Landeshauptmannstellvertreter, herzlichen Dank dafür, dass es uns gelungen ist. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Eines können Sie mir glauben, wir nehmen natürlich die Bedenken der Bürgermeister und auch der Leute draußen, die ihre Sorgen haben, ernst, die vielleicht sagen: „Wie wird sich das objektive oder das subjektive Sicherheitsgefühl ändern?“ Natürlich haben wir da einiges zu tun und wir müssen schauen, wie können wir gewisse Lösungen finden? Ich denke da auch z.B. an die Ramsau oder an andere Dienststellen, wo vielleicht ein vermehrtes Aufkommen in gewissen Wintermonaten ist. Da werden Lösungen gefunden werden, das hat mir auch die Landespolizeidirektion zugesagt. Mit einer Besetzung, meine Damen und Herren, von zwei bis fünf Beamten, damit Sie das auch wirklich logisch sehen, was ändert sich da wirklich? Am Abend sind seit 20 Jahren diese

Dienststellen unbesetzt (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „*Edi, wir brauchen eh mehr Personal.*“) – warte ein bisschen – weil, die sind unbesetzt, die Kolleginnen und Kollegen sind auf Streife unterwegs und das bringt Sicherheit. Diesen Denkfehler, den Sie alle haben, wenn eine Dienststelle besetzt ist, das bringt doch mehr Sicherheit, das stimmt nicht, da müssten ja die Beamten immer auf der Dienststelle sitzen und ausfahren. Die Kriminalität findet nicht neben der Polizeistation statt oder wird dadurch verhindert. Also im Akutfall muss sichergestellt werden, meine Damen und Herren, dass die Polizei unterwegs ist. Das bringt wirklich jene Sicherheit, die wir brauchen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Eine Ausdünnung des ländlichen Raumes findet weder durch die Zusammenlegung von Polizeiinspektionen statt, findet weder durch die Reformen, die in den Gemeinden durchgeführt werden, statt, und es werden auch nicht weniger Arbeitsplätze dadurch, meine Damen und Herren. Aber eines darf ich Ihnen zusichern: Sparen auf Kosten der Sicherheit wird es mit uns nicht geben. (*LTA*bg. *Amesbauer*, *BA*: „*Leere Worte.*“) Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.42 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke auch für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Samt. Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. **Samt** (*10.42 Uhr*): Danke, Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuschauer!

Nach dem Edi Hamedl ist es ein Vergnügen, hier zu stehen. Ich stelle also fest, er ist ja fast ein besserer Freiheitlicher als wir. (*LTA*bg. *Mag. Dr. Mayer*, *MBL*: „*Du täuscht dich, lieber Kollege.*“) Das Grüne Thema der Ausdünnung des ländlichen Raumes, jetzt herunter gebrochen auf die Polizeidienststellen oder auf diesen Bereich auch hingezielt jetzt, ist auch für uns ein spannendes, aber wir können zwischen Wien und der Steiermark deutlich unterscheiden und deswegen werden wir auch hier die Kirche sozusagen im Dorf lassen. Faktum ist, und da muss ich meinem Vorredner leider Gottes aufs Schärfste widersprechen, dass – egal, wie Sie es drehen und wie Sie es wenden und wie Sie es darstellen – es trotzdem zu einer weiteren Verschlechterung für die Bevölkerung in unseren ländlichen Gemeinden kommt, wenn hier Polizeidienststellen geschlossen werden. Meine Damen und Herren, dieser Zusammenhang mit Wirtschaftlichkeit, weil ja auch der Rechnungshof festgestellt hat, dass das in manchen Bereichen schon ganz sinnvoll ist – aber nur rein wirtschaftlich betrachtet,

eine Dienststellenschließung ist meiner Meinung nach nicht nur absurd, sondern natürlich auch sehr gefährlich, weil es hier um die Sicherheit der Menschen geht und nicht um das, dass wir billiger werden und dass wir irgendwelche Strukturen verschlanken. (*LTAbg. Hamedl: Unverständlicher Zwischenruf*) Lieber Kollege Hamedl, du kannst noch einmal dann herauskommen, das macht sicher ein gutes Bild. Wir stellen ja jetzt fest, dass Sie es geschafft haben, angeblich, obwohl ja dauernd gesagt wird, es ist ein Bundesthema, dass also offensichtlich 35 Dienststellen im Raum standen, die hier zu schließen wären in der Steiermark, was ja schon ein sehr starkes Stück ist, weil das ist ja jetzt zu den anderen Bundesländern verhältnismäßig unglaublich viel. Die Frage ist, woher kommen diese Ideen? Ich sage Ihnen von hier aus, meine Damen und Herren der Reformpartnerschaft, wenn Sie die 300 Polizisten mehr in der Steiermark zusammengebracht hätten, die Sie uns seit 2010 und 2011 versprechen, bräuchten wir heute keine Dienststellen zu schließen. (*Beifall bei der FPÖ*) Es ist auch völlig sinnlos, hier weiter auf dem Thema sich draufzusetzen, da Sie offensichtlich jeden Zusammenhang zur Bevölkerung, zu Ihren eigenen Bürgermeistern, zu Ihren eigenen Mandatären in den Gemeinden bereits längst verloren haben, weil das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen hat sehr wohl damit zu tun, ob ich sage: „Kann ich die Kriminalität in Verbindung mit Polizeidienststellen sehen?“ Weil herzuzugehen und zu sagen, eine Polizeidienststelle symbolisiere keine Sicherheit für die Bevölkerung oder werde die Kriminalität nicht vermindern, das ist also wirklich fast fahrlässig, eine fahrlässige Aussage, und ist eine Farce. (*Beifall bei der FPÖ*) Wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter hier sagt, wir werden in Zukunft mit den verminderten Gemeinden oder den geringeren Anzahlen der ländlichen Gemeinden in der Steiermark die Mittel, die zur Verfügung stehen, zielgerechter einsetzen, dann gratuliere ich Ihnen im Nachhinein noch zu Ihrer bisherigen Zielstrebigkeit, indem Sie einfach finanziell kaputt gemachte Gemeinden durch Ihre Bürgermeister fast weiterhin noch unterstützen. Ich denke also nur an Trieben, an Fohnsdorf und an Pöfing-Brunn, wo Gelder verschleudert werden, die wir hier für jede andere Einrichtung wesentlich besser nützen könnten, als dass wir weiterhin Pleitegemeinden unterstützen (*LTAbg. Kröpfl: „Denke an die Hypo; kostet Milliarden. Denk daran, was das den Steuerzahler kostet.“*), bis wir diese, (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Hör einmal mit der Hypo auf.“*) – wir werden im Rahmen dieser Diskussion die Hypo nicht erläutern können, aber ich bin ja sehr (*LTAbg. Kröpfl: „Das hat die FPÖ verursacht.“*) dankbar, dass in diesem Haus (*allgemeine Unruhe*) bundespolitische Themen (*Präsident Majcen: „Meine Damen und Herren!“*) so populistisch diskutiert werden, wie Sie uns das immer vorwerfen. Meine Damen

und Herren, versuchen Sie bitte (*LTabg. Mag. Drexler: „Ihr meldet euch da zu Wort.“*), ja, Herr Klubobmann, natürlich, wenn man genauer zuhören würde, dass ein Untersuchungsausschuss einmal aufklären würde, was mit der Hypo wirklich passiert ist, dann würden Sie wesentlich ruhiger sein, (*Belustigung unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*) dann wären Sie wesentlich ruhiger – gerade die ÖVP. Aber ich will über dieses Thema nicht mehr weiter reden. Meine Damen und Herren, Sie sind offensichtlich nicht in der Lage über ein Bundesthema, das uns hier in der Steiermark massiv betrifft, seriös zu diskutieren, Sie lenken ab, Sie werden mit Ihrer Reform genauso scheitern, wie Sie jetzt diese sinnlosen Schließungen der Polizeidienststellen zulassen. Unsere Zustimmung werden Sie dazu nicht haben. Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ – 10.47 Uhr*)

Präsident Majcen: Die nächste Wortmeldung ist die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Schönleitner. Herr Abgeordneter, bitte.

LTabg. Schönleitner (*10.47 Uhr*): Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung, lieber Edi Hamedl!

In deine Richtung noch einmal gesagt, ich meine, es ist schon wirklich ein starkes Stück, wenn du dich hier heraus stellst und deinen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei de facto in den Rücken fällst, weil du wirst doch nicht selber glauben – und ich weiß nicht ganz genau, du glaubst es nicht, du rollst da noch den roten Teppich für die Regierung aus (*LTabg. Hamedl: Unverständlicher Zwischenruf*), das war dein Job, aber in Wirklichkeit (*LTabg. Mag. Drexler: „Drehen Sie dem Kollegen nicht das Wort im Mund um.“*), lieber Edi Hamedl, bist du deinen Kollegen in den Rücken gefallen und du weißt natürlich ganz genau, wenn du heraußen formulierst, wie du formuliert hast: Wenn wir Polizeidienststellen zusperren, dann wird die Steiermark sicherer. Ich schwöre dir, mehr als 99 Prozent deiner Kolleginnen und Kollegen glauben dir das nicht und es war keine schöne Geste von dir, dass du das mit deinen Kolleginnen und Kollegen machst. So ist es. Wenn du schon angespielt hast da wieder in Richtung „die Grünen werden ja schon wie die FPÖ“, dann darf ich dir schon auch sagen, ich habe es eingangs gesagt: Uns ist wichtig, das Thema Sicherheit nicht jenen zu überlassen, die Ängste schüren, aber dazu gehört auch – und das war jahrelang, das war jahrelang (*Allgemeine Unruhe*) eine falsche Politik, eine falsche Politik von ÖVP und SPÖ, da muss man die Bedenken der Bevölkerung ernst nehmen und der Unterschied ist –, dass die Grünen die Dinge sachlich auseinander klauben, dass wir schauen „Was ist berechtigt, was nicht?“

und das ist letztendlich der Unterschied. Ich verstehe schon, dass euch das weh tut, aber für uns Grüne ist ganz klar, Sicherheitspolitik überlassen wir nicht alleine der FPÖ und darum haben wir auch diese Aktuelle Stunde beantragt und das ist wichtig und richtig, dass es so passiert.

Herr Klubobmann Drexler, weil Sie dauernd dazwischen rufen und einfach Vollgas geben, das wird ja von Landtagssitzung zu Landtagssitzung stärker. Offenbar fehlt Ihnen diese Rolle, die Sie früher gehabt haben, jetzt sitzen Sie ja nur mehr am Schoß des Landeshauptmannes mit der ÖVP und zentralisieren. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, Herr Klubobmann, hören Sie zu: Wenn die ÖVP, wenn Sie, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, vielleicht Detlef Eisel-Eiselsberg oder die Nachkommen in der ÖVP auf das Land hinaus fahren und dort glaubwürdig sagen, sie würden Regionalpolitik für die Steiermark machen, ich sage Ihnen, da liegen die Bäume vor lauter Lachen flach, da springen die Edelweiße von den Felsen, das glaubt euch niemand mehr. Das ist nicht mehr glaubwürdig (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ*), was die ÖVP hier aufführt. Jahrelang hat sie kilometerlang in diesem Haus Anträge eingebracht – der weiß-grüne Weg, die Regionen müssen gestärkt werden –, in Wirklichkeit schauen Sie aus dem „Rocktascherl“ des Landeshauptmannes heraus, fahren den Zentralisierungskurs mit und offenbar auch nicht mehr im Bereich der Sicherheit können Sie eine differenzierte Politik im Interesse des Landes machen. Die ÖVP ist zur SPÖ geworden, was die Zentralisierung angeht (*LTabg. Mag. Drexler: „Wir haben differenzierte Politik.“*), das können Sie überhaupt nicht vom Tisch wischen. Das ist nämlich die Sache, die Ihnen so weh tut, die Ihnen halt so weh tut, und darum ist es so. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist eine Unverschämtheit.“*) Dann noch was, Herr Klubobmann, Ihre Kollegen und liebe Kolleginnen und Kollegen der anderen Parteien: Odo Wöhry sitzt z.B. da drinnen, ein Kollege, den ich grundsätzlich schätze. Das war wieder sehr interessant, wie du wieder in den regionalen Medien ... – und das haben im Übrigen viele gemacht, Walter Kröpfl, auch deine Kollegin Elisabeth Hackl in meinem Bezirk, die sind hinausgegangen und haben gesagt: „Ja, da muss man schauen, ob das schon alles in Stein gemeißelt ist.“ Odo Wöhry hat gesagt, nach der Wildalpen (*LTabg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Lambert, das ist falsch!“*) – hast du gesagt, lieber Odo Wöhry, bei Wildalpen, ich kann dir dann das Zitat raussuchen aus der Zeitung: „Da hat man nicht nachgedacht offenbar im Ministerium, weil der Standort ist der falsche, da hätten wir müssen woanders hingehen mit der Polizeidienststelle.“ Ich suche es dir dann heraus. Aber was will ich damit sagen? Das ist der Stil, und der ist unglaublich, der reformpartnerschaftlichen Parteien. Hier herinnen im Landtag sind es die, die den roten

Teppich ausrollen für den Landeshauptmann und seinen Stellvertreter. Die Krawatten rot-schwarz reformpartnerschaftlich, kaum sind sie in der Region, ziehen sie den regionalpolitischen Tarnanzug an und sagen, das ist ja alles eh gar nicht so gut. Aber ich sage euch, Ende 2015 wird dieses Spiel nicht mehr funktionieren. Die Menschen können genau auseinanderhalten, wer tut was für den ländlichen Raum und wer nicht?

Herr Landeshauptmannstellvertreter, die letzte Minute noch widme ich Ihnen und Ihrer Regierung. Wenn Sie hier wieder hergegangen sind und gesagt haben: „Wir sind nicht zuständig“, das hören wir unentwegt. Glauben Sie denn, der Landeshauptmann Kaiser in Kärnten, der einen Sicherheitsgipfel einberufen hat, der sich seinen Landtag hinter sich geholt hat mit Grundsatzbeschlüssen und gesagt hat: „Wir müssen entschlossen auftreten“, ja, der würde sich hinstellen und sagen: „Das geht uns eigentlich alles nichts an, da distanzieren wir uns, das ist ja alles in Wien geschehen.“ Ja bitte, das ist doch die gleiche Partei – Mikl-Leitner ist die Ministerin aus Ihrer Partei, die das vorgeschlagen hat. Das waren viele Minister vorher, die auch schon Kahlschläge gemacht haben und jetzt stellen Sie sich im Landtag her und sagen: „Wir haben nichts zu tun, da können wir nichts machen, das ist halt so.“ Wenn Sie wenigstens jetzt gesagt hätten, es gibt gute Gründe, in Wildalpen, in der Ramsau, in St. Anna am Aigen, in Übelbach, ich sage ein paar Beispiele, oder anderswo noch einmal hinzuschauen, welche Schließungen, ich hätte Respekt gehabt, aber was tun Sie jetzt? Es ist die gleiche Abgehobenheit (*Präsident Majcen: „Herr Abgeordneter, bitte.“*) der Reformpartnerschaft wie immer. Sie sagen: „Wir sitzen in der reformpartnerschaftlichen Hängematte und schauen zu, wie die Interessen der Steiermark vernachlässigt werden.“ Das werden die Grünen nicht unterstützen und darum auch diese Aktuelle Stunde. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 10.53 Uhr*)

Präsident Majcen: Nächste Wortmeldung ist der Herr Klubobmann Kröpfl. Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Kröpfl (10.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Diese Sicherheitsdebatte heute wird natürlich von den Oppositionsparteien zum Anlass genommen, um wieder ihre populistischen Äußerungen hier vom Stapel zu lassen. Daran haben wir uns ja schon in den letzten Jahren gewöhnt. Das sicherheitspolitische Konzept, das

hinter diesen Schließungen steht, hat der Edi Hamedl bereits erklärt. Ich möchte aber heute diesen Tag und diese Aktuelle Stunde auch zum Anlass nehmen, um auch einen anderen sicherheitspolitischen Gedanken in diese Debatte zu bringen. Denn Sicherheit hängt nicht nur mit der Anwesenheit der Polizei zusammen, sondern, wie uns in den letzten Tagen die Wetterkapriolen gezeigt haben, Sicherheit hängt auch ganz wesentlich damit zusammen, welche Einsatzorganisationen wir hier in diesem Land haben und ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Einsatzorganisationen recht, recht herzlich bedanken. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Verehrte Damen und Herren, das subjektive Sicherheitsgefühl, das heute schon ein paar Mal angesprochen wurde, hängt nicht nur mit der Anwesenheit der Polizei zusammen. Das habe ich schon gesagt. Es ist ganz wesentlich, dass wir ein gutes Gesundheitssystem haben, das in der Steiermark und in Österreich funktioniert. (*LTAvg. Amesbauer, BA: „Das habt ihr eh alles zurück bekommen.“*) Das ist ganz wesentlich, dass bei uns die Einsatzorganisationen funktionieren – beginnend bei den Feuerwehren, die Rettungsorganisationen, die Wasserrettung und so weiter, bis hinunter zum Zivilschutz. Dort sind tausende Menschen täglich unterwegs und die Leute haben deswegen in Österreich subjektiv ein recht gutes Sicherheitsgefühl, weil diese Einsatzorganisationen in unserem Land hervorragend funktionieren.

Noch ein Wort abschließend zu dieser Reform: Ich erwarte mir von dieser Reform, verehrte Damen und Herren, dass es eben weniger Verwaltung gibt in der Polizei, sondern dass die Polizistinnen und Polizisten mehr auf der Straße sind, dass sie mehr auf Streife unterwegs sind und dann werden wir auch (*LTAvg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ihre eigene Abgeordnete Grossmann macht sich Sorgen, sie hat Anträge gestellt im Nationalrat.“*) in der Steiermark keine Angst davor haben müssen, dass Populisten wie die Freiheitliche Partei ständig Ängste in der Bevölkerung schürt. Verehrte Damen und Herren, noch ein Wort zu dem Thema, weil es auch um das Aushungern der steirischen Regionen geht. Lange bevor die Reformpartnerschaft an die Regierung gekommen ist, hat es in den ländlichen Gebieten Abwanderung gegeben. Vielleicht ist es Ihnen von der Opposition irgendwie nicht bewusst geworden. Damals haben wir in den Regionen noch kleine und Kleinstschulen gehabt, wir haben noch einen Greißler gehabt im Ort und, und, und – und trotzdem, einige Abgeordnete sitzen auch hier im Raum, haben einige Menschen oder zu viele Menschen den ländlichen Raum verlassen. Also hängt es nicht mit dem Zusperrern der Schulen zusammen, es hängt nicht damit zusammen, dass wir Strukturen verändern, sondern es hängt eben damit zusammen, dass in den ländlichen Regionen zu wenige Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Verehrte Damen und Herren, genau die Reformpartnerschaft nimmt sich dieser Probleme in der Steiermark an und deswegen wollen wir die Regionen stärken. Wir wollen die Zentren stärken, wir wollen dort versuchen Arbeitsplätze zu schaffen und es wird uns auch gelingen, und deswegen haben wir auch diese Reformen begonnen. Verehrte Damen und Herren von der Opposition, kommen Sie einmal mit einem vernünftigen Vorschlag, wir schauen uns alle diese Vorschläge an, aber nur Oppositionspolitik zu betreiben und ständig zu fordern, ist halt auch etwas zu wenig. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Verehrte Damen und Herren, die steirische Landesregierung ist sich ihrer Aufgabe in diesem Land bewusst, die Reformpartnerschaft, und das wiederhole ich immer wieder, wird dieses Land nicht nur zukunftsfit halten, sondern noch fitter machen für die Zukunft und es wird natürlich den Oppositionen weh tun. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.58 Uhr)*

Präsident Majcen: Meine Damen und Herren, es liegt mir keine weitere Wortmeldung, keine zulässige Wortmeldung vor und daher schließe ich die Aktuelle Stunde. Danke und komme nun zu einer Reihe von Bekanntgaben.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass gem. § 66 Abs. 1 der GeoLT 2005 10 Schriftliche Anfragen eingebracht wurden und zwar von Abgeordneten der FPÖ vier Anfragen, von Abgeordneten der Grünen drei Anfragen und von der KPÖ drei Anfragen.

Diese Anfragen wurden an folgende Regierungsmitglieder eingebracht: Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder eine Anfrage, Landesrat Dr. Gerhard Kurzmann zwei Anfragen, Landesrat Mag. Michael Schickhofer vier Anfragen, Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser zwei Anfragen und Landesrat Johann Seitinger eine Anfrage.

Ich teile weiters dem Hohen Haus mit, dass gem. § 64 Abs. 1 der GeoLT 2005 unseres Landtages zwei Schriftliche Anfragen seitens der FPÖ eingebracht wurden, davon eine an mich, als Präsidenten und eine an die Obfrau des Ausschusses für Gesundheit und Pflege, Frau LTAbg. Barbara Riener.

Es wurden drei Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 der GeoLT 2005 unseres Landtages seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht: Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser, Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer sowie Landeshauptmann Mag. Franz Voves jeweils eine Anfragebeantwortung.

Am Montag, den 10. Februar, hat um 9.00 Uhr der Ausschuss für Soziales über den Antrag mit der Einl.Zahl 2519/1 betreffend „Novellierung des Behindertengesetzes betreffend Sachverständigengebühren“ beraten und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 2519/2 enthaltenen Ausschussantrag gefasst. Die Behandlung des genannten Tagesordnungspunktes soll an Stelle nach Tagesordnungspunkt vier als Tagesordnungspunkt N1 stattfinden.

Gemäß § 39 Abs. 5 der GeoLT 2005 ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Daher ersuche ich Sie um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Meine Damen und Herren, am Mittwoch, den 5. Februar, wurde um 15.00 Uhr von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer betreffend „Die nächste Therme geht baden – 4,5 Millionen Euro Steuergeld uneinbringlich verloren?“, eingebracht.

Weiters wurde am Mittwoch, den 5. Februar um 15.00 Uhr von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves betreffend „Kommen Banden aus dem Osten, schließt man 23 Posten – rot-schwarze Expertisen zu Polizeipostenschließungen in der Steiermark“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT 2005 nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gem. § 68 Abs. 1 GeoLT 2005 je eine Wechselrede statt.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 der GeoLT 2005 über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gem. § 55 GeoLT 2005 der Geschäftsordnung.

Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

1. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht mit der Einl.Zahl 2247/3 betreffend „Hochwasserschutz Liesing – Kalwang (LRH Prüfbericht).

Berichtersteller ist Herr LTAvg. Lambert Schönleitner. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

Die Zeit ist günstig, ich begrüße den Herrn Landtagsabgeordneten Wolf Chibidziura, der sich im Zuschauerraum befindet. Er hat Sehnsucht nach seiner ehemaligen parlamentarischen Heimat. Herzlich willkommen. (*Allgemeiner Beifall*)

LTAvg. Schönleitner (11.03 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Betreff „Hochwasserschutz Liesing – Kalwang“. Der Ausschuss „Kontrolle“ hat in seinen Sitzungen vom 14.01.2014 und 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshofbericht betreffend „Hochwasserschutz Liesing – Kalwang“ wird zur Kenntnis genommen. (11.03 Uhr)

Präsident Majcen: Ich danke dem Herrn Berichtersteller für seinen Bericht und auch seinen Antrag. Ich stelle fest, dass keine Wortmeldung vorliegt und ich komme daher zur Abstimmung.

Wer mit diesem Bericht in dieser Form einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt 2. Bevor ich diesen Tagesordnungspunkt 2 aufrufe, stelle ich fest, dass bei den Tagesordnungspunkten zwei und drei ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben ist und ich im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vorschlage, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzeln getrennt abzustimmen.

Falls Sie diesem Vorschlag zustimmen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke
vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest und komme zum

Tagesordnungspunkt

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen über die Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 2449/1 betreffend „11. Bericht für das Jahr 2013 und 5. Bericht für das Jahr 2014 an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010“.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Johannes Schwarz, ich erteile ihm das Wort zur
Berichterstattung.

LTAbg. Schwarz (11.05 Uhr): Der Ausschuss „Finanzen“ hat in seinen Sitzungen vom
14.01.2014 und 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen
durchgeführt.

Der Ausschuss „Finanzen“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der 11. Bericht für das Rechnungsjahr 2013 und der 5. Bericht für das Rechnungsjahr 2014
der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in den beiliegenden Listen
samt Kopien der zugrundeliegenden Regierungssitzungsstücke der zuständigen Abteilungen
angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 2013 in der
Gesamthöhe von 13.219.300,34 Euro und für das Rechnungsjahr 2014 in der Gesamthöhe von
1.379.500 Euro werden gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010 zur Kenntnis genommen und
hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (11.06 Uhr)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten für diesen Bericht zum
Tagesordnungspunkt zwei.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen über die Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 2488/1 betreffend „12. Bericht für das Jahr 2013 und 6. Bericht für das Jahr 2014 an den Landtag Steiermark über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010“.

Berichterstatter ist wiederum Herr Abgeordneter Johannes Schwarz. Herr Abgeordneter, bitte um die Berichterstattung.

LTAbg. Schwarz (11.06 Uhr): Der Ausschuss „Finanzen“ hat in seiner Sitzung vom 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Finanzen“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der 12. Bericht für das Rechnungsjahr 2013 und der 6. Bericht für das Rechnungsjahr 2014 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in den beiliegenden Listen samt Kopien der zugrundeliegenden Regierungssitzungsstücke der zuständigen Abteilungen angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Rechnungsjahr 2013 in der Gesamthöhe von 8.161.143,20 Euro und für das Rechnungsjahr 2014 in der Gesamthöhe von 298.175 Euro werden gem. Art. 41 Abs. 2 des L-VG 2010 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Zustimmung. (11.07 Uhr)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten Schwarz für die sehr präzise Berichterstattung. Nachdem keine weitere Wortmeldung bzw. überhaupt keine vorliegt, komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Tagesordnungspunkt 2 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der KPÖ.

Ich komme zur Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 3.

Wer diesem Bericht bzw. Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der KPÖ fest.

Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Rechnungshofbericht mit der Einl.Zahl 2455/1 betreffend „Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2013/7);

Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2012; Internationales“.

Berichterstatter ist wiederum Herr LTAbg. Johannes Schwarz und ich erteile Herrn Abgeordneten Schwarz das Wort zur Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt 4.

LTAbg. Schwarz (11.08 Uhr): Der Ausschuss „Kontrolle“ hat in seinen Sitzungen vom 14.01.2014 und 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Kontrolle“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes betreffend Tätigkeit des Rechnungshofes; Themen der öffentlichen Finanzkontrolle; Nachfrageverfahren 2012; Internationales, Reihe Steiermark 2013/7, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Zustimmung. (11.09 Uhr)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten für seine Berichterstattung. Es liegt mir auch hierzu keine Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Wer mit diesem Tagesordnungspunkt in der vorliegenden Form einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

N1. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag mit der Einl.Zahl 2519/1, betreffend Novellierung des Behindertengesetzes betreffend Sachverständigengebühren.

Berichterstatter ist Herr LTAbg. Klaus Zenz. Ich erteile dem Herrn Landtagsabgeordneten Klaus Zenz das Wort zur Berichterstattung zu diesem Tagesordnungspunkt.

LTAbg. Zenz (11.09 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Der Ausschuss „Soziales“ hat in seiner Sitzung vom 10.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss Soziales stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Beiliegendes Gesetz wird zum Beschluss erhoben. Ich ersuche Sie um Annahme dieses Antrages. (11.10 Uhr)

Präsident Majcen: Danke. Wortmeldung des Abgeordneten Böhmer. Ist das richtig? (LTAbg. Böhmer: „Nein.“) Nicht? Gut, passt, Entschuldigung. Dann habe ich mich geirrt beim Eintragen. Ich habe das jetzt übersehen, dass das ein Nachtragstagesordnungspunkt ist. Es liegt mir keine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Daher komme ich zur Abstimmung.

Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Umwelt über den Antrag, Einl.Zahl 2282/1, der Abgeordneten Ing.ⁱⁿ Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek und Lambert Schönleitner, betreffend „Förderaktion Photovoltaik auf Schulgebäuden“.

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Ing. Sabine Jungwirth. Ich erteile der Frau Abgeordneten das Wort.

LTAbg. Ing. Jungwirth (11.11 Uhr): Bericht aus dem Ausschuss „Umwelt“. Der Ausschuss „Umwelt“ hat in seinen Sitzungen vom 05.11.2013 und 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss „Umwelt“ stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Umwelt zum Antrag Einl.Zahl 2282/1 der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Ingrid Lechner-Sonnek und Lambert Schönleitner betreffend „Förderaktion Photovoltaik auf Schulgebäuden“ wird zur Kenntnis genommen. (11.11 Uhr)

Präsident Majcen: Danke. Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abgeordneter Böhmer gemeldet. Ich bitte noch einmal um Entschuldigung, ich habe das eingefügt, bevor der Nachtragstagesordnungspunkt feststand.

Herr Abgeordneter, ich erteile dir das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt.

LTAbg. Böhmer (11.12 Uhr): Danke, Herr Präsident! Meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, wertbes Publikum im Auditorium, wertbes Menschen am Livestream!

Die Grüne Fraktion hat in Anlehnung an eine Aktion in Oberösterreich eine Forderung an das Land gerichtet, ein Förderprogramm zur Unterstützung des Einsatzes von Photovoltaikanlagen auf Schulgebäuden ins Leben zu rufen. Wir haben eine sehr umfangreiche Stellungnahme der Abteilung 15, Fachabteilung für Energie und Wohnbau, unter Einbeziehung der Stellungnahme der A6 – Bildung und Gesellschaft, erhalten. Ich werde dann noch darauf zurückkommen, aber man kann sagen, ein derartiges Förderprogramm ist vom Land Steiermark nicht vorgesehen. Ich sehe auch hier für mich, liebe Frau Kollegin Jungwirth, nicht so die große Notwendigkeit und ich darf mir schon erlauben, allgemein auch ein bisschen zu diesem Thema der Umweltproblematik der Stromerzeugung oder des Stromsparens usw. zu reden. Ich kann sagen, dass seit mehreren Jahren ein Förderprogramm für Photovoltaikanlagen aus Mitteln des Umweltfonds existiert und dieses wurde auch in den letzten Jahren, allen voran in den letzten beiden Jahren, sehr stark in Anspruch genommen. Diese Förderung steht natürlich grundsätzlich auch für Schulen offen, laut aktuellem Stand, so in der Stellungnahme, haben diese auch 17 Schulen – man muss sagen, es sind Volksschulen und Hauptschulen, in Summe von 120 kW Peak – in Anspruch genommen und diese Schulen wurden auch bzw. die Kommunen, die Gemeinden sind ja Schul-Erhalter der Pflichtschulen, unterstützt. Der didaktische Wert einer Photovoltaikanlage auf einem Schulgebäude ist zweifelsohne, sage ich, nicht zu unterschätzen und es wurden daher auch von Seiten des Landes mehrere Maßnahmen gesetzt, die auch zu einem verstärkten Einsatz der Photovoltaikanlagen auf den Schulgebäuden führen sollten. So hat z.B. auch die LIG die Möglichkeit einer Installation von Photovoltaikanlagen über ein Contracting-Modell analysiert, d.h. es ist ein alternatives Finanzierungsmodell. 29 Anlagen wurden projiziert, letztendlich auch klassifiziert. Das Ergebnis davon, 20 sind leicht umsetzbar, sieben bedingt umsetzbar und bei zwei Anlagen erweisen sich hier die Schulgebäude oder deren Dächer als ungeeigneter Standort. Die zweite Ebene „Woraus könnte man etwas lukrieren“ war aus Mitteln des Ökofonds, und im Zuge einer Ausschreibung wurden drei vergleichsweise große Anlagen nicht nur ins Leben gerufen, sondern zum Großteil eigentlich schon umgesetzt. Ich darf nur sagen, Landesberufsschule

Knittelfeld: Von einer Ausgangsposition von 10 kW Peak wurde ein Zusatz von 90 kW Peak mit einer Fördersumme zur Gänze von 106.000 Euro. Der Verein „Schulzentrum Fohnsdorf“: Hier sind auf einer Fläche oder auf einer Leistung, würde ich sagen, von 25 kW Peak unterschiedliche Photovoltaiksysteme installiert, Förderung 70.000 Euro. Aber warum unterschiedlich? Dieses hat einen ganz, ganz einfachen Grund, zum einen sollte die Installierung dieser Anlagen oder sollten diese Systeme auch für eine Zusatzausbildung für die Lehrlinge als auch für Elektrofacharbeiter und sonstige Personen dienen. Das Besondere an diesem Schulungszentrum Fohnsdorf ist, dass unter anderem auch spezielle Laborplätze errichtet worden sind. Als drittes sogenanntes Best-Practice-Beispiel: Photovoltaikanlage auf dem Dach der HTL-Bulme Graz, Fördersumme 50.000 Euro; auch hier wieder drei verschiedene Modultypen, diese Errichtung ist auch bereits abgeschlossen. Das wäre es, was so an Baulichem passiert ist. Ich würde auch meinen – und das ist auch für uns sehr wichtig und das ist auch die Aufgabe des Landes, da denke ich an den Klimaschutzplan –, dass wir auch sensibilisieren und dass wir auch die Leute nach der Sensibilisierung motivieren und da darf ich sagen, hat das Land Steiermark eine verstärkte und sehr notwendige Bewusstseinsbildung im Bereich Energiesparen, Energieeffizienz und im Einsatz von erneuerbarer Energie getätigt. Ihr alle oder Sie alle werden das unter dem Titel „Ich tu’s“ kennen. Wenn man ein bisschen die Seiten des Landes Steiermark aufschlägt. Es gibt den Schulschwerpunkt mit „Klima schützen, Chancen nützen“. Hier wurden von der ersten bis zur 13. Schulstufe möglichst viele Pädagoginnen und Pädagogen geschult, dass sie wiederum als Lobbyisten für Klimaeffizienz, für Energieeffizienz sich einsetzen. Es wurde auch in der Untersuchung oder in einer Durchschau gesehen, dass der ländliche Raum noch ein bisschen mehr zu verstärken ist. Das heißt, dass es das Ziel des Landes Steiermark ist, das Thema Klimaschutz in den Schulalltag zu integrieren und schön wäre es auch und die Möglichkeit besteht ja auch, dass man diesen Klimaschutz fix in die Lehrer-/Lehrerinnenausbildung hineingibt. Ich würde meinen, dass das eine verstärkte Verankerung nicht nur von Klimabewusstsein, sondern von klimabewusstem Handeln mit sich bringen könnte. Ab oder seit 2011 hat das Land auch verstärkt Aktivitäten für die Kindergärten ins Leben gerufen. Klimawandel, Klimaschutz und Anpassung – und unter anderem ist auch angedacht hinkünftig Klimaschutz- und Energiesparwettbewerbe in den Kindergärten zu veranstalten. Das mehrjährige Projekt „Energie macht Schule“, dieses läuft ja schon seit 2005 und hat – wo es um den globalen Klimawandel, um die erneuerbare Energie, um eine nachhaltige Energiewirtschaft geht – dieses Projekt schon tausende Schülerinnen und Schüler sehr

umfangreich mit dieser Thematik beschäftigt. Ebenso ein mehrjähriges Projekt sind die „Solarcamps“. Das Interessante bei den „Solarcamps“, die von 2009 bis 2013 stattgefunden haben: Hier gibt es eine Schule oder hier soll eine Schule sich eine Partnerschule aussuchen und diese beiden sollen Wissen zum Thema Energie austauschen. Es sollen Exkursionen untereinander stattfinden und letztendlich sollte, als praktisches Ziel und vielleicht dann auch als Nachhaltigkeit, der Bau einer Solaranlage auf der Tagesordnung stehen. Sehr gut angenommen wurde auch die Wanderausstellung in den Schulen Felix und Meyra zum Thema „Klimaschutzwandel“ – ist eine Erlebnisausstellung, hier wurden unter anderem auch einige Dinge zum Angreifen, zum Mitmachen in den Raum gestellt, d.h. Interaktionen, um das Ganze noch begrifflicher, um das Ganze noch fester unter die Kinder zu bringen. Als für mich letztes und sehr gutes Projekt, weil auch eine Schule meiner Gemeinde Hartberg dabei ist, ist nämlich die Neue Mittelschule Gerlitz, die Aktion „50:50“. Da haben sich 13 Schulen aus 13 Bezirken daran beteiligt und da geht es darum, dass im Laufe eines Schuljahres zum einen einmal der Energieverbrauch festgehalten wird und darauffolgend wird geschaut, wie viel können alle dort Tätigen an Energie einsparen? Das Ergebnis ist natürlich für die Nachhaltigkeit ein Schönes, es ist aber auch ein Schönes für die Kommune. Die Kommune hat weniger Energiekosten zu tragen und 50:50 deswegen, weil von dieser Ersparnis 50 % der Schule zu Gute gerechnet werden und 50 % die Gemeinde lukriert. Das heißt, alles in allem kann man sagen, dass im Lande Steiermark in Kooperation mit der Abteilung 15 und mit der Abteilung 6 sehr viel getan wird, dass aber auch die betroffenen Kindergärtnerinnen/Kindergartenpädagoginnen und auch die Pflichtschullehrer, aber auch AHS- und BHS-Lehrer die Angebote des Landes annehmen. Ich danke fürs Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.22 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Abgeordneter. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Wer dem Antrag in der vorliegenden Form zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2495/1, betreffend „Fa. Prolactal GmbH, 4020 Linz, Betriebsstandort: 8230 Hartberg, Ferdinand-Leihs-Straße 40; Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH in Höhe von € 1,0 Mio.; Übernahme der Haftung in Höhe von max. € 1,371.600,- (Haftungsvolumen)“.

Berichterstatterin ist Frau LTAbg. Dipl.Päd. Waltraud Schwammer. Ich erteile ihr das Wort zur Berichterstattung.

LTAbg. Schwammer (11.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich danke für das Wort und die Berichterstattung, die beinahe schon erfolgt ist. Es geht also hier um den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen, Betreff der Firma. Prolactal GmbH, 4020 Linz, mit dem Betriebsstandort in Hartberg, in der Ferdinand-Leihs-Straße 40. Es geht weiters um die Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH in Höhe von 1 Million Euro, die maximale Haftungssumme bzw. das maximale Haftungsvolumen beträgt die Summe von 1,371.600 Euro. Ich bitte um Kenntnisnahme und Genehmigung. (11.24 Uhr)

Präsident Majcen: Danke der Frau Abgeordneten. Es liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kogler. Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Kogler (11.24 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen, Kollegen, werte Zuhörer, Zuseher im Auditorium und via Livestream!

Als regionaler Abgeordneter, aus dem Bezirk Hartberg-Fürstenfeld auch kommend, ist es mir natürlich ein Anliegen, auch einen kurzen Überblick über das Unternehmen zu geben. Festzustellen ist, dass nach dem Listerienvorfall in den Jahren 2009 bzw. 2010 das Geschäftsmodell der Firma Prolactal erfolgreich umgestellt wurde. Die Firma Prolactal mit Sitz in Hartberg hat sich sehr, sehr erfolgreich am Markt als Anbieter qualitativ hochwertiger Milch- und Molkenproteine auf Basis biologischer Rohstoffe positioniert. Geschätzte Damen und Herren, nach dem Tief im Jahr 2011 war ein Mitarbeiterstand von 60 Personen an diesem Standort. Der derzeitige Stand nach gestriger Recherche, auch in Rücksprache mit der Geschäftsführung, beträgt 100 Mitarbeiter. In den nächsten Jahren wird unter anderem mit dieser Investition auch wieder für rund 20 bis 25 neue Mitarbeiter gesorgt. Seit dem Tief, also

seit 2011, wurden weiters bereits rund 20 Millionen Euro in den Betrieb investiert und es werden noch ca. 10 bis 15 Jahre mittelfristig geplant. Ich möchte hiermit wirklich hervorheben, wie wichtig dieses Unternehmen für unseren Bezirk ist. Es ist ein wichtiger und bedeutsamer Arbeitgeber und daher begrüße ich natürlich auch die „stille Beteiligung“, um diese Firma auch erfolgreich in die Zukunft führen zu können. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 11.26 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Dr. Murgg. Herr Abgeordneter, bitte.

LTAbg. Dr. Murgg (11.26 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich kann es auch kurz machen. Ich stimme mit meinem Vorredner nicht überein. Nicht weil wir gegen die Firma Prolactal was hätten, sondern weil wir es prinzipiell ablehnen, sich über „stille Beteiligungen“ bei Firmen zu beteiligen, sondern wenn wer so etwas macht, dann haben wir immer, seit 2005, seit wir wieder im Landtag sind, gesagt, eine „echte“ Beteiligung am Gesellschaftskapital, wo das Land dann auch tatsächlich mitreden kann und natürlich, wenn die Beteiligung werthaltig ist, über Jahre etwas bei der Ausschüttung an die Gesellschafter geht. Deswegen unsere grundsätzliche Ablehnung. Mir sind zwei, drei Dinge aufgefallen im Ausschuss und wie ich mir die Unterlagen ein bisschen durchgeblättert habe, zwei Dinge eigentlich, das möchte ich jetzt doch vielleicht mit zwei oder drei Sätzen hier anmerken. Der Herr Landesrat hat auf die Frage gesagt, ich glaube, es war die Frau Abgeordnete Jungwirth, es sind ja dort acht Millionen investiert worden und 5,2 Millionen von einer Bank, warum eigentlich die Bank hier nicht mehr Kapital zuschießt und hier die Eigentümer das Land brauchen. Dann haben Sie gesagt: „Ja, also von den restlichen drei Millionen ungefähr schießen die Eigentümer sehr wohl 50 %“ – so habe ich es, glaube ich, im Kopf – „Eigenkapital zu und der Rest muss eben von der SFG aufgebracht werden.“ Offenbar sind die Banken also nicht bereit, hier noch einmal 1,5 Millionen zu geben und die Eigentümer sind auf das Land angewiesen. Auch zum Umsatz möchte ich etwas sagen, zwei, drei Sätze, bilden Sie sich selber Ihre Meinung. Interessante Zahlen, ich habe mir die letzten drei Bilanzen ausgedruckt und da steht auch so die Firmenentwicklungsgeschichte drinnen. 2009 hat es 145 Beschäftigte gegeben, die einen Umsatz von 52 Millionen Euro erwirtschaftet haben, 2011 von 70, da war ja irgendwie der Tiefpunkt nach diesem Listerienskandal erreicht, die haben 35,5 Millionen Euro erwirtschaftet und 2012, das sind die letzten Zahlen, die

vorliegen, 74 Beschäftigte, die haben 47 Millionen Euro erwirtschaftet. Ich will damit nur sagen, die Hälfte der Beschäftigten gegenüber 2009 erwirtschafteten praktisch denselben Umsatz. Also das sollte uns auch einmal zu denken geben, wie hier offenbar oder wie sehr ein Eigentümer unbedingt auf öffentliche Mittel, in dem Fall vom Land, angewiesen ist. Danke.
(Beifall bei der KPÖ – 11.29 Uhr)

Präsident Majcen: Danke. Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Böhmer.

LTAbg. Böhmer (11.29 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages, Herr Landesrat, liebe Leute im Auditorium, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer am Livestream!

Ich möchte gleich am Beginn meinen Dank an das Land Steiermark richten, Herr Landesrat, denn dieser Betrieb ist die Fortsetzung einer Geschichte, die 1929 mit einer Molkereigenossenschaft Wechselgau begonnen hat, 1958 mit einem Trockenmilchwerk seinen Zwischenstand fand, damals wurde überschüssige Milch in Milchpulver verwandelt und wir wurden oder wir haben sogar nach Asien, Japan, geliefert, Korea und 1966 wurde dieses Unternehmen von Artax Industrieholding GesmbH übernommen. Wie bereits vom Kollegen Anton Kogler gesagt worden ist – ich danke dir auch für deine Ausführungen Toni, wir halten zusammen im Bezirk, wenn es um Wirtschaft und Arbeitsplätze geht –, es werden vorwiegend Milchprodukte für die Lebensmittelerzeugung aufgestellt.

Ich darf nur erzählen, was stellt diese ProLactal her? Ich habe mich da ein bisschen tiefer hineingelesen. Sie stellt ein umfassendes Sortiment an Roh- und Zusatzstoffen auf Basis von Milch und Molke dar, so werden unter dem Titel „Single Ingredients“ vorwiegend Milch und Molkenpulver sowie einfache Milchproteine zur Weiterverarbeitung in Käse, Joghurts, Süß-, Backwaren, Fleisch, Suppen und Saucen erzeugt. Im Geschäftsbereich, und das ist auch nicht minder uninteressant, „value ingredients“ werden als hochwertige Milch- und Molkereiproteine z.B. proteinhaltige Baby- und Sportlernahrung erzeugt. Es gibt auch entmaterialisierte Nahrung, auch dafür wird hier die Grundlage produziert. Letztendlich ist ein Nebenprodukt die Laktose und diese wird in der Lebensmittelindustrie als Füll- und Bindemittel verwendet, aber auch in der pharmazeutischen Industrie, z.B. zum Überziehen von Pillen, die sich dann in Magen und Darm auflösen sollen. Das heißt, auch die Stadtgemeinde Hartberg, deren Vizebürgermeister ich sein darf, schaut, dass dieses Werk erhalten bleibt und auch die Stadtgemeinde Hartberg, und da schließe ich beim Kollegen

Murgg an, lässt sich das immer wieder in irgendeiner Form etwas kosten. Ich muss sagen, Kollege Murgg, ich verstehe nicht, warum die Banken sich bitten lassen und warum die Bereitwilligkeit der Banken, Geld her zu borgen, wo ich meine, dass es eigentlich das Grundgeschäft und ein wesentliches Geschäft, sich gerade so stotternd dahinzieht. Letztendlich noch einmal mein Dank an das Land, ich bedanke mich bei allen, die darauf schauen, dass 100 bis 120, 125 Menschen in unserem Bezirk und in unserer Bezirkshauptstadt eine Arbeit haben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.33 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten Böhmer für seine Wortmeldung. Der nächste Protein- und Lactosewortmelder ist der Herr Landtagsabgeordnete Lang. Ich bitte ihn, uns zu berichten. Danke.

LTAbg. Hubert Lang (11.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Das ist aktive Regionalentwicklung, das ist aktive, ländliche Entwicklung, das ist ein aktiver Beitrag, um Arbeitsplätze vor Ort nicht nur zu erhalten, sondern zu stärken. Ich bin sehr froh und ich bedanke mich wirklich, dass wir uns im Bezirk einig sind, wenn es darum geht, die Arbeitsplätze zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Firma Prolactal mit ihrer neuen Strategie ist ein Beweis dafür, dass man aus Schwierigkeiten neue Chancen erkennen kann und daraus neue Chancen, neue Arbeitsplätze entstehen können. Wie schon eingehend ausgeführt worden ist, gab es ja in der Vergangenheit Schwierigkeiten, die gelöst worden sind. In einer neuen Strategie, in einer neuen Schwerpunktsetzung – und dies ist ein entscheidender Beitrag für uns, dass diese Firma sich umgestellt hat, dass diese Firma sich neu ausgerichtet hat in mehreren Bereichen. Ein Bereich natürlich, den hat der Kollege Wolfgang Böhmer und auch der Kollege Anton Kogler schon angesprochen, ist, dass es 100 Arbeitsplätze in dieser Region gibt. Dahinter stehen ja auch 100 Familien mit Kindern, Familienangehörigen, deren Existenz gesichert ist, die in der Region einen Arbeitsplatz haben. Es steht aber auch dahinter die Landwirtschaft. Für die Landwirtschaft ist es ein entscheidender Punkt, wenn aus Milch, die ja saisonal in der Produktion schwankt – einmal gibt es mehr, einmal gibt es weniger, einmal werden mehr Milchprodukte nachgefragt, einmal weniger, aber wenn es Überproduktion gibt, gibt es eine Firma –, die Firma Prolactal, aus Restmengen, Produkte herstellt, die für die weitere Lebensmitteltechnologie von entscheidender Bedeutung sind.

Kollege Wolfgang Böhmer hat das schon ausgeführt: Für uns, für die Region, ist diese Entwicklung mehr als erfreulich, obwohl wir natürlich auch – und in diesem Raum ist es auch erlaubt, darauf hinzuweisen, für diese Region, für die Oststeiermark, speziell in dem Großraum Hartberg – für jede Unterstützung dankbar sind, auch, wenn es darum geht, neue Betriebe in diese Region zu bekommen und auch, wenn es darum geht, bestehende Betriebe in ihrer Existenz zu unterstützen. Mein Dank gilt insbesondere dem Land Steiermark, im Besonderen Herrn Landesrat Christian Buchmann. Der Herr Landesrat und das Land Steiermark haben hier ganz klar zu den Familien „ja“ gesagt, zu der Landwirtschaft, zu den Bäuerinnen und Bauern, zu ihrer Produktion, zu den Rinderbetrieben „ja“ gesagt und das Land Steiermark hat zu dem Standort Hartberg „ja“ gesagt. Ich darf sehr herzlich – auch stellvertretend für unsere Region, für unsere Branchen sehr herzlich – bei Landesrat Buchmann, aber bei allen hier im Raum, die diesem Punkt zustimmen werden, herzlich Danke sagen. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.37 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Abgeordneter. Die abschließenden Worte zu diesem Kapitel bitte ich Herrn Landesrat Buchmann zu sprechen.

Landesrat Dr. Buchmann *(11.37 Uhr):* Geschätzter Herr Präsident, liebe Damen und Herren des Landtages, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Danke vielmals an die Abgeordneten Kogler, Böhmer und Erwin Lang für die anerkennenden Worte zu diesem Stück. Es ist in der Tat so, dass wir heute eingangs der Tagesordnung in der Aktuellen Stunde auch über Fragen der Stärkung der Regionen und des ländlichen Raumes diskutiert haben. Das ist ein Stück, wo wir ein Unternehmen mit Zukunftsmusik in einer Region, in dem Fall in Hartberg, entsprechend positionieren und ausbauen wollen. Wenn ich sage „wir“, dann ist das die neue Eigentümerschaft dieses Unternehmens mit dem neu aufgestellten Management und mit einem völlig neuen Geschäftsmodell. Einem Geschäftsmodell, das ganz stark darauf abzielt, dass mittlerweile in den Be2Be-Bereich gegangen wird und dass die Produkte in der Entwicklung von Roh- und Zusatzstoffen auf Basis von Milch und Molke liegen. Ich glaube, dass das ein Unternehmen ist, das wirtschaftlich hier einiges an Perspektive vor hat und dass das auch Innovativwirkungen zeigen wird. Damit verbunden, und das wurde von den Vorrednern angesprochen, sind auch die Beschäftigungseffekte, die gerade in der Region nicht zu vernachlässigen sind. Es wurde vom Abgeordneten Dr. Murgg die Frage gestellt: Warum eine stille Beteiligung und nicht

eine tatsächliche Beteiligung? Sie wissen, dass wir mit im Rahmen der steirischen Wirtschaftsförderung und vom Landtag auch genehmigten Programmen unterschiedliche Ansätze verfolgen. Auf der einen Seite gibt es verlorene Investitionskostenzuschüsse, es gibt Innovationsförderungen, es gibt Qualifizierungsförderungen und wir haben auch das Instrument der stillen Beteiligung, in dem Fall einer typisch stillen Beteiligung, aber auch der Haftungen, die wir im Gesamtportfolio der steirischen Wirtschaftsförderung zum Ansatz bringen. Bei diesem Projekt, Herr Abgeordneter Dr. Murgg, geht es um ein Wachstumsprojekt und weniger um eine Substanzbeteiligung. Wir wollen ja „weniger Staat und mehr Privat“ in diesem Zusammenhang und deswegen auch keine volle Beteiligung des Landes, sondern eine entsprechende Wachstumsbeteiligung in Form einer typisch stillen Beteiligung für einen gewissen Zeitraum, die dann abgeschichtet wird und hoffentlich auch entsprechend ihre Wirkungen erfüllt. In Summe möchte ich dem Hohen Haus sagen, dass wir aktuell 26 Beteiligungen mit einem Volumen von in etwa sieben Millionen Euro im Portfolio haben, 16 Haftungen, mit in etwa 2,3 Millionen Euro, also in Summe an die 10 Millionen Euro Substanz in der Steirischen Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft in diesen Geschäftsfällen abwickeln und ich der Geschäftsführung der StBFG auch sehr dankbar bin für ihre kompetente Arbeit, sie ist ja heute, zumindest zum Teil, auch anwesend im Zusammenspiel mit der Wirtschaftsabteilung, die hier, glaube ich, einen guten Job für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes machen. Ich bedanke mich für die Beschlussfassung zu diesem Stück. Es ist ein guter regionalpolitischer Ansatz, hier ein Unternehmen mit Leitbildwirkung in der Region zu stärken und gemeinsam auch mit Investitionen, die die Stadt Hartberg vornimmt, dieses Unternehmen für die Region abzusichern. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.41 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke, Herr Landesrat. Damit, meine Damen und Herren, ist der Tagesordnungspunkt 6 abgewickelt, abgeschlossen und ich komme zur Abstimmung.

Ich bitte alle diejenigen Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung erteilen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals. Gegenstimmen. Mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der KPÖ.

Ich komme damit zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport über die Regierungsvorlage mit der Einl.Zahl 2464/1 betreffend „Beschluss Nr. 732 des Landtages Steiermark vom 02.07.2013 betreffend die Unterstützung von Menschen, die eine außerordentliche Lehrabschlussprüfung absolvieren wollen“.

Berichtersteller ist der Herr LTAbg. Bernhard Ederer. Ich bitte dich um deinen Bericht.

LTAbg. Ederer (11.42 Uhr): Hoher Landtag!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht, Betreff „Beschluss Nr. 732 des Landtages Steiermark vom 02.07.2013, betreffend die Unterstützung von Menschen, die eine außerordentliche Lehrabschlussprüfung absolvieren wollen. Der Ausschuss „Bildung“ hat in seiner Sitzung vom 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Es liegt die Regierungsvorlage vor und der Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 732 des Landtages Steiermark vom 02.07.2013 betreffend die Unterstützung von Menschen, die eine außerordentliche Lehrabschlussprüfung absolvieren wollen, wird zur Kenntnis genommen.

(11.43 Uhr)

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Abgeordneten Ederer. Der Herr Abgeordnete Ederer hat sich auch zu Wort gemeldet und ich möchte ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Ederer (11.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Eine Lehre als Chance für eine Karriere – ich denke, das war immer möglich, ist möglich und der Facharbeiter/die Facharbeiterin ist sehr, sehr gefragt, gerade in Zeiten wie heute. Die Lehre hat aber trotzdem oft nicht jenes Image gehabt, das ihr eigentlich zusteht, obwohl es zahlreiche, viele Beispiele geben würde, wo Männer und Frauen eine großartige Karriere mit einer abgeschlossenen Lehre gemacht haben. Sie ist sehr gefragt und man hat oft, und das habe ich jetzt durch zahlreiche Gespräche auch erfahren können, bessere Chancen am Arbeitsmarkt, als durch so manche schulische Ausbildung. Überhaupt, glaube ich, wird die Lehrausbildung in Österreich sehr ernst genommen und die Unternehmerinnen und Unternehmer mit ihren Lehrbeauftragten leisten hier großartige Arbeit und gerade das duale Ausbildungssystem, wie es wir in Österreich haben, ist eigentlich ein Modell, das man in die

Welt hinaus transportieren sollte, das eigentlich überall stattfinden sollte und es interessieren sich ja auch einige Länder der Europäischen Union für unsere Ausbildung, weil dementsprechend auch qualifizierte Facharbeiterinnen und Facharbeiter hervorkommen. Auch die Möglichkeit in Verbindung mit Matura eine Lehre abzuschließen wurde intensiviert, wurde eingeführt und es wurden viele Wege als Chance für die Jugend geöffnet und wir sagen ja oft: „Die Jugend ist unsere Zukunft“, und deshalb sollen/müssen natürlich diese Wege auch eröffnet werden. Eine Lehrabschlussprüfung im zweiten Bildungsweg zu absolvieren ist inzwischen nichts Außergewöhnliches mehr und immer häufiger nutzen Personen, die noch keine abgeschlossene Berufsausbildung besitzen, diese Möglichkeit und geben ihrer Berufslaufbahn einen, in neuen Worten, neuen „Drive“. Es gibt jetzt die Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung, an die Bundesregierung heranzutreten – das sind auch immer jene Anträge, man möge an die Bundesregierung herantreten, die hier oft nicht unbedingt den großen Sinn machen, die sollten gleich in Wien platziert werden und diese Forderung ist natürlich auch nicht neu – die Unterstützung von Menschen, die eine außerordentliche Lehrabschlussprüfung absolvieren wollen, zu intensivieren. Es liegt ja auch die Antwort da. Erleichterungen für das Nachholen von grundlegenden Bildungsabschlüssen wie insbesondere der Lehrabschlussprüfung im Erwachsenenalter sind sowohl bildungspolitisch als auch im Hinblick auf die Stärkung der Fachkräfteausbildung für die österreichischen Unternehmungen eine wichtige Zielsetzung und finden sich daher auch in der von der Bundesregierung beschlossenen Strategie zu lebensbegleitendem Lernen in Österreich. Weiters ist hier auch angeführt, was in diesem Zusammenhang auch schon mit der Novelle zum Berufsausbildungsgesetz 2011, als die gesetzliche Grundlage für eine erleichterte Anrechnung von Vorqualifikationen eingeführt wurde für die Lehrabschlussprüfungen, und was wichtig war: Personen, die bereits über Berufserfahrung im Berufsbild des in Frage kommenden Lehrberufes verfügen, können – im Rahmen von in der Regel natürlich vom Arbeitsmarktservice unterstützten Qualifizierungsprogrammen – bereits erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten von der Lehrlingsstelle zertifizieren lassen und die noch fehlenden Teile in Kursen nachholen. Danach stellt die Lehrlingsstelle das entsprechende Lehrabschlussprüfungszeugnis aus, aber nicht nur, dass das möglich ist, sondern dass im Rahmen dieser Maßnahmen zur Höherqualifizierung die Prüfungstaxen in der Regel auch schon übernommen werden. Es wird hier auch angeführt, dass insgesamt 2012 58.000 Lehrabschlussprüfungen stattfanden, davon 9500 Prüfungen im sogenannten zweiten Bildungsweg und für den Antritt für diese Lehrabschlussprüfung ist eine Prüfungstaxe von 94

Euro zu entrichten, wobei hier in Härtefällen es bereits möglich ist, diese Prüfungstaxe auf die Hälfte reduzieren zu lassen. Natürlich ist die Frage erlaubt, generell gratis das zu machen - wie es bei so vielen Anliegen natürlich wünschenswert wäre, wenn es kostenlos wäre, wenn es gratis wäre. Es muss aber auf jeden Fall möglich sein, es muss leistbar sein und es ist niemand ausgeschlossen, das ist das Wichtige. Man muss auch bedenken, wenn man eine Lehrabschlussprüfung macht, dass man ja auch viele Vorteile hat. In den meisten Fällen hat man eine Besserstellung in den Kollektivverträgen, es eröffnen sich natürlich dann weitere Wege zur Meisterprüfung, zur Selbständigkeit und die Lehre ist auch eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Eine gewisse Eigenverantwortung kann man, glaube ich, auch immer einfordern, einen gewissen Ehrgeiz, aber es wäre schlimm, wenn es nicht leistbar wäre. Aber das ist nicht der Fall. Der Zugang ist möglich, es ist leistbar, es ist gewährleistet, aber – diese Forderung ist auch eine, die wir schon vor Jahren aufgegriffen haben – es ist nicht neu und die Sozialpartner machen sich auch intensiv Gedanken und haben in einem Zwischenbericht auch vom letzten Jahr bei der Formulierung von Bildungsfundamenten Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsorientierte Bildungsreform dementsprechend alles untersucht, Lehrabschlussprüfungen in Österreich, die Qualität der derzeitigen Modalitäten der Lehrabschlussprüfungen und Reformüberlegungen einfließen lassen, sodass es keinesfalls nur eine Worthülse ist, Karriere mit Lehre, sondern dass das tatsächlich auch möglich ist. Es wäre wünschenswert, es wird daran gearbeitet, dass hier vielleicht die Prüfungstaxen endgültig fallen, dass man eine andere Lösung findet, aber momentan muss man auch ehrlicherweise sagen, es kann nicht abhängig sein von 47 Euro. Aber, wir werden dafür weiterarbeiten und dafür Sorge tragen, dass sämtliche Rahmenbedingungen, das Gesamtumfeld so passen, dass alle ihre Chance haben, aber, noch einmal abschließend, es kann nicht von ein paar Euro abhängig sein und deshalb können wir heute diesem Antrag hier noch nicht Folge leisten. Aber die dementsprechenden Gruppen – auch dort, wo sie zuständig sind – arbeiten daran. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.51 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Nächste Wortmeldung ist die Frau Abgeordnete Klubobfrau Jungwirth. Frau Abgeordnete, bitte.

LTAbg. Dipl.-Ing. Jungwirth (11.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, auch wir werden diesem Antrag nicht Folge leisten, denn das, was hier als Stellungnahme der Bundesregierung gekommen ist, ist zwar eine nette Willensbekundung, aber so richtig die Durchschlagskraft und der Wille, die Dinge ins Lot zu bringen, ist leider noch nicht ganz erkennbar. Also es ist auf dem Weg, aber es ist leider noch nicht vollendet. Herr Kollege Ederer, du hast ein paar Dinge angesprochen, auf die ich auch gerne eingehen möchte. Du hast gesagt: „Lehre als Chance für Karriere.“ Ja, das wird immer in den Slogans gebracht – „Karriere mit Lehre“ ist z. B. so einer. Das Problem ist aber, was passiert dann, wie geht es dann weiter? Da gibt es einfach Ungerechtigkeiten, die ich ansprechen möchte an dieser Stelle. Ungerechtigkeiten, wenn man jetzt einen Vergleich zieht zwischen denjenigen, die im schulischen und universitären Weg ihre Ausbildung machen und denjenigen, die den Weg der Lehre einschlagen und in der Fortführung dann unter Umständen bis zur Meisterprüfung weitermachen. Es ist ja bekanntlich so, dass die schulische und universitäre Ausbildung in unserem Land, Gott sei Dank muss man auch sagen aus unserer Sicht, weitestgehend kostenlos ist. Es gibt ein paar Ausnahmen bei den Fachhochschulen, die aus unserer Sicht auch abgeschafft gehören, aber für Menschen, die eine Lehre gemacht haben, gibt es ... (LTAbg. Amesbauer, BA: „Wieso die Fachhochschulen abschaffen?“) Nein, ich will nicht die Fachhochschulen abschaffen, (Landesrat Dr. Buchmann: „Sie haben es falsch gesagt.“) Herr Landesrat Buchmann, aber ich will die Studiengebühren abschaffen, die bei manchen Fachhochschulen noch eingehoben werden. 17 von 20 Fachhochschulen in Österreich heben Studiengebühren ein, das würde ich gerne abschaffen. Sie haben mich nur nicht richtig verstanden. Damit für alle, für alle bitte geklärt. (Landesrat Dr. Buchmann: „Sie haben es falsch gesagt.“) Nein, ich habe es nicht falsch gesagt. Sie haben falsch interpretiert. Okay, dann habe ich es vielleicht so gesagt, dass man mich missverstehen kann, aber es ist ja jetzt wohl geklärt. (LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Immer der Sender ist schuld, nicht der Empfänger.“) Worum geht es denn eigentlich? Es geht eigentlich darum, dass ich Ihnen gerne mitteilen möchte, dass es eine Ungerechtigkeit gegenüber den Menschen gibt, die eine Meisterprüfung absolvieren wollen. Nämlich diejenige, die Ungerechtigkeit besteht darin, dass diese Menschen sehr hohe Kosten haben in dieser Ausbildung und da ist meiner Meinung nach die Welt nicht in Ordnung, so wie sie momentan ist. Ich finde, dass auch diese Menschen einen kostenlosen Zugang zu dieser Fortbildung haben sollten. Auch die Prüfungsgebühren sind enorm hoch für Menschen, die eine Meisterprüfung machen möchten. Ich würde mir wünschen, dass wir hier einmal genau darauf schauen und dass auch Forderungen gestellt werden, auch von Ihren Abgeordneten hier, dass endlich einmal eine

Gleichberechtigung herrscht, was das anbelangt, dass „Lebenslanges Lernen“ tatsächlich gefördert wird, denn das ist lebenslanges Lernen. Alle machen das ja nicht gleich nach ihrer Lehrausbildung, sondern oftmals auch später und vor allem: Es ist eine Investition in die Zukunft, in die Zukunft der Wirtschaft. Denn Menschen, die eine Meisterprüfung machen, sind befähigt Betriebe zu führen. Das ist etwas, was eine hohe Qualifikation bedeutet. Es müssen sich nicht alle selbstständig machen, oftmals werden ja auch Meister in bestehenden Betrieben benötigt. Wir könnten damit auch ein wenig in die Kerbe hineinstoßen, wo es viele Betriebe gibt, die keine NachfolgerInnen finden, wo Möglichkeiten für Menschen wären, die eine Meisterprüfung machen, einen Betrieb fortzuführen; und diejenigen, die sich selbstständig machen und einen Betrieb neu gründen, die würden tatsächlich neue Arbeitsplätze schaffen. Das ist gerade in der Zeit, in der wir jetzt momentan sind, wo so viele Arbeitslose leider auf den Straßen draußen unterwegs sind, ein ganz, ganz wichtiges Anliegen aus meiner Sicht. Also ich glaube, dass es wesentlich wäre, da einmal genau hinzuschauen und sich zu überlegen, ob wir das nicht irgendwie zustande bringen. Herr Landesrat Schickhofer, auch dich als zuständiges Regierungsmitglied betrifft das Thema massiv und ich würde mir auch wünschen, dass auch du mir dein Ohr leihst. (*Landesrat Mag. Schickhofer: „Jetzt hast du mich beim Keppeln erwischt.“*) Das Thema ist auch in deiner Zuständigkeit und ich finde, es wäre schon angebracht, sich ein bisschen damit zu beschäftigen. Wenn du nicht zugehört hast, dann lies bitte in meinem Entschließungsantrag nach, was mein Anliegen ist. (*Landesrat Mag. Schickhofer: „Den habe ich natürlich gelesen.“*) Ich möchte ihn auch an dieser Stelle einbringen.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes und zur Bekämpfung des Fachkräftemangels an die Landesregierung heranzutreten und von dieser eine kostenlose Berufsausbildung einzufordern und insbesondere Prüfungstaxen für Lehrlinge und Kursgebühren und Prüfungstaxen für die Meisterprüfung abzuschaffen. Ich ersuche um Annahme.

Ich möchte auch noch die Gelegenheit nutzen, auf die Lehrlingsausbildung, auf das duale System einzugehen, das Bernhard Ederer so hochgelobt hat, dass man es, du hast gesagt: „In die Welt hinaus transportieren sollte.“ Grundsätzlich glaube ich auch, dass es schon ein ganz guter Ansatz ist, den wir haben, aber ich glaube auch, dass unser System der dualen Ausbildung verbesserungsfähig ist, denn irgendwas muss ja an dem ganzen System doch nicht so perfekt sein, wenn sich so viele junge Menschen genau nicht dazu entschließen, eine

Lehre zu machen, sondern lieber weiter in die Schule gehen möchten. Also, so hundertprozentig perfekt kann es dann jawohl nicht sein. Ich glaube, dass das schon auch am Modell selbst liegt, dass es einfach in manchen Punkten nicht mehr zeitgemäß ist, so wie es momentan läuft und nicht attraktiv genug ist für die jungen Menschen. Das soll an dieser Stelle nicht heißen, dass es alle Betriebe schlecht machen. Das möchte ich ausdrücklich betonen. Es gibt sehr viele Betriebe, die die Lehrlingsausbildung sehr gut machen, aber es gibt natürlich auch welche, wo es Schwächen gibt. Das hängt auch mit dem System zusammen. Die Grüne Wirtschaft hat sich sehr ausführlich mit diesem Thema Lehre befasst und hat ein Modell ausgearbeitet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen das auch vorzustellen. Es geht dabei darum, dass wir uns zuerst einmal mit der Situation beschäftigen haben. Also, man muss es schon genauer anschauen und analysieren, worum es da eigentlich geht. Wir haben zu wenige Ausbildungsplätze auf der einen Seite und auf der anderen Seite Ausbildungsbetriebe, die keine Lehrlinge bekommen. Woran liegt das? Was ist das Problem? Ich glaube, es hat sehr viel auch mit dem zu tun, dass die Lehre in einem schwierigen Alter beginnt; dass das ein Alter ist, wo viele junge Menschen noch nicht wissen, was für einen beruflichen Weg sie überhaupt einschlagen wollen und sie sollen sich dann für einen Beruf entscheiden. Das ist ja schon eine sehr deutliche Prägung für den Lebensweg, die hier stattfindet. Denn Menschen, die länger in Ausbildung sind, haben einfach mehr Möglichkeiten, haben mehr Flexibilität in der Regel, als junge Menschen, die mit 16 Jahren schon einen bestimmten Beruf erlernen und damit einen vorgezeichneten Weg haben. Trotz der Modularisierung, die schon stattfindet, es ist trotzdem so. Das wissen wir alle hier. Also ich glaube, dass es schon ein wesentlicher Punkt ist, in welchem Alter man sich entscheiden muss. Ich denke, dass wir schon auch darüber nachdenken sollten, ob wir nicht die Schulpflicht um ein Jahr verlängern sollten – nämlich, um diesen Zeitpunkt ein bisschen hinauszuschieben. Ich denke, dass 16-Jährige doch einen deutlichen Sprung in ihrer Entwicklung machen gegenüber 15-Jährigen, und dass es wichtig wäre, den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich bewusster zu entscheiden. Dazu gehört aber noch mehr. Dazu gehört nicht nur, dass es einen späteren Einstieg oder einen späteren Zeitpunkt der Entscheidung geben sollte, sondern dazu gehört schon auch, dass eine starke Orientierung vorher stattfinden muss. Das findet momentan in den Neuen Mittelschulen bereits statt, meiner Meinung nach auch dort noch viel zu wenig intensiv, in den Gymnasien ganz und gar nicht, muss ich sagen. Das finde ich sehr schade. Ganz und gar nicht ist vielleicht auch nicht ganz korrekt. Es kommt dann doch irgendwann einmal jemand vom AMS oder von

irgendeiner Berufsinformationsstelle und hält einen kurzen Vortrag, aber das ist in Wahrheit nichts. Das wissen wir. Das heißt, ich würde dafür plädieren, dass wir in der 9. und 10. Schulstufe tatsächlich den Kindern Zeit geben, diese Dinge herauszufinden – herauszufinden, welche Berufe für sie interessant sind und was für sie wichtig ist und in dieser Phase sehr, sehr viel Berufsorientierung zu machen mit den jungen Menschen. Das bedeutet auch, dass es Zeit geben muss für Praktika. Das bedeutet, dass es Zeit geben muss für Praktika in den Ferien und während der Unterrichtszeit. Das bedeutet, dass auch die Lehrerinnen und Lehrer sich mehr beschäftigen müssen mit den unterschiedlichen Berufen und Berufsmöglichkeiten. Auch da ist oft zu wenig Wissen da, nach wie vor. Das heißt, die 9. und 10. Schulstufe sollte meiner Meinung nach so gestaltet werden, dass da wirklich Platz gegeben wird für diese Dinge. Natürlich heißt es, dass manche Dinge dann nicht Platz haben werden in dieser Zeit. Na gut, dann müssen wir darüber diskutieren. Wollen wir den Lehrplan insgesamt entrümpeln oder wollen wir sogar das Gymnasium verlängern bis 19? Wäre auch ein Ansatz, über den wir nachdenken können. Ich erzähle Ihnen jetzt, was es alles an Möglichkeiten gäbe, über die man diskutieren sollte, damit dies in Zukunft besser gestaltet werden kann. Wie gesagt, die Verlängerung der Schulpflicht und die Orientierung in der 9., 10. Schulstufe wäre mir sehr wichtig. Dann geht es schon noch darum zu schauen, was müsste in der dualen Ausbildung anders gestaltet sein. Ich denke, dass es immer noch Betriebe gibt, die – wie soll ich sagen, wir hören es oft genug – unter dem Titel „ich richte mir meinen Lehrling so her, wie ich ihn brauche“ agieren. Genau das ist eine Vorgehensweise oder ein Zugang zu den jungen Menschen, der nicht mehr zeitgemäß ist und wo die jungen Leute ein Problem haben, wenn sie das Gefühl haben, sie sind sozusagen – wie soll ich sagen – „das Eigentum der Betriebe“, überspitzt ausgedrückt natürlich. Wie gesagt, nicht alle tun das. Es gibt auch sehr gute. Ich glaube, dass man das entschärfen könnte, wenn man der Berufsschule einen anderen Status in dem ganzen System gibt, nämlich den Status einer regionalen Ausbildungsplattform. Das heißt, die Berufsschule sollte meiner Meinung nach das Zentrum der gesamten Ausbildungsphase sein. Die jungen Leute sollten sich bei der Berufsschule melden, sollten dort mit der Berufsschule einen Ausbildungsvertrag machen in ihrer Region und die Berufsschule ist dann die Vernetzungsplattform zu den Betrieben hin. Das bedeutet, dass Qualitätssicherung stattfinden würde, denn die Berufsschule wäre auch die Anlaufstelle bei Problemen – sowohl für den Betrieb, als auch für den Jugendlichen –, würde einschreiten können, würde eingreifen können, vermitteln können in Problemfällen und könnte unter Umständen, wenn es notwendig ist, auch einen anderen Betrieb vermitteln. Also, ich glaube,

dass die Berufsschule durch so ein System eine Aufwertung erhält und die Verantwortung, die dort übernommen werden sollte, dem System gut tut, den jungen Leuten gut tut, den Betrieben gut tut und auch der Berufsschule gut tut. Ich denke außerdem, dass die regionale Ausbildungsplattform viel stärker sich den allgemeinen Fächern widmen sollte wie Buchhaltung, Betriebsführung, wirtschaftliche Fächer, alles was an Basisbildung notwendig ist und damit auch die jungen Menschen damit auch in einem großen Teil ihrer Ausbildungszeit in der Region bleiben können. Ich denke, dass es natürlich für die fachspezifischen Fächer dann nicht möglich ist, an jeder regionalen Ausbildungsplattform alles anzubieten. Das ist auch klar, dafür braucht es dann schon Spezialisierungen an den einzelnen Standorten. Aber, wenn man die Ausbildungszeit in der Berufsschule modular gestaltet, dann sollte auch das kein Thema sein. Dann gehen die jungen Leute halt einmal für eine Zeit von zwei Wochen in eine andere Region, aber den Rest der Zeit können sie in ihrer Region bleiben. Ich denke, dass das schon eine deutliche Verbesserung sein könnte, wenn man das so gestaltet. Außerdem eröffnet das auch andere Möglichkeiten. Es eröffnet die Möglichkeit, dass Betriebe, die nicht alles anbieten können was für eine Ausbildung notwendig ist, Entlastung erfahren. Nämlich dahingehend, dass über die regionale Ausbildungsplattform, sprich „Berufsschule“, jetzt eine Koordinierung passieren könnte und eine Vermittlung zu anderen Betrieben, wo das geleistet werden könnte, was der eigene Betrieb vielleicht nicht kann. Ich denke, dass das die Qualität der Ausbildung auch deutlich verbessern könnte. Außerdem, kleine Betriebe, das wissen wir auch, haben oft die Schwierigkeit, dass sie sich das finanziell nicht unbedingt so leicht leisten können über die ganze Phase einer Ausbildung, auch das wäre eine Entlastung. Ein-Personen-Unternehmen könnten sich unter Umständen in die Lehrlingsausbildung einbringen, denn die können oftmals nur einen Teil leisten, aber auch die hätten dann die Möglichkeit unter Umständen bei der Lehrlingsausbildung teilzunehmen und sich einzubringen. Also, ich sehe viele Vorteile, wenn man dieses System einfach einmal anders gestaltet und der Berufsschule einen neuen Stellenwert gibt in der Systematik. Der dritte Punkt, der mir wichtig ist, ist die Ausbildungsentschädigung. Auch das ist etwas, wo man meiner Meinung hinschauen muss. Ich denke, es wäre ein großer Vorteil, wenn alle Auszubildenden eine einheitliche Entschädigung bekommen würden, denn dann würde in Bezug auf die spätere Entlohnung langfristig auch etwas passieren. Ich denke, dass wir da einen Stein ins Rollen bringen könnten, was die schlechte Entlohnung in Frauenbranchen anlangt. Denn warum sollten junge Frauen, wenn sie in der Ausbildung gleich viel bekommen wie die Männer, akzeptieren, dass

sie später schlechter gestellt sind. Also das könnte tatsächlich eine Bewusstseinsänderung herbeiführen. Ich denke, dass es unter Umständen auch bewirken könnte, dass junge Männer in Berufe gehen, die für sie vielleicht momentan nicht attraktiv sind, weil die Lehrlingsentschädigung dort so schlecht ist im Verhältnis zu den typischen Männerberufen. Also ich glaube, da könnte man tatsächlich etwas bewegen, wenn wir hier eine Vereinheitlichung zustande bringen würden. Vieles von meiner Seite, viele Denkanstöße; ich würde gerne einen Diskurs dazu mit den anderen Parteien führen und lade Sie herzlich ein an dem teilzunehmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 12.07 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, nächste Wortmeldung ist von Frau Abgeordneter Alexia Getzinger.

LTAbg. Getzinger, MAS (12.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Ja, ich bin der Überzeugung, dass man mit Qualifizierung Arbeitslosigkeit bekämpfen kann. Ich bin der Überzeugung, dass Qualifizierung dazu beiträgt, dass die Arbeitslosenquoten sinken; dass Menschen ohne Berufsausbildung überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wissen wir alle. Wir wissen, dass an die 40 % der männlichen Arbeitslosen und 49 % der weiblichen Arbeitslosen maximal über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Allein diese Zahlen zeigen überdeutlich, wie wichtig Qualifizierung und Ausbildung sind. Im Jahr 2008 hat die Österreichische Bundesregierung eine Ausbildungsgarantie eingeführt. Das war, wie ich meine, ein Meilenstein, wenn es darum geht, überbetriebliche und außerbetriebliche Lehrabschlüsse zu erringen. Seit damals, seit 2008, seit dieser Ausbildungsgarantie fällt die Zahl der Arbeitslosen der unter 19-Jährigen stetig. Damit einher geht natürlich auch ein Sinken der Zahl von niedrig qualifizierten jungen Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen und mit eingeschränkten Arbeitsmarktperspektiven zu rechnen haben. Dennoch, darin sind wir uns, glaube ich, alle einig, noch immer beträgt die Jugendarbeitslosenquote 8,9 %. Wir liegen damit am zweiten Platz hinter Deutschland, aber jeder und jede jugendliche/r Arbeitslose ist natürlich eine oder einer zu viel. Eine andere Zahl möchte ich erwähnen, und zwar die sogenannten NEETs. Das sind die jungen Menschen, die „not in Education, Employment or Training“ sind, also die keinen Ausbildungsplatz haben, keine Beschäftigung ausüben, da liegen wir auf Platz drei und zwar hinter Dänemark und erstaunlicherweise Luxemburg. Verantwortlich dafür sind die Maßnahmen der

Bundesregierung, die bereits erwähnte Ausbildungsgarantie und natürlich auch unser bemerkenswertes duales System der Lehrlingsausbildung, mit dem die Grünen leider nicht ganz zufrieden sind, das du, Bernhard Ederer, bereits erwähnt hast. Ich möchte das gerne um ein paar Zahlen ergänzen – und zwar befanden sich im Jänner 2014 insgesamt 119.413 Jugendliche in einer Lehrausbildung und 110.232 davon in einem Betrieb, d. h. knapp 9.200 waren in einer überbetrieblichen Ausbildung. In der Steiermark werden derzeit 17.437 Jugendliche zu zukünftigen Fachkräften ausgebildet. Zum Bereich „Lebenslanges Lernen“, da sind wir uns einig mit den Grünen, dass das etwas Wichtiges ist, da hat es eine interministerielle Arbeitsgruppe gegeben und da wurde die Strategie LLL2020 entwickelt. Teilgenommen haben vier Ministerien, nämlich das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, neben anderen Stakeholdern wie der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft und der Wirtschaftskammer. Im Rahmen dieser LLL2020 Strategie sind zehn Aktionslinien festgesetzt worden. Eine möchte ich besonders hervorheben, nämlich das kostenlose Nachholen von grundlegenden Abschlüssen und Sicherstellung der Grundkompetenzen im Erwachsenenalter – lebenslanges Lernen eben. Da denke ich, dass wir doch einiges an Maßnahmen geschaffen haben, die Bundesregierung geschaffen hat, und sehe nicht so viel Handlungsbedarf wie die Grünen. Zum Beispiel in der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes und Schulorganisationsgesetzes ist festgehalten, dass es ein Recht gibt auf einen Berufsschulbesuch und zwar auch für jene, die nicht eine betriebliche Lehre oder eine überbetriebliche Lehre machen, sondern z. B. auch für die außerordentliche Lehrabschlussprüfung.

Ich möchte gerne drei oder vier Maßnahmen noch anführen. Die bereits genannte überbetriebliche Lehrausbildung, die hat sich tatsächlich als wirksames Instrument erwiesen. Also falls wir eine/einen Jugendliche/Jugendlichen, die/der eine Lehre absolvieren möchte, kein betrieblicher Lehrplatz gefunden werden kann, kann er oder sie eine vollwertige Lehrausbildung in einer ÜBA absolvieren. Ziel ist es dennoch natürlich die Jugendlichen möglichst in einer betrieblichen Lehre zu verankern; derzeit wechseln rund 40 % von der ÜBA in eine betriebliche Lehre. Unternehmen, das ist 2013 neu gewesen, die Lehrlinge aus einer ÜBA übernehmen und über einen Zeitraum von mindestens einem Jahr ausbilden, erhalten eine Prämie. Eine weitere Maßnahme ist das Lehrlingscoaching. Hier wird einiges abgedeckt was die Grünen fordern. Das gibt es auch seit 2013, also Ende 2012/Anfang 2013,

und zwar in vier Pilotbundesländern – Wien, Oberösterreich, Steiermark und Tirol, die Steiermark ist auch dabei. Da geht es darum, Jugendliche und Betriebe bei Schwierigkeiten rechtzeitig aufzufangen und zu begleiten und sowohl die Jugendlichen, als auch die Betriebe zu beraten. Dadurch sollen Ausbildungsabbrüche vermieden werden und der Ausbildungserfolg sichergestellt werden. Derzeit stehen wir bei 122 Jugendlichen und 25 Betrieben in der Steiermark, die am Lehrlingscoaching teilgenommen haben. Im Bereich des „Lebenslangen Lernens“ möchte ich auf das Projekt oder die Maßnahme IV hinweisen – FacharbeiterInnenintensivausbildung in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice. Da werden im Rahmen der Ausbildung den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Fachwissen und Fertigkeiten vermittelt, die für die außerordentliche Lehrabschlussprüfung im gewählten Beruf notwendig sind. Praktische Kenntnisse werden vermittelt, es gibt einen modularen Lehrplan und die letzten Kurswochen sind der gezielten Vorbereitung zur LAP gewidmet. Dies, also die Möglichkeit für diese vier und die anderen Maßnahmen, sind im § 23 Abs. 5 Berufsausbildungsgesetz festgehalten und für alle nachzulesen. Eine weitere schöne Maßnahme ist die Maßnahme „Du kannst was“. Hier geht es um Anerkennung von non-formal und informell erworbenen Kenntnissen und Kompetenzen. Also wenn jemand bei der Rettung, bei der Feuerwehr, beim Roten Kreuz ehrenamtlich bereits tätig war, ist es möglich, die dort erlernten und erworbenen Kompetenzen anzurechnen. Man muss mindesten 22 Jahre alt sein, keinen Berufsabschluss haben oder zugewandert sein; und es gibt eine, das unterscheidet nämlich von „Du kannst was von der Vier“, eine Berufsliste. Darin sind Bäcker, Einzelhändler, ElektrotechnikerInnen, LandschaftsgärtnerInnen, IT-TechnikerInnen, TischlerInnen usw. In vier Schritten mit Coachings, mit Überprüfungen werden die TeilnehmerInnen bis zur außerordentlichen LAP geführt.

Gut, noch ein Wort zu den Prüfungsgebühren, die bei der Lehrabschlussprüfung anfallen, um auch den Nebel, den die Grünen mit ihrem Entschließungsantrag geworfen haben, etwas zu lichten. Wie allgemein bekannt sein dürfte, werden diese Gebühren gemäß § 9 Abs. 7 des BAG – Berufsausbildungsgesetzes – vom ausbildenden Betrieb übernommen. Üblicherweise ist es ja so, dass während der Behaltefrist diese LAP abgelegt wird und natürlich ist der Lehrherr oder die Lehrfrau dafür zuständig. Sollte der Lehrling die Prüfung beim ersten Mal nicht schaffen, ist es möglich ein zweites und drittes Mal die Prüfung kostenlos zu wiederholen. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.17 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hannes Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer, BA (12.17 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, dieser Tagesordnungspunkt resultiert ja auf einem Allparteien-Antrag, der vom Jugendlandtag ausgeht, also die Jugendlichen haben sich da mit dem Thema Lehre beschäftigt und wir haben uns dann in mühsamster Kleinarbeit zu diesem Allparteien-Antrag durchgerungen, der auf freiheitliche Initiative dann auch gestartet wurde. Es war natürlich leider so bei so einem Thema, wir haben uns dann nach mehrmaligen Änderungen dieses Antrages ja auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Der Antwort, die vom Bundeskanzleramt eingetroffen ist, der werden wir zustimmen. Wir hätten uns zwar schon mehr erwartet, aber sie erkennen wenigstens an, dass es eine wichtige Zielsetzung ist und verweisen auf gesetzliche Maßnahmen, die bereits getroffen wurden. Das heißt aber nicht, dass es damit auch getan ist. Wir werden sowohl der Stellungnahme vom Bundeskanzleramt unsere Zustimmung erteilen, als auch dem Antrag von den Grünen, der in dieser Form auch seine Berechtigung selbstverständlich hat. Meine Damen und Herren, man kann aber nicht sagen: „Ja, jetzt haben wir diese Antwort vom Bundeskanzleramt und alles ist schön und alles ist toll.“ Wir wissen, dass wir in Österreich momentan eine mehr als angespannte Lage am Arbeitsmarkt haben. Also wir haben die Horrormarke, wie es ja der AMS-Chef selbst bezeichnet hat vor wenigen Monaten noch, von 450.000 Arbeitslosen in Österreich leider erreicht und auch die Jugendarbeitslosigkeit, die kann man da nicht ausnehmen, das spielt zusammen, das kann man nicht ganz differenziert sehen, weil die arbeitslosen Jugendlichen von heute und die jungen Menschen, die keine Lehrstellen finden, aus welchen Gründen auch immer, das sind natürlich die Arbeitslosen von morgen. Auf der einen Seite haben wir diese hohe Arbeitslosigkeit und auch die großen Probleme im Lehrstellenbereich, auf der anderen Seite hören wir aber immer wieder vom Facharbeitermangel, den es in Österreich gibt oder geben soll.

Die angesprochenen, überbetrieblichen Lehrlingsausbildungsstellen: Wir Freiheitlichen haben damit nicht die große Freude. Es ist natürlich besser, die Lehrlinge sind dort, als sie stehen auf der Straße, das stimmt schon. Aber der Regelfall und das Ziel sollte es schon sein, dass wir wieder verstärkt in die betriebliche Lehrausbildung investieren, verstärkt Maßnahmen setzen, dass Betriebe die wirtschaftliche Möglichkeit haben und damit den Jugendlichen so die Chance geben, einen Lehrberuf von der Pike auf zu lernen. Die Freiheitlichen haben schon

zahlreiche Initiativen zum Thema Lehrlingsproblematik im Landtag gestellt – sind leider alle schubladisiert worden, nicht behandelt worden oder abgelehnt worden. Wir wissen woran es krankt. Die Lehre gehört aufgewertet, der Beruf des Lehrlings gehört aufgewertet, das Handwerk gehört wieder aufgewertet. Wir brauchen dafür einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft. Die Politik hat Möglichkeiten und Steuerelemente, um das zuzuführen. Wir haben u. a. beantragt, dass die Berufsschulkosten endlich durch die öffentliche Hand finanziert wird, denn es ist nicht einzusehen, dass einerseits die Betriebe, die ja den Lehrling während der Berufsschulzeit nicht zur Verfügung haben, belastet werden und auch der Lehrling, der das mit einem Teil seines Lehrlingsgehaltes auch bestreiten muss. Das ist ganz wichtig, wenn man sagt: „Wir erkennen die Ausbildung an, dass auch die Lehrlinge und die Berufsschüler die gleichen Chancen haben wie AHS und BHS Schüler, deren Ausbildung ja selbstverständlich auch von der öffentlichen Hand beglichen wird.“ Ein weiterer Punkt wäre, ernsthaft wieder über die Wiedereinführung des „Blum-Bonus“ oder des „Blum-Bonus-Neu“ – da gibt es ja Konzepte, Frau Kollegin Riener nickt – auf Bundesebene nachzudenken und auch zu überlegen, was die Steiermark für einen Beitrag leisten könnte, wenn der Bund sich nicht in der Lage sieht, diesen „Blum-Bonus-Neu“ wieder einzuführen, um einerseits wirklich für die Betriebe Anreize zu schaffen, auch steuerliche Vorteile zu sichern, wenn Lehrlinge ausgebildet werden, weil das muss uns ja allen klar sein: Die Lehrlinge sind die Zukunft. Wir brauchen die Menschen, die das Handwerk können, die das Handwerk ausüben und das ist auch ganz wichtig. Es ist schade, wir haben so viele talentierte Jugendliche, nur die müssen wirklich ordentlich ausgebildet werden. Es gibt da viele Probleme. Wir wissen alle, dass die großen Probleme in Wahrheit in der Schulbildung beginnen, dass viele Betriebe keine Lehrlinge mehr aufnehmen wollen, weil einfach die Qualifikationen nicht mehr passen nach der Pflichtschule, nach der neunjährigen. Ich bezweifle es übrigens, dass das Ganze dann nach zehn Jahren wesentlich besser wäre. Berufsorientierung, das ist schon ein wichtiger Punkt, ein springender Punkt in den Schulen verstärkt darauf zu achten, Berufsinformation zu bieten, Berufsinformationsmessen, die es zu besuchen gibt. Denn das ist eine Lebensentscheidung für die jungen Menschen und die jungen Menschen sollen dabei unsere Unterstützung in dem notwendigen Ausmaß bekommen. Wir Freiheitlichen bereiten gerade eine neue Initiative vor. Wir sind dabei, für die nächsten Ausschüsse eine Serie an Anträgen einzubringen, um die Situation am Lehrlingsmarkt auch in der Steiermark entsprechend zu verbessern. Ich hoffe in diesem Fall auf Ihre konstruktive Diskussionsbereitschaft und auf Ihre Mithilfe bei diesem wichtigen Thema. Das wäre ein Punkt, wo wir die ideologischen Grenzen wirklich

beiseitelassen könnten und über die Parteien hinweg gemeinsam Lösungen für unsere jungen Menschen in der Steiermark finden, damit diese eine Zukunft haben und damit andererseits die Wirtschaft die Facharbeiter bekommt, die sie braucht. *(Beifall bei der FPÖ – 12.22 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann.

Landesrat Dr. Buchmann *(12.22 Uhr)*: Geschätzte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich bin sehr glücklich darüber, dass wir hier eine sehr qualifizierte Diskussion zu diesem Thema angesichts einer Situation am Arbeitsmarkt abführen, die ja eine durchaus paradoxe Situation darstellt. Auf der einen Seite einen Beschäftigungshöchststand in unserem Bundesland, auf der anderen Seite auch einen Rekord an Arbeitslosigkeit. In diese Statistik bringt sich auch die Frage der Jugendbeschäftigung und der Jugendqualifizierung entsprechend ein. Ich möchte gleich vorweg sagen, dass ich mir auch etwas mehr Ehrgeiz seitens der Stellungnahme des Bundes in dieser Frage gewünscht hätte, wie wir mit dieser Themenstellung umgehen. Ich glaube, dass es gut und richtig ist, wenn wir uns hier im steirischen Landesparlament auch mit den Fragen der Qualifizierung junger Leute mit der dualen Ausbildung bis hin zur Meisterprüfung beschäftigen. Es allerdings schon so ist, dass das Gros der Kompetenzen hier Bundeskompetenzen sind und das österreichische Parlament und die Österreichische Bundesregierung auch ihren Beitrag leisten müssen. Ich war gestern Nachmittag bei einem Betriebsbesuch in einem Automotiv-Zulieferbetrieb, der im Hightech-Bereich ganz stark engagiert ist, der in alle Kontinente entsprechend liefert und der hat mir nach seiner Sicht auch sehr stark die Problemstellungen der dualen Ausbildung und des Nachwuchses für die Lehrlingsausbildung geschildert. Sie wissen selbst aus Betriebsbesuchen und Gesprächen mit Ausbildnern und Lehrlingen und wahrscheinlich Betriebsinhabern, dass wir aktuell eine sehr starke Kritik haben, dass viele junge Leute, wenn sie von der Schule kommen, die Kulturtechniken des sinnerfassenden Lesens, Schreibens, Rechnens nicht im genügenden Ausmaß beherrschen und dass das, was die Wirtschaft in ganz besonderem Ausmaße sich wünschen würde, nämlich soziale Kompetenzen, auch nur unterentwickelt vorhanden sind. Das sind Themenstellungen, mit denen wir schon im Schritt vor der Lehre entsprechend umgehen müssen und wo es jetzt, glaube ich, einer gemeinsamen Kraftanstrengung – Wirtschaft, öffentliche Institutionen, Politik – bedarf, um diese

Schwachstellen angesichts einer demografischen Entwicklung, die ja weniger junge Leute in diese Ausbildungssysteme bringt, darzustellen. Wir haben eine Konkurrenzsituation zwischen Schule und dualer Ausbildung, angesichts der demografischen Entwicklung, die wir heute kennen. Wir brauchen uns nichts vorzumachen. Wir wissen ja, dass immer weniger junge Leute in diese Ausbildungsschienen eintreten und dass es eine große Wettbewerbssituation zwischen der Schule und den ausbildenden Betrieben gibt. Auf der anderen Seite wissen wir auch, dass die duale Ausbildung einen echten Wert, ein echtes Asset in unserer Gesellschaft darstellt und für die Steiermark, weil diese Zahlen noch nicht erwähnt wurden, haben wir in etwa 18.000 Lehrlinge entlang der Ausbildungsjahre in einer dualen Ausbildung mit in etwa 5.000 Betrieben, die diese Lehrlinge ausbilden. Sie wissen, dass wir mittlerweile über 280 Berufsbilder in dieser dualen Ausbildung anbieten. Das Phänomen allerdings ist, dass sowohl bei den Burschen wie auch bei den Mädchen immer noch gewisse Vorlieben vorherrschen. So ist bei den Mädchen, obwohl Technik sehr gewünscht wäre, immer noch die Friseurinnen Ausbildung als Beruf sehr beliebt. Nichts gegen die Friseure, aber wir brauchen natürlich in einer Region, wo Forschung und Entwicklung ein Thema ist, auch die entsprechenden technisch ausgebildeten Damen und Herren und daher muss hier die Initiative weiter verstärkt werden, die es ja schon gibt – vom Girlsday bis ..., ich brauche jetzt nicht alle Maßnahmen entsprechend erwähnen. Auch mir ist die Gleichstellung zwischen der schulischen und der berufsbegleitenden Ausbildung ein Anliegen. Wir müssen in diesem Bereich, glaube ich, den Blick schärfen, weil wir ohne die Fachkräfte von heute und morgen diese führende Situation als eine der innovativsten Regionen in Europa nicht behalten werden können. Das meine ich nicht nur auf die Steiermark bezogen, sondern auf ganz Österreich. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch wissen, angesichts der Kenntnisse der Budgets – sowohl des Bundes, wie des eigenen, dass, wenn alle alles gratis bekommen, am Ende der Reise alle alles selbst zahlen, weil das Geld bekanntermaßen nicht x-beliebig vermehrbar ist. Es geht also um eine ganz kluge Prioritätensetzung in dieser Frage. Ich hoffe, dass wir hier im Rahmen dieser Regierungsperiode, auf Bundesebene bezogen, einen Schritt weiterkommen. Ich erlaube mir noch auf zwei Maßnahmen hinzuweisen, weil dieser Antrag sich ja ursprünglich nur – entgegen der allgemeineren Diskussion, die wir heute geführt haben – auf die Unterstützung von Lehrlingen bei der Absolvierung einer außerordentlichen Lehrabschlussprüfung bezogen hat. Es wurde in Ansätzen schon erwähnt, dass das AMS hier seinen Blick auch geschärft hat. Es gibt seit dem Juli 2013 die Möglichkeit eines sogenannten Fachkräftestipendiums für Mangelberufe beim AMS. Dieses Stipendium ermöglicht u. a. auch

die Absolvierung einer außerordentlichen Lehrabschlussprüfung in Mangelberufen wie beispielsweise Elektrotechniker oder auch Tischler, wobei die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer für die Dauer der Ausbildung karenziert sind und auch ein Taggeld erhalten. Bezugsberechtigt sind aber auch Arbeitslose und Selbstständige, deren Gewerbeberechtigung ruht. Hinweisen möchte ich, wenn ich richtig informiert bin, auch auf einen Bildungsscheck, der über die Abteilung 6 entsprechend abgewickelt wird, wo es auch entsprechende Unterstützungsmöglichkeiten gibt, sodass den Intentionen des Antrages nicht zur Gänze entsprochen wird, aber in Ansätzen doch eine richtige Richtung verfolgt wird. Ich glaube, dass wir bei diesem Thema gemeinsam darauf bleiben sollten, weil es um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Steiermark und um die Zukunft der jungen Damen und Herren geht, die die beste Ausbildung genießen sollen, dass sie auch tatsächlich in ihren Ausbildungsfeldern Berufschancen haben. Ich bedanke mich für die Diskussion und die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP – 12.29 Uhr)*

Präsident Mag. Lackner: Danke, Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 7 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der GRÜNEN zu TOP 7, Einl.Zahl 2464/3, betreffend „Kostenlose Lehrlings- und Berufsausbildung“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Ablehnung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2490/1, betreffend Beschluss Nr. 509 des Landtages Steiermark vom 13.11.2012 (EZ 1530/4) betreffend Kostenbeiträge für Anstaltspflege bei Mehrlingsgeburten.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Riener.

LTAbg. Riener (12.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin!

Ich erstatte Bericht über den Beschluss Nr. 509 des Landtages Steiermark vom 13.11.2012 betreffend Kostenbeiträge für Anstaltspflege bei Mehrlingsgeburten. Die Einl.Zahl 2490/1 zu diesem Beschluss ist als Regierungsvorlage in den Ausschuss gekommen.

Der Ausschuss "Gesundheit" hat in seiner Sitzung vom 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt und stellt den Antrag, diese Regierungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen. (12.31 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Bundesrat Gert Edgar Krusche.

Bundesrat Krusche (12.31 Uhr): Frau Präsident, Sehr geehrte Frau Landesrätin, Abgeordnete, Zuhörerinnen und Zuhörer!

Dieser Bericht zeichnet eigentlich in Wahrheit ein trauriges Bild über den Zustand des Föderalismus in Österreich und wie Föderalismus gelebt wird. Das Bundesministerium für Gesundheit unterstützt die Resolution des Steiermärkischen Landtages vom November 2012 und drückt sich dahin gehend aus, dass sie sich generell für die Abschaffung von Kostenbeiträgen für Kinder und Jugendliche in Krankenanstalten einsetzt. Die Länder sind ebenfalls positiv eingestellt, sofern die Kosten bzw. der Kostenausfall ersetzt wird. Also alle wollen – Bund will, die Länder wollen, eigentlich super, aber leider geht in Wirklichkeit gar nichts, weil die Verhandlungen für eine § 15a Vereinbarung ergebnislos gescheitert sind. Meine Damen und Herren, dieses „Ping-Pong Spiel“ zwischen Bund und Ländern, diese „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“-Politik ist in Wirklichkeit beschämend, vor allem, wenn sie auf dem Rücken der Familien ausgetragen wird. Wenigstens hat die Steiermark im Krankenanstaltengesetz 2012 im § 74 Abs. 7 festgelegt, dass bei Mehrlingsgeburten die Krankenhausaufenthalte für die Kinder im Zusammenhang mit der Geburt nur mehr für ein Kind, für das erste Kind, zu bezahlen sind. Wir werden diesem Bericht deshalb auch zustimmen. Aber in Wahrheit ist dies nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Auch wenn vielleicht viele sagen, es handelt sich hier um ein Minderheitenthema, weil die Zahl der Familien mit Mehrlingen durchaus im überschaubaren Rahmen ist, aber für diese Betroffenen hat dieses Thema eine ganz besondere Bedeutung; auf der anderen Seite auf Grund der verhältnismäßig geringen Zahl für das Budget eher eine marginale Bedeutung. Gerade deshalb sollte die Politik versuchen diesen Härten entgegenzuwirken. Derer gibt es

nämlich noch sehr viele. Ich darf nur erinnern an das Kinderbetreuungsgeld, wo für jedes weitere Kind nach dem ersten bei Mehrlingen nur 50 % zur Auszahlung gelangen. Eine Wahl des einkommenabhängigen Kindergeldes ist ja überhaupt nicht möglich, da ist überhaupt nichts vorgesehen für Mehrlinge. Ich frage mich schon, sind die zweiten und dritten Kinder weniger wert oder sind sie vielleicht billiger? Mitnichten. Denn wissen Sie, meine Damen und Herren, was ein Drillingskinderwagen kostet? Ich weiß es. Bei drei Kindern, die man hintereinander in einem zeitlichen Abstand hat, ist es möglich eine Mehrfachnutzung vorzusehen. Ich kann einen Kinderwagen zweimal verwenden. Ich kann aber auch, bei Drillingen sind mindestens zwei Kinder vom selben Geschlecht, Kleidung an den Jüngeren weitergeben. Bei Mehrlingen hingegen fallen alle Kosten zum gleichen Zeitpunkt an. Hier sind, wenn man das so salopp formulieren will, keine Synergieeffekte möglich. Für die Eltern kommt das in Wirklichkeit sogar teurer. Es gäbe noch zahlreiche andere Beispiele, vor allem indirekter Zusatzkosten. Gerade häufig bei Frühgeburten, die ja bei Mehrlingen im Vergleich zu Einzelkindern vermehrt vorkommen. Lassen Sie mich nur das Beispiel erwähnen, dass der Krankenhausaufenthalt der Mutter ja dann erst ab der 31. Schwangerschaftswoche als Geburt gilt und alles was früher ist, muss von der Mutter voll bezahlt werden oder auch zusätzliche und Sonderkosten, die ebenfalls durch häufig erforderlichen Aufenthalt z. B. in der Neonatologie erfolgen, die schlagen alle voll durch auf die Eltern. Es gibt also für unsere Familien, vor allem auch für jene mit Mehrlingen, noch sehr viel zu tun in unserem Land und ich hoffe, dass hier in Zukunft sowohl vonseiten des Bundes als auch der Länder noch Verbesserungen angedacht und durchgeführt werden. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 12.37 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 8 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der KPÖ.

Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 2491/1, betreffend Beschluss Nr. 541 des Landtages Steiermark vom 11.12.2012 (EZ 1583/4), betreffend Psychotherapie auf Krankenschein.

Berichtersteller ist Herr Abgeordneter Peter Tschernko.

LTAbg. Tschernko, MSc (12.38 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Frau Landesrätin!

Ich berichte über den Bericht des Ausschusses für Gesundheit. Der Ausschuss "Gesundheit" hat in seiner Sitzung vom 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss "Gesundheit und Pflege" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 541 des Landtages Steiermark vom 11.12.2012 betreffend "Psychotherapie auf Krankenschein" wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (12.39 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für den Bericht und gebe dir wieder das Mikrofon, Herr Berichtersteller.

LTAbg. Tschernko, MSc (12.39 Uhr): Danke schön, Frau Präsidentin!

Ich bin durch eine neue Linie der Brille ein wenig gehandicapt, es ist soeben der Bügel abgebrochen und hoffe, dass die jetzt halten. (*Allgemeine Heiterkeit*) Jetzt habt ihr es endlich entdeckt. Ich mache jetzt für keine Firma Werbung, aber es ist Fasching und da darf man auch solche Brillen tragen.

Meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Jetzt aber zum Selbstständigen Antrag „Psychotherapie auf Krankenschein“ von meiner Kollegin Barbara Riener und KollegInnen schon am 16.12.2012, die damals die Landesregierung aufgefordert haben an die Bundesregierung heranzutreten, die psychotherapeutische Behandlung von PatientInnen und Patienten auf Krankenschein zu verbessern und sicherzustellen. Ein sehr lobenswerter Versuch durch die KollegInnen. Aber wie Sie wissen, und das ist auch schon in dem Bericht der Regierungsvorlage festgehalten, hat es hier Verhandlungen für einen Gesamtvertrag zwischen dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger gegeben und auch dem Bundesverband für Psychotherapie. Leider ist dieses Projekt gescheitert mit dem

Berufsverband der Psychotherapie und dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und somit haben dann die Krankenversicherungsträger in den Bundesländern ihre eigenen Schritte gesetzt, alternative Lösungen gesucht und auch alternative Lösungen angeboten. Wie schaut das aus in der Steiermark? In der Steiermark hat die Steiermärkische Gebietskrankenkasse mit dem Verein Netzwerk Psychotherapie im Jahr 2003 erstmals auch niedergelassene Psychotherapeutinnen in die Sachleistungsversorgung mit eingebunden. Aber es gibt noch unzählige weitere Vertragspartner wie z. B. auch den Verein für ambulante psychologische Psychotherapie, Institutionen, Träger, Vereine in der Steiermark, die mit diesen Kapazitäten an freien Psychotherapiestunden ausgeweitet wurden und auch erweitert worden sind. So weit, so gut.

Jetzt die Stellungnahme der Sozialversicherungsträger: Aber diese Medaille hat für mich noch eine zweite Seite oder die andere Seite, die ich jetzt beleuchten möchte; und zwar möchte ich ganz kurz mit einem Österreichüberblick beginnen. Die Krankenkassen haben ja schon vor über 20 Jahren versucht eine flächendeckende Versorgung in der Steiermark umzusetzen, aber noch immer existieren in den Bundesländern jeweils ganz unterschiedliche und für die Patientinnen und Patienten nur schwer durchschaubare Zwangszugangssysteme für eine kassenfinanzierte Psychotherapie. Ebenso ist die Zuteilung der Kassenkontingente limitiert, sollte nach dem Schweregrad der psychischen Störungen oder auch der sozialen Kriterien, wie z. B. niedriges Einkommen, zugewiesen werden, was aber in der Realität – ich werde es nachher noch einmal begründen – kaum durchführbar ist. Das heißt jetzt, es geht eigentlich darum: Wer zuerst kommt, der malt zuerst oder der bekommt einen Platz. Viele, viele oder ein Großteil der PatientInnen gehen damit auch leer aus. Meist gibt es dann noch für das laufende Jahr bereits schon im zweiten Quartal keine Kassenstunden mehr, die zu vergeben sind. Das ist die gelebte Praxis. Die Situation der psychotherapeutischen Versorgung in Österreich, und das ist von den Quellen der Sozialversicherungsträgern von 2011 auch im Antrag schon festgehalten: Es sind rund 900.000 Österreicherinnen und Österreicher, die 2009 wegen psychischer Erkrankung in Behandlung waren. Davon haben 840.000 Personen Psychopharmaka verschrieben bekommen und die Hälfte der Patientinnen und Patienten oder dieser Personengruppe hat das nicht länger als drei Monate genommen. Das heißt, das wäre ein Punkt, über den man noch lange diskutieren könnte und auch sollte, aber jetzt nicht hier im Landtag. 70.000 stationäre Aufenthalte wurden registriert, 78.000 Personen waren wegen psychischer Erkrankungen im Krankenstand und 3 % der Bevölkerung, das sind doch rund über 200.000 Menschen, haben schwere psychische Störungen. Aber, und jetzt kommt es, es

erhielten nur 35.000 PatientInnen einen voll finanzierten Psychotherapie-Kassenplatz. Weitere 30.000 Personen finanzierten sich die Psychotherapie großteils aus der eigenen Tasche und erhielten von den Kassen lediglich den Zuschuss in der Höhe von 21,80 Euro. Auch dieser Satz ist seit 20 Jahren jetzt nicht einmal inflationsangepasst erhöht worden. Noch einmal zurück auf die Kassenpsychotherapiekontingente. Auch mit diesen, die uns in den letzten zehn Jahren zur Verfügung gestellt wurden, stehen wir im Österreichvergleich mit der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland nicht so gut da. Etwa 3 % der Bevölkerung werden mit psychotherapeutischen Leistungen versorgt und in Österreich sind es, und auch in unserer Stellungnahme begründet, leider nur – sage ich jetzt – 0,3 %; d. h. aber auch für jene versicherten Damen und Herren, die jetzt in ein Versicherungssystem auch mehr einzahlen, auch die Chance nicht haben oder eine umso geringere Chance haben, Kassenkontingentplätze auch zu erhalten. Man bedenke auch, und das ist nicht außer Acht zu lassen, jetzt wird ja gerade von den Arbeiterkammern usw. das Burn-out Problem kräftig ins Spiel gebracht, dass hier enorme volkswirtschaftliche Schäden oder Folgekosten auf uns zukommen – das sind, aus der Arbeiterkammerstudie von 2012, rund drei Milliarden Euro pro Jahr für berufstätige Ausfälle als Folge dieser lückenhaften Versorgung. Nun möchte ich dazu sagen, dass es schon gut wäre, die Folgen für die Betroffenen – und das war ja auch der Sinn und die Intention dieses Antrages, niederschweligen Zugang mit den Praxen der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten – zu vermindern und die Wartezeiten zu verkürzen. Das ist aber nicht der Fall. Es dauert noch immer, und ich spreche aus der eigenen Praxis, von vielen, vielen Monaten bis zu einem Jahr, um einen entsprechenden Kassenbehandlungsplatz auch zu bekommen. Das bedeutet natürlich für die Menschen, die eine Therapie benötigen, noch zusätzliche psychische Belastungen bis hin dann zu Ausgrenzungen, Jobverlust etc., etc. und Krankenhausaufenthalte. Oder wir haben da eine Zweiklassen-Psychotherapie, die ja eigentlich keiner will, aber die Hälfte der PatientInnen, ich habe es schon vorhin erwähnt, kommt ja noch für die Behandlung zum Großteil selbst auf, obwohl 1992 die Psychotherapie als Pflichtleistung der Krankenversicherer verankert wurde. Denken wir noch einmal nach: Die Hälfte davon sind Selbstzahler und noch dazu sind das Niedriglohneempfänger, die es sich ja überhaupt nicht leisten können und das sollte uns auch noch zu denken geben. Der dritte Bereich, den ich hier ansprechen möchte, sind die Arbeitsbedingungen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten. Das ist zwar im Antrag nicht festgehalten, aber das ist mir auch wichtig, weil von den Arbeitsbedingungen hängt ja natürlich auch eine gute Versorgung, eine qualitätsvolle Versorgung ab, die

Psychotherapeutinnen/Psychotherapeuten haben. Also wenn ich jetzt an die Kassenverträge für die niedergelassenen PsychotherapeutInnen denke, so unterscheiden sie noch immer etwa 35 % der kollektivvertraglich festgelegten Mindestgehälter für angestellte PsychotherapeutInnen. Selbst dieser Niedrigstsatz, sage ich jetzt, wurde in den letzten zehn Jahren auch nicht inflationär angepasst. Das heißt, von 2003 bis 2014 gab es eine Anpassung von 8,3 %. Da ist aber die Folge, dass sich immer mehr die Psychotherapie, und das ist ja momentan schon gelebte Praxis, zu einem Nebenberuf entwickelt. Das kann nicht im Sinne einer qualitativen Versorgung sein. Dazu möchte ich jetzt vielleicht noch aus dem eigenen Bereich ein Beispiel bringen und stelle fest, dass es zwar richtig ist, dass es von 20.000 Psychotherapiestunden, die uns zur Verfügung stehen, jetzt auf 43.000 erweitert wurde, die wir insbesondere für die finanziell schwächeren Menschen zur Verfügung gestellt haben, aber/oder/und die Psychotherapeuten auf einen beträchtlichen Teil auf ihr Honorar verzichten. Warum? Weil eben seit elf Jahren dieser Sozialbetrag auch nicht inflationär angehoben wurde und das bedeutet jetzt für einen niedergelassenen, selbstständigen Psychotherapeuten pro Stunde 58,50 Euro. Würde man die inflationäre Abgeltung aufrechnen, dann wären das schon zumindest 87,50 Euro. Vergleicht man das mit dem BAGS- Kollektivvertrag für angestellte Psychotherapeuten, so sind das mindestens oder etwa 86,00 bis 88,00 Euro pro Stunde. Jetzt spreche ich von dieser Gruppe, die jetzt noch bei Trägern und Institutionen arbeitet. Ich bin selber ein Betroffener davon. Ich arbeite gerne in diesem Bereich, aber ich kann Ihnen sagen, weil die Kassen diese Strategie auch mit den Trägern ja weiter fortsetzen, d. h. die Strategie, sie bekommen Stunden und bekommen pro geleistete Psychotherapiestunde, die Träger und Institutionen, 37,60 Euro. Ausgenommen sind der Kinder- und Jugendwohlfahrtsbereich, 37,60 Euro bekommen die Institutionen. Der Psychotherapeut, und das ist jetzt mein Beispiel, bekommt 37,00 Euro. Dafür fährt man dann ca. 100 Kilometer, um eine Psychotherapiestunden auch zu machen. Wenn man das auch noch abrechnet Brutto, ich weiß gar nicht, ob dann 10,00 oder 12,00 Euro pro Stunde übrig bleiben. Das heißt, hier wird mit Dumpinghonoraren bei den PsychotherapeutInnen gearbeitet. Meistens sind das dann auch Therapeuten und Therapeutinnen in Ausbildung und der Supervision, die gar nichts bekommen – also die ihre 600 Stunden dort machen dürfen, selbstständig arbeiten, aber nichts bekommen. Das heißt, das ist die gelebte Praxis in der Steiermark und möglicherweise auch in Österreich. Die Folge davon ist auch, dass die Psychotherapie ... – das ist ja nicht Sinn der PsychotherapeutInnen, dass sie nur nebenbei arbeiten. Jeder arbeitet nur ein bis drei Stunden oder fünf Stunden, aber nicht, wie es an sich sein sollte, Vollzeit mindestens 15 bis 25

Stunden in der Woche. Das wollte ich jetzt aufzeigen, dass das die zweite und andere Seite der Medaille ist. Auch wenn wir gut in der Steiermark mit vielen, vielen Stunden versorgt sind, aber es ist eine Überlebensfrage für die niedergelassenen Psychotherapeutinnen und –Therapeuten, aber auch für jene, die in Einrichtungen quasi dann nur mehr nebenbei ihren Job machen können und andere Berufe auch noch ausüben müssen, um überhaupt überleben zu können. Deshalb mein Appell oder meine Perspektive ist ja, dass man psychotherapeutische Hilfe dann zur Verfügung stellt, wenn sie gebraucht wird, unmittelbar und niederschwellig. In diesem System funktioniert es aus meiner Sicht noch nicht so ganz und die psychische Genesung kann und darf nicht davon abhängen, ob man sich die Behandlungskosten finanziell leisten kann. Hier müssten wir weiter aktiv bleiben und aktiv werden. Herzlichen Dank.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.52 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich darf ersuchen die Nebengespräche relativ einzustellen, weil es auch laut geworden ist während dieser Debatte.

LTabg. Lechner-Sonnek (12.52 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, sehr geehrte Damen und Herren im Hohen Haus und auf der Zuschauertribüne!

Der Herr Kollege Tschernko hat natürlich schon einen guten Überblick über den ganzen Bereich gegeben, dankenswerter Weise. Mir ist es sehr wichtig ein paar Dinge noch einmal hervorzuheben oder noch einmal zu betonen oder zu verstärken, um damit auch zu zeigen, dass es großen Handlungsbedarf im Bereich der Psychotherapie gibt; größer ausgedrückt, im Bereich der psychischen Gesundheit. Der Versorgungsgrad für Psychotherapie liegt in Österreich bei 0,8 % der Bevölkerung und in vergleichbaren Ländern, also in den deutschen Nachbarländern bei 2,5 %. Das ist doch ein ganz gravierender Unterschied. Man könnte sagen, dreimal so viel sozusagen oder die Wahrscheinlichkeit, die Hoffnung ist dreimal so groß, wenn man in Deutschland in eine Lage kommt, dass man Psychotherapie braucht, sie auch zu bekommen. Das ist frustrierend und das zeigt, dass wir einen großen Handlungsbedarf haben. Was ich auch sehr „elektrisierend“ finde und eine Situation, die man nicht einfach so hinnehmen kann und darf, ist, dass etwa die Hälfte der PatientInnen die Psychotherapie größtenteils selber finanzieren. Weil das heißt im Endeffekt, da gehört nicht viel Wissen und Hintergrundinformation dazu, man braucht es nur weiterdenken, das heißt im Endeffekt, dass jeder und jede, die sich das nicht leisten kann oder will, nicht in den Genuss

von Psychotherapie kommt. Die, die nicht wollen, die haben die Entscheidung, die haben die Möglichkeit – ich will niemanden sozusagen zu einer Therapie überreden, wenn er oder sie sich dagegen entscheidet, aber das größere Problem wird sein, dass viele Menschen in Einkommensgruppen in der Bevölkerung sich befinden, wo das überhaupt keine Option ist. Wo es eigentlich darum geht, dass man den Lebensunterhalt noch bestreiten kann, dass man es im Winter warm hat in der Wohnung und dass die Kinder das bekommen, was sie brauchen, um in die Schule zu gehen. Gerade in Bezug auf die Entwicklung in Sachen Armut müsste uns das sehr zu denken geben, und dass das zwei Themen sind, die miteinander in einer engen Beziehung stehen, ist auch klar. Wir brauchen uns nur selber vorstellen, wie es wäre, wenn wir von heute auf morgen unter die Armutsgrenze fallen, durch welche Situationen auch immer – es kann im Übrigen vielen Menschen passieren. Die meisten Menschen denken nicht an die Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit. Das kann es also wirklich nicht sein, dass Menschen, die gerade durch Armut, durch Krankheit in der Familie und andere Herausforderungen, so an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit gebracht werden, dass sie in Wahrheit psychologische, psychiatrische Hilfe brauchen und gerade dann bekommen sie sie nicht. Das kann uns also sozusagen nicht zufriedenstellen, ohne dass ich kleinreden will, was alles gelingt, was alles geleistet wird, um das auch klarzustellen. Ich habe beim steirischen Landesverband nachgefragt und habe ein paar Punkte von diesem Landesverband genannt bekommen, die gerade in Zusammenarbeit mit den Kranken, mit den Kassen, mit den Sozialversicherungen besonders relevant sind.

Das Erste, weil es immer so suggeriert wird, wir hätten eine flächendeckende Versorgung: Von der sind wir sehr weit entfernt. Die Wartezeiten betragen Monate, wenn nicht Jahre. Da hat meistens die Person, die sich um etwas bemüht, längst aufgegeben. Mir sagte ein Psychotherapeut, bei dem ich angefragt habe: „Seit Tagen bekomme ich täglich fünf bis acht Anrufe von verzweifelten PatientInnen und Institutionen, „fit2work“, Beratungseinrichtungen usw., mit der Bitte um einen Kassenplatz. Was hat der gemacht? Der hat gemeldet, dass er einen Platz frei hat. Dieser ist längst schon wieder vergeben. An diesen Rückmeldungen oder Anfragen kann man erkennen, wie groß der Bedarf ist und wie verzweifelt oft die Suche aussieht. Man muss sich fragen, wie kommt jemand, der in einer Notlage ist, der psychologische Betreuung braucht, überhaupt zu einer Person, die ihm helfen kann, wo das auch so finanziert wird, dass man sich das leisten kann? Auch hier haben wir die Situation, dass das sehr schwierig ist. Es gibt nicht nur viele Ansatzpunkte von Psychotherapie, sondern es gibt auch nicht wirklich eine Stelle, an die man sich wenden könnte und wo einem wirklich

geholfen wird – sofort, oder wo man eine gute Beratung kriegt. Wer ist eigentlich sehr gut in der Lage, welche Methode, welche Form wäre hier praktikabel? Der Verband selber sagt, es gibt ein ellenlanges Vertragspartnerverzeichnis, durch das müsste sich der betroffene Mensch eigentlich durchkämpfen, überall durchfragen. Man kann sich gut vorstellen, wie sich das anfühlt, wenn ich bei der zehnten Beratungsstelle bin und die mir mitteilen, dass sie keine Ressourcen frei haben. Wie das für den Betroffenen ist, das kann man sich vorstellen. Der Landesverband schreibt dazu auch, man müsste die Kassenverantwortlichen einladen, es auszuprobieren, einen Kassenplatz zu ergattern. Das wäre sicher eine gute Übung. Bezweifle, dass das dort jemand machen wird. Es gibt auch keinen Vertrag mit angemessenen Rahmenbedingungen, um eine Praxis oder auch im institutionellen Rahmen eine Einrichtung wirtschaftlich führen zu können. Sie kennen das Sozialmodell zu dem sich die Therapeutinnen und Therapeuten bereit erklärt haben. Dieses Modell, würde ich sagen, wird auch weidlich vonseiten der Sozialversicherung ausgenutzt, weil die Kosten oder das, was rückerstattet wird, seit Jahren nicht angehoben worden ist und der Unterschied zwischen dem, was real eigentlich die Stunde kostet und dem, was man von der Kasse kriegt, immer größer wird. Die Psychotherapeutinnen und –therapeuten machen es trotzdem. Es ist aber unfair, finde ich, wenn sie sich zu so einem Modell überhaupt bereitgefunden haben, das so weidlich auszunützen, wie das bei uns passiert. Der Landesverband sagt mir auch, dass mit der gleichen Strategie die Kassen auch mit den Institutionen umgehen. Sie bekommen meist nur die 37,60 und gehen davon aus, dass zumindest im Kinder- und Jugendbereich die vom Land lukrierten Gelder aus der Jugendwohlfahrt, Jugendhilfe dann den Institutionen reichen und aus sonstigen Töpfen etwas herauszuholen ist. Es ist nicht möglich in diesem Zusammenhang, finanziell gesehen Psychotherapeutinnen regulär nach den BAGS-KV einzustellen. Das muss man sich einmal vorstellen. Was macht eigentlich eine Institution, eine Beratungsstelle und was passiert? Das Gleiche was immer passiert, dass nämlich Werkverträge errichtet werden, dass Menschen nur mehr nebenberuflich als Psychotherapeutin oder Psychotherapeut arbeiten können, weil sie sich, wenn sie es hauptberuflich machen würden, nicht erhalten können. Ich meine, das sind doch alles Hinweise darauf, dass das System – auch wenn ich jetzt zahlenmäßig so und so viele TherapeutInnen anführen könnte, die es in der Steiermark gibt – trotzdem nicht ausreichend ausgebaut ist. Also dass trotzdem nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen. Der Leiter des Landesverbandes schreibt mir: „Habe der neuen Obfrau der Gebietskrankenkasse, Frau Mag. Nussbaum, vor kurzem folgenden Satz gesagt, um damit das Dilemma aufzuzeigen: „Wir brauchen unbedingt mehr Kassenstunden und bitte geben sie

uns zu diesen Konditionen keine mehr, sonst ist die Psychotherapie kaputt.“ Das zeigt das ganze Dilemma auf. Was mich persönlich so ärgert, das ist etwas was ich kenne, überhaupt aus dem Bereich der sozialen und Gesundheitsdienstleistungen – ich sage es so, wie ich es mir denke: Man pokert oder erwartet eigentlich, dass dieser Reflex der Selbstausbeutung funktioniert. Denn das sind durchgehend Menschen, die sehr engagiert sind, die die Notlage von anderen Menschen sehen, die sich nicht abgrenzen und sagen, dass es ihnen egal ist, wenn der oder die keine Therapie mehr bekommt, und dass man so etwas ausnutzt – jene, die engagiert sind –, damit meine ich nicht nur diesen Sozialtarif, sondern insgesamt in ihrer Arbeit; Menschen, die auch eine schwierige Arbeit machen, die aber für unsere Gesellschaft sehr wichtig ist. Das ist nicht in Ordnung. Das Ganze vor dem Hintergrund einer Situation, wo wir wissen, dass die psychischen Erkrankungen ganz massiv zunehmen und dass Bedarf an guter Hilfe, die niederschwellig erreichbar und leistbar ist, steigt, massiv ansteigt. Vor einem solchen Hintergrund schotten sich die Kassen, schottet sich der Hauptverband ab und kann offensichtlich ganz alleine entscheiden, wie viel er beisteuert. Das ist eine sehr unbefriedigende Situation. Ich weiß, dass es nicht leicht zu lösen ist, aber ich glaube, dass wir das wirklich einmal grundsätzlich anschauen müssen, wie man mit so einer Situation umgehen kann, auch vonseiten der Landespolitik und der Bundespolitik. Denn man kann das nicht einfach als gegeben hinnehmen, wenn im Endeffekt die Einkommenssituation, die finanzielle Situation der Betroffenen entscheidet, ob sie eine Hilfe bekommen oder nicht. Das ist ein Armutszeichen, das kann man nicht als gegeben annehmen. Ich will nicht weiter in diese Liste eingehen, die mir da der Landesverband übermittelt hat. Ich danke aber sehr, dass hier auch sehr transparent und sehr gerne hergezeigt wird, worum es geht, was die Punkte sind. Ich habe einfach das Gefühl, dass hier sehr seriös versucht wird alles rauszuholen, was die Ressourcen bieten, aber dass auch deutlich aufgezeigt wird, dass man das nicht erfüllen kann, was man eigentlich erfüllen will und was das Gesamtsystem zu erfüllen hat: Nämlich dann Hilfe anzubieten, wenn sie gebraucht wird. Das heißt für mich ganz klipp und klar, dass wir Handlungsbedarf haben als Landtag, aber auch durchaus als Nationalrat, und dass wir schauen müssen, welche Möglichkeiten wir finden können, um mit dem Hauptverband Klartext zu sprechen und dem Hauptverband klar zu machen, wenn er schon selber nicht sieht und erkennt, dass er den Personen, die ja auch Beiträge einzahlen, verpflichtet ist und dass er sich Entwicklungen nicht verschließen kann. Dies ist das Gebot der Stunde. Das haben wir zu tun mit aller Klarheit und aller Nachdrücklichkeit. Danke schön. *(Beifall bei den Grünen und der KPÖ – 13.03 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Barbara Riener.

LTAbg. Riener (13.04 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Im Grunde genommen kann ich da nahtlos anschließen. Der Kollege Peter Tschernko hat schon sehr ausführlich einen breiten Bogen gespannt. Kollegin Ingrid Lechner-Sonnek hat anscheinend die gleiche Quelle im Landesverband für Psychotherapie, wie ich auch habe und ich werde das jetzt einfach nicht wiederholen, sondern meine Überlegungen dazusetzen bzw. Ergänzungen vornehmen. Ich kann zustimmen, es ist eine unbefriedigende Situation seit 1991, seit dieses Gesetz im Nationalrat verabschiedet wurde, im ASVG festgelegt, dass es eine flächendeckende Versorgung mit Psychotherapie geben soll. Seitdem ist nur festgehalten, dass es einen Zuschuss gibt, nämlich von 21,80 Euro – seinerzeit waren es 300 Schilling –, der sich nicht erhöht hat. Peter Tschernko hat schon darauf hingewiesen. In der Praxis-Situation wurde schon von Frau Ingrid Lechner-Sonnek bereits dargestellt, dass die Wartelisten lange sind, dass tägliche Anfragen von Patienten da sind. Es gibt vom System her 250 Kontingentplätze mit diesem Sozialtarif, d. h. wo in Anlehnung eines sogenannten Kassenvertrags über das Netzwerk, worüber die Steiermark sehr froh ist, dass sich diese Form ergeben hat und dass man diesen Vertrag abschließen konnte, psychotherapeutisches Angebot mit dem Bewusstsein geschaffen wurde, sozial schwachen Familien und sozial schwachen Patienten zu helfen. Das ist aber nicht vergleichbar mit einem flächendeckenden Kassenvertrag. Das ist eine Notsituation, um das Ärgste abzufangen. Ich habe da den Eindruck, dass man sagt, man habe „eh etwas getan“. Man hat auch jetzt, das muss ich auch der Sozialversicherung, der Gebietskrankenkasse zu Gute halten, einen Vertrag für Kinder und Jugendliche abgeschlossen. Da wurde ein erhebliches Kontingent für die Psychotherapeuten zur Verfügung gestellt, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, aber wir sind weit davon entfernt, wie bereits gesagt wurde, von dem BAGS Vertrag. Das heißt, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die sich dieser Grundlage und diesem Vertrag mit der Krankenkasse unterziehen, müssen nebenbei in einem anderen Segment arbeiten, wo sie dann auch wieder Geld bekommen, um überhaupt überlebensfähig zu sein. Das heißt, eine Berufsgruppe, die privat eine Ausbildung zahlt über Jahre hindurch, zweieinhalb bis drei Jahre hindurch Propädeutikum, dann das Fachspezifikum von rund vier Jahren selbst bezahlt,

nicht vom Staat finanziert, das muss irgendwann einmal hereinkommen; und da zu verlangen, dass man um 1.200 Euro im Monat arbeitet, ist dann schon etwas vermessen. Aber so schaut es momentan aus. Für mich ist es auch sehr unerquicklich, wenn ich die letzten 20 Jahre/23 Jahre jetzt hernehme – seit 1991, seit dieses Gesetz entstanden ist –, dass wir eigentlich in der Gesellschaft erleben, dass psychischen Belastungen und die psychischen Erkrankungen zugenommen haben. Das heißt, wir haben einen weit höheren Bedarf bei uns in der Gesellschaft und haben weniger Angebot oder wenig koordiniertes Angebot. Es gibt viele Vereine, Institutionen, Träger, die anbieten – auch um Dumpingpreise. Es werden dort dann in der Not oft KollegInnen herangezogen, die in Ausbildung sind. Da muss man sich dann aber auch die Qualitätsfrage stellen. Wir haben inzwischen auch erfahren, dass immer mehr psychisch Kranke in Pension gehen. Das heißt, der höchste Anteil der arbeitenden Menschen geht aufgrund von psychischer Erkrankung in Pension. Wir haben inzwischen die Einrichtungen und Beratungsunterstützungen, um da entgegenzuwirken, vom Bundesministerium aufgestellt, aber gerade auch diese „fit2work“ Institution sendet dann dem PsychotherapeutInnen diese PatientInnen und die kriegen keinen Termin, weil es nicht möglich ist. Das bedeutet, wir „doppeln“ jetzt eigentlich den Bedarf noch einmal auf, weil wir uns des Problems bewusst sind, können aber nichts entgegensetzen – und das macht etwas verzweifelt. Wenn wir dann diese Stellungnahme von der Sozialversicherung bekommen, die über die Regierung uns in das Hohe Haus gebracht wird, dann fragt man sich, ob die in einer anderen Welt leben? – Wenn ich das jetzt einmal so sagen darf. Es verstärken sich die Krankenstände. Die Wirtschaft hat Probleme, weil sie sagen, die Krankenstände nehmen im Ausmaß und in der Länge zu, weil psychische Erkrankungen nicht so schnell behandelbar sind. Wir wissen jetzt auch, dass man lange auf einen Platz wartet. Wobei ich sagen muss, es geht nicht nur um die PsychotherapeutInnen, auch beim Psychiater wartet man genau so lange, also insofern geht es um mehrere Berufsgruppen, die in diesem Bereich arbeiten. Das heißt, wir haben mehrere Problemlagen und können irgendwie da nicht die richtige Antwort darauf geben. Im Großraum Graz gibt es dann sehr wohl die Möglichkeit vom Angebot, weil eben viele PsychotherapeutInnen dort sitzen und sagen: „Okay, ich habe nebenbei eben auch eine andere Berufstätigkeit, biete dann noch eine gewisse Stundenanzahl an.“ Aber draußen in den Regionen schaut es dann schon anders aus. Aber draußen in den Regionen sind die Menschen auch belastet, sind sie auch psychisch krank, fallen auch aus der Arbeit raus und brauchen auch Unterstützung und dort werden dann immer weniger Fachkräfte in der Lage sein, diesen Bedarf wirklich abzudecken. Wir sind jetzt schon weit weg und in Zukunft

werden wir noch weiter weg von einer flächendeckenden Versorgung sein. Wir haben eigentlich in unserem Zielsteuerungsvertrag „Gesundheit“ schöne Oberbegriffe drinnen, aber für mich gehört das auch dazu und ich weiß, dass die Frau Landesrätin sich da sehr bemüht, eben auch mit der Sozialversicherung, dass wir ein Konzept auf die Beine stellen für die Steiermark, auch wenn es manchmal eckt. Aber ich hoffe, dass die Sozialversicherung da auch Umdenken lernt. Ich kann nicht Vorsorge in den Mund nehmen und wichtige Problemstellungen ausklinken. Das geht nicht.

Jetzt etwas, das ich mir persönlich überlegt habe. Spannend ist auch, wenn man schaut, dass die Sozialversicherung ein Selbstverwaltungskörper ist, der eigentlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Krankenbehandlung und in der Gesundheitsvorsorge vertritt. Ich frage mich, ob die Patientinnen und Patienten der Steiermark über diese Vorgangsweise froh sind, diese Vorgangsweise gutheißen, wie ihre Vertretung in diesem Krankbereich betreffend psychische Belastungen agiert? Ich denke, wenn wir sehr genau hinhören und hinschauen, sollten wir die Sozialversicherung auffordern, oder ich möchte sie auffordern, den Patientinnen und Patienten gerecht zu werden und nicht der Selbstverwaltung. Danke.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.12 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 9 die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Bildung über den Antrag, Einl.Zahl 2237/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg, betreffend Gleichstellung von PädagogInnen und BetreuerInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen bei Fortbildungsangeboten des Landes.

Berichterstatterin ist Frau Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler (13.13 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe den Bericht „Gleichstellung von PädagogInnen und BetreuerInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen bei Fortbildungsangeboten des Landes“, Einl.Zahl 2237/1. Der Ausschuss "Bildung" hat in seinen Sitzungen vom 08.10.2013, 05.11.2013 und 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Mit Beschluss des Ausschusses für Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport vom 05.11.2013 wurde die Steiermärkische Landesregierung ersucht eine Stellungnahme abzugeben.

Der Ausschuss "Bildung, Schule, Kinderbetreuung und Sport" stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung zum Antrag, Einl.Zahl 2237/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Gleichstellung von PädagogInnen und BetreuerInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen bei Fortbildungsangeboten des Landes wird zur Kenntnis genommen. (13.14 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Danke für die Berichterstattung. Die Frau Berichterstatteerin, Klubobfrau ist auch am Wort.

LTabg. Klimt-Weithaler (13.14 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, auch via Livestream!

Ich möchte zu diesem Antrag, weil er ja auch von unserer Fraktion gekommen ist, doch ein paar Worte verlieren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier wieder einmal an dieser Stelle über den Bereich Elementarpädagogik bzw. über den Berufsstand der Kindergartenpädagoginnen und -pädagoginnen und der Kinderbetreuerinnen etwas zu sagen. Wie ist es zu diesem Antrag gekommen? Sie wissen – die mich schon länger kennen, wissen das sowieso, aber auch denen, die mich noch nicht so lange kennen, wird es mittlerweile ein Begriff sein –, dass mir das Thema sehr am Herzen liegt. Ich halte es nach wie vor für eine der größten politischen Fehlentscheidungen, dass man jetzt, wo man auf Bundesebene die LehrerInnenausbildung - Neu gemacht hat, den Bereich Elementarpädagogik wieder außen vor gelassen hat. Ich bin immer wieder fasziniert, dass es immer noch Menschen gibt, die glauben, dass diejenigen, die mit unseren Jüngsten arbeiten, am wenigsten Ausbildung notwendig haben. Ich wundere mich immer wieder deshalb, weil auch Politikerinnen und Politiker, die selbst Kinder haben, die Kinderbetreuungseinrichtungen besuchen, hier nicht längst aufschreien. Man gibt doch

sozusagen sein „Allerwichtigstes“ nicht irgendwo in eine Einrichtung, wo man nicht davon überzeugt ist, das nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet wird. Aber anscheinend ist es halt so, wie in sehr vielen Bereichen, das würde Geld kosten, das würde vor allem mehr Geld kosten, wenn man die Ausbildung der BetreuerInnen und PädagogInnen auf ein Niveau anheben würde, so wie es in Europa de facto Usus ist, und das will keiner zahlen. Interessanterweise, in Diskussionen ist es mir schon seit sehr, sehr langer Zeit nicht mehr passiert – egal, mit welcher Fraktion ich darüber geredet habe –, dass irgendjemand die Notwendigkeit dieser Situation, dass man diesen Ausbildungsstatus der KleinkindpädagogInnen anheben müsste, also inhaltlich sagt da keiner etwas dagegen. Aber dann kommt die große Frage nach der Finanzierung. Dann schreien als erstes die Gemeinden: „Ja wir können uns das nicht leisten.“ Dann sagt der Bund: „Na ja, wir haben es eigentlich auch nicht.“ Und das Land sagt: „Eigentlich wollen wir dafür nicht zuständig sein und wir wollen auch nicht Modellprojekte machen, wo wir zeigen, dass es anders gehen könnte.“ Aber ich möchte Sie auch noch einmal darauf hinweisen, unter welchen Rahmenbedingungen diese Menschen arbeiten. Ich würde mir wirklich wünschen, dass Sie sich mit dieser Situation einmal auseinandersetzen. Ich glaube nicht, dass mir eine Person hier herinnen einen Beruf nennen kann, wo Menschen von in der Früh bis am Abend arbeiten, einen Teil davon bezahlt bekommen, in ihrer Freizeit den Rest erledigen, beinahe monatlich mehr administrative Tätigkeiten aufoktroziert bekommen und dann am Wochenende noch handwerkliche Tätigkeiten verrichten. Ich kenne Kindergartenpädagoginnen, deren gesamte Familie mindestens einmal im Monat am Wochenende in der Einrichtung ist, und dann werden Dinge erledigt, wie z. B. Zäune gestrichen. Oder dann werden irgendwelche Großeinkäufe erledigt. Zeigen Sie mir bitte einen anderen Berufstätigen, der am Wochenende in seine Firma geht und dort irgendetwas erledigt, wofür das Geld nicht da ist. Mag schon sein, dass das bei manchen Lehrern und Lehrerinnen auch vorkommt, aber wir wissen, dass es ... (LTAvg. Hamedl: „Sehr oft sogar.“) genauso schlecht, lieber Edi Hamedl – stelle ich mich auch für die LehrerInnen her. Aber ich nehme einmal nicht an, dass die Polizisten am Wochenende die Polizeistation renovieren oder ausmalen müssen. (LTAvg. Hamedl: „Wir machen Hilfsdienste.“) Also es gibt schon Unterschiede und ich glaube, da sind wir uns einig, lieber Edi Hamedl, dass die Situation von den KindergartenpädagogInnen kein Honigschlecken ist, da sind wir uns, glaube ich, einig. Wir haben, jetzt nach längerer Zeit wieder eine Offensive gestartet, was diesen Kinderbetreuungsbereich angeht und haben mehrere Anträge eingebracht. Der Herr Landesrat weiß das. Da geht es in erster Linie um das Recht auf einen

Betreuungsplatz. Wenn Kinder in Kinderkrippen gehen oder zu einer Tagesmutter oder einem Tagesvater oder in einen Kindergarten, dann sind das keine Aufbewahrungsstätten, wo nett gespielt wird. Das sind Bildungseinrichtungen, das sind die ersten Bildungseinrichtungen außer Haus und das für Kinder in einem gewissen Alter. Da decken sich nicht alle Studien zu hundert Prozent, aber man kann es eingrenzen auf mit einem Jahr ist es für Kinder notwendig, auch Außenkontakte zu haben, mit Gleichaltrigen zusammen sein zu können, in einer größeren Gruppe zusammen sein zu können. Es geht uns bei unseren Anträgen aber nicht nur um dieses Recht auf einen Betreuungsplatz für die Kinder, es geht uns auch um die Rahmenbedingungen in den Einrichtungen. Es geht uns u. a. auch um die Personalförderung. Was wir bis jetzt geschafft haben, und da bin ich sehr froh darüber, ist, dass es zu diesen ganzen Anträgen jetzt einen Unterausschuss geben wird, wo ich mich wirklich darauf freue und wo ich mir auch wirklich erwarte und erhoffe, dass wir dort ernsthaft über die Situation diskutieren und das nicht so ist wie in vielen anderen Unterausschüssen, die in dieser Periode stattfinden, wo man eigentlich vorher das Ergebnis besprochen hat und zwar unter den sogenannten Reformpartnern und die Opposition darf sich ein wenig dazusetzen. Mir geht es darum, dass wir da wirklich etwas weiterbringen. Einer dieser Anträge, der es nicht bis in diesen Unterausschuss geschafft hat, was mich einigermaßen verwundert hat, ist der Antrag, der jetzt vor uns liegt und zwar geht es da um die Gleichstellung der Fortbildung von PädagogInnen und BetreuerInnen, und zwar um jene Fortbildungen, die das Land Steiermark anbietet. Jetzt muss ich da auch ein bisschen ausholen: Es gibt unterschiedliche Fortbildungsveranstaltungen für diesen elementaren Bildungsbereich und ich bin sehr froh darüber, dass das Land, also die Fachabteilung Kinderbetreuung, sehr wohl weiß, wie wichtig diese Fortbildungsangebote sind und die auch immer wieder über das Land anbietet. Das erfahren dann auch alle Einrichtungen und größtenteils sind diese Ausbildungen und diese Fortbildungen auch kostenlos. Ich habe mir jetzt einmal angeschaut, was denn eigentlich im letzten Sommersemester angeboten wurde. Da bin ich natürlich auf die Homepage gegangen und habe mir noch einmal angeschaut: Wie definiert denn die Fachabteilung eigentlich Fortbildung? Da wird sehr schön formuliert, dass das natürlich ein wesentlicher Beitrag ist zur Qualitätsbildung, zur Qualitätssicherung, zur Qualitätsentwicklung im beruflichen Kontext von Kindergarten- und HortpädagogInnen und KinderbetreuerInnen. Dann wird auch noch erläutert, dass die Fortbildungsstelle für das gesamte Personal der steirischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen steiermarkweit diese Seminare, Tagungen, Workshops, Vorträge usw. und auch Hospitationen organisiert und das Ganze liegt unserem steirischen

Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz zugrunde. Denn, und da bin ich auch sehr froh darüber, da steht ja dezidiert drinnen und ich darf das jetzt zitieren: „Das Personal in den Kinderbetreuungseinrichtungen ist, ausgenommen das Grobreinigungs- und Hauspersonal, im Ausmaß bis zu acht Tagen pro Kinderbetreuungsjahr zur Fortbildung verpflichtet.“ Und zwar das gesamte Personal, nicht nur die LeiterInnen oder PädagogInnen. Ich zitiere weiter: „Diese Verpflichtung kann durch den Besuch von Fortbildungsveranstaltungen während allfälliger Hauptferien im Ausmaß bis zu vier Tagen erfüllt werden.“ Und dann geht es noch weiter: „Die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen gilt bis zu dem in Abs. 1“ – also das, was ich jetzt vorgelesen habe – „genannten Ausmaß als Dienstobliegenheit“, also als Arbeitsauftrag. Dienstobliegenheit, wissen wir, bedeutet so viel wie „das muss so sein, das ist eine Vertragsanforderung“. So, jetzt haben wir diese Tatsache und jetzt haben wir unseren Antrag, zu dem es folgendermaßen gekommen ist: In Gesprächen ist immer wieder aufgetaucht, dass diese Fortbildungsangebote, die das Land stellt, die haben natürlich eine begrenzte TeilnehmerInnenzahl, und es wird so gehandhabt, dass man in erster Linie die LeiterInnen diese Fortbildung machen lässt. (*Unverständlicher Zwischenruf von LTabg. Böhmer*) Ja natürlich, lieber Wolfgang Böhmer, sonst würden wir ja den Antrag gar nicht stellen, dann kommen als Nächstes die KindergartenpädagogInnen, und wenn noch Platz ist, dürfen sich die BetreuerInnen anmelden. So, jetzt wissen wir aber, dass ganz, ganz viele BetreuerInnen leider nicht in den Genuss einer kostenlosen Fortbildung kommen, zu der sie eigentlich verpflichtet sind, weil die Angebote schon voll sind. Jetzt rede ich nicht von jenen Angeboten, die ohnehin nur für die PädagogInnen und LeiterInnen angeboten werden, sondern da gibt es ganz, ganz viele Angebote, die dezidiert als Zielgruppe PädagogInnen und BetreuerInnen haben. So. Ich habe vorher gesagt, ich habe mir einmal angeschaut, was so im letzten Sommersemester alles angeboten wurde. Waren sehr interessante Dinge dabei. Jetzt möchte ich noch einmal auf diesen Punkt „Fortbildungen“ ein bisschen näher eingehen, was alles Fortbildung heißen kann und zwar warum? In der Stellungnahme, die der Herr Landesrat uns gegeben hat, steht nämlich u. a. drinnen „einerseits ist es wiederum eine Kostenfrage“, aber das möchte ich später noch eingehen. Aber es steht auch drinnen, und jetzt darf ich aus der Stellungnahme zitieren, „dass die BetreuerInnen per gesetzlicher Definition unter Aufsicht und Anleitung der PädagogInnen arbeiten und sie werden daher laufend im Zuge ihrer täglichen Arbeit fortgebildet und profitieren nicht nur von der höheren Ausbildung der PädagogInnen, sondern auch von deren Fortbildungen.“ Wissen Sie, Herr Landesrat, wenn man das liest, dann gewinnt man schon den Eindruck, dass jemand, der so eine

Stellungnahme schreibt, noch nie einen Tag in einem Kindergarten verbracht hat und zugeschaut hat, hospitiert hat, wie denn dort gearbeitet wird. (*Landesrat Mag. Schickhofer: „Nur als Landesrat und nicht als Pädagoge. Aber teilgenommen habe ich natürlich.“*) Ja, aber da müsste dir auch aufgefallen sein, Herr Landesrat, dass de facto wenig bis gar keine Zeit bleibt, dass die Kindergartenpädagogin während ihrer pädagogischen Arbeit mit der Betreuerin nebenbei noch irgendwelche Dinge besprechen kann, die sie zuvor in einer Fortbildungsveranstaltung gelernt hat. Nein, das geht nicht. Das kann man in einer Teambesprechung machen, das kann man am Abend machen, das kann man am Wochenende machen. Während der Arbeitszeit kann die Betreuerin zuschauen, was da passiert und das tut sie ohnehin. Worum es uns in unserem Antrag geht, ist: Es sind ja spezifische Weiterbildungen und Fortbildungen, die man sich eben nicht in der alltäglichen Arbeit anschauen kann. Jetzt habe ich mir ein paar Sachen herausgesucht. Unter diesen Fortbildungsangeboten, die das Land tollerweise anbietet, sind z. B. Hospitationen dabei in anderen Einrichtungen. Also, wenn eine BetreuerIn nicht die Chance hat in eine andere Einrichtung hospitieren zu gehen, wie sollen ihr das die KindergartenpädagogInnen im eigenen Umfeld zeigen, wie die anderen im XY-Kindergarten arbeiten? Geht schon einmal nicht. Zweite Fortbildungsveranstaltung, die überhaupt nicht geht, wenn man nur zuschaut. Es gibt Round-Table-Gespräche zu bestimmten Themen. Da hatten wir das letzte Mal zu dieser Sprachstandsfeststellungserhebung, und Sie wissen, das hat uns hier im Landtag auch sehr beschäftigt dieses Thema, da gab es z. B. diese Runde, wo PädagogInnen und BetreuerInnen eingeladen wurden, um ihre konkreten Fragen dort zu stellen, die dann Fachpersonal beantwortet hat. Wie soll das die KindergartenpädagogIn während ihrer Arbeitszeit der BetreuerIn erzählen. Das geht nicht.

Nächster Punkt: Zum Thema Emotionen und soziale Beziehungen wurde eine Veranstaltung angeboten. Da ging es darum, Erfahrungen und Reflexionen zum Erleben eigener Gefühle festzustellen, um das dann umsetzen zu können. Kann man auch nicht während der Arbeitszeit den BetreuerInnen sagen, denn da geht es um die eigenen Gefühle der BetreuerInnen.

Ein Punkt vielleicht noch, Beziehungskompetenzen im Kindergarten: Halte ich für eine ganz, ganz wesentliche Fortbildungsveranstaltung. Da geht es darum, neue Beziehungskulturen auch selbst zu erlernen und dann in der Arbeit zu etablieren. Funktioniert leider auch nicht, denn das müsste auch die BetreuerIn selbst erleben. Also, da gibt es noch unzählige Beispiele,

die eben nicht so, wie es in der Stellungnahme gesagt wird, ohnehin nebenbei mitgeteilt werden können.

Diese Fortbildungsveranstaltungen, die es da gibt, die halte ich für notwendig und sehr sinnvoll, aber sie sollen allen zugänglich gemacht werden und es sollte nicht aus Kostengründen wieder einmal so sein, dass man sagt: „Na ja, wir bieten halt nur einen gewissen Teil an.“ Weil ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, die ReferentInnen, die dort diese Kurse, diese Fortbildungsveranstaltungen durchführen, die werden meines Wissens nicht überbezahlt. Ich bin mir nicht sicher ob der Stundensatz, der PH-Stundensatz noch gilt, so wie vor einigen Jahren, aber an dem kann es, glaube ich, nicht liegen, dass die Referentinnen und Referenten, die dort diese Fortbildungsveranstaltungen durchführen, so teuer sind, dass man es sich nicht leisten kann mehr solcher Veranstaltungen anzubieten, damit eben auch die BetreuerInnen die Gelegenheit haben. Wir haben ja vorher in der Debatte, als es um die Lehrabschlüsse ging, da darf ich daran erinnern, Frau Kollegin Getzinger hat da sehr ausführlich darüber geredet, wie notwendig die Qualifizierung ist, die die Menschen in einem Beruf haben und wie notwendig das lebenslange Lernen ist, dass die Menschen auch während ihrer Berufstätigkeit die Möglichkeit haben, sich immer weiter- und fortzubilden.

Einen Satz muss ich da unbedingt noch loswerden, auch zum Herrn Landesrat Buchmann, der sich wieder einmal darüber beklagt hat, dass es so schwierig ist, dass die meisten Mädchen halt nach wie vor Friseurinnen lernen. Ja, meine Rede. Aber da müsste man halt einmal ernsthaft geschlechtersensible Pädagogik so verankern, dass das auch durchgeführt wird. Dass man den Mädchen nicht von Anfang irgendwie erklärt, ihr sollt nach diesen Rollenvorbildern, die euch umgeben, in unserer Welt leben. Weil dann werden halt weiterhin von 50 Mädchen 49 Friseurin, Sekretärin oder sonst irgendeinen frauentypischen Beruf ergreifen. Wir wissen schon ganz, ganz lange, dass es relativ einfach ist, wenn man Kinder nach ihren Fähigkeiten und Stärken unterstützt, dass sie sich sehr unterschiedlich und sehr vielfältig entscheiden. Aber, dann muss man das auch pädagogisch als Konzept verankert haben und wollen, dann werden wir auch mehr Technikerinnen haben letztendlich, was auch frauenpolitisch gesehen sehr wichtig wäre, denn nach wie vor sind es auch diese Jobs, die weitaus besser bezahlt werden. Dann hätten wir auch hier einen Ausgleich.

Ich möchte jetzt zum Schluss kommen. Wir werden dieser Stellungnahme nicht unsere Zustimmung geben und zwar deswegen nicht, weil ich davon überzeugt bin, dass es die Steiermark durchaus schaffen könnte, wenn sie gewillt wäre, dieses Problem, das wir hier haben, zu ändern, weil das wird in keiner Weise finanziell in eine Höhe gehen, wo man sagen

kann, das kann man sich nicht leisten. Wenn man ernsthaft investieren will und wenn man diesen elementarpädagogischen Bereich auch ernst nimmt und wenn man sagt: „Gerade diejenigen, die mit den Jüngsten arbeiten, müssen am besten ausgebildet sein“, dann kann man wenigstens hergehen und in diese Richtung einen Schritt setzen und sagen: „Wenn wir es schon nicht geschafft haben bei unseren Kolleginnen und Kollegen im Bund durchzusetzen, dass bei der LehrerInnenausbildung - Neu auch die KindergartenpädagogInnen drinnen sind, dann appelliere ich jetzt hier an die Kollegen und Kolleginnen, vor allem an jene, die aus dem pädagogischen Bereich kommen und sage: „Bitte schön, dann setzen wir doch ein Zeichen und lassen wir zumindest die KinderbetreuerInnen ebenso diese Aus- und Weiterbildung genießen, die auch den PädagogInnen im Moment zuteil wird, indem wir einfach mehr solcher Fortbildungsveranstaltungen durchführen.“ Ich hoffe, das wäre im Sinne unserer Kinder. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 13.32 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Detlef Gruber.

LTAbsg. Detlef Gruber *(13.33 Uhr):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Geschätzte Frau Klubobfrau, du hast viele Bereiche angesprochen, die ich natürlich auch als Pädagoge mittragen kann, die auch richtig erkannt wurden. Zur Stellungnahme, die wir hier auch heute behandeln, sei gesagt, dass man schon einen Unterschied machen muss zwischen Stadt- und Landmöglichkeiten, zwischen großen und kleinen Einrichtungen, die wir haben. Vielleicht ist es so, die eine Frage: Mich würde das wirklich brennend interessieren, wo Kindergartenpädagoginnen mit ihren Familien in der Einrichtung am Wochenende arbeiten müssen. *(LTAbsg. Klimt-Weithaler: „Sage ich dir dann.“)* In den öffentlichen Bereichen, die ich kenne am Land, ist das nicht möglich. *(LTAbsg. Klimt-Weithaler: „In den privaten.“)* Das können nur private Einrichtungen sein. Jeder private Unternehmer, egal in welcher Branche er tätig ist, wird natürlich auch am Wochenende in seiner Firma sein. Ich bin als Schulleiter auch oft am Sonntag in der Schule. Also das sind jetzt keine Dinge, die wir hier so explizit vortragen müssen. Was mir zu diesem Bereich sehr auffällt, ist eben die Geschichte, die sich im ländlichen Bereich abspielt und wir haben durchwegs in der Steiermark halt sehr, sehr viele ein-gruppige Kindergärten, wo es gar nicht möglich ist, dass ich jetzt innerhalb dieser auch gewünschten Zeit, die Fortbildung besuche. Das heißt, Fortbildung kann nur außerhalb

der Dienstzeit passieren, weil wir eben meistens nur mit einer Pädagogin und mit einer Betreuerin besetzt sind. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen. Ich sehe schon wieder die Diskussion, die wir hier vorfinden werden oder durchführen, wenn es darum geht, dass wir nicht zuletzt auch im Zuge der Gemeindestrukturreform Kindergärten zu besseren Einheiten zusammenfassen werden – nämlich, ich spreche jetzt konkret von unseren Gemeinden. Wir haben in den vier Gemeinden, die wir zusammengeben, vier ein-gruppige Kindergärten mit einem Angebot, das nicht den Wünschen, den flexiblen Wünschen der Eltern entspricht und das wissen wir. Was müssen wir tun? Wir werden sie wahrscheinlich zusammenfassen und ein pädagogisch gutes Konzept stricken, sodass dies den Elternwünschen auch gerecht werden kann. Aber dann sehe ich da schon wieder, wir haben da schon wieder einen Kindergarten zugesperrt. Das sind also diese Dinge, die ich in dieser Diskussion nicht haben möchte. Ich bin ganz überzeugt, dass die zuständigen Verantwortlichen für die Fortbildung aller Bereiche in der Pädagogik sich sehr bemühen, qualitativ gute Veranstaltungen anzubieten und ich schließe bei dir an, auch mein Wunsch ist es, in dem Unterausschuss „Kinderbetreuung“ ernsthaft über die anstehenden Probleme zu diskutieren und zu guten Ergebnissen zu kommen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.36 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Wolfgang Böhmer.

LTAbg. Böhmer *(13.36 Uhr):* Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages, liebe Personen im Publikum, im Auditorium, liebe Menschen am Livestream!

Ich komme kurz zu den anfänglichen Ausführungen von dir, Claudia. Claudia Klimt-Weithaler, du hast gesagt, dass die LehrerInnenausbildung ohne Elementarbildung stattfinden wird, die zukünftige. Ich bin bei dir, ich halte das für einen der größten Fehler in der Jetztzeit, weil gerade die Elementarbildung, gerade die ersten Lebensjahre, das darf ich jetzt schon als dreifacher Großvater sagen, die wichtigsten sind und es braucht die besten Leute, die da tätig sind, genauso wie in der Grundschule. Also da, sage ich, blüht mein Herz nur auf und geht ein gewisser Gram in eine gewisse Richtung. Ich sage es ganz ehrlich. Das Zweite hat der Detlef Gruber schon erwähnt, muss aber auch noch etwas dazusagen, dass gerade bei der Anhebung dieser Ausbildung auch Leiter und Leiterinnen von Kindergartenpädagogikanstalten nicht

immer unserer Meinung sind und auch das lehrende Personal. Auch das sei gesagt. Also da haben wir nicht nur Verbündete, sondern auch Gegnerinnen und Gegner. Ich bin auch froh über den Unterausschuss, der da gebildet worden ist, möchte aber das sagen, was Kollege Detlef Gruber angeschnitten hat. Ich habe diesen Antrag, den ihr als Partei gestellt habt, gestern noch und vorige Woche in den Kindergärten der Stadt Hartberg die Leute lesen lassen. Ich sagte nicht die ganze Bemerkungen und die haben gesagt: „In welchem Kindergarten oder wo unterrichten die oder wo arbeiten die?“ Das heißt, für mich ist für die Stadt Hartberg und ihre Umgebung das Verantwortungsbewusstsein von Leiterinnen, es sind nur Frauen, ist es auch, dass sie sagen: „Die Auswahl von Fortbildung wird im gesamten Team sehr frühzeitig, nämlich bereits Anfang Oktober des Vorjahres, angeschaut und dann wird auch bestimmt bzw. spricht man sich ab, wer welche Veranstaltung besucht.“ Du hast richtig genannt, außer dem Reinigungspersonal und dem Hauswart sind eigentlich alle zur Fortbildung verpflichtet. Letztendlich ist sogar die Leiterin verpflichtet. Ich würde meinen, so, wie das bei uns in der Stadtgemeinde Hartberg der Brauch ist, da wird sogar ein Veranstaltungsbuch geführt. Das heißt, man kann nachlesen, welche Veranstaltungen von welcher Kindergärtnerin besucht werden und dies wird dann auch an die Stadtgemeinde abgegeben. Ich finde, das ist eine sehr gute Sache und dann findet u. a. jede Woche ein gemeinsamer Nachmittag der Besprechung, der Beratung und auch der Innovation statt und letztendlich wird dann auch mit der für das Personal zuständigen Stadtamtsleiterin gesprochen. Ich finde, das ist eine sehr löbliche Sache. Wenn du da sagst, die streichen da usw., ja ich brauche nicht den Detlef Gruber und andere Lehrer und Lehrerinnen nennen, auch ich bin sonntags in die Schule gegangen und habe mir Stereomikroskope vorbereitet oder irgendetwas. Es ist halt einfach so, es macht dann das Unterrichten mehr Spaß und ich habe nicht darunter gelitten, dass ich das gemacht habe. (LTAbsg. Klimt-Weithaler: „Ja, aber Zäune streichen haben Sie nie müssen.“) Zäune gestrichen, liebe Claudia, wurde in Hartberg und damit meine ich den Bezirk, in keinem unserer Kindergärten. Wir haben so tolle Bürgermeister und Gemeinderäte, (LTAbsg. Klimt-Weithaler: „Es gibt auch private Einrichtungen.“) die schauen, dass die öffentliche Einrichtung Kindergarten tiptopp ist. Davon habe ich mich überzeugt. (LTAbsg. Klimt-Weithaler: „Die werden aber gleich gezahlt.“) Ich möchte aber auch noch das Letzte sagen, was du nicht erwähnt hast, auch die regionale Fortbildung wird bei uns in der Region, im Bezirk sehr hoch gehalten. Das heißt, man lädt sich einen Referenten, eine Referentin ein und dann kommen wirklich mehrere. Bei diesen regionalen Fortbildungen, die oft länger dauern, als die Veranstaltung anberaumt ist,

findet natürlich dann immer auch unter den KindergärtnerInnen ein ganz toller Austausch statt. So viel meine Recherche zu den Fortbildung. Da darf ich mich nur bei den Verantwortlichen, es sind größtenteils Frauen, bedanken, die dieses Programm zusammengestellt haben. Es ist wahnsinnig bunt, es ist für mich sehr innovativ, es ist sehr zeitgemäß. Ich würde mir das auch bei der Pädagogischen Hochschule für Pflichtschullehrer manchmal wünschen – allen voran was die Persönlichkeitsbildung angeht. Ich kann nur sagen, mit diesem Programm geht das Land Steiermark, Herr Landesrat, einen äußerst guten Weg und unseren Kindern in den Kindergärten, wenn das so vollzogen wird, wie es angedacht ist, geht es sicher gut.

Ein Letztes: Ich bedanke mich bei dir, Claudia. Ich bin in den Kindergärten normal um den Valentinstag unterwegs, diesmal – wegen eures Antrages – früher, weil ich das letzte Mal beim Laternenfest war. Aber es hat auch gut getan wieder einmal mit ihnen zu sprechen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.42 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Michael Schickhofer.

Landesrat Mag. Schickhofer (13.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich weiß, dass die pädagogische Hochschule gemeinsam mit der Uni Graz bereits daran arbeitet, auch ein Curriculum für Elementarpädagogik zu erstellen. Grundsätzlich gibt es dafür die gesetzlichen Möglichkeiten. Es ist aber leider nicht in der LehrerInnenfortbildung bzw. im Gesamtwerk fix verankert. Ich hätte das auch gerne gehabt, habe aber bereits zugesagt, wenn es wirklich so einen Lehrgang geben kann, dass wir insbesondere, was die Anstellungserfordernisse für die Leiterinnen und Leiter betrifft, wie die Reihung von Kandidaten erfolgt, versuchen werden zu berücksichtigen und natürlich gemeinsam mit Städte- und Gemeindebund auch darüber diskutieren müssen, bevor ein solcher Lehrgang startet, wie man diese Pädagoginnen und Pädagogen dann auch bezahlen kann. Weil das ist eine Frage der Fairness, dass ich sage, wenn du zusätzlich drei Jahre Ausbildung hast, dass man das auch entsprechend berücksichtigt und da müssen wir uns darüber unterhalten, ob diese akademische Ausbildung dann für alle KindergartenpädagogInnen notwendig ist oder in einem ersten Schritt wir uns einmal auf die Leiterinnen und Leiter konzentrieren. Aber ich habe ja da bereits meine Diskussionsbereitschaft diesbezüglich signalisiert. Das setzt aber

einmal voraus und dafür bin ich nicht unmittelbar zuständig, dass ein universitäres Angebot geschaffen wird bzw. ein Angebot an den pädagogischen Hochschulen. Und zum Zweiten kurz und bündig: Als Bildungsreferent ist mir das natürlich extrem wichtig. Sie wissen alle, dass wir sehr enge budgetäre Möglichkeiten haben. Ich werde mich aber, nachdem ich diese Anfragen auch von anderen Kinderbetreuerinnen und -betreuern bekommen habe, Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen, darum bemühen, für 2015 in diesem Bereich budgetäre Mittel auch schwerpunktmäßig einzusetzen, für die Fortbildung der KindergartenpädagogInnen und der Betreuerinnen und Betreuer. Bitte aber nur um Verständnis, dass wir zuerst die Pädagoginnen und Pädagogen - die dann praktisch auch die Vorbereitung für die Arbeit im Kindergarten haben - bevorzugen werden. Wir werden aber versuchen, im Rahmen der budgetären Möglichkeiten dann auch Angebote für KinderbetreuerInnen zu schaffen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.44 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Danke Herr Landesrat. Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu TOP 10 Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand, Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme gegen die Stimmen der Grünen und KPÖ.

Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Rechnungshofbericht, Einl.Zahl 2351/1, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2013/6): Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Bernhard Ederer.

LTAbg. Ederer (13.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hoher Landtag!

Schriftlicher Bericht, Betreff: Bericht des Rechnungshofes: Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige.

Der Ausschuss Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 14.01. und 04.02.2014 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes, betreffend Kinderbetreuung von 0- bis 6-Jährige wird zur Kenntnis genommen. (13.46 Uhr)

Präsidentin Mag. Lackner: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Gabriele Kolar.

LTAbg. Kolar (13.46 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Rechnungshof überprüfte die Kinderbetreuung der 0- bis 6-Jährigen in vier Ministerien; im Wirtschafts-, Familien- und Jugendministerium, im Kunst- und Kulturministerium, Ministerium für Finanzen und im Bundeskanzleramt, in zwei Ländern, Niederösterreich und Steiermark und in zwei Gemeinden, Korneuburg und Leoben. Ziel war die Beurteilung der Umsetzung dreier Bund-Länder-Vereinbarungen. Zum Ersten, die Ausbauevereinbarung 2008, dann die Ausbauevereinbarung 2011 und die Gratiskindergartenpflichtvereinbarung. Weiters wurde überprüft, die Platzvergaberegelungen, die Öffnungszeiten, der Personaleinsatz und die Gemeindekooperationen. Durch sehr unterschiedliche Formen der Kinderbetreuung und -einrichtungen war ein direkter Vergleich zwischen Niederösterreich und der Steiermark sehr schwierig. So war das Eintrittsalter in Niederösterreich 2,5 Jahre, in der Steiermark jedoch drei Jahre. In der Steiermark unter den Dreijährigen heißt die Betreuung Kinderkrippe, in Niederösterreich gibt es dafür keine Bezeichnung. Grundsätzliche Aussagen: Von 2008 bis 2011 war die Betreuungsquote für unter Dreijährige in Niederösterreich mit 53,6 % und in der Steiermark mit 53,8 % deutlich angestiegen. Die vorhergesehene Betreuungsquote von 33 % im Jahre 2010 für unter Dreijährige wurde weder in Niederösterreich dort mit 21,2 % noch in der Steiermark mit 10 % erreicht. Zur Information: In der Steiermark konnte die Betreuungsquote in den darauffolgenden Jahren auf 15,3 % inklusive der Tagesmütter und der Tagesväter in den Betriebsjahren 2013 und 2014 gesteigert werden. Der Rechnungshof vermerkte positiv, dass sowohl Niederösterreich als auch die Steiermark bei den zusätzlichen Leistungen, wie zum Beispiel das Mittagessen, nach dem Kostendeckungsprinzip vorgingen. Der Rechnungshof anerkannte, dass die Steiermark Maßnahmen veranlasste, die die Einhaltung des Leitfadens für häuslich oder von Tagesmüttern bzw. -väter betreute Fünfjährige sicherstellte. Der Rechnungshof lobte die Stadtgemeinde Leoben, dass diese über vollständige Daten verfügte, um die Besuchspflicht und deren Ausnahmen überwachen zu können. Dem gegenüber kritisierte der Rechnungshof die nicht vorhandenen Daten der

Stadtgemeinde Korneuburg. Und jetzt möchte ich noch einige Empfehlungen des Bundesrechnungshofes verlesen bzw. die Antwort oder bereits abgearbeitete Punkte von Seiten des Landes Steiermark bzw. von der Abteilung. Zum Ersten, die Empfehlung des Landesrechnungshofes: Die Verrechnungsvorgaben der Ausbaueinbarung 2011 wären konsequent einzuhalten, allenfalls erforderliche abweichende Regelungen wären in einer Novelle dieser Bund-Länder-Vereinbarung zu treffen. Dazu bemerkt das Land Steiermark: Die vom Bund geschlossene Zusatzvereinbarung ermöglicht in begründeten Fällen, die Anzahl der neu geschaffenen Plätze abzurechnen. Das Land Steiermark hat eine Klarstellung hinsichtlich der Abrechnungsmodalitäten mit dem Bund erreicht. Eine weitere Empfehlung des Rechnungshofes: Die Zielerreichung der Ausbaueinbarungen 2008 und 2011 wäre bis zu Ihrem Auslaufen im Jahre 2014 kontinuierlich zu beobachten. Ein weiterer Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebotes sollte sich nach Ansicht des Rechnungshofes primär am konkreten regionalen Bedarf orientieren. Dazu die Anmerkung des Landes: Der empfohlenen kontinuierlichen Beobachtung der Zielerreichung kommt das Land Steiermark bereits bei der Bedarfsprüfung im Zuge des Bewilligungsverfahrens von Kinderbetreuungseinrichtungen nach, worin in Übereinstimmung mit der Ansicht des Rechnungshofes der konkrete regionale Bedarf maßgeblich ist. Eine weitere Empfehlung: Auf einheitliche verbindliche und für Auswertungen geeignete Datenerfassungen für Öffnungszeiten wäre hinzuwirken, um die Qualität der daraus gezogenen Aussagen sicherstellen zu können. Das Land Steiermark antwortet: Die Datenmeldungen der Länder zu den Öffnungszeiten der Einrichtungen erfolgte mit einem von allen Ländern akzeptierten und lieferbaren Datenpaket. Ergänzend dazu kann das Land Steiermark die Öffnungszeiten der einzelnen Gruppen übermitteln. Eine weitere Empfehlung des Rechnungshofes: Eine qualitative Evaluierung der Ausbaueinbarung 2011 und der Gratiskindergartenvereinbarung sowie eine Konkretisierung der Evaluierungsvorgaben wären durchzuführen. Das Land Steiermark befürwortet die Empfehlung des Rechnungshofes nach einer angemessenen Evaluierung. Die Veranlassung und Finanzierung dazu liegt beim Bund. Die Ausgestaltung steht auf Grund der unterschiedlichen Sichtweisen von Bund und Ländern eine große Herausforderung dar. Der Rechnungshof weiter: Anstatt einer Mindestzeitvorgabe wäre auf eine einheitliche bestimmte Zeitvorgabe des Kindergartenpflichtbesuches hinzuwirken. Das Land Steiermark hat die Besuchspflicht mit der gemäß Gratiskindergartenvereinbarung bestehenden Obergrenze von 20 Stunden gesetzlich festgelegt und befürwortet eine dahingehende bundesweite Vereinheitlichung der Besuchspflicht. Das

Zeitausmaß für die Kostenfreiheit wäre an der Dauer des Pflichtbesuchs zu bemessen, meint der Rechnungshof. In der Steiermark stimmte die gesetzlich festgelegte Besuchspflicht mit dem zeitlichen Ausmaß für die Bundeszuschüsse für den kostenfreien Pflichtkindergarten von 20 Wochenstunden überein. Im Hinblick auf die getrennte statistische Darstellung meint der Rechnungshof: Eine Kinderbetreuungseinrichtung sowohl als Jahres- als auch als Saisonbetrieb wäre darauf hinzuwirken, die jährliche Betreuungszeit in der Kindertagesheimstatistik konkret darzulegen. Anmerkung des Landes Steiermark: Das Land Steiermark hat des EDV-System im Hinblick auf die Datenzusammenfassung von Jahres- und Saisonbetrieben bereits adaptiert, sodass ab dem aktuellen Betreuungsjahr die korrekte Betreuungszeit in der Kindertagesheimstatistik aufscheint. Eine weitere Forderung des Rechnungshofes und bzw. Empfehlung: Die Förderung des Baus von Kinderbetreuungseinrichtungen wäre bei einer Stelle zu konzentrieren. Aber in der Steiermark gibt es bereits eine Konzentration der Bauförderung von Kinderbetreuungseinrichtungen bei einer Stelle, da Bauförderungen für Kinderbetreuungseinrichtungen für alle Träger und Einrichtungsarten einheitlich im Steiermärkischen Kinderbetreuungsförderungsgesetz geregelt sind. Daneben besteht lediglich die Möglichkeit einer ergänzenden Bezuschussung durch Bedarfszuweisungsmittel durch die Gemeindeabteilung. Ein ganz wichtiger Punkt, den wir heute auch gerade beim vorigen Tagesordnungspunkt auch schon besprochen haben. Eine Empfehlung, die mir auch von Seiten des Rechnungshofes ins Auge gestochen ist, und zwar geht es hier um die Gemeindekooperationen in der Kinderbetreuung. Sie wären in Zukunft zu forcieren und zu unterstützen. Das Land Steiermark forciert gemeindeübergreifende Projekte in der Kinderbetreuung, in dem die Bauförderung für gemeindeübergreifende genutzte Einrichtungen erhöht wird. Es wird auch weiterhin darauf geachtet, sinnvolle Synergieeffekte durch Gemeindekooperationen zu heben. Und ich denke mir, da schließt sich wieder der Kreis zu den Themen, die uns im letzten Jahr oder in den letzten Jahren begleitet haben, was Gemeindekooperationen betrifft. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ein herzliches steirisches Glück auf. *(Beifall bei der SPÖ – 13.56 Uhr)*

Präsidentin Mag. Lackner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bernhard Ederer.

Ich darf aber auch neue Gäste begrüßen. Und zwar eine Gruppe von Jugendlichen des Vereines Atempo unter der Leitung von Herrn Aaron Reitbauer. Herzlich Willkommen im Haus *(Allgemeiner Beifall)*.

LTAbg. Ederer (13.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben einen Bericht des Rechnungshofes vorliegen: Kinderbetreuung für 0- bis 6-Jährige. Hier geht es um die Ausbauevereinbarungen. Das ist natürlich ein spannender Bericht, wenn dieser vorliegt, weil gerade in den letzten Jahren hier doch Wesentliches passiert ist und auch der Tagesordnungspunkt davor war ja schon dem Thema Kinderbetreuung gewidmet. Hier geht es, wie gesagt, um den Ausbau der Einrichtungen, um die Vereinbarungen, nicht um die Bildungsweitemöglichkeiten. Aber es ist auf jedem Fall deshalb spannend, es ist wichtig, es betrifft unsere Kinder, unsere Zukunft und wir haben halt einmal eine veränderte Arbeits- und Wirtschaftswelt. Wir haben die gesellschaftlichen Veränderungen hin zur Kleinfamilie, wir haben die hohen Scheidungs- und Trennungsraten, mehr AlleinerzieherInnen und deshalb sind natürlich die Herausforderungen gerade im Kinderbetreuungsbereich sehr groß. Aber wenn wir uns auch jetzt über Verbesserung in der Ausbildung unterhalten, war es doch notwendig zuerst einmal überhaupt das Angebot und die Plätze wesentlich zu erweitern und das möchte ich heute schon hier sagen, dass hier, jetzt beginnend mit 2007 bis laufend, sehr viel passiert ist. Die Kinderbetreuungsquoten für unter Dreijährige, so steht es auch im Bericht, waren von 2008 bis 2011 und damit seit Beginn der Ausbauevereinbarung 2008 in Niederösterreich, in der Steiermark und österreichweit gesamt deutlich angestiegen. Die für das Jahr 2010 vorgesehene Betreuungsquote von 33 % aller unter Dreijährigen war bis 2011 weder in Niederösterreich noch in der Steiermark und österreichweit erreicht. Durch die Einführung des Gratispflichtkindergartens stieg die Betreuungsquote der Fünfjährigen österreichweit um rund 2,5 Prozentpunkte auf 96,4 %. Die Kollegin von der Sozialdemokratie Kolar hat ja den Bericht jetzt vorher relativ ausführlich schon verlesen. Ich möchte aber trotzdem einige Punkte vielleicht ergänzend noch ansprechen. Denn oft stellt man sich ja die Frage, warum ist was kompliziert? Wie kann man es einfacher machen? Natürlich wenn man jetzt den Prüfungsbericht auch sieht, dass bei der Querschnittsprüfung vier Bundesministerien auch beteiligt sind, nämlich das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie, Jugend, das Bundesministerium für Finanzen, das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, dann möchte man sich vielleicht doch fragen, wie können wir das einfacher auch bündeln? Wie können wir hier Kompetenz oder Verschneidungen vereinfachen? Das hat ja auch der Rechnungshof hier angesprochen. In Niederösterreich erhöhten sich die laufenden jährlichen Ausgaben in den Jahren 2007 bis 2011 auf

Landesebene um 43,3 %, auf fast 200 Millionen Euro, auf der Gemeindeebene um 41,3 % und in der Steiermark erhöhte sich der Betrag auf Landesebene um 69 % und auf Gemeindeebene um 31 %. Warum ich diesen Teil auch vom Bericht verlesen möchte ist der, dass, wenn Kritik kommt, vielleicht zu wenig geschehen ist, wenn man diese Zahlen sieht, natürlich eine enorme Weiterentwicklung passiert ist. Wenn man dies in Zahlen anschaut, hatten wir in Österreich zum Beispiel 2007 eine Betreuungsquote der Null- bis Dreijährigen von 11,8 %, 2011, also nur vier Jahre später, 19,7 %. Das ist doch eine enorme Steigerung und wenn ich es mir auch in der Steiermark anschau, dann ist Ähnliches gelungen. Auch wenn hier die Ziele noch nicht erreicht sind, wo natürlich vielleicht auch in Zukunft Verbesserungen passieren müssen und hier ist ja auch auf Seite 28 beginnend die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Formen der Kinderbetreuungseinrichtungen. Deshalb natürlich erschweren auch Aussagen zu den verschiedenen Bundesländern. Aber es ist ja doch interessant, wenn wir uns hier mit Niederösterreich vergleichen können. Aber diese Unterschiede, die wir auch in anderen Bereichen jetzt in Österreich haben, glaube ich, sind wir hier alle gemeinsam gefordert, dass wir anpassen, weil es ist von der Vorrednerin auch kurz schon angesprochen worden, die Kinderkrippe als solche ist in Niederösterreich nicht bekannt. Das Gleiche gilt zum Beispiel bei der Einrichtung zur gemeinsamen Betreuung von Kindern von eineinhalb Jahren bis zur Beendigung der Volksschulzeit, also den alterserweiterten Gruppen. Dies ist in Niederösterreich nicht der Fall. Jetzt ist natürlich die Frage - auch dort ist der Kindergarteneintritt schon mit 2,5 Jahren - inwieweit wir hier auch in Zukunft überhaupt Anpassungen oder bessere Zusammenarbeit auch auf Bundesebene und unter den Ländern, hier vergleichbare Lösungen schaffen können. Das Land Steiermark investierte im Zeitraum 2007 bis 2011 rund 37,6 Millionen Euro in Kinderbetreuungseinrichtungen, unsere Gemeinden rund 77,3 Millionen Euro. Im Jahr 2009 bzw. 2010, und das war der Höhepunkt der Investitionsausgaben des Landes bzw. der Gemeinden, waren diese sechs bis zwei Mal so hoch wie im Jahre 2007. In dem, für die Ausbaueinrichtungen relevanten, Zeitraum 2008 bis 2011 investierten Land und Gemeinden jährlich 302 Euro bzw. 581 Euro je Kind. Ich denke, es ist auf jeden Fall wert, diese Zahlen auch zu verlesen, damit man sieht, erstens, dass was getan wurde und zweitens, dass auch dem erforderlichen Nachholbedarf, der sicher gegeben war, doch auch nachgekommen wurde und hier durch viele, viele neue Einrichtungen dementsprechend auf die Nachfrage bzw. was auch für die Familien, was für die Eltern notwendig ist, eingegangen wurde. Auch hier noch ein Vergleich: Fünfjährige in Kinderbetreuungseinrichtungen waren in der Steiermark 2007

9800 und 2011 bereits 10.200. Generell ist hier die prozentuelle Erhöhung eine enorme gewesen. Was jetzt die Einführung des Gratiskindergartenpflichtjahres für die Fünfjährigen betrifft, so hat Niederösterreich davor schon einen Gratiskindergarten gehabt. Auch die Steiermark - auch wenn wir das zurückgenommen haben - für die Drei- bis Sechsjährigen, ist zumindest bei Einführung für die Fünf- bis Sechsjährigen davor auch schon in der Steiermark und Niederösterreich dieses Gratiskindergartenjahr vorgelegen und auch hier war die Steiermark somit schon Vorreiter und hat schon vorher eigentlich dementsprechend seine positiven Pflichten erfüllt. Zur Platzvergabe, das möchte ich zumindest ergänzen, weil es die Vorrednerin noch nicht angesprochen hat: Sowohl in Niederösterreich als auch in der Steiermark bestanden landesgesetzliche Kriterien für die Aufnahme von Kindern in Kinderbetreuungseinrichtungen. In Niederösterreich waren diese Kriterien ausschließlich für öffentliche Kindergärten, aber nicht für private Kindergärten und Tagesbetreuungseinrichtungen relevant. In der Steiermark hingegen waren die Aufnahmeregelungen für alle privaten und öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen verbindlich – also eine Gleichstellung. Verfolgt man die Schlussbemerkungen, die ich nicht mehr verlesen brauche, weil es die Vorrednerin schon im Detail berichtet hat, so möchte ich zumindest darauf hinweisen, dass die Mehrheit der Empfehlungen und Schlussbemerkungen des Rechnungshofes Niederösterreich betroffen haben, weniger die Steiermark und da denke ich, dass wir in gemeinsamer Reformpartnerschaft auch gut gearbeitet haben. Nichts desto trotz stehen noch viele Aufgaben vor einer besseren Lösung und es gibt ja den Unterausschuss, der jetzt schon tagt, mit all seinen Anträgen und Stellungnahmen, die schon abgegeben wurden und ich bin positiv gestimmt, dass wir jetzt dort, wo wir jetzt nach der Erhöhung von Einrichtungen und Plätzen, jetzt auch noch in der Qualität oder in der Flexibilität, wie sie berufstätige Familien brauchen, noch nachbessern können, damit wir hier zu einem guten Ergebnis kommen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ - 14.07 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Meine Damen und Herren!

Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Ich bitte die Damen und Herren, die diesem Antrag des Berichterstatters zu TOP 11 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals, Gegenprobe.

Mehrheitlich angenommen gegen die Stimmen der Grünen.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung - unter Anführungszeichen - ist damit erschöpft, bis auf die zwei dringlichen Anfragen.

Am Mittwoch, dem 05. Februar wurde um 15.00 Uhr 03 Sekunden von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer betreffend „Die nächste Therme geht baden: 4,5 Millionen Euro Steuergeld uneinbringlich verloren?“ eingebracht.

Ich erteile dem Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Mag. Dr. Georg Mayer das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt. Herr Klubobmann, ich bitte um deine Ausführung.

LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (14.08 Uhr): Ja, Danke schön Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, pünktlich zur Sekunde eingetroffen zu der Dringlichen, geschätzte Kollegen, werte Zuhörer!

Zugegebenermaßen ist die Thematik, um die es heute hier geht, um die Materie, um die es heute hier geht, etwas kompliziert. Es geht nämlich um österreichisches Insolvenzrecht. Das gebe ich gerne zu. Ich darf aber liebe Kollegen euch doch bitten, aufmerksam meinen Ausführungen zu lauschen, denn ich glaube, die Sache an sich ist auch für euch nicht ganz uninteressant. Und wie kompliziert diese österreichische Insolvenzrechtmaterie ist, das macht zum Beispiel eine Aussendung vom Kollegen Klubobmann Drexler deutlich. Die hat er letzte Woche ausgesendet, als ein erster Artikel in der Kleinen Zeitung zu diesem Thema gebracht wurde, und zwar schickt er hier völlig unreflektiert in der Sache unwissend noch dazu, eine larmoyant wie immer ganz leicht an einer Beleidigung vorbeigehende Presseaussendung aus. Diese Presseaussendung ist noch dazu an Vorwürfen tiefend, allesamt sind diese Vorwürfe allerdings komplett falsch. Und ich möchte jetzt nicht weiter auf diese leicht naive und einfältige Presseaussendung eingehen, die spricht für sich selbst. Ich möchte jetzt doch in der Sache einiges hier euch und Ihnen näher bringen, weil es wirklich interessant ist, diese Dinge zu verfolgen. Und das beginnt, diese Sache beginnt im Wesentlichen am 18. Juni 2012, als die Kappa Thermenbeteiligung GmbH die Insolvenz anmeldete. Und das Land ist, und das ist kein Geheimnis, und das wissen viele von Ihnen auch, mit einer stillen Beteiligung von 4,93 Millionen Euro an diesem Thermenprojekt beteiligt. Gut so, dagegen spricht auch nichts, wir haben nichts dagegen, wenn man im Land eine Therme fördert, auch in Form einer Beteiligung. Uns geht es aber hier auch nicht darum, die Arbeitsplätze dort in Frage zu

stellen, das möchte ich auch einmal klarstellen. Nun gibt es eine Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark und dem Masseverwalter, im Rahmen des Konkursverfahrens, wo zwischen dem Land Steiermark und dem Masseverwalter eine Abschlagszahlung in Höhe von 545.000 Euro vereinbart wurde. Diese Vereinbarung habe ich hier. Auch das ist an und für sich nichts Ungewöhnliches im österreichischen Insolvenzrecht. Denn wie Sie wissen, bestünde ja die Möglichkeit, dass man am Ende etwa gar nur eine Quote bekommt. Insofern ist auch das noch kein Punkt, der jetzt unbedingt zu kritisieren wäre. Aber, und jetzt kommt ein großes aber, es geht noch weiter in dieser Sache. Und auch hier muss ich noch einmal zurückkommen auf den Kollegen Drexler, der jetzt nicht da ist. Er hat da im Rahmen seiner Aussendung auch den Herrn Landesrat Kurzmann kritisiert, wo er sagt, ja der Kurzmann hat der Sache ja zugestimmt. Bitte schön, geschätzte Damen von ÖVP und SPÖ, da gibt es schon noch die Ressortzuständigkeit in der Landesregierung, das heißt also, man kann hier nicht 1:1 und voll im Hintergrund überprüfen, ob das Regierungsmitglied, das andere, jetzt auch alle Informationen an die Regierung weiterträgt. Und darum geht es am Ende des Tages. Nur wenn ich alle Informationen in dieser Causa habe, kann ich natürlich auch dort entscheiden. So gibt es also diese Vereinbarung zwischen Land und dem Masseverwalter. Jetzt muss man im Hintergrund allerdings wissen, dass es bereits nur mehr zwei Gläubiger gibt, nämlich an dieser Beteiligungsgesellschaft gibt es nur mehr den Gläubiger Bund und den Gläubiger Land Steiermark, die übrig geblieben sind. Kurze Information auch für den ÖVP Klub. Die Bediensteten in der Therme Bad Gleichenberg sind nicht bei der in Insolvenz befindlichen Gesellschaft, sondern sind bei der Betreibergesellschaft im Dienstverhältnis und nicht bei der Kappa. Soviel also zu den Dienstposten, die hier angeblich in Gefahr sind. Wobei man auch dazusagen muss, mit Ende 2013 ist die Arbeitsplatzgarantie, die Land und der Betreiber vereinbart haben, auch nicht mehr aufrecht. Nun wäre es also möglich, im Rahmen dieses Konkursverfahrens weit mehr als diese 545.000 Euro, die vereinbart wurden, für das Land wieder heraus zu bekommen. Gesprochen wird hier von Experten von mindestens einer Million Euro, weil eben nur mehr zwei Gläubiger da sind. Manche gehen aber davon aus, dass das Land die gesamte Forderung von 4,9 Millionen Euro durchaus wieder erhalten könnte. Das weiß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer auch ganz bestimmt. Denn er hat da einen Brief bekommen oder mehrere Informationen dazu, dass manch einer sagt, das ist also überhaupt kein Problem, die gesamte Summe wieder herauszuholen. Masse ist genug da. Man verzichtet hier also und das weiß ich nicht warum, man verzichtet hier also auf insgesamt über vier Millionen Euro an Steuergeldern, die auch niemanden weh tun würden,

wenn man es sich zurückholen würde. Und da fragen wir uns dann: Warum tut man das? Will hier vielleicht jemand einen Fehler nicht eingestehen, der passiert ist? Noch gibt es die Möglichkeit, in dieser Sache die Notbremse zu ziehen. Das Verfahren läuft nämlich noch. Und die ganze Forderung, also die 4,9 Millionen, könnten noch angemeldet werden. Das ist auch der Grund, geschätzte Kollegen von Rot und Schwarz, warum wir diese Sache heute hier im Landtag thematisieren. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hätte nämlich heute die Möglichkeit einzulenken und es wäre auch mal durchaus etwas Neues, wenn der Herr Landeshauptmannstellvertreter, oder überhaupt die Reformpartnerschaft, einmal sagen würde, ja da habt Ihr Recht, liebe FPÖ, das ist so, wir werden sofort die Notbremse ziehen und die gesamte Forderung im Rahmen des Konkursverfahrens anmelden. Allein der Glaube fehlt mir in dieser Sache und so bin ich schon gespannt, Herr Landeshauptmannstellvertreter, auf Ihre Beantwortung. Das ist aber nur ein Aspekt dieser Causa, diese 545.000 Euro-Vereinbarung, und es gibt noch einen zweiten Aspekt, der auch nicht unbeachtlich ist, weil immerhin geht es da, geschätzte Damen und Herren, um Ihre Kompetenz, die man hier umgangen hat. Es geht nämlich darum, und die Vereinbarung kommt jetzt wieder ins Spiel, 545.000 Euro wurden auch von der Landesregierung beschlossen, obwohl ab 50.000 Euro, wie Sie wissen, ja eigentlich der Landtag die Zuständigkeit hätte über diese Dinge zu entscheiden. Und da frag ich mich dann: Wie geht das jetzt? Wie geht das vor sich, dass man hier den Landtag umgehen kann? Ich werde es Ihnen erklären. Da gibt es nämlich auch im Regierungsbeschluss ein Gutachten. Da gibt es ein Gutachten des Landesverfassungsdienstes. Und in diesem Gutachten, das ist eines der ganz besonderen Art, steht dort doch tatsächlich drinnen, in Kurzform: Es sind zwar 545.000 Euro vereinbart, das heißt, das Land bekommt jedenfalls 545.000 Euro, diese sind aber eigentlich nur 50.000 Euro wert. Gut – also wir lesen dieses Gutachten und sehen, das Gutachten ist vom 18.07.2013, Dr. Alfred Temmel, dahingehend das hier bedeuten würde, dass der auf Grund des Erhalts einer Abschlagszahlung ausgesprochene Verzicht auf eine Forderung von mehr als 50.000 Euro vom Landtag zu genehmigen wäre. Das Gutachten kommt dann im Punkt drei zum Ergebnis allerdings, und das widerspricht sich jetzt, dass so der Sitzungsantrag des gegenständlichen Beschlusses der Landesregierung der Wert der Forderung, also offenkundig unter der Wertgrenze von Euro 50.000 liegend, eingeschätzt wurde. Wie kann das sein, geschätzte Kollegen von Rot und Schwarz. Wie kann es sein, dass ich 500.000 Euro bekomme und ein Gutachten des Verfassungsdienstes sagt, das ist aber nur 50.000 Euro wert. Also bei diesem Gutachten kann sogar ich noch was lernen. Und vielleicht lassen Sie mich jetzt ein kleines Beispiel bringen.

Ich werde also, wenn das so einfach geht, werde ich bei meinem nächsten Kreditvertrag, wenn ich einmal ein Haus bauen sollte, bei meiner Bank fragen: Liebe Bank, du gibst mit jetzt 500.000 Euro und die 500.000 Euro sind aber in Wahrheit nur 50.000 Euro wert. Also ich weiß nicht Herr Landeshauptmannstellvertreter, ob meine Bank da so einverstanden damit wäre, mit meiner Interpretation dieser Sache (*LTabg. Wöhry: „Die Hypo schon!“*). Das wird nicht gehen, das werden die nicht machen, geschätzte Damen und Herren. Kollege, wir können sofort vereinbaren. Machen wir einen Untersuchungsausschuss zur Hypo. Aber ich glaube, bis jetzt habt Ihr euch geweigert. (*Beifall bei der FPÖ*) Bis jetzt weigert sich nur Rot und Schwarz einen Untersuchungsausschuss zur Hypo zu machen und seit fünf Jahren wird lamentiert. Also geht sofort, redet es euch aus mit euren Menschen im Bund. Da stellt sich also die Frage, zurückkommend auf das 50.000 Euro Gutachten und es gibt ein Gegengutachten ohnehin vom Professor Poier, der sagt das ist natürlich ein völliger Unsinn, was in diesem Gutachten steht. Dafür braucht man aber nicht unbedingt ein Universitätsprofessor zu sein. Da braucht man nur dieses Gutachten zu lesen. Es stellt sich mir also die Frage: Wurde hier der Landtag umgangen? Und die zweite Frage, die damit zusammenhängt: Wurde hier der Landtag absichtlich umgangen in dieser Sache? Denn warum gibt es ansonsten ein derart merkwürdiges Konstrukt mit einem derart hinterfragenswürdigen Gutachten? Das ist also der zweite Punkt, der uns hier in dieser Sache wichtig ist. Der Punkt eins, ich wiederhole, ist: Warum verzichtet das Land im Rahmen dieses Konkursverfahrens der Kappa GmbH auf die Anmeldung der gesamten Forderung und damit zumindest einer Befriedigung von mehr, weitaus mehr als 500.000 Euro und der Punkt zwei interessiert mich ganz besonders: Wie kommt es zustande, dass ich, wenn ich vereinbare, ich bekomme von jemanden 545.000 Euro, dass das bewertet wird mit 50.000 Euro und daher nur durch die Landesregierung beschlossen wird. Das sind zwei ganz wesentliche Dinge. Ich hoffe, beim Punkt zwei wird auch der eine oder andere ÖVP- und SPÖ-Abgeordnete hier ein wenig aufhorchen und in diesem Sinne, Herr Landeshauptmannstellvertreter darf ich jetzt meine Fragen an Sie stellen, die in der Sache Kappa Thermenbeteiligung GmbH uns aufgefallen sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgende dringliche Anfrage:

1. Wäre das Land Steiermark, aus insolvenzrechtlicher Sicht, gleich wie andere Gläubiger aus der Liquidationsmasse befriedigt worden, wenn der "Abschlagszahlungsvertrag" nicht abgeschlossen worden wäre?
2. Wenn ja, in welcher Höhe?

3. Warum wurde eine "Abschlagszahlung" in Höhe von 545.851 Euro akzeptiert, wenn die Forderung laut Verfassungsdienst mit weniger als 50.000 Euro bewertet wurde?
4. Entspricht die Höhe der "Abschlagszahlung" tatsächlich dem wirtschaftlichen Wert der Beteiligung bei Annahme des Fortbetriebs der Therme?
5. Wie hoch beziffern Sie als ressortzuständiges Mitglied der Landesregierung aktuell den Wert der Forderung aus der stillen Beteiligung an der Kappa Thermenbeteiligung GmbH im Konkursverfahren?
6. Warum wurde der Landtag nicht mit dem Forderungsverzicht befasst?
7. Warum wurde auf die bereits anerkannte Insolvenzforderung verzichtet?
8. Wann wird frühestens die "Abschlagszahlung" ausbezahlt?
9. Werden Sie angesichts des möglichen finanziellen Schadens für das Land Steiermark mittels eines Regierungsbeschlusses eine Überprüfung des Sachverhaltes durch den Landesrechnungshof erwirken?
10. Wenn ja, bis wann darf mit einem derartigen Beschluss gerechnet werden?
11. Wenn nein, warum nicht?
12. Was haben Sie als ressortzuständiges Regierungsmitglied unternommen, um den finanziellen Schaden für das Land Steiermark so gering wie möglich zu halten?
13. Wie hoch beziffern Sie als ressortzuständiges Mitglied der Landesregierung den finanziellen Verlust, der dem Land Steiermark durch die Beteiligung am Thermenprojekt im Bad Gleichenberg entstanden ist?
14. Ist die vom Land bedungene Personalgarantie für die Mitarbeiter der Kappa Thermenbeteiligung GmbH mit Ende 2013 abgelaufen?

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich darf Sie bitten, unsere Fragen zu beantworten und bin schon gespannt darauf. *(Beifall bei der FPÖ - 14.21 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke. Ich erteile dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser dringlichen Anfrage.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (14.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die steirischen Thermen sind und bleiben eine Säule des Erfolgs des Steirischen Tourismus in den letzten Jahrzehnten *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*. Das war jetzt ein deutlicher Hinweis Herr Klubobmann Mayer, dass unser Klubobmann wieder da ist *(LTAbg. Amesbauer, BA:*

„Das meiste hat der versäumt!“) Es wird niemanden gelingen, diese einzigartige Erfolgsgeschichte schlecht zu reden. Die Ankünfte- wie Nächtigungszahlen der letzten zehn Jahre in der Steiermark beweisen es doch ganz deutlich und das hat mit den Thermen zu tun, das wissen Sie alle, dass wir mehr als 27 % mehr Gäste in die Steiermark bekommen haben und dass wir mit fast 13 % die Nächtigungszahlen steigern haben können.

Das Tourismusjahr 2013 brachte 3,5 Millionen Gäste und 11,3 Millionen Nächtigungen. Sie erinnern sich, wir alle und ich beziehe Sie mit ein, haben sehnsüchtig darauf gewartet, dass wir die drei Millionengrenze bei den Gästen erreichen. Wir haben sehnsüchtig darauf gewartet, dass es uns einmal gelingen möge, die 10 Millionen Schallmauer bei den Nächtigungen zu durchbrechen. Wir haben mittlerweile mehr als 11 Millionen. Das ist doch ein deutlicher Hinweis, dass der Tourismus in der Steiermark sich sehr, sehr gut entwickelt hat (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*).

Trotz der steigenden Konkurrenz im In- und Ausland und einer gewissen Sättigung am Thermenmarkt haben die Thermen wesentlich zum Aufbau des Ganzjahrestourismus beigetragen. Und auch hier füge ich hinzu, wenn Sie mich fragen, ist dass das eigentliche Erfolgsrezept des Steirischen Tourismus in den letzten Jahren, dass es uns gelungen ist, eine Ganzjahresdestination zu werden. Nur das führt dazu, dass die Beherberger einigermaßen ausgelastet sind und das ist die Grundlage, das Fundament für eine weitere gute Entwicklung des Tourismus. Die bestehenden Thermen haben sich ein gutes Image aufgebaut und sind am Markt etabliert und bekannt. Die Steiermark war durch zukunftsorientierte Investitionen der Vorreiter der gesamten Thermen- und Wellnessentwicklung in Österreich. Um die Spitzenstellung des Steirischen Thermentourismus halten zu können, habe ich mich unmittelbar nach Übernahme der Tourismusagenden im Jahr 2003 dazu entschlossen, Thermenprojekte nicht beliebig zu fördern. Und auch hier möchte ich Ihnen sagen, wenn Sie sich die Thermenlandkarte Steiermark heute anschauen, werden Sie zehn Thermen entdecken. Wir haben wenig gebaut in diesen elf Jahren, seit ich Tourismusreferent bin und nicht alles wurde von mir so gut geheißt, wie es nun dasteht. Ich habe zehn Thermenprojekte abgelehnt – in den verschiedensten Regionen – weil ich wusste und weil jeder von Ihnen weiß, der Kuchen wird nicht größer. Mit Blick darauf, dass an unseren Grenzen die Thermen wie die Schwammerl heranwachsen, nicht nur an den Bundesländergrenzen, sondern auch an den Staatsgrenzen. Aber freuen wir uns doch gemeinsam darüber. 2003 hatten wir 1,6 Millionen Tagesgäste; 2013 waren es 1,993.000. Also wir sind dabei, bei den Tagesgästen, es fehlen 7.000 bei den Tagesgästen, die zwei Millionengrenze zu erreichen, nachdem das Solebad Bad

Aussee, das Narzissenbad, ich will es nicht verschreien, in den ersten eineinhalb Monaten grandios läuft. Ich hab es eröffnet und war auch vor zwei Wochen wieder dort. Das zählen wir ja dazu, also können wir Hoffnung haben, dass es Ende dieses Jahres zwei Millionen sein werden. Das hängt damit zusammen, dass wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sage nicht ich, das sagen uns die Touristiker, die ganz Europa betrachten, dass wir, was die Thermen anlangt, in der Qualität innerhalb Österreichs, und nicht nur Österreichs, eigentlich uneinholbar gut sind und das hängt wieder damit zusammen, dass wir immer gesagt haben, nicht noch eine Therme in Rufweite der schon bestehenden mit Steuergeld bauen. Das sag ich Ihnen jetzt schon, solange ich Tourismusreferent bin und selbst wenn das länger ist als manche glauben, wird es mit Steuergeld keine geförderte Therme in der Steiermark mehr geben. Privat ist etwas anderes. Das hängt damit zusammen, dass wir gesagt haben: „Stärken stärken“. Und das ist uns relativ optimal gelungen.

Die Förderung für die Adaptierung der Therme Bad Gleichenberg entsprach genau dieser Strategie. Bad Gleichenberg war schon in der Biedermeierzeit ein florierendes Heilbad und blickt daher auf eine lange Tradition zurück. Mit Abstand der älteste Kurort, 1834 gegründet. Die Therme in Bad Gleichenberg war lange, lange im Gerede. Das weiß ich. Aber dann ist eigentlich ein sehr gutes Projekt gelungen und die Besucherzahlen haben sich seit 2009 nicht sprunghaft, aber doch stetig verbessert. So zählte die Therme im Vorjahr 78.107 Tagesgäste, das sind 13,5 % mehr gegenüber 2012 – Tendenz nach wie vor Gott sei Dank steigend. Dies spricht für die Qualität der Thermen, für die Gastfreundschaft der Menschen in und um die Therme und das Management vor Ort. Die Investition in die Therme Bad Gleichenberg sicherte zudem viele Arbeitsplätze in der Region.

Der wirtschaftliche wie touristische Aufschwung dieser Region bestätigt uns, dass wir mit unserer Förderpolitik auf dem richtigen Weg waren und nach wie vor sind.

Nun zu den einzelnen Fragen:

Zu den Fragen 1, 2, 5 und 7:

Da das Insolvenzverfahren bereits seit 2012 läuft und immer wieder durch Eingaben von Gesellschaftern verzögert wurde, wäre es eine reine Spekulation hier eine Aussage zu treffen, wie das Konkursverfahren verlaufen wäre, wenn die Vereinbarung zwischen dem Land Steiermark und der Krankenhaus Beteiligungs GmbH - KBG nicht abgeschlossen worden wäre. Bei Fortführung des Insolvenzverfahrens und Prolongierung des Gesellschafterstreites zwischen Dr. Reinhard Hohenberg und Univ.-Prof. DDr. Christian Köck war und ist keine reelle Chance auf nennenswerte Rückflüsse aus dem eingesetzten Beteiligungskapital

gegeben, zumal das gesamte Anlagevermögen der Kappa verpfändet ist und nicht zur Befriedigung der Konkursgläubiger, und damit auch nicht des Landes, herangezogen werden kann. Am Ende eines unabsehbar langen Konkursverfahrens, das schließlich auch den Betrieb der Therme und die damit verbundenen Arbeitsplätze ernsthaft gefährden würde, würde das Land vermutlich eine minimale Quote erhalten, weshalb die im Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 24.01.2013 gewählte Vorgangsweise vorteilhafter ist. Herr Klubobmann Mayer: Ich hab kein Problem, mich hier herzustellen und zuzugeben, dass der Weg, den Sie vorschlagen, der bessere wäre, wenn er es wäre. Konrad Adenauer hat einmal gesagt:“ Niemand kann mich hindern über Nacht klüger zu werden.“ Mir ist das schon ein paar Mal gelungen, über Nacht klüger zu werden. Ich habe mich in meinem Leben wahrscheinlich des Öfteren geirrt. Ich habe wahrscheinlich nicht wenige Fehler gemacht – wo gehobelt wird fallen Späne, wo gearbeitet wird, werden Fehler gemacht. Nur wissen Sie, auf den Punkt gebracht und Sie sind ja im Besitze dieser Briefe von einem der Beteiligten. Die kennen Sie wahrscheinlich, ich füge jetzt gleich hinzu, ich jedenfalls nicht, ich kann die nicht lesen, befürchte Sie auch nicht, daher ziehen Sie Schlüsse, die nicht zu ziehen sind. Ich lasse mir das aber stundenlang erklären. Wissen Sie, wenn da so Juristen am Werk sind, die sich nicht mehr grün waren, aber beste Freunde immer gewesen sind, dann muss man aufpassen, dass man sich nicht auf eine Seite schlägt. Dann muss man nach dem Buchstaben nicht nur der Gesetze, das ist ohnehin klar, sondern der Vereinbarungen im Interesse des Landes handeln und die Fragen, die Sie mir stellen, habe ich meinen Beamten hunderte Male gestellt. Aber ich sage Ihnen, Sie können stunden- und tagelang die Sache mit der Abteilung bereden, was ich Ihnen übrigens gerne ermöglichen werde, wenn Sie daran interessiert sind, in die Tiefe zu gehen. Auf den Punkt gebracht lautet die Frage nicht 5 Millionen Euro oder 545.000 Euro, sondern 545.000 Euro oder Nix.

Anzumerken ist dazu, dass überhaupt sämtliche im Insolvenzverfahren gesetzten Schritte in Abstimmung zwischen meiner A12 und der Fachabteilung Verfassungsdienst – wir fragen da immer nach und bitte nicht böse sein, wenn die sagen geht's in den Landtag, gehe ich in den Landtag, wenn die sagen, wir gehen nicht in den Landtag, dann gehen wir nicht in den Landtag. Ich habe ja nicht Angst, dass ich nicht eine sehr große Mehrheit hier überzeugen kann, dass der Weg der Richtige ist, aber deswegen habe ich ja einen Verfassungsdienst. Ich selber bin sowieso kein Jurist, Gott sei Dank, sonst hätte ich ja zu einem Thema drei Meinungen. Aber ich habe den Verfassungsdienst. Wenn es mir selber unklar ist, und das war auch meinen Beamten unklar zu fragen, gehört es in den Landtag oder gehört es nicht in den

Landtag. Deswegen haben wir die Herren und Damen dort, soweit ich informiert bin. Äußerst qualifizierte Juristinnen und Juristen. Also, dass das zwischen der Tourismusabteilung, dem Verfassungsdienst unter Einbeziehung des Masseverwalters, vergessen Sie auf den nicht, denken Sie an Übernahmen von Betrieben, was wir da schon alles besprochen haben, die haben ein starkes Durchgriffsrecht und des Förderungsgebers Republik, die alle haben wir einbezogen, um das Richtige zu machen.

Frage 3:

Der Verfassungsdienst des Landes Steiermark hat keine „Bewertung“ vorgenommen.

Frage 4:

Ja. Der von der KBG angebotene Betrag wurde durch eine von der A12 beauftragte Steuerberaterin plausibilisiert.

Zu Frage 6:

Die A12 hat eine Auskunft des Verfassungsdienstes eingeholt, wonach dieses Rechtsgeschäft nicht landtagspflichtig ist. Angemerkt wird, dass der Regierungsbeschluss vom 24.01.2013, mit dem die Vorgangsweise genehmigt wurde, einstimmig gefasst wurde.

Zu Frage 8:

Die mit der KBG abgeschlossene Vereinbarung sieht vor, dass die Abgeltung der Ansprüche des Landes Steiermark bis 31.12.2014 erfolgen soll.

Zu den Fragen 9, 10 und 11:

Dem Land Steiermark ist dadurch kein finanzieller Schaden entstanden, sondern ganz im Gegenteil die Chance erwachsen, eine Abschlagszahlung zu lukrieren, zumal bei Fortführung des Insolvenzverfahrens und Prolongierung des Gesellschafterstreites keine reelle Chance auf nennenswerte Rückflüsse aus dem eingesetzten Beteiligungskapital gegeben war.

Zu Frage 12:

Dem Land Steiermark ist durch die gewählte Vorgangsweise – wie bereits dargelegt - kein Schaden entstanden.

Zu Frage 13:

Intention des Landes war es, die Neuerrichtung der Therme in Bad Gleichenberg als wichtiges regionales Leitprojekt zu ermöglichen. Die Therme ist nach wie vor in Betrieb, womit Arbeitsplätze in der Region geschaffen und gesichert werden konnten. Damit wurde das Ziel des Landes Steiermark erreicht. Und ich bitte Sie, wenn Sie hier Zahlen nennen, was wir holen hätten können und heute noch alles rausholen könnten. Sie wissen doch ganz genau, das Modell einer stillen Beteiligung anstatt eines verlorenen Zuschusses wurde nicht zuletzt aus budgetären Gründen, da geht es ja um das „Maastricht-Defizit“, gewählt. Dem Land Steiermark ist dadurch jedenfalls kein Schaden entstanden und ich bin eigentlich froh, dass wir die Therme haben, wie wir Sie haben.

Anzumerken ist, dass dieses Projekt, ich habe schon vorher darauf hingewiesen, das waren harte politische Kämpfe, Kollege Schleich, da waren wir noch nicht verheiratet (*Allgemeine Heiterkeit, LTAbs. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Geh'ts hier um Vielweiberei?“*). Sie verstehen diese Bemerkung nicht falsch, aber ich war schon Abgeordneter Herr Klubobmann Mayer und habe das gut mitbekommen. (*LTAbs. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das müssen Sie Herrn Klubobmann sagen!“*) Gleichenberg war viele Jahre umstritten und doch haben wir alle immer darum gekämpft, dass es in diesem alten traditionellen Kurort die Therme gibt. Lange haben wir alle zusammen gebraucht. Aber jetzt ist das eine tolle Therme - leider geprägt von einem Streit von einstmaligen Lebensfreunden, ist man das ja, denk ich. Anzumerken ist, dass dieses Projekt schon vor 2002 unter den Landesräten Ing. Ressel und Dr. Hirschmann gestartet wurde und schlussendlich ein Investitionsvolumen – und jetzt hören Sie bitte zu - von 62,3 Millionen anstelle der ursprünglich geplanten 36,3 Millionen erreicht hat. Dies aber bei gleichbleibendem Fördervolumen des Landes. Also ich denke schon sagen zu können, dass insbesondere auch meine Tourismusabteilung – Herr Hofrat Schnabl sitzt da hinten – also ich muss Ihnen sagen, ich wünsche, dass alle Abteilungen so geführt werden, vielleicht ist es so, ich kenne ja nicht alle, aber das ist eine grandiose Abteilung, die hervorragende Arbeit leistet (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*).

Zu Frage 14:

Hierzu ist folgendes richtigzustellen: Die in Insolvenz gegangene Kappa Thermenbeteiligung GmbH ist lediglich die Besitzgesellschaft in deren Eigentum die Thermenanlage steht. Diese Gesellschaft hat keine Mitarbeiter. Betrieben wird die Therme von der „Das Kurhaus Bad Gleichenberg GmbH“. Die Vertragsbedingungen des Landes Steiermark haben vorgesehen, dass ein Mitarbeiterstand von 147 in der Therme bis 31.12.2013 zu halten war. Diese

Bedingung wurde nicht nur eingehalten, sondern ganz im Gegenteil, zum heutigen Tag zählt man in Gleichenberg 172 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Interesse eines Fortbestandes einer gut entwickelten Therme und im Interesse aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der gesamten Region sind negative Schlagzeilen kontraproduktiv. Ich möchte Ihnen abschließend nur sagen: Wenn heute in der Steiermark die Tourismus- und Freizeitwirtschaft nach der Industrie, die ganz weit vorne steht, im regionalen Bruttoinlandsprodukt eine bedeutende und immer bedeutendere Rolle spielt, dann hängt das mit dem Ganzjahrestourismus zusammen, dann hängt das damit zusammen, dass wir eben auch Thermen haben und das Zweite und abschließend: Blicken Sie doch 25 Jahre zurück. Sie werden sehen, das war die Zeit, wo die Tourismusregion Dachstein-Tauern hat es damals geheißen, jetzt heißt es Schladming-Dachstein, ich weiß nicht, ob ich es erlebe, dass Ramsau noch dazu kommt, aber Dachstein-Schladming heißt es jetzt. Diese Region war unangefochten bei den Gästezahlen an der Spitze des Landes. Dann kam lange nichts. Heute haben wir zwei Flaggschiffe. Das ist noch immer Dachstein-Schladming – 2,9 Millionen Nächtigungen und das ist das Thermenland – 2,9 Millionen Nächtigungen gerundet, einmal waren wir schon auf fast drei Millionen. Also die haben miteinander bald einmal sechs Millionen der elf Millionen Nächtigungen und bei den Gästen ist aktuell, auch jedes Jahr anders, aber es ist aktuell mit 880.000 das Thermenland vor 670.000 Schladming-Dachstein. Das sag ich nur, damit wir sehen, dass sich da etwas ganz Großartiges für uns abgespielt hat. Denn damals war Schladming-Dachstein, wie wir heute sagen, dann war lang nichts, dann war Graz. Heute haben wir Thermenland, Schladming, die zwei großen Flaggschiffe und dann haben wir eine Reihe guter weiterer Tourismusregionen, die in der Mitte liegen. Bei aller Kritik und Fehlerhaftigkeit, die es im Leben gibt, bitte ich Sie doch zu bedenken, dass die Thermenlandschaft, nehmen wir alles in allem, wir haben auch unsere Rückschläge gehabt, eigentlich eine absolute Erfolgsgeschichte geworden ist. Ja, in jedem einzelnen Fall mit sehr viel Steuergeld und nicht in jedem einzelnen Fall ist das aufgegangen, was wir uns erwartet haben, aber das ist so, wenn man Regionen ankurbeln will. Aber in der Summe ist es eine große Erfolgsgeschichte und ich denke, dass wir in Bezug auf das, was Sie in der Dringlichen gefragt haben, reinen Gewissens sagen können und erst Recht juristisch ausgefeilt, dass wir in der Summe das richtige gemacht haben. Danke (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.45 Uhr*).

Präsident Majcen: Danke dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer für die Beantwortung dieser dringlichen Anfrage. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede und weise

auf § 68 Abs. 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die DebattenrednerInnen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Es hat sich eine Reihe von Abgeordneten Damen und Herren zu Wort gemeldet. Als Ersten erteile ich das Wort Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Werner Murgg. Herr Abgeordneter bitte um deine Wortmeldung.

LTAbg. Dr. Murgg (14.45 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesrätinnen und Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem Sie geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer im Auditorium!

Herr Landeshauptmannstellvertreter hat jetzt von der Dachstein-Tauern-Region gesprochen und vom Thermenprojekt, was das für eine Erfolgsgeschichte ist, aber eigentlich hätte ich mir mehr Aussagen zur Frage, obwohl es nicht unsere Frage war, aber zur Frage der FPÖ, nämlich zu Bad Gleichenberg gewünscht. Unsere Frage seinerzeit (LTAbg. Karl Lackner: „Die Fragen wurden beantwortet!“) - naja, wurde nicht beantwortet, zum Beispiel hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt, das hätte mich nämlich besonders interessiert, wie Sie dazu kommen, bei, sehr salopp gesagt, 13 Millionen Außenständen, können wir sagen, gut die Förderungen, die Therme geht ja weiter und es hat was gebracht, aber immerhin 4,9 Millionen mit Zinsen stille Beteiligung, wenn man sich da mit 545.000 begnügt, warum dann sozusagen die 50.000 Euro-Grenze nicht überschritten wurde, so dass das die Landesregierung beschließen konnte und nicht der Landtag. Die einzige Antwort, die Sie dazu gegeben haben: Sie haben gesagt, das habe ich vom Verfassungsdienst des Landes und das da gute Juristinnen und Juristen sind, prüfen lassen. Aber mich hätten einige Argumente, zum Beispiel des Verfassungsdienstes, interessiert, wie man zu dieser Rechtsmeinung kommt. Ich werde dann dazu noch einige Dinge sagen. Wie gesagt, wir haben bereits im März 2013 dazu eine Dringliche Anfrage gestellt. Da ist es uns vor allem um das Firmengeflecht gegangen und wir haben im Juli 2013, wenn ich es richtig aufgeschrieben habe, eine schriftliche Anfrage gestellt, vor allem mit dem Schwerpunkt des Verzichts der Landesforderungen nur bezüglich der Person Köck oder beispielsweise auch anderer Gläubiger. Diese Fragen haben Sie alle sehr sauber beantwortet. Aber ich möchte jetzt doch zu dem kommen, was heute die FPÖ zum Thema gemacht hat. Nämlich das waren, wenn ich richtig aufgepasst habe, zwei Fragen. Die eine war: Warum das Land 4,5 Millionen Euro oder 4,9 Millionen Euro verschenkt oder warum man darauf verzichtet und warum diese Abschlagszahlung von 545.000 Euro nicht im Landtag war, wo sie nach unserer Meinung nach hingehört hätte,

sondern in der Landesregierung? Das Dritte was uns, mich im Besonderen, die KPÖ natürlich auch, besonders stört bei dieser Sache, das war seinerzeit dieses wirklich undurchsichtige Firmengeflecht und Hand aufs Herz, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich hoffe daraus haben Sie etwas gelernt. Wenn man irgendwann wieder stille Beteiligungen vor allem in dieser Höhe eingeht, dass es doch ein Firmenkonstrukt sein sollte, dass ein Landesrat und auch ein Landtagsmitglied, das sich ein bisschen damit beschäftigt, sagen wir in einer guten Stunde oder in eineinhalb Stunden, halbwegs durchschaut. Ich behaupte, das haben wir beide bis heute nicht ganz durchschaut. Wenn ich das letzte Mal Ihre Aussagen im März 2013 richtig verstanden habe, da haben Sie mir da durch die Blume Recht gegeben. Ich hoffe, das hat unsere Anfrage seinerzeit beigetragen, dass so etwas nicht mehr passiert und nicht dass man Beteiligungen eingehen soll und dass man nicht Thermenprojekte oder andere Tourismusprojekte fördert aber wenn, dann muss klar sein, wer die Gesellschafter sind und wie eventuell eine Haftung für das Land schlagend werden könnte, etc. Ich glaube, Sie erinnern sich alle noch an dieses riesige Spinnennetz, das ich Ihnen da gezeigt habe. Das war damals und ist heute immer noch nicht ganz aufgeklärt.

Aber jetzt zu den beiden Punkten ganz kurz, ich werde dann auch einen Entschließungsantrag einbringen, die Fragen was die FPÖ heute aufgeworfen hat. Das Land verzichtet tatsächlich, so meinen wir, auf 4,9 Millionen Euro. Diese Summe ist ja nicht aus Jux und Tollerei von uns genannt worden, sondern ich erinnere daran, diese Summe ist vom Konkursrichter als Forderung anerkannt worden. Wenn Sie sagen, die Frage wäre nicht, ob wir jetzt 4,9 Millionen oder 545.000 kriegen, sondern die Frage wäre, ob man 545.000 kriegen oder nichts, das haben Sie gerade vor zehn Minuten gesagt, dann ist mir schon klar, dass Sie als zuständiger Landesrat nicht sagen werden, natürlich hätten wir, sagen wir einmal, die Chancen wären 50:50 gewesen, dass wir das kriegen, aber ich habe halt irgendwie geglaubt damit einmal Schwamm drüber ist, nehmen wir die 545.000. Ich möchte eine Rechtsmeinung hier vorlesen. Sie ist vom Dr. Hohenberg. Dr. Hohenberg ist, glaube ich, auch ein ganz guter Jurist. Der sagt zum Beispiel, dass ein unabsehbares langes Konkursverfahren droht, stimmt nicht. Es gab von Anfang an nicht einmal ein Dutzend Insolvenzgläubiger neben den Forderungsanmeldern. Neben Land und Bund haben Sie selber gesagt und KBG gab es nur Kleingläubiger und dann kommt er zum Schluss: Auch heute stellen sich als relevante Gläubiger nur drei gegenüber – nämlich Land, Bund und KBG. Er meint eben, das wäre sowohl in einer überschaubaren Zeit abzuwickeln gewesen und nicht auf unabsehbare Zeit ein Konkursverfahren notwendig gewesen. Das ist das eine und das andere sind diese 545.000

Euro, warum wir das jetzt in der Landesregierung und nicht im Landtag beschlossen haben. Gut, die Meinung des Verfassungsdienstes in Ehren. Ich bin auch kein Jurist – ich sag auch Gott sei Dank bin ich keiner. Aber wenn ich da auf die nackten Zahlen schaue, dann sag ich selbst als gebildeter Laie und zu dem Urteil kommt auch ein Professor Wieser. Sie kennen natürlich auch dieses Gutachten. Sie haben einen anderen Namen nämlich gesagt. (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ich hab irrtümlich Poier gesagt. Jetzt krieg ich Ärger mit der ÖVP.“*). Professor Wieser sagt, wenn ich 545.000 Euro für irgendwas freiwillig kriege, dann muss das doch vielmehr Wert gewesen sein, als diese 545.000 Euro. Auf alle Fälle mehr wert als diese 50.000 Euro, um in der Landesregierung behandelt zu werden. Das ist das erste Argument. Das zweite Argument, das sagt Professor Wieser nicht, aber das sag ich Ihnen und das wissen Sie auch. Der zweite Anteilseigner oder Gesellschafter, ich weiß es jetzt gar nicht, ob es eine GmbH oder Aktiengesellschaft war, es ist undurchsichtig, wie gesagt, ich habe von dieser Kappa nicht mehr alles im Kopf, der hat nämlich gesagt, wenn Ihr mit mir verhandelt, bezahle ich eine Million und nicht 545.000 Euro. Eine Million minus 545.000 macht 455.000. Und 455.000 Euro Verzicht ist mehr als die 50.000 Euro, die man sozusagen annehmen hätte dürfen, um die Sache in der Landesregierung zu behandeln. Warum Sie bei diesen beiden Argumenten gesagt haben, ja, da ist der Verfassungsdienst der Meinung, das kann man aber sehr wohl in der Landesregierung machen, diese Argumente hätte ich heute sehr gerne von Ihnen gehört. Wir werden aber noch eine schriftliche Anfrage nachschießen, wenn ich so sagen darf und ich hoffe dann auf eine ausführliche Beantwortung. Diese Argumente würden mich nämlich wirklich interessieren.

Jetzt möchte ich noch etwas sagen. In Wirklichkeit ist, unter uns gesagt, diese Sache ja schon gegessen. Sie haben es ja selber gesagt (*LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Ich weiß es nicht, er überlegt gerade, er überlegt gerade, der Herr Landeshauptmann. Er geht in sich.“*) Sie haben ja selber gesagt, die Therme geht weiter – das stimmt ja auch. Ich habe jetzt das wieder mal durchgeblättert, was sie da im März 2013 zu mir gesagt haben. Es stimmt mit den Beschäftigten, 141 haben wir, glaube ich, Ausbedungen. Ich habe jetzt gerade nachgelesen 167 haben Sie mir damals gesagt, haben wir. Also was wollen Sie Herr Abgeordneter, es ist übererfüllt. Aber Sie haben im selben Satz gesagt: Der Bund hat sich eigentlich 310 Ausbedungen und die gibt es offenbar nicht. Jetzt können Sie natürlich sagen, was geht mich der Bund an. Ich sage Steuergeld ist Steuergeld und es sollte uns eigentlich das auch interessieren, was mit dem Steuergeld von der anderen Hosentasche vielleicht passiert. Weil diese Forderungen sind offenbar nicht erfüllt worden. Vielleicht können die FPÖ oder auch

die Grünen einmal im Nationalrat irgendwie fragen, wie der Bund dazukommt, auf das zu verzichten. Mir ist das nicht ganz nachvollziehbar. Aber ich wollte jetzt ganz was anderes sagen: Die Sache ist gegessen – sag ich einmal. Wir müssen die Lehren daraus ziehen, dass man so ein Firmengeflecht nicht mehr akzeptiert, wenn man eine nicht unerhebliche Beteiligung oder Förderung, in welcher Form auch immer, eingeht. Was ich sagen möchte ist das, die FPÖ bringt heute zwei Fragen vollkommen zu Recht wieder aufs Tablett und ist aber bei einer Frage mit im Boot gewesen. Es ist anders als bei der Hypo, da sagen Sie ja gleich von vornherein, damit haben wir nichts zu tun gehabt, machen Sie einen Untersuchungsausschuss. Dann werden wir sehen was herauskommt. Jetzt haben Sie gesagt, wir waren eh mit im Boot, aber das haben wir nicht wissen können. Also ich muss sagen, Herr Landesrat Kurzmann und Herr Klubobmann Mayer, das finde ich irgendwie ein starkes Stück. Denn was Sie jetzt uns als Erklärung bringen und sagen, das hätten wir alles wissen müssen. Das hätten wir, im März 2013 war unsere Dringliche Anfrage, einige Monate vorher war dieser Landesregierungsbeschluss, das hätten Sie Ihren Landesrat damals auch sagen können und das war ein schweres Vergehen, hier überhaupt zuzustimmen. Herr Landesrat, da kann man sich nicht auf die Ressortzuständigkeit ausreden. Das geht mir heute irgendwie gegen den Strich und ich würde da doch von Ihnen, aber auch von Ihnen vielleicht, Herr Landesrat, noch das eine oder andere Wort mir erwarten. Ich glaube, das erwartet sich auch der Landtag. Warum Sie damals irgendwie geglaubt haben, dass bei einem Außenstand von 13,9 Millionen großzügig gerechnet aber eng gerechnet von 4,9 Millionen, man sich mit einer 545.000 Euro Forderung zufrieden geben sollte. Wo ja Ihr eigener Klubobmann Ihnen heute vorrechnet, dass das eigentlich ein schlechtes Geschäft war und ich Ihnen das damals, wenn Sie mich gefragt hätten, auch schon vorrechnen hätte können. Aber vielleicht können Sie dazu noch was sagen. Jetzt komm ich zu meinem angekündigten Entschließungsantrag. Im Übrigen werden wir auch dem Entschließungsantrag der FPÖ zustimmen. Das darf ich schon sagen.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung gemäß Art. 20 Z 3 iVm Art 41 Abs. 1 L-VG nachzukommen und den Regierungsbeschluss über die genannte Vereinbarung, mit der die Landesregierung das Land Steiermark verpflichtet, gegen Zahlung eines Betrags in Höhe von 545.851 Euro seine Forderungspositionen im Konkursverfahren der Kappa GmbH in Höhe von 13,681.635 Euro an die KBG GmbH zu übertragen, dem Landtag Steiermark zur Beschlussfassung vorzulegen. *(Beifall bei der KPÖ - 14.58 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke Herr Dr. Murgg. Nächste Wortmeldung ist der Herr Landtagsabgeordnete Kogler.

LTAbg. Kogler (14.58 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer, Zuseher via Livestream und hier im Auditorium!

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Eines möchte ich gleich vorausschicken, wir als FPÖ stehen auf keiner Seite irgendeiner Gesellschaft oder eines Gesellschafters, sondern ausschließlich auf der Seite der Steirerinnen und Steirer und der Steuerzahler (*Beifall bei der FPÖ*) und Herr Landeshauptmannstellvertreter danke auch für Ihre ausführlichen Schilderungen des Tourismus – historisch zurückgeblickt auch auf Bad Gleichenberg und ich möchte Ihnen nur sagen, dass keiner von uns die Thermenprojekte schlecht machen oder schlecht reden will und keiner will auch den Tourismus, den guten Tourismus in der Steiermark schlecht machen. Aber hier geht es wirklich um ganz was anderes. Hier geht es um öffentliche Gelder, also um Geld der Steuerzahler. Als Beispiel, weil Sie angesprochen haben, es ist kein Schaden entstanden, für mich ist es wirklich ein bisschen unerklärbar, zumindest wenn man das einem Privaten erklärt. Wenn sich ein Privater an einem Projekt mit 4,93 Millionen beteiligt, die Gesellschaft geht in Konkurs, ich erhalte eine Abschlagszahlung von 545.000 Euro, dann wird sich dieser Private sicher nicht glücklich schätzen und sagen, ich habe keine Schaden erlitten und tatsächlich ist aus meiner Sicht trotzdem ein Schaden für das Land entstanden. Interessant wäre auch aus meiner Sicht, Herr Dr. Murgg hat das ja auch schon angeführt, mit diesem Verfassungsdienst. In diesem Gutachten des Verfassungsdienstes von Hofrat Dr. Temmel steht ja auch drinnen, dass ein Wert angegeben wird von unter 50.000 Euro. Das wurde vorher aus meiner Sicht nicht geklärt. Ich hoffe, Sie können das auch nochmals aufklären. Also für mich unverständlich. Insgesamt betrachtet, wie gesagt und da haben Sie auch unsere Unterstützung, dass das Thermenprojekt und die Thermenprojekte in der Steiermark im Großteil wirklich erfolgreich sind und auch der vollen Unterstützung bedürfen. Aber wie auch schon gesprochen, es darf nicht passieren, dass solche stillen Beteiligungen auf so einem Endpunkt dann hingehen. Geschätzte Damen und Herren, ich bringe daher auch einen Entschließungsantrag ein, der wie folgt lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag über die weitere Vorgehensweise des Landes im Konkursverfahren der Kappa Thermenbeteiligung GmbH Bericht zu erstatten,
2. den Forderungsverzicht im Konkursverfahren der Kappa Thermenbeteiligung GmbH, somit die Veräußerung von Landesvermögen, das den Wert von 50.000 Euro übersteigt, der Beschlussfassung des Landtages zuzuführen,
3. im Kontrollausschuss die Fassung eines Prüfantrages anzuregen, wonach die Vorgänge im Rahmen sämtlicher Beteiligungen des Landes Steiermark an der Kappa Thermenbeteiligung GmbH vom Landesrechnungshof zu prüfen sind und
4. die zurückgezogene Forderung im Konkursverfahren der Kappa Thermenbeteiligung GmbH in voller Höhe erneut geltend zu machen, um den finanziellen Schaden für das Land Steiermark so gering als möglich zu halten.

Ich bitte um Zustimmung (*Beifall bei der FPÖ 15.03 Uhr*).

Präsident Majcen: Die nächste Wortmeldung ist Herr Klubobmann Mag. Drexler.

LTAbg. Mag. Drexler (15.03 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren im Zuschauerraum!

Wissen Sie, es ist heute schon ein bemerkenswerter Tag. Wir haben zwar eine kurze Tagesordnung. Möglicherweise einen der kürzesten Landtage in dieser Legislaturperiode, wenn man von Sonderlandtagen einmal absieht, aber die Debatte hat es durchaus in sich und manch zufälliges Zusammenfallen ist heute schon bemerkenswert. Aber wissen Sie meine Damen und Herren, man könnte eigentlich von Chuzpe sprechen. Wenn man sich vor Augen führt, dass just die Freiheitliche Partei am heutigen Tag, wo wir endgültig Zeugen des größten wirtschaftspolitischen Desasters der Zweiten Republik sind, für das ausschließlich die Freiheitlichen und Ihr Säulenheiliger Jörg Haider (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Verantwortung tragen (*LTAbg. Lechner-Sonnek: „Unendlich.“*) heute hier hergehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute hier hergehen (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Lüge!“*) – Lüge ist ein Ordnungsruf, Herr Kollege mäßigen Sie sich. Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute hier hergehen und wegen einer stillen Beteiligung bei einem Thermenprojekt, das in einem Insolvenzverfahren verwickelt ist, hier heute ein Gezeter inszenieren, weil Sie behaupten, dass um 4 Millionen oder 4,5 Millionen Euro der steirische Steuerzahler geschädigt wäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den Freiheitlichen zu:

Schämen Sie sich am heutigen Tage (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Heute meine Damen und Herren, geht es um Milliarden und Abermilliarden und nicht um einige wenige Millionen, die im Übrigen, was Ihren Vorwurf betrifft, nicht zutreffend sind. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist es, was manchmal an der politischen Kultur in Österreich bemängelt wird. Und wenn ich heute schon am Vormittag Ihre Zwischenrufe gehört habe, ja, wo Sie erklären, dass Sie mit diesem allen nichts zu tun haben, ja sagen Sie einmal, für wie blöd verkaufen Sie Ihre Mitbewerber und die österreichische Bevölkerung? Das hält man ja nicht mehr aus meine sehr verehrten Damen und Herren (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Jetzt sage ich Ihnen aber einmal eins: Von 1999 bis 2008, wir wissen - Ableben-Unfall - von 1999 bis 2008 war Dr. Jörg Haider Landeshauptmann von Kärnten (*LTA* *Abg. Amesbauer, BA: „Hören Sie einmal mit der Leichenfledderei auf.“*) das zweite Mal Landeshauptmann (*LTA* *Abg. Kröpfl: „He He!“*), das zweite Mal und jetzt sag ich Ihnen einmal eins, das Land Kärnten, dort, wo Ihre Kollegen von der FPK geglaubt haben, wie erfolgreich Sie sind, Sie haben es bei der letzten Landtagswahl eh gesehen wie die Bäume des Erfolges in den Himmel gewachsen sind. Jetzt sag ich Ihnen einmal eines (*LTA* *Abg. Amesbauer, BA: „Die ÖVP war auch gut.“*) - auch ja, dramatisch, aber die ÖVP war an der Kärntner Landespolitik beteiligt wie ein homöopathisches Globuli im Vergleich zur FPK, das möchte ich dann auch einmal sagen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – LTA* *Abg. Amesbauer, BA: „Mit einem Ausschuss im Parlament.“*) Ja, tun Sie einmal, ich weiß ja nicht, ob Sie das nicht bald glauben, was Sie da reden oder was Ihnen der Zahntechniker vorredet, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist ja nicht zu glauben, wie Sie hier Geschichtsklitterung betreiben. Jetzt sag ich Ihnen einmal was. Am 31. Dezember 2000 hat das Land Kärnten, am 31. Dezember 2000 hat das Land Kärnten Haftungen von 4,7 Milliarden gehabt (*LTA* *Abg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das ist wirklich schon lächerlich.“*) von 4,7 Milliarden gehabt. Am 31. Dezember 2008 waren die Haftungen des Landes Kärnten 43,3 Milliarden und das bei 2-3 Milliarden Landesbudget (*LTA* *Abg. Mag. Dr. Mayer MBL: „Zur Sache.“*) Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Freiheitlichen haben angesichts dieses beispiellosen Skandals, (*LTA* *Abg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Du hast keine Ahnung.“*) - Kollege Mayer ich werde auch noch zu Gleichenberg kommen, aber jetzt sag ich dir einmal eines: Angesichts dieses beispiellosen wirtschaftspolitischen Skandals, dieser größten Vernichtung von Steuergeld in der Zweiten Republik, haben Sie am heutigen Tag kein Recht auch nur irgendeine wirtschaftspolitische Debatte zu beginnen (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Ja, ja damit wir einmal deutsch reden hier, Herr Kollege. Es liegt nicht an mir zu entscheiden, was

Ihr für Debattenbeiträge liefert (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Da haben Sie Recht.“*), aber es liegt an mir, die Debattenbeiträge zu beurteilen, zu bewerten und meinen Debattenbeitrag abzugeben, Herr Kollege (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Es ist ja unglaublich, was hier vorfällt (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Das gleiche Niveau, wie deine Presseaussendung.“*) und im Übrigen, war eine niveauvolle Presseaussendung, außerordentlich niveauvolle Presseaussendung. Jedenfalls aber niveauvoller als dieser Versuch hier, die erfolgreiche Tourismuspolitik des Landes und insbesondere die zurückhaltende und daher ausgezeichnete Tourismuspolitik im Zusammenhang mit den Thermen in der Steiermark, hier auf eine lausbubenartige Art und Weise anzupatzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ja der Hintergrund dieser Angelegenheit (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Jetzt darf ich Ihnen mal eins sagen, liebe Kolleginnen von – Kollegen eigentlich nur – von der Freiheitlichen Partei, jetzt sag ich Ihnen einmal eins (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das ist ja ein Possenreport.“*): Erstens einmal haben Sie offensichtlich, im Übrigen, das teilt zum Teil auch der Kollege Dr. Murgg, haben Sie offensichtlich nicht das Wesen dieser Art von stillen Beteiligung durchblickt. Diese Art von stillen Beteiligungen, die im Übrigen der Kollege Kogler an anderer Stelle der heutigen Tagesordnung ausdrücklich gelobt hat - wir haben ja heute eine stille Beteiligung da bei dieser Firma Prolactal, da haben ja unterschiedliche Redner die Firmengeschichte ausführlich dargelegt und das Produktportfolio und alle möglichen Dinge, dort wurde von Kogler bedankt, dass man dort jetzt eine stille Beteiligung hat, ausdrücklich wurde gesagt, dass da die Arbeitsplätze (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Du hast zwei Drittel der Rede versäumt, warum jetzt diese Wortmeldung?“*), ausdrücklich die Arbeitsplätze erwähnt worden sind. Was sagt uns das? Derartige stille Beteiligungen sind natürlich eine Förderung mit anderem Etikett. Das ist kein auf Rendite gerichtetes Investment, wo Sie jetzt glauben, wir haben da jetzt eine große Beteiligung und da sind wir jetzt überall irgendwie dabei und da tun wir da ein bisserl ein Thermengeschäft machen und da ein bisserl einen Käse verkaufen und dort ein bisserl sonst was, nein, das sind letztlich entwickelte differenzierte, in diesem Fall, dem jeweiligen Fall entsprechende Instrumentarien der Landespolitik um wirtschaftliche Entwicklungen anzuregen, zu initiieren und letztlich Wachstum zu induzieren. Das ist der Hintergrund von diesen Geschichten und deswegen geht es natürlich hier auch nicht um die Bewertung irgendeiner Beteiligung, sondern es geht darum zu beurteilen, wie ist der politische Zweck dieses Handels zu beurteilen. Der sagt uns, dass sich hier ein guter und wesentlicher Beitrag zur Steirischen Thermenlandschaft entwickelt hat. Der sagt uns, dass sich hier ein

wesentlicher Beitrag insgesamt zur Tourismuspolitik in diesem Land ergeben hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, also weil hier da der Schuldenstreit der Insolvenzrechtler vorgetragen worden ist und was da alles dargelegt worden ist. Entscheidend ist, dass das Projekt lebt. Entscheidend ist, dass das Land, was auch drohen hätte können, im Zuge eines Insolvenzverfahrens völlig durch die Finger schaut. Beides nicht eingetreten. Projekt lebt, Land nicht völlig durch die Finger geschaut. Ich meine, bei einem Insolvenzverfahren ist es leicht möglich, dass man völlig durch die Finger schaut – als Gläubiger. Das war ja der Hintergrund, warum man diese Entscheidungen so gefällt hat und es war offensichtlich auch der Hintergrund, warum dieser konkrete Lösungsweg ja die gesamte Landesregierung überzeugt hat. Es ist ja kein Mehrheitsbeschluss. Es ist ja ein einstimmiger Beschluss gewesen – offensichtlich. Einschließlich Landesrat Kurzmann, es ist halt schlimm, wenn man dabei ist, ist man dabei. Aber vielleicht ist das ja manchen in Ihrer Bewegung durchaus recht, dass Sie dabei waren und jetzt kann man da halt noch sozusagen zum Abschied leise Servus sagen. Also einstimmiger Regierungsbeschluss. Kluge Vorgangsweise. Nicht Land als Beteiligungsholding, das da jetzt irgendwelche werthaltigen Beteiligungen schaffen will, nein, Land als Initiator für die wirtschaftliche Entwicklung und für Wohlstand und Arbeitsplätze. Das zum Einen. Zum Zweiten, meine sehr verehrten Damen und Herren: Schauen Sie, wir Parlamentarier müssen ja immer dafür sein, dass der Landtag möglichst mit vielen Fragen beschäftigt wird. Wenn es um Zustimmungsrechte geht, wenn es um Wertgrenzen geht und dergleichen mehr. Aber jetzt sage ich Ihnen schon eines. Wenn der Verfassungsdienst klipp und klar feststellt, dass dieses Rechtsgeschäft aus Sicht des Verfassungsdienstes nicht landtagspflichtig ist, ja was täten Sie dann als Regierung machen? Gegen die Empfehlung des Verfassungsdienstes den Landtag beschäftigen? Offensichtlich und das war im Übrigen ja auch schon nachlesbar, insgesamt ist ja die heutige Dringliche Anfrage der FPÖ nicht frei von tautologischen Zügen, was es wiegt, das hat es. Man muss ja die Grünen auch loben. Aber die Grünen haben ja schon eine schriftliche Anfrage, mehr oder weniger gleichen Inhalts befragt – Dezember, glaube ich, war das (*LTA*bg. Schönleitner: „Keine Antwort.“). Keine Antwort. (*LTA*bg. Schönleitner: „Was ist mit der Regierung?“) Über der Frist – nicht da die Antwort – schlimme Regierung, ganz schlimme Regierung. Was ist sie doch da? Ach, Sie schauen nicht rein in den Palast, ja das ist auch wiederum nicht schlecht. Ja wenn die Antwort schon da ist und Sie behaupten sie ist nicht da. Jetzt war ich kurz geneigt, Herr Kollege Schönleitner, Ihre Kritik an der Regierung zu glauben und jetzt haben Sie Ihre Glaubwürdigkeit wieder selbst völlig erschüttert. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*). Es gibt diese Anfragebeantwortung eben

offensichtlich schon, was bemerkenswert ist. Aber ich wollte ja eigentlich die Grünen loben. Sie haben ja die gleichen Fragen gestellt. Jetzt haben die Freiheitlichen die Fragen auch noch einmal gestellt. Offensichtlich verfügt die KPÖ über ähnliche Korrespondenz, die hier von großen Unzukömmlichkeiten berichtet. Alle drei Fraktionen sind offensichtlich bereit, sofort die Kritik von irgendwelchen anderen Akteuren in diesem Ganzen – im Übrigen ja auch auf einem solide gemauerten Fundament basierenden Projekt hier sozusagen durchzubesprechen. Sie sind ja sofort da, auf Zuruf sind Sie da und geißeln die Regierung, was Sie alles für einen Blödsinn gemacht habe. Sogar hintereinander, also sequentielle Regierungsgeißelung. Schriftliche Anfrage Dezember, Dringliche Anfrage Februar, im März wird vielleicht die KPÖ noch mit einem parlamentarischen Instrument daherkommen. Sequentielle Oppositionsarbeit. Alles wunderbar. Nur, meine sehr verehrten Damen und Herren (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „*Unverständlicher Zwischenruf.*“), nein das tut uns gut. Kollege Mayer tut uns gut. Wir würden uns ja gelegentlich nur mehr Scharfsinn von der Opposition wünschen. Also wir würden uns einfach wünschen, dass die Dinge stimmen, die Sie kritisieren. (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „*So nervös wie Ihr seid, ist es vielleicht notwendig. Ich würde mir wünschen, dass du dir die Dinge anschaust, wovon du redest.*“). Das ist ja das. Man wird ja dadurch nur besser in der Regierungsarbeit, nehme ich für die Regierung an, wenn man regelmäßig von einer luziden Opposition gefordert wird. Aber das ist ja nicht der Fall – Problem. Müssen wir uns selbst besser machen. Sind auf uns selbst angewiesen und dieser befruchtende oppositionelle Diskurs entfällt hier weitgehend, weil Sie auf nichts anderes aus sind, als auf den politischen Kleingeldwechsel, meine liebe Kolleginnen und Kollegen (*Beifall bei der ÖVP Und SPÖ*). Sie sind ja die Wechselstube des politischen Kleingelds hier in diesem Land geworden. Wir würden uns wünschen, fundierte sachliche Kritik. Wir würden uns Vorschläge wünschen. Wir würden uns Verbesserungsvorschläge wünschen. (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „*Wir geben euch heute die Gelegenheit. Es liegt an euch, du kannst mitstimmen beim Verbesserungsvorschlag.*“) Wir würden uns eine wirklich fachliche Diskussion wünschen und nicht dahingeredet. Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, der langen Rede kurzer Sinn. Die Republik zittert heute oder erzittert heute nicht wegen der Therme Gleichenberg, nicht wegen dortiger Gesellschafter, nicht wegen der dortigen Fortführung und nicht wegen eines dortigen Forderungsverzichts. Die österreichische Republik erzittert heute angesichts der Konsequenzen des größten wirtschaftspolitischen Skandals der Zweiten Republik, dessen Verantwortungsträger einzig und allein bei FPÖ und all Ihren Zwischentiteln BZÖ, FPK und

sonstigen zu suchen ist, meine Damen und Herren (*Beifall bei ÖVP und SPÖ*). Und ich sage Ihnen eines, das werden Sie so leicht auch nicht los. Wissen Sie warum? Diese Kindesweglegung, Sie haben mit dem allen nichts zu tun, mit dem allen nichts zu tun, nichts haben Sie zu tun mit dem Ganzen und den Haider, den können Sie nicht einmal mehr buchstabieren und die Haiderökonomie ist Ihnen auch völlig fremd. Wissen Sie, was ich Ihnen sage, allein auf Grund der Tatsache, dass heute noch weite Teile, weite Teile Ihrer Partei in der gesprochenen Sprache, dem Haideridiom frönen, allein an dieser Tatsache wissen wir, können wir schon ablesen, dass es alles andere als eine diskontinuierliche Entwicklung gegeben hat. Im Gegenteil, heute wären Sie alle noch gern ein kleiner Jörg zumindest. Das ist ja Ihr innerlicher Antrieb, bis hin zu Ihrem Bundesparteivorsitzenden oder wie das bei Ihnen heißt. Das ist ja der innerliche Antrieb und deswegen können Sie hier keine Kindesweglegung betreiben. Was rauskommt, wenn Freiheitliche mit großer Mehrheit ausgestattet an der Macht sind, das bezahlen Österreicherinnen und Österreicher mutmaßlich die nächsten Jahre. Das ist das, was der Großversuch Kärnten hervorgebracht hat. Wissen Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, das erinnert mich frappierend ein wenig an das, was ich mir heute gedacht habe, als der Kollege Dr. Murgg, wie immer schlüssig argumentierend, gescheite Gedanken einbringend, aber aus meiner Sicht dann doch meistens die falschen Schlüsse ziehend, wie er heute beklagt hat, wie dramatisch das mit der Ausdünnung des ländlichen Raumes ist und was da hier die Politik alles so vortragen würde, wie furchtbar das ist. Wissen Sie, da hab ich mir gedacht, da schau her, dazu haben wir die Kommunisten gebracht im Landtag, dass Sie uns jetzt erklären, wie furchtbar das mit der Ausdünnung des ländlichen Raumes ist. Sofort habe ich natürlich wieder historische Gedanken. Da denkt man an die blühenden Landschaften, die Ceaușescu in Rumänien erzeugt hat, durch die dortige Ausdünnung des ländlichen Raumes, wo man der Einfachheit halber die Dörfer weggeräumt hat, damit dann nichts mehr zum Ausdünnen ist und so wie Sie diese Kindesweglegung immer betreiben und sagen, mein Gott, mit diesen Irrungen haben Sie wenig zu tun, obwohl Sie immerhin noch immer die gleichen Namen tragen, so kommt mir diese Kindesweglegung ein wenig vor. Nichts gehört, nie etwas zu tun gehabt, was haben wir mit Kärnten zu tun, um Himmels willen. Wissen Sie, es werden die Bürgerinnen und Bürger erkennen. Ja mein Gott, es gibt Zeiten des Erfolges und des Misserfolges und die Freiheitlichen haben auch schon Misserfolgszeiten erlebt (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „*Aber Ihre kommt erst.*“). Nana, wir haben auch schon ordentliche gehabt. Das ist nicht das Thema. Nur Sie wännen sich auf einer nicht enden wollenden Welle des Erfolges – im Moment. Ich sag Ihnen eines. Ich glaub, die Leute

sind gescheiter als man möglicherweise in Ihrer Partei denkt. Es wird durchblickt werden (*LTA*bg. *Amesbauer, BA*: „*Darum wählen Sie euch nimmer.*“). Es wird durchblickt werden. Es wird durchblickt werden, wo Sie überall Ihre Finger drinnen gehabt haben. Es wird durchblickt werden, wo Sie überall Vermögen der Österreicherinnen und Österreicher verwirtschaftet haben. Es wird durchblickt werden, welche intelligente Antworten Sie auf die brennenden Fragen der Zukunft haben. Es wird durchblickt werden, dass Sie in Wahrheit für Modernitätsverweigerung stehen und für das Gegenteil von Zukunft stehen. Es wird dereinst erblickt werden und bis dorthin sollen Sie sich ruhig noch da und dort bei der Landtagsitzung ein bisschen freuen.

Im Übrigen gilt: Tourismuspolitik in der Steiermark ist auf einem guten Wege. Die Landesregierung hat auch diese schwierige Problematik in Gleichenberg mit Bravour gelöst oder es wird sich dereinst zeigen, dass Sie mit Bravour gelöst worden ist. Der Verfassung wurde entsprochen. Weil Sie gesagt haben, mein Gott der Landtag hätte sollen, alles bestens, weniger Aufregung, ist eine Wahl eigentlich leicht in nächster Zeit. (*LTA*bg. *Mag. Dr. Mayer, MBL*: „*Europawahl.*“) Ah da schau her, Europawahl, Kollege Mayer, ja diese kommt. Wie auch immer, aber Gelassenheit, bisschen mehr Ruhe beim Herangehen an die Dinge, sachliche Kritik, die würden wir uns wünschen, einen kritischen Dialog zwischen Opposition und Regierung und im Übrigen hoffe ich, wir sind auf einem guten Weg, einschließlich der Grünen. Herzlichen Dank (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.22 Uhr*).

Präsident Majcen: Nächste Wortmeldung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Klubobmann Dr. Mayer.

LTAbg. **Mag. Dr. Mayer, MBL** (*15.22 Uhr*): Ja, Danke schön Herr Präsident, werte Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Ich möchte schon auf einige Dinge eingehen, die sowohl der Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat, aber auch wirklich die beachtenswerten Dinge, die der Kollege Drexler da heute von sich gegeben hat. Eines möchte ich gleich einmal vorweg klarstellen, Kollege Drexler, dieses lausbubenhafte, das nimmst du bitte zurück, denn das ist eine Grenze, die du, denke ich, nicht überschreiten solltest und das wird es mit uns nicht geben und das werden wir uns so auch ganz bestimmt nicht gefallen lassen. Das kann ich dir hier ausrichten von Seiten unseres Klubs und jetzt kommen wir darauf zurück, womit sich der Kollege drei Viertel seiner Rede beschäftigt hat, nämlich die Hypo. Alles andere wäre ja nicht

möglich, weil er drei Viertel meiner Begründung nicht einmal im Raum war, als ich die Dringliche begründet habe, (*unverständlicher Zwischenruf*) deswegen auch so viel Ahnungslosigkeit in seiner Wortmeldung. Deswegen ziehen wir uns zurück auf die Hypo-Alpe-Adria. Es ist ja immer so und wir kennen das, wenn euch die Argumente hier herinnen ausgehen, dann kommt ihr zurück auf die Hypo-Alpe-Adria, die hat mit der Sache hier überhaupt nichts zu tun, nicht im Geringsten, hat das hier was zu tun. Aber ich sage das Angebot noch einmal. Vielleicht hast du ein bisschen mehr Gewicht als deine Kollegen. Machen wir gemeinsam einen Untersuchungsausschuss im Bund und stellen wir fest, wie ist die Causa Hypo gelaufen. Denn die Causa Hypo (*Beifall bei der FPÖ*) - der Herr Kollege hat auch noch andere Aspekte. Erstens einmal wird seit acht Jahren herumlamentierte von eurer Bundesregierung. Was machen wir jetzt mit der Bank, verkaufen wir sie, verschenken wir sie oder machen wir eine Bettbank daraus. Das ist Faktum. Und Faktum ist auch, dass dein Landeshauptmann Pröll die Regierung damals gedrängt hat, diese bereits privatisierte Bank zurückzukaufen und in Staatseigentum zu bringen. Das sind Dinge, über die ihr euch nicht unterhalten wollt's im Untersuchungsausschuss. Ich versteh das, aber dann erspart es euch einfach uns hier irgendwelche Hypogeschichten vorzuwerfen, weil es auch schon ein bisschen langweilig wird. Ich komm zurück: Zwei Drittel meiner Begründungsrede für die Dringliche Anfrage war der Kollege Drexler nicht im Raum. Deswegen redet er auch wahrscheinlich so wirres Zeug hier, denn er hat gesagt, wir können mit einer stillen Beteiligung nichts anfangen und wir kritisieren das, genau das Gegenteil habe ich gesagt, Kollege Drexler. Genau das Gegenteil. Ich hab gesagt, alles gut und schön – stille Beteiligung, das ist überhaupt kein Problem für uns. Der Punkt ist nur, beschäftigen wir uns mit der Sache, bleiben wir sachlich und versuchen wir das einmal, aber auch da wirst du dir schwer tun. Denn in der Sache, tust sogar du dir schwer hier Kompetenz vorzutäuschen, weil du dich überhaupt nicht mit den Dingen beschäftigt hast, wie die Sachlage ist. Ich sag das jetzt auch zum x-ten Mal, du wirst nicht qualifizieren, was wir hier zu sagen oder zu tun haben, das tun einzig und allein wir (*Beifall bei der FPÖ*). Das möchte ich auch schon belassen damit und möchte wieder zurückkommen zur Wortmeldung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter. Negativschlagzeilen sind kontraproduktiv, hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt. Ja, da frage ich mich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wie sollen wir über die Dinge reden, wo wir glauben, dass etwas schief läuft, außer hier im Landtag. Da gibt es schon einmal die Öffentlichkeit. Also Negativschlagzeilen sind kontraproduktiv, ist schon auch ein bisserl eine Wortmeldung, die die Sache nicht ganz trifft. Denn treffen würde es, wenn Sie

jetzt hergehen würden und sagen, gut lieber Klub, und jetzt oute ich mich, lieber FPÖ-Klub, ich bin ein Jurist. Vielleicht wissen Sie es nicht, deswegen tu ich mir vielleicht ein bisschen leichter, in der Sache die Dinge zu betrachten, als Sie das tun. Setzen wir uns zusammen und gehen wir das noch einmal durch und schauen wir uns das an, ob wir vielleicht doch ein Fünkchen Recht haben und es könnte natürlich auch sein, dass das so ist. Aber ich fürchte, davor fürchten Sie sich. Niemand, und das sage ich jetzt allen, zumindest die, die Gesprochen haben, niemand von der FPÖ hat auch nur ein einziges Mal die Thermenprojekte schlecht geredet. Haben Sie das gehört, haben Sie gehört, dass ich jemals gesagt habe, die Thermenprojekte in der Steiermark sind schlecht. Schweigen bedeutet Zustimmung, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Niemand hat das gesagt und es ist aber immer das gleiche Muster. Sie legen uns dann nahe und sagen, ja die FPÖ, die will nur die Thermen schlecht reden. Das ist ja ein bisserl infantil was Sie hier machen. Das ist ja wirklich infantil, den Spiegel so umzudrehen, als ob wir die Thermenprojekte schlecht reden wollen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Ordnungsruf verlangen.“*). Das Gegenteil ist der Fall, Kollege Drexler. Horch gut zu. Jetzt lern einmal in der Sache. Setzen wir uns dann zusammen. Wenn du mir zuhörst, kannst du vielleicht wirklich auch noch einmal bisserl in die Sache vordringen und dich nicht nur an der Oberfläche bewegen. Aber das Muster ist auch ein bisserl ermüdend. Ich sag es Ihnen, wenn wir in der Causa Fehlabweicklungen aufzeigen und wie kommen Sie darauf, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass Sie sagen, ein langes Konkursverfahren. Sie können zwar nicht qualifizieren, ob wir und wie viel wir von dieser Forderung zurückbekommen, aber Sie können hier qualifizieren, ob es ein langes Konkursverfahren gibt? Also da spießt sich die Sache ja ein bisschen. Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen und das steht in unserem Antrag. Über die Chance, ob und wie viel tatsächlich zurückgefordert werden kann, tatsächlich, und die tatsächliche Chance, das Geld zu bekommen, und zwar das volle, lebt und da ist nur noch, und das ist mehrmals gesagt worden, dass es zwei unbestrittene Gläubiger gibt. Der eine Gläubiger mit fünf Millionen Euro ist der Bund, anerkannt, aha, der und der andere ist das Land mit 2,1 Millionen Euro. Das sind anerkannte Forderungen. Diese Forderungen finden mit dem Gesamterlös für die Thermenanlage von rund 21 Millionen volle Deckung. Die Forderungen der Krankenhausbeteiligung GmbH ist zur Gänze bestritten und das Prüfungsverfahren noch im Laufen. Sie haben also die Chance, Sie haben nach wie vor die Chance, die gänzliche Forderung anzumelden und das ist ja jetzt auch nichts Neues. Denn das Land hatte ja schon einmal die Forderung, genau in dieser Höhe, angerechnet. Und genau in dieser Höhe hat es das Konkursgericht auch anerkannt. Das heißt, wir hatten schon einmal

eine anerkannte Forderung in Höhe von 4,9 Millionen Euro. Das war alles schon da. Dann geht man zurück und sagt, wir nehmen jetzt besser die 545.000 Euro, im Sinne lieber einen Spatz in der Hand als die Taube am Dach. Aber völlig unsinnig in der Bewertung des Verfahrens. Es gab überhaupt keine Aufklärung über diese Frage: 50.000 Euro, 545.000 Euro. Es ist ein bisschen wenig zu sagen, ja der Verfassungsdienst hat das halt qualifiziert. Also lesen wir uns das einmal durch, das Gutachten des Verfassungsdienstes, ich will Sie nicht mit dem Ganzen belästigen, aber hier ist es: Gutachten Verfassungsdienst. Es geht um die Qualifizierung: Reicht ein Regierungsbeschluss oder müssen wir in den Landtag, Grenze 50.0000 Euro? Da weiß man schon, warum Sie auf diese Interpretation kommen. Weil Sie nämlich den Gesetzestext des Artikel 20 der Landesverfassung historisch interpretieren und das muss man sich jetzt auf der Zunge zergehen lassen. Da sagt nämlich der Verfassungsdienst, und warum er das sagt, ist mir völlig unbegreiflich, ich hoffe nicht, dass es da politische Einflussnahme gegeben hat. Die Entstehungsgeschichte des Artikel 20 Landesverfassungsgesetz. Dieser lässt nach unserer Auffassung den Schluss zu, dass unter dem Begriff Landesvermögen, denn das wird da drinnen definiert, im Sinne des Artikel 20, Ziffer 3 Landesverfassungsgesetz gleich wie in der Vorgängerbestimmung des Artikel 15 nur körperliche Sachen zu verstehen sind. Was sagt also der Landesverfassungsdienst hier? Landesvermögen besteht nur aus körperlichen Sachen. Da müssen wir uns aber das ganze System überdenken, geschätzte Damen und Herren. Weil dann haben wir die Budgethoheit eigentlich verloren, Kollege Drexler. Dann geht es weiter. Jetzt kommt nämlich wirklich die nicht nur nicht verständliche, sondern völlige unlogische Begründung des Verfassungsdienstes: In gegenständlicher Angelegenheit ist eine freiwillige Befassung des Landtages möglicherweise deswegen nicht in Erwägung gezogen, weil, so der Sitzungsantrag des gegenständlichen Beschlusses der Landesregierung, nur mit einer sehr geringen Quote im Konkursverfahren gerechnet wurde. Der Wert der Forderung wurde also offenkundig unter der Wertgrenze von 50.000 Euro liegend eingeschätzt (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ja!“*). Also ich sag es noch einmal zum Verständnis, Frau Kollegin, weil Sie so deutlich ja rufen (*LTabg. Mag. Pichler-Jessenko: „Ich hab's verstanden.“*), wie kann es sein, dass es eine Vereinbarung gibt, wo ich mit dem Masseverwalter abmache, der eine wichtige Rolle spielt, wie der Herr Schützenhöfer gesagt hat, abmache, ich krieg 545.000 Euro fix mit 01.12.2014 glaub ich und dann bewerte ich gleichzeitig mit einem Gutachten, da brauch ich kein Jurist sein, bewerte ich gleichzeitig mit einem Gutachten die gleiche Forderung mit

50.000 Euro. Also ich sag es noch einmal, ich werde das gleiche bei meiner Bank probieren, aber die wird da nicht mitspielen. Danke (*Beifall bei der FPÖ – 15.31 Uhr*).

Präsident Majcen:

Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Schönleitner bitte.

LTAbg. Schönleitner (15.32 Uhr): Danke Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Klubobmann, nicht weggehen, ich will etwas zu Ihnen sagen. Sie stehen gerade auf. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Ich schau nur was.“*) Sie schauen nur was - wahrscheinlich wie viele auf der Rednerliste sind. Es war nämlich schon interessant, wie Sie hier heraußen jetzt wirklich wieder Gas gegeben haben und ich nehme Sie ja wirklich sehr ernst, vielleicht auch manchmal zu ernst. Jetzt habe ich nachgeschaut: Hat es wirklich gestimmt, was Sie hier gesagt haben? Dass die Anfragebeantwortung der Grünen, die am 10.12. eingebracht wurde, also gestern wäre die Frist abgelaufen, nur um daran zu erinnern, auf diesen Tag möchte ich überhaupt nicht Wert legen, aber Sie haben behauptet, sie wäre schon zugestellt, das war nicht der Fall. Sie haben Kappa um 15.17 Uhr Ihre Rede beendet und interessant war, um 15.24 Uhr wurde über das System die Anfragebeantwortung zugestellt. Sie haben offenbar großen Einfluss auf das System, aber in einer gewissen Weise, Herr Klubobmann, ist es schon auch entlarvend, wie es eigentlich aussieht. Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie haben diese Frage von den Grünen vor zwei Monaten gestellt bekommen. Wir haben zwei Monate keine Antwort bekommen. Wenn die Beantwortung dieser Frage so klar auf der Hand gelegen wäre, wie Sie das jetzt dargestellt haben und eh alles palletti ist, dann hätten Sie es ja auch gleich machen können. Sie wissen ja, Sie haben die gleichen Briefe bekommen wie wir. Wir haben die Frage auch gestellt. Aber Herr Klubobmann Drexler, wenn Sie hier die Hypo so ins Zentrum des Landtages gerückt haben, was ich durchaus okay finde, ich glaube, das soll man durchaus auch machen und keiner wird an der Verantwortung der FPÖ natürlich zweifeln ... (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Sie haben sie verspätet bekommen?“*) ... ich habe die Anfragebeantwortung jetzt um 15.24 Uhr übers Pallast-System bekommen. (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Das ist zu spät.“*) Das ist zu spät, ja, und der Klubobmann Drexler hat behauptet, sie wäre zugestellt. Sie war nicht zugestellt, das wollte ich nur klarstellen. Ansonsten würde ja ... (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Also ich habe eine andere Information.“*) ... nein, wir haben sie gerade jetzt - die

Klubdirektorin der KPÖ hat es bestätigt, mein Klubdirektor, wir haben es jetzt auf unseren elektronischen Medien gesehen, also das ist belegbar. Ich möchte nur nicht, dass etwas behauptet wird, was nicht stimmt, weil das ist natürlich für die Arbeitsweise des Hauses wichtig, aber auf den einen Tag soll es nicht ankommen. Ich möchte aber noch kurz auf die Hypo eingehen: Verantwortung bei der FPÖ, Herr Klubobmann Drexler, völlig klar, das wird niemand bestreiten, das ist wirklich eine arge Geschichte, die uns auf Jahre belasten wird. Aber was Sie völlig ausgeblendet haben, was Sie völlig ausgeblendet haben, und an das möchte ich Sie schon erinnern, wenn Sie hier herinnen so den Druck erhöhen, das ist schon, dass seinerzeit genau jene Persönlichkeiten in Kärnten, sprich den seinerzeitigen Landeshauptmann, auch Sie mit salonfähig gemacht haben. Das können Sie doch nicht vom Tisch wischen, dass Sie es waren, die seinerzeit mit der FPÖ, das waren die Anfangszeiten dieser Kooperation zwischen ÖVP und FPÖ, genau die Türe für jene Personen politisch geöffnet haben. Nicht zuletzt, und daran sei nur erinnert, waren es die Steirer, die hier besonders offen waren in Richtung der Freiheitlichen Partei, sprich Grillitsch, sprich Bartenstein, die natürlich hier diese Verbindung eingegangen sind, die uns ja in vielen Bereichen, nicht nur im Bereich der Hypo, massive Probleme im Bereich der Korruption und in anderen Bereichen gemacht haben. Was Sie völlig unter den Tisch haben fallen lassen, wenn Sie schon dieses Drama hier völlig korrekt in der Dimension beschrieben haben, das ist, dass Ihr Bundesparteiobmann, Spindelegger derzeit noch, derjenige ist, der es seit Monaten, Herr Klubobmann, nicht fertigbringt, diese Bank abzuwickeln. Da sind unterschiedliche Lösungen am Tisch gelegen, er ist in der Hauptverantwortung. Täglich kostet uns diese Untätigkeit des Finanzministers, in seiner Kompetenz liegt die Sache, kostet uns das Millionen, das haben Sie völlig unter den Tisch fallen lassen. Ich möchte nur daran erinnern, wenn Sie es hier zurecht erwähnen, dann muss auch dazugesagt werden, dass es hier auch andere Verantwortungen gegeben hat, Bankenaufsicht seinerzeit schon ÖVP, jetzt wieder Zuständigkeit des Ministers und in Wirklichkeit ist die Sache immer noch nicht so behandelt, dass wir sagen könnten, dass nach all diesen dramatischen Entwicklungen es derzeit in guten Händen wäre und es in eine Richtung gehen würde, wo man weiß, was es dem Steuerzahler und der Steuerzahlerin am Ende kosten wird. Und Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, Sie haben sich heute hier heraußen wieder hergestellt am Rednerpult und haben die heile Welt des steirischen Tourismus hier dargestellt. Ich muss Ihnen Recht geben: Die Steiermark hat hervorragende Zahlen im Tourismus, wir haben in den letzten Jahren in vielen Bereichen Entscheidendes geleistet, natürlich auch die Betriebe im Wesentlichen und

wir stehen nicht schlecht da. Aber wenn Sie schon so Ihre Abteilung loben und Ihre Tätigkeit, dann muss ich Sie schon wieder daran erinnern, ich habe das schon mehrmals hier getan, weil Sie es völlig vom Tisch wischen, dass Sie in manchen Bereichen auch ganz ordentlich daneben gehaut haben. Erinnern wir uns an die Lachtal-Geschichte, wie Sie das Land Steiermark quasi über Nacht, weil Sie einem Ihrer Partei nahestehenden Unternehmer diese Seilbahnunternehmung um eine Million Euro quasi über den Tisch gegeben hätten ... dann ist ein anderer Unternehmer gekommen. Wir, die Grünen, haben es hier im Landtag thematisiert. Der hat gesagt: „Ich zahle zwei Millionen“. Und schon war klar: In Wirklichkeit hätte die Vorgangsweise, nur dieses Beispiel hier genannt, das Sie gewählt hätten, dem steirischen Steuerzahler eine Million Euro gekostet. Also wenn Sie hier versuchen, so glaubwürdig zu vermitteln, dass dort professionell gearbeitet würde, alles bestens wäre - wenn Sie sich den Lachtalverkauf anschauen und wie er dann am Ende ausgeschaut hat, dann werden Sie sehen, dass Sie hier völlig danebengelegt sind mit Ihrer Einschätzung. Noch dazu unter Beziehung eines namhaften und meistens nicht sehr billigen Beraters in dieser Causa, den Sie beauftragt haben. Zweiter Beispielfall auch noch genannt, der Geschäftsführerwechsel bei den Planaibahnen, der eigentlich für Sie katastrophal war, wir wissen, was am Ende herausgekommen ist. Sie haben sich de facto auch rechtlich offenbar nicht durchgesetzt. Ich glaube, es hat am Ende dann eine Vergleichslösung gegeben. Aber tun Sie nicht so, als ob hier alles in Ordnung wäre. (*LTAvg. Karl Lackner: „Er hat zugegeben, dass er einen Fehler gemacht hat.“*) Vieles ist nicht in Ordnung, lieber Karl Lackner, und dann soll man das nicht so darstellen. Darum ist es schon berechtigt, und wir haben diese schriftliche Anfrage ja völlig ohne mediale Begleitmusik eingebracht, dass man Antworten bekommt. Wenn Sie heute hier Glaubwürdigkeit, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, an den Tag legen wollen, dann bitte nutzen Sie doch auch die Instrumente, die uns zur Verfügung stehen und die die nötige Unabhängigkeit haben. Ich nenne den Landesrechnungshof, ich nenne den Bundesrechnungshof, stimmen Sie derartigen Überprüfungen durch die Hilfsinstrumente des Landtages, das sind die Rechnungshöfe, zu. Sie sagen, Sie hätte da eh Ihre Experten, aber es wäre halt glaubwürdiger, wenn Sie dann dem Landtag, ich glaube in einem Antrag, in einem der Entschließungsanträge ist das ja drinnen, wenn Sie dem Landtag zugestehen würden, diese Sache unabhängig von Seiten des Rechnungshofes überprüfen zu lassen. Der Landesrechnungshof steht ja unter neuen Leitung, es kann ja durchaus auch sein, und davon gehe ich aus, dass er auch von sich aus im touristischen Bereich demnächst tätig wird und sich manche Dinge anschaut. Aber Sie könnten doch, wenn Sie glaubwürdig sein wollen und

sagen: „Das ist eh so.“, vielleicht ist es ja auch so, wie Sie sagen, dass am Ende die bessere Lösung für das Land Steiermark hier gewählt wurde, (*LTA*bg. Karl Lackner: „*Es wird eh ständig geprüft.*“) dann brauchen Sie sich doch auch nicht fürchten (*LTA*bg. Karl Lackner: „*Ständig geprüft.*“) und nicht die Flucht ergreifen, dass Sie dem Bundesrechnungshof vorschlagen, Sie haben die Möglichkeit, Sie können das auch dem Landesrechnungshof vorschlagen, hier eine Überprüfung dieser Vorgangsweise, nämlich speziell was die Zuständigkeit anlangt, welches Gremium entscheidet bei einer derartigen Rechtslage im Insolvenzbereich: Ist es der Landtag, oder reicht der Regierungsbeschluss? Dann holen Sie sich halt dort das Urteil. Aber offenbar fehlt Ihnen der Mut und ich bin überzeugt oder ich getraue es mir zu prognostizieren, dass, wenn der Antrag dann abgestimmt wird, wird es wieder so sein: Die Regierungsparteien werden diese Rechnungshofüberprüfung letztendlich nicht mittragen. Die Thermengeschichte ist grundsätzlich erfolgreich. Sie haben völlig richtig gesagt: „Man kann nicht zu jedem Thermenprojekt ja sagen“, aber Sie wissen auch, so wie Sie es dargestellt haben, war es in Bad Gleichenberg auch nicht. Wir haben seinerzeit schon mehrmals, Kollegin Lechner-Sonnek auch und andere von Grüner Seite, mehrmals Sorge gehabt, was die Arbeitsplätze anlangt, das ist am Ende dann gut gegangen, aber da hat es einen gewissen Druck gebraucht. Ehrlicherweise muss man sagen, wenn Sie den Rechnungshof zur Beteiligungsverwaltung gelesen hätten, Herr Klubobmann Drexler, da steh es genau drinnen, dass diese Problematik der stillen Beteiligungen natürlich grundsätzlich gegeben ist. Sie haben richtig gesagt, das haben Sie korrekt gesagt: „Eigentlich ist es eine Förderung.“ Wir müssen uns gegenüber selbst ganz ehrlich sein, das Modell der stillen Beteiligungen dient letztendlich dazu, und das ist in vielen Fällen so gewesen, ich glaube Riegersburg war auch einmal ein Fall, dass der Bundesrechnungshof massiv kritisiert hat, dass de facto Förderungen als solche verschleiert werden, damit wir im Bereich der Maastricht-Kriterien herauskommen. In Wirklichkeit heißt es nichts anderes: Wenn wir nämlich vorher schon wissen, dass wir es nie zurückbekommen werden, oder dass das eh nur eine Förderung war, dass wir uns selbst täuschen. Ich glaube, wenn die Politik eines lernen muss, was für die Zukunft ist, dass ehrliche, realistische, überschaubare, transparente Budgets zu machen sind. Aber nicht irgendetwas in dem Bereich der stillen Beteiligungen hineinlegen, wo wir letztendlich nämlich keinen Einfluss einer wirklichen Beteiligung aufs Unternehmen haben, andererseits de facto offenbar völlig klar ist, dass es darum gegangen ist, eine Förderung verdeckt auszuzahlen. Das hat der Rechnungshof mehrfach kritisiert, das sollten wir ändern. Mein Ersuchen wäre: Sind Sie mutig, nützen Sie die Chance, lassen Sie den Rechnungshof

diese Sache prüfen und dann wird der Landtag wissen, der Rechnungshof ein Organ des Landtages, ob diese Vorgangsweise rechtlich in Ordnung war, ob hier sparsam und zweckmäßig entschieden wurde. Sie behaupten es so. Das kann uns der Rechnungshof ja dann bestätigen oder auch nicht. Ich glaube, das wäre ein Signal der Glaubwürdigkeit und würde dem Landtag in seiner Verantwortung für das Budget auch gut tun. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 15.42 Uhr)*

Präsident Majcen: Danke für diese Wortmeldung. Ich möchte eine Zwischendurch-Information geben. Die Anfragebeantwortung, von der am Anfang der Wortmeldung jetzt die Rede war, ist gestern um 17.00 Uhr ordnungsgemäß eingebracht worden und wurde von der Landtagsdirektion heute wie üblich und wie vereinbarungsgemäß und geschäftsordnungskonform während der Sitzung freigegeben. Soviel zur Information, das ist ein ganz normaler Vorgang, aber ist gestern ordnungsgemäß um 17.00 Uhr eingebracht worden.

Die nächste Wortmeldung ist der Herr Abgeordnete Schleich. Herr Abgeordneter Schleich, bitte ans Rednerpult.

LTAbg. Schleich (15.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauer hier im Landtag und natürlich auch zu Hause, ich darf Sie alle herzlichst begrüßen!

Es ist heute mit dieser Anfrage eine Geschichte wieder wachgerüttelt worden, die glaube ich aber trotzdem eine der wichtigsten ist, dass gerade unsere Region, und ich nenne das unsere Heimatregion, Bad Gleichenberg, heute diesen Erfolg in der Therme hat. Wenn man damals auch, und da haben Sie Recht, Herr Landeshauptmannstellvertreter, verschiedene Wünsche gehabt hat, denn wir kennen die Erfolgsstory der Thermen, da war das Land natürlich noch hauptbeteiligt, das war eine andere Zeit, verstehe ich und das hat man sich natürlich auch für die Region Bad Gleichenberg und deren Bevölkerung gewünscht, das ist nichts Schlechtes. Ich glaube, das ist so in Ordnung. Dann sind hier natürlich Private herantreten, das sind ja nicht Irgendwelche, sondern Menschen, die auch im Rechtlichen und im Wirtschaftlichen besonders an vorderster Stelle stehen, die hier ein Konstrukt gewählt haben mit Eigentum und Betreibergesellschaft. Die Wirklichkeit ist, wenn man es heute sieht, dass diese zwei nicht mehr Freunde sind und dadurch natürlich auch dieser Konflikt in der Form gekommen ist.

Aber gehen wir zurück zu Bad Gleichenberg. Ich glaube, Bad Gleichenberg ist ein Ort, der über die Grenzen hinaus bekannt ist, nicht nur durch die Therme, sondern durch seine Schulen, wie z. B. die Berufsschule für Gastronomie, die Fachhochschule und ganz besonders die Tourismusschule. Gestern, wenn man im Fernsehen wieder das Geschehen in Sotschi gesehen hat und man weiß, dass der Minister bei den Gleichenberger Schülern war und sie dort begrüßt hat, die dort auch tätig sind, dann kann man stolz sein, aus dieser Region zu sein. Man weiß, dass auf der ganzen Welt Leute, die dort ihre Ausbildung gemacht haben, heute führend sind. Wenn man wiederum zurück zur Therme geht und dort den IST-Zustand, den jetzigen Zustand hernimmt, und das ist, glaube ich, das Entscheidende, so sind es derzeit meines Wissens heute mit den Teilzeitbeschäftigten 204 Beschäftigte plus zehn in Karenz, das sind, wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter schon gesagt hat, 172 Vollbeschäftigte, 10 in Karenz. Das ist wesentlich mehr als die 147, die damals in dieser Vereinbarung, und das kann man wohl sagen, in dieser Förderungsvereinbarung mit den offenen Rechten und Pflichten und das ist auch eine Entscheidung, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine Entscheidung, wenn es zum Konkurs kommt, sind diese Rechte weg, wenn es nicht zum Konkurs kommt, zu einer Einigung, dann wissen wir ganz genau, ist es natürlich möglich, diese Rechte zu übernehmen. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, dann haben wir keine Rechte mehr und wir haben alles verloren, dann muss sich auch niemand an etwas halten. Das würde unter Umständen auch die öffentliche Therme kosten und ich glaube, das wollen wir nicht. Nachdem ich selbst dort zwei Mal im Monat im Schnitt Gast sein darf und die Therme benützen darf, kann ich Ihnen nur sagen: Man geht jetzt mit Freude hinein, denn man sieht, dass dort mehr Menschen sind und auch im vorigen Jahr waren, denn das war immerhin ein Plus. In der Thermenlandstatistik hat nur Radkersburg und Bad Gleichenberg mehr Tagesgäste von allen anderen Thermen. Ich glaube, das lässt uns stolz sein und das ist auch deshalb meine klare Entscheidung, dass diese Entscheidung in der Landesregierung meiner Meinung nach und als Abgeordneter, aber vor allem als einer aus der Region und auch als Nachbarbürgermeister von Bad Gleichenberg - immerhin haben wir die zweitgrößte Nächtigungszahl des alten Bezirkes Feldbach und das nicht umsonst, denn wir sind von 3.000 auf fast 40.000 Nächtigungen gekommen und alles hat natürlich einen Einfluss. Aber bei uns sind es auch an Arbeitsplätzen von 20 auf 400 und natürlich auch in der Bevölkerung 40 % plus, wir sind eine wachsende Region. Das ist mitentscheidend, dass natürlich diese Thermen ausgebaut wurden, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn nicht umsonst nennt man heute 2,9 Millionen aus der Thermenregion an Nächtigungen und das ist ein Impulsgeber, der

in dieser Region sonst, glaube ich, wohl nicht zu Hause wäre. Da wundert es mich natürlich nicht und ich habe auch Verständnis für die Opposition, aber ich glaube, ich habe auch Verständnis für den Landesrat der FPÖ, dass er hier mitgestimmt hat, denn er hat wahrscheinlich auch den IST-Zustand gesehen und der IST-Zustand ist für mich entscheidend, dass diese Region eine Chance hat, dass die Menschen, die dort arbeiten, eine Chance haben. Ich möchte es an dieser Stelle auch hier nicht verhehlen, dass ich mich bedanke bei der Mag. Claudia Resch, die jetzt dort die Leiterin ist und die sich sehr bemüht, die dort wirklich auch wieder einen Schwung reingebracht hat. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt in unserer Region, dass auch die Einheimischen dort gerne hingehen, dass sie das mit Aktionen gemacht haben und ich habe das auch ganz deutlich bei der Fünfjahresfeier damals, die ja auch im Vulkan-TV zu sehen war, gesagt, dass dafür Dank zu sagen ist. Das Ganze rundherum – natürlich waren damals Ziele, wie z. B. dass auch der Kurpark saniert wird, dass ein Parkdeck kommt, das alles kann man sich wünschen, aber das, was dort ist, ist derzeit mit Sicherheit okay. Was der Hintergrund ist, das ist eine eigene Geschichte, denn wenn der eine vom anderen Anteile der Hypo-Alpen-Adria kauft – diese Bank ist ja heute schon des Öfteren gefallen – und dann natürlich das einlöst, dann kommt halt so etwas heraus. Aber zurück zur wirklichen Tatsache und auch zurück zum Thema, um das es geht. Wenn man dann natürlich hier von den Grünen hört und ich kann mich an das alles noch so gut erinnern - wenn man zwei Jahrzehnte in diesem Haus sein darf, hat man ja vieles miterlebt, viele Wünsche, nachher weiß man vieles besser, das ist mir auch schon so gegangen, das ist nichts Schlechtes – aber wenn man dann natürlich hört, was dort alles sein soll oder sein muss, dann glaube ich, ist entscheidend, dass es um die Region geht und um Bad Gleichenberg. Das würde ich vor allem den Grünen mitgeben, denn sie haben ja die Möglichkeit, dort auch positiv zu wirken und nicht immer diese Linie zu unterstützen und horcht mir ganz genau zu, weil da seid ihr die größten „Behelfer“, wenn man nur denkt, dort gibt es ja mehrere solche Bausteine, dass Bad Gleichenberg in zwei Jahren über 70 Mal Befangenheit hat. Wenn man da mithilft, ist es gescheiter, wenn man manches Mal still ist. Aber ich möchte zum positiven Thema kommen und das positive Thema ist – und dafür möchte ich mich auch bei der Landesregierung bedanken für diesen Beschluss. Herr Klubobmann Mayer, nachdem du ein Feldbacher bist, hoffe ich, dass du dich wenigstens ein bisschen mitfreuen kannst (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, *MBL*: „Worüber?“) mit diesem Beschluss, wenn du auch natürlich als Opposition gerne etwas finden würdest. Aber wenn du zu uns nach Hause kommst in die Südoststeiermark, dann ist ja in der Mitte Bad Gleichenberg

und wenn du einmal in die Mitte kommst, dann sei froh, dass es diese Therme gibt und freu dich wenigstens, wenn du es schon nicht sagen darfst, freu dich wenigstens mit uns. (*LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Bin ich eh, hab eh nie etwas anderes gesagt, aber darum geht es nicht.“*) Ich bin überzeugt ... wir haben heute auch schon vieles gehört vom Kollegen, um was es alles gehen könnte. Ein Haar in der Suppe zu finden ist wesentlich leichter, wie sich über etwas freuen, wenn eine Region wieder lebt. Ich glaube, Bad Gleichenberg hat gute Chancen, hat Besseres verdient und hat eine Zukunft, die wir in die Hand nehmen können und dafür, glaube ich, werden wir alles tun. Das hat auch diese Landesregierung getan und dafür herzlichen Dank und ein herzliches, steirisches Glückauf. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.51 Uhr*)

Präsident Majcen: Danke. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Ing. Josef Ober. Herr Abgeordneter, bitte sehr.

LTabg. Ing. Ober (15.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Landesrätin, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer, auch vor allem die Zuhörer im Internet!

Eine spannende Geschichte, die heute hier erzählt wird. Ich danke auch meinem Vorredner, Abgeordneten Kollegen Franz Schleich, über das klare Bekenntnis dieser jahrzehntelangen Entwicklung eines erfolgreichen Kurortes, der es meines Erachtens unter allen Thermenstandorten mit Abstand am schwersten gehabt hat. Das 170-Jahre-Jubiläum wurde gefeiert von der Erneuerung der Therme mit einem Kurort, der viele viele Windungen gehabt hat, Schwierigkeiten gehabt hat, herunter gekommen war aufgrund der langen Zeitdauer und es mit Anstrengung des Landes gemeinsam gelungen ist, mit einer guten Politik vor Ort auch der Frau Bürgermeister Siegel und mit allen Gemeinderäten, allen Fraktionen - wenn es auch nicht immer so ausgeschaut hat, aber trotzdem war das gemeinsame Ziel, diesen Kurort zukunftsfähig zu machen. Da war natürlich diese Therme ein ganz wesentlicher Bestandteil. Dass das Land hier mitgeholfen hat, war ausschlaggebend, dass in Bad Gleichenberg mit dem Bau der Therme, mit der Fachhochschule, mit dem Schulcluster insgesamt, auch dem Klinikum und jetzt auch mit der Zentrumsgestaltung im Endeffekt aus diesem doch sehr schwierigen Kurort einer der schönsten Kurorte entstanden ist mit einer tollen Ausstattung, einer gewaltigen Entwicklung. Es ist heute nur von der Therme gesprochen worden, es gibt dort einen kurativen Teil, der sich einer enormen Auslastung erfreut und es gib dort auch

Spitzenleistungen im Bereich der Atemwege, wo wir österreichweit überhaupt führend sind und dieser Kurort wandelt sich sozusagen von einem älteren Klientel zu einem immer jüngeren, weil die Attraktivität der Region, da sage ich dazu auch durch die kulinarische Anreicherung in der Region, natürlich auch für viele junge Menschen und das Klima und die Entwicklung, Radfahren, immer interessanter und wertvoller wird. Da möchte ich jetzt schon etwas sagen, weil mich das ein bisschen zu stören beginnt: Das Land hat sich hier mit einer stillen Beteiligung beteiligt - wir wissen mittlerweile, es haben glaube ich alle mitbekommen, dass das auch eine Förderung war - in einer Höhe von 4,9 Millionen Euro. Das Land ist ein Risiko eingegangen und hätte das im Endeffekt 2026, mit 20 Jahre Verlängerung 2046 in eine Förderung umgewandelt, also nichts bekommen. Aber der eine Unterschied, der mich heute schon quält, nachdem der Klubobmann das angesprochen hat: Kärnten ist eine Haftung von 19 Milliarden bei einem Budget von 2 Milliarden eingegangen und jetzt haftet Kärnten noch mit zwölf Milliarden, d.h. das Land ist Verbindlichkeiten eingegangen, dass es überhaupt nicht bedecken kann. Das Land Steiermark ist eine Verbindlichkeit eingegangen, die bedeckbar war. Jetzt eine mathematische Berechnung: Kärnten ist zwölf Milliarden eingegangen, wenn man jeweils mit fünf Millionen in einer Gemeinde gehaftet hätte für ein gutes Projekt, ein wertvolles Zukunftsprojekt, dann hätten wir in 2.400 Gemeinden, sprich in allen österreichischen Gemeinden, einen wertvollen Zukunftsimpuls setzen können. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Das ist beileibe nicht ganz wenig, aber es gibt trotzdem noch einen Unterschied: Das, was in Gleichenberg wurde, ist ja real vorhanden, hat seine Aufgabe erfüllt und wirkt in die Zukunft. Diese zwölf Milliarden, da sehen wir mittlerweile und rätseln viele sozusagen, wo das sein könnte, das ist nicht der reale Wert. Ich unterstelle jetzt einmal Kärnten, wie auch der Steiermark, das politischen Bemühen, aus diesem Bundesland etwas zu machen, in Kärnten hat das mit einer Riesen-Euphorie begonnen und man hat versucht, dieses Bundesland in eine besondere Zukunft mit viel Aktionismus - Action pur, Wörthersee hin und her - zu machen. Auch die Steiermark hat einen Versuch unternommen, der Landeshauptmann Herrmann Schützenhöfer und auch Franz Voves, der Steiermark eine neue Dimension, eine Richtung, eine neue Ausrichtung zu geben, mit dem einzigen Unterschied am Ergebnis: Wir haften nicht für zwölf Milliarden und in der Steiermark schreiben wir Tourismuszahlen, die steigend sind, Orte, die sich phänomenal entwickeln. In Kärnten gibt's von beiden nichts zu sehen, touristisch keine gute Entwicklung, nicht so wie erwartet, trotz dieses enormen finanziellen Aufwandes. Was will ich damit sagen? Politik versucht etwas zu bewegen und der etwas macht riskiert, dass auch Fehler passieren, dass Partner, die sich

darum bemühen, bestimmte Dinge vielleicht auch nicht einhalten. Wer sich mit den Herren schon einmal unterhalten hat, weiß, dass das profunde Burschen sind, die damals diese 62 Millionen in die Hand genommen haben. Mich stört jetzt mittlerweile eines, und da sehe ich jetzt mittlerweile eine Kluft, Herr Landesrat Kurzmann, mit Ihrem Büro. Amesbauer hat höchstwahrscheinlich diesen Antrag in der Landesregierung gesehen. Er hat zustimmen lassen und nicht abgesprochen, dass heute hier der Klub eigentlich dagegen auftritt. Ich sehe hier eine Diskrepanz, das muss man sich anschauen. Auch bei den Grünen muss ich ganz ehrlich sagen: Jeder setzt sich sein Denkmal. Es gibt auch für euch mittlerweile eine Pilgerstätte - Mariahilf in Wien. Wenn man erstmalig politisch Verantwortung übernimmt, sieht man, dass es doch schwierig ist. Das ist sozusagen auch in Zukunft eine neue Pilgerstätte, wo man sich Dinge anschauen kann, die gut gemeint sind, aber nicht verstanden werden, nicht umgesetzt werden, so hat jeder etwas. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Und lieber Lambert Schönleitner, ich muss das heute dazusagen, weil es einfach dazugehört, es ist mir nämlich ein besonderes Anliegen: Ich habe immer geglaubt, du bist für Höheres berufen, aber das hat nicht funktioniert. Inzwischen habt ihr versucht mit dem Jörg Willnauer sozusagen kabarettistisch eine Verstärkung zu holen und habt gesehen: „OK, das können wir selber besser“, ihr habt einiges von ihm gelernt, aber das ist zu wenig. Heute hier vorzuwerfen: Schüssel mit FPÖ - die Grünen haben sich damals nicht getraut, damit sie keine Fehler machen, aber es war ein großer Fehler, dass ihr das nicht gemacht habt. Aber nochmals: In Wien sehen wir die Früchte dieser Entwicklung und diese Pilgerstätte Mariahilf, sozusagen aus dem Katholischen genommen, wird auch gut tun, etwas demütiger zu werden vor jenen, die etwas tun und es nicht nur immer besser zu wissen, sondern auch vielleicht Verantwortung zu übernehmen oder vor jenen, die eine Verantwortung haben, und die auch bereit sind, das zu übernehmen. Aber jetzt zurück zur Therme in Bad Gleichenberg: Gleichenberg – und das sage ich euch, das ist keine Kleinigkeit und die Unternehmer, die heute in Gleichenberg tätig sind, wissen ein Lied zu singen, wenn über acht Jahre Baustellen sind, wo sie nebenbei auch einen Kurtourismus aufrecht erhalten müssen, denen freuen solche Botschaften absolut nicht. Der Ort wird damit in Misskredit gebracht. Das ist eine schwierige Phase für Gleichenberg gewesen. Wir sind dankbar, dass es trotz politischer Unstimmigkeiten in dieser Entwicklung so gut geklappt hat. Über 300.000 Nächtigungen in dieser Region, trotz dieser enormen Entwicklungsphase, Umbauten etc., einen tollen Schulstandort, auch das Klinikum, auch die kurative Entwicklung österreichweit auf einem Spitzenniveau. Es ist schon angesprochen worden: Die Claudia Resch, die neue Geschäftsführerin hat das sehr, sehr behutsam in die

Zukunft geführt. Jetzt nur ein Punkt, bei aller Kritik: Würde sich sozusagen diese neue Konstruktion nicht bilden und würde es unter Umständen andere Eigentümer geben, wäre diese ganze Aufbauarbeit auch gefährdet. Dieses Kurative und auch der Thermenbetrieb, darum war es eine richtige Entscheidung der Landesregierung, hier dieser neuen Entwicklung Vorschub zu leisten, damit diese Erfolgsgeschichte, diese Entwicklung auch fortgeschrieben werden kann. Das bitte auch zu berücksichtigen, man kann in allem Fehler sehen. Und lieber Georg Mayer, du bist ja einer aus Feldbach, auch wenn du das nicht mehr so siehst, wir hätten in Feldbach ... um die Erreichbarkeit von Feldbach zu verbessern, würde ich dich bitten, deine Kreativität und deinen Einsatz geltend zu machen, dass diese für uns sehr wichtige Verbindung besser wird. Du hast ja Beziehungen nach Brüssel und überall hin. Ich würde bitten, in deiner noch jetzt aktiven Zeit, bevor du nach Brüssel entschwindest, sozusagen, wiederum für die Region etwas Bleibendes zu tun und nicht nur aufzuzeigen, wie etwas nicht gegangen ist, (*LTA* *Mag. Dr. Mayer, MBL: „Da musst du mich wählen, Josef.“*) sondern uns zu beweisen, dass du auch in dieser Zeit für diese Region eingetreten bist, damit die vielen Gäste, die in diese Region kommen, diese leichter erreichen können. Du hättest es in der Hand, ich verwundere mich, dass du so zaghaft in dieser Frage bist. Die Leute haben in dich eine bestimmte Erwartungshaltung gesetzt, das auch zu tun und jetzt kannst du mir aber nicht kommen, dass du sagst: „Naja, das ist vielleicht das Deine, das Geld und das nicht da“, diese Zwänge haben wir alle. Bei der Polizei, bei den Gemeinden, bei den Schulen, bei allen Einrichtungen sind wir an Rahmenbedingungen geknüpft. Aber sich nur die Rosinen herauszupicken und zu sagen: „Das was wir machen ist richtig!“ ... Was noch wirklich nicht korrekt ist, jetzt zu verleugnen, dass ihr mit der Vergangenheit nichts zu tun habt, nichts zu tun haben wollt, ist meines Erachtens absolut nicht korrekt. Dem Herrn Spindelegger das jetzt umzuhängen, der das ausbaden darf, ist keine korrekte Geschichte. Ich würde dich bitten: Setz dich für die Region für positive Dinge ein, deine Zeit ist nur mehr kurz, um etwas zu tun. Es wäre schön, wenn wir uns da einigen könnten. Für Gleichenberg freue ich mich für die gute Entwicklung, danke unserem Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und der Landesregierung für eine optimale Unterstützung. Die Region lebt, das Thermenland, das Vulkanland schreibt Zukunftsgeschichte. Alles Gute! (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.01 Uhr*)

Präsident Majcen: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 2516/3 betreffend „Millionenschaden im Thermenkonkurs verhindern“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals, Gegenprobe.

Danke, dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden gegen die Stimmen von Grünen, KPÖ und FPÖ.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 2516/2 betreffend „Vorlage des Regierungsbeschlusses über die Abschlagszahlung für die stille Beteiligung an die Kappa-GmbH zur Genehmigung durch den Landtag gemäß Art. 20 LVG“ ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Danke vielmals, Gegenprobe!

Ich stelle fest, dass dieser Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hat gegen die Stimmen von KPÖ, Grünen und FPÖ.

Damit, meine Damen und Herren, ist diese Dringliche Anfrage zu Ende. Wir kommen zur nächsten Dringlichen Anfrage.

Es wurde am Mittwoch, dem 05. Februar 2014 um 15.00 Uhr, 13 Sekunden von den Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves betreffend „Kommen Banden aus dem Osten, schließt man 23 Posten – rot-schwarze Expertisen zu Polizeipostenschließungen in der Steiermark“ eingebracht.

Ich erteile Herrn Landtagsabgeordneten Dipl.-Ing. Gunter Hadwiger das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt.

Herr Abgeordneter Hadwiger, ich bitte um die Begründung.

LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (16.03 Uhr): Danke Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Kollegen und Gäste!

Über das Thema ist heute ja schon in der Aktuellen Stunde sehr emotionell und lautstark diskutiert worden, so werde ich jetzt die Begründung für diese Dringliche Anfrage relativ kurz halten.

Am 28. Jänner 2014 gab Innenministerin Johanna Mikl-Leitner die Schließung von 122 Polizeidienststellen bekannt. Mit 23 aufzulassenden Polizeiposten ist die Steiermark jenes

Bundesland, das in absoluten Zahlen am stärksten von der Schließungswelle betroffen ist. Konkret handelt es sich um Polizeistationen in folgenden Gemeinden: Arnfels, Burgau, Gußwerk, Hieflau, Kirchdorf bei Pernegg, Oberwölz, Preding, Ramsau, Semriach, Soboth, Söchau, Spital am Semmering, Stallhofen, St. Anna am Aigen, St. Katharein an der Laming, St. Lambrecht, St. Lorenzen bei Knittelfeld, St. Marein bei Graz, St. Peter-Freienstein, St. Stefan ob Stainz, Übelbach, Unzmarkt und Wildalpen.

Damit werden exakt 15,44 % aller Polizeidienststellen in der Steiermark geschlossen. Gemäß einer gemeinsamen Presseerklärung von Landeshauptmann Franz Voves und Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer vom 28. Jänner 2014 mit dem Titel "Steirische Reformpartner: Reform macht Sinn, wenn mehr Polizisten auf der Straße sind" äußerten sich diese zur Schließungswelle wie folgt:

"Die Argumente des Bundesministeriums für Inneres, wonach sehr kleine Polizei-Inspektionen kaum in der Lage sind, sicherheitspolizeiliche Aufgaben in vollem Umfang wahrzunehmen, sind grundsätzlich nachvollziehbar. Im Wissen um die besondere Sensibilität in den Regionen und unter Berücksichtigung des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung in den betroffenen Gemeinden haben wir in langwierigen Gesprächen das BMI letztlich davon überzeugt, die geplanten Schließungen in zwölf Fällen zurück zu nehmen. Die Zusammenlegung von 23 Polizei-Dienststellen ist zur Kenntnis zu nehmen. Wenn die Reform dazu führt, dass mehr Polizistinnen und Polizisten auf der Straße sind, dann macht sie Sinn."

Die Schließung von einer derart hohen Anzahl von Polizeistationen steht in einem eklatanten Missverhältnis zum Schutzbedürfnis der Menschen. Gerade die Steiermark ist aufgrund ihrer Lage ein begehrtes Betätigungsfeld für kriminelle Banden aus dem Osten. Verglichen mit dem Vorjahr ist gemäß den Angaben des Bundeskriminalamts die Steiermark nach Wien das Bundesland mit der größten Kriminalitätszunahme. Dass österreichweit dennoch am meisten Polizeiposten in der Steiermark geschlossen werden, erscheint daher nur schwer nachvollziehbar. Leidtragende durch Auflassung von 23 Polizeistationen sind letztlich die Steirer, da sich die durchschnittliche Interventionszeit – die Dauer der Exekutive ab Verständigung bis zum Eintreffen am Einsatzort – verlängert. Schließlich ergeben sich durch die Konzentrierung der Polizeidienststellen in Ballungszentren für die diensthabenden Polizisten zwangsläufig längere Anfahrtszeiten zum Einsatzort. Auch die Möglichkeit des persönlichen Kontaktes durch den Besuch einer Dienststelle wird erschwert und durch das Fehlen von Polizeiposten vor Ort das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung geschmälert. Nachdem in der Steiermark in den letzten Jahren Schulen, Krankenhäuser,

Bezirksgerichte und zuletzt Gemeinden aufgelöst wurden, verliert der ländliche Raum mit der Schließung von 23 Polizeidienststellen abermals wichtige Infrastruktur und Arbeitsplätze.

Ich stelle nun die insgesamt 41 Fragen an den Herrn Landeshauptmann, vertreten durch Herrn Landeshauptmannstellvertreter.

1. Wann wurden Sie über die von der Innenministerin beabsichtigte Schließung von steirischen Polizeidienststellen informiert?
2. Wie gestalteten sich die Verhandlungen, die Sie mit der Innenministerin führten?
3. Wer nahm, außer Ihnen und der Ministerin, an den Verhandlungen teil?
4. Wie viele Verhandlungstage bzw. Besprechungen fanden insgesamt statt?
5. Nach welchen Kriterien richtete sich die von der Innenministerin vorgeschlagene Schließung der 23 Polizeidienststellen in der Steiermark?
6. Welche Argumente für die Schließung der steirischen Polizeidienststellen wurden Ihnen vorgebracht und was haben Sie diesen entgegengehalten?
7. Teilte Ihnen die Ministerin mit, wie hoch das Einsparungspotential durch die Schließung der 23 steirischen Polizeidienststellen beziffert werden kann?
8. Wenn ja, wie hoch ist das Einsparungspotential nach finanziellen Gesichtspunkten?
9. Was passiert mit den freiwerdenden Liegenschaften, in denen bis dato die Polizeistationen untergebracht sind?

Hier möchte ich mich für einen Tippfehler in der schriftlichen Ausführung entschuldigen. Wir schießen weder mit noch gegen Polizeidienststellen.

10. Liegt bei den zu schließenden Polizeidienststellen ein akuter Renovierungsbedarf vor?
11. Verfügen aktuell alle Polizeistationen in der Steiermark über soziale Mindeststandards wie Barrierefreiheit, ausreichende Wasch- und Duschgelegenheiten für die Bediensteten, etc.?
12. Wie viele steirische Polizeibeamte sind von den Dienststellenschließungen bzw. Zusammenlegungen betroffen?
13. Ab welchem Datum werden die 23 von der Schließung betroffenen Polizeidienststellen aufgelassen werden?
14. Kann das Steiermärkische Sicherheitskonzept nach der Schließung dieser Polizeiposten noch ausreichend erfüllt werden?
15. Welche Vorteile sind durch die Schließung von 23 Polizeidienststellen zu erwarten, wenn die Innenministerin selbst bekundete, dass durch die Schließungswelle kein einziger Cent gespart werden würde?

16. Wie ist die Schließung von 23 steirischen Polizeistationen zu verantworten, angesichts der Tatsache, dass die Steiermark nach Wien das Bundesland mit der höchsten Steigerung der Kriminalitätsrate ist?
17. Warum haben Sie nicht, wie beispielsweise der Wiener Landeshauptmann, im Vorfeld energisch gegen eine Schließung von Polizeidienststellen protestiert?
18. Wie rechtfertigen Sie den Umstand, dass österreichweit gerade in der Steiermark am meisten Polizeidienststellen geschlossen werden?
19. Wird es seitens der Landesregierung Maßnahmen geben, um die Schließung der Polizeistationen hinauszuzögern?
20. Wenn ja, welche?
21. Wenn nein, warum nicht?
22. Gemäß einer Presseerklärung vom 28. Jänner 2014 haben Sie im Wissen um die besondere Sensibilität in den Regionen und unter Berücksichtigung des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Bevölkerung in den betroffenen Gemeinden in langwierigen Gesprächen das BMI letztlich davon überzeugt, die geplanten Schließungen in zwölf Fällen zurück zu nehmen. Um welche zwölf Gemeinden handelt es sich dabei?
23. Um welche Gemeinden, die von SPÖ-Bürgermeistern geführt werden, handelt es sich dabei?
24. Um welche Gemeinden, die von ÖVP-Bürgermeistern geführt werden, handelt es sich dabei?
25. Warum gelang es Ihnen, die Schließung dieser zwölf Standorte zu verhindern, während die Auflassung von 23 Polizeidienststellen schlichtweg zur Kenntnis zu nehmen war?
26. Waren die Auswirkungen der Gemeindestrukturreform ausschlaggebend, sich im Rahmen der Verhandlungen mit der Innenministerin besonders für diese zwölf Gemeinden zu verwenden?
27. Gemäß der Aussage von ÖVP-Landesrat Wolfgang Waldner sind in Zukunft weitere Wellen der Zusammenlegung von Polizeistationen zu erwarten. Sind demnach jene zwölf Gemeinden, deren Schließung Sie nach eigenen Angaben verhindern konnten, von einer Auflassung in den kommenden Jahren bedroht?
28. In der Presseerklärung vom 28. Jänner 2014 erklärten Sie auch, dass die Polizeireform Sinn mache, wenn auf der Straße mehr Polizisten präsent sind; werden durch die Schließung von 23 Polizeidienststellen mehr Polizisten in der Steiermark ihren Dienst versehen?
29. Wenn ja, wie viele und in welchen Dienststellen werden diese eingesetzt?

30. Wie viele kleine Polizeidienststellen mit vier oder fünf Polizeibeamten gibt es nach der Schließungswelle noch in der Steiermark?
31. Wo befinden sich diese Dienststellen?
32. Sind gemäß der angewandten Kriterien in Bezug auf die aktuelle Schließungswelle auch diese Dienststellen von der Auflassung bedroht?
33. Können Sie weitere Auflassungen von Polizeistationen im Rahmen dieser Legislaturperiode ausschließen?
34. Wie viele Polizisten versehen aktuell ihren Dienst in der Steiermark - Soll- bzw. Ist-Stand?
35. Wie viele Polizisten werden nach der vom Innenministerium am 28. Jänner 2014 vorgestellten Polizeireform stationiert sein - Soll- bzw. Ist-Stand?
36. Werden Sie sich angesichts der Steigerung der Kriminalitätsrate in der Steiermark dafür einsetzen, dass künftig mehr Polizisten in der Steiermark ihren Dienst versehen?
37. Wenn ja, was werden hierzu ihre nächsten Schritte sein?
38. Wenn nein, warum nicht?
39. Medienberichten zufolge verfügt die Landeshauptstadt Graz über 84 Polizeibeamte zu wenig - 686 anstatt 770 – werden Sie sich demnach für eine Erhöhung der Polizisten im Großraum Graz einsetzen?
40. Wenn ja, welche Maßnahmen werden diesbezüglich von Ihnen gesetzt werden?
41. Wenn nein, warum nicht?

Herr Landeshauptmann, ich bitte um Beantwortung dieser Fragen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ - 16.16 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich erteile in Vertretung von Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Ich bitte darum.

Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (16.16 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe es Ihnen am Vormittag schon gesagt, ich wiederhole es, dass der Landeshauptmann krankheitsbedingt für die heutige Landtagssitzung entschuldigt ist und ich darf für ihn seine Antwort auf die Dringliche Anfrage verlesen. Ich füge hinzu, dass ich mich natürlich mit dem Inhalt auch identifiziere.

„Meine sehr geehrten Damen und Herren dieses Hohen Hauses, geschätzte Abgeordnete!

Es ist mir wichtig zu betonen, dass es sich bei dieser Polizeistrukturereform ausschließlich um eine Maßnahme des Bundes handelt, die nichts mit den Reformzielen der steirischen Reformpartner zu tun hat. Es muss einfach gesehen werden, dass die personelle und strukturelle Organisation der Exekutive im Kompetenzbereich des Bundes angesiedelt ist und damit einzig und alleine eine Aufgabe des Innenministeriums darstellt. Weder der Landesregierung noch dem Landeshauptmann kommt dabei ein Mitspracherecht zu. Das heißt, dass es keine Möglichkeit gibt, konkrete Schließungen durch das Einlegen eines Vetos zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund hat Frau Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner die Landeshauptleute vor Bekanntgabe der Schließungsliste über die im jeweiligen Bundesland beabsichtigten Maßnahmen informiert. Im Fall der Steiermark erfolgte dies anlässlich eines Gespräches, das am 22. Jänner 2014 im Büro des Landeshauptmannes zwischen dem Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, dem Kabinettchef der Frau Innenministerin und Mitarbeitern der Büros von Landeshauptmann und Ersten Landeshauptmannstellvertreter stattgefunden hat. Dabei wurde vom Kabinettchef der Frau Innenministerin ausdrücklich betont, dass es sich bei dieser Vorinformation lediglich um einen Akt der Wertschätzung gegenüber den Landeshauptleuten handelt und nicht um eine Einladung über einzelne Schließungen in Verhandlung zu treten.

Diese Haltung des Innenministeriums wurde auch durch das äußerst enge Zeitkorsett unterstrichen, demzufolge die Steiermark lediglich bis 24. Jänner 2014 Zeit gehabt hätte, zu der überreichten Liste von Postenschließungen Stellung zu nehmen.

Dennoch haben wir in der Reformpartnerschaft im Wissen um die besondere Sensibilität in den Regionen und unter Berücksichtigung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Bevölkerung versucht, alle sachlichen Argumente, die gegen die vorgeschlagene Schließung von 35 Dienststellen vorgebracht werden konnten, einzubringen. Letztlich ist es gelungen, das BMI davon zu überzeugen, die geplanten Schließungen in zwölf Fällen zurückzunehmen. Freilich war es leider nicht möglich, mit unseren Argumenten in allen 35 Fällen durchzudringen. Dennoch konnte eine Veränderung des Prozentsatzes der zu schließenden Posten in der Steiermark von ursprünglich 23 % auf letztlich knapp 15 % erreicht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe heute hier in diesem Haus bereits einmal gesagt, dass ich mich nicht berufen fühle, Reformmaßnahmen des Bundes inhaltlich oder politisch zu rechtfertigen. Sie werden auch nicht erleben, dass ich mich zum Richter über die

fachliche Frage mache, ob das Konzept des klassischen Dorfgendarmen für die Bevölkerung mehr Sicherheit bietet, als das mit dieser aktuellen Reform vom Innenministerium präferierte Konzept der sogenannten Zugriffspolizei.

Auch die Experten des Landespolizeikommandos in Graz und die dortige Führungsebene, namentlich Landespolizeidirektor Mag. Josef Klamminger, Landespolizeidirektor-Stellvertreter Manfred Komericky und Zweiter Landespolizeidirektor-Stellvertreter Hofrat Mag. Gaisch vertreten die Ansicht, dass dieses Konzept zeitgemäßer und angesichts der heutigen Mobilität auch effektiver sei.

Nochmals, damit keine Missverständnisse auftreten, ich vertrete dieses Konzept nicht persönlich und ich verteidige es auch nicht, nehme für mich aber auch nicht in Anspruch, klüger zu sein und mehr von der Sache zu verstehen, als die Fachexperten selbst.

Nun zur Beantwortung Ihrer konkreten Fragen:

Frage 1: Wie bereits eingangs erwähnt, fand am 22. Jänner 2014 in meinem Büro eine Besprechung statt, in deren Verlauf eine Liste von 35 Polizeiinspektionen überreicht wurde, die im Zuge der aktuellen Reform geschlossen werden sollten. Vor diesem Gespräch hatte auch ich nur jene Informationen, die allgemein auf Grund der Medienberichterstattung zur Verfügung standen.

Fragen 2 bis 4: Wie ebenfalls bereits eingangs erwähnt, legten die Vertreter des Innenministeriums in Person von Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Mag. Konrad Kogler, und Kabinettchef Mag. Michael Kloibmüller, großen Wert darauf, dass es sich eben nicht um Verhandlungen über die beabsichtigten Postenschließungen handelt, sondern lediglich um eine Information, die allen Landeshauptleuten vor der diesbezüglichen Pressekonferenz der Frau Innenministerin Mag. Johanna Mikl-Leitner zukommen sollte. Nach diesem Erstgespräch wurden alle folgenden Kontakte auf Grund des enormen Zeitdrucks nur noch telefonisch wahrgenommen.

Zur Frage 5: Diese Frage, wie so viele andere, die Sie in dieser Dringlichen Anfrage aufgelistet haben, müssen Sie an die Frau Innenministerin persönlich richten. Auf Grund der Argumente, die bei unseren Gesprächen ausgetauscht wurden, scheint aber die Anzahl der auf einem Posten vorhandenen Bediensteten das entscheidende Kriterium gewesen zu sein. Offenbar haben aber auch viele andere Überlegungen, wie etwa der Arbeitsanfall auf Grund der Kriminalstatistik, die Bevölkerungszahl, die Bevölkerungsdichte, die Nähe zu wichtigen Verkehrsrouten, aber auch die Frage der kurz- oder langfristigen Verfügbarkeit von Räumlichkeiten eine Rolle gespielt.

Frage 6: Seitens des Innenministeriums wurde immer wieder betont, dass es darum geht, mehr Polizisten auf die Straße zu bekommen, indem Dienststellen aufgegeben werden, die auf Grund ihrer Personalausstattung nicht in der Lage sind, das volle Spektrum der sicherheitspolizeilichen Aufgaben rund um die Uhr wahrzunehmen. Außerdem wurde argumentiert, dass die Leitung jeder Polizeiinspektion mit Verwaltungsarbeiten verbunden ist, bei deren Wegfall Personalressourcen für den exekutiven Außendienst frei werden würden. So wurde uns von Generaldirektor Kogler vorgerechnet, dass 100 Polizeiinspektionen weniger bedeuten, dass die Polizistinnen und Polizisten in Österreich 270.000 Stunden pro Jahr mehr im Außendienst tätig sein können. Immer wieder wurde hervorgehoben, dass es nicht ausschlaggebend sei, wie viele Dienststellen über das Land verteilt sind, sondern wie rasch die Polizei nach ihrer Anforderung bei den Menschen vor Ort ist. Schließlich sei es nicht mehr zeitgemäß, dass die Menschen zur Polizei kommen müssen, sondern dass die Polizei zu den Menschen kommt, wenn sie benötigt wird.

Dazu sei es aber eben notwendig, Polizeiinspektionen zu haben, die groß genug sind, um rund um die Uhr Zwei-Mann-Streifen stellen zu können.

Zu den Fragen 7 und 8: Es wurde in allen Gesprächen seitens des Innenministeriums immer wieder betont, dass es nicht Ziel dieser Reform sei, finanzielle Einsparungen zu erzielen, sondern dass diese Polizeistrukturereform ausschließlich nach sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkten durchgeführt wird.

Zu den Fragen 9 bis 14: All diese Fragen können von mir mangels entsprechender Zuständigkeit nicht beantwortet werden. Ich kann in diesem Zusammenhang immer wieder nur aufs Neue darauf verweisen, dass die Führung des Wachkörpers Bundespolizei in operativer, organisatorischer, struktureller und personeller Hinsicht ausschließlich Aufgabe des Bundes ist und dem Landeshauptmann weder ein Mitsprache- noch ein Mitwirkungsrecht zukommt.

Zu 15: Hierzu verweise ich auf meine Ausführungen zu Punkt 6.

Zu 16: Wie die Schließung der 23 steirischen Polizeistationen zu verantworten ist, muss Ihnen ebenfalls die Frau Innenministerin beantworten. Ich kann Ihnen aber eine klare Antwort darauf geben, wer generell die Verantwortung für die Sicherheit trägt, nämlich das Innenministerium. Ich persönlich gehe davon aus, dass die Frau Innenministerin weiß, was sie tut und sich ihrer diesbezüglichen Verantwortung sehr wohl bewusst ist. Zu Ihrer Bemerkung, dass die Kriminalität in der Steiermark die zweithöchste Steigerung in Österreich aufweist, muss ich aber aus Gründen der Seriosität einwenden, dass die mir vorliegenden Zahlen der

Kriminalitätsstatistik 2013 eine Abnahme der Wohnungseinbrüche in der Steiermark um mehr als 32 % und bei Raubüberfällen um 20 % aufweist. Diese Diskrepanz lässt den von mir schon öfters kritisierten Schluss zu, dass Sie unsere schöne Steiermark aus politischen Gründen wieder einmal schlecht reden wollen.

Zu 17: Ich gehöre nicht zu jenen Menschen, die grundsätzlich gegen etwas sind, noch bevor sie Informationen über Inhalte und Gründe erhalten haben. Außerdem habe ich heute in diesem Haus bereits ausgeführt, dass ich der Überzeugung bin, über den von der Steiermark eingeschlagenen Weg der konstruktiven Gespräche wesentlich mehr erreicht zu haben, als dies durch propagandistischen, medienwirksamen Widerstand möglich gewesen wäre.

Zur Frage 18: Diesen Umstand rechtfertige ich überhaupt nicht, da ich als Landeshauptmann diese Strukturreform weder veranlasst noch umgesetzt und daher auch nichts zu rechtfertigen habe. Ich kann Ihnen aber mitteilen, dass seitens des Innenministeriums immer wieder damit argumentiert wurde, dass bei den Dienstpostenschließungen der Jahre 1991 und 2001 in Niederösterreich und Oberösterreich wesentlich mehr kleine Dienstposten geschlossen wurden als in der Steiermark. Insofern bestand bei uns ein struktureller Nachholbedarf, der auch damit belegt wurde, dass bei Zusammenrechnung aller Postenschließungen seit dem Jahre 1991 in Niederösterreich 112 Polizeiinspektionen, in Oberösterreich 98 Polizeiinspektionen und in der Steiermark 89 Polizeiinspektionen geschlossen wurden. Außerdem wissen Sie selbst, dass in Relation zu den bestehenden Polizeiinspektionen in der Steiermark 15,44 % der Polizeiposten geschlossen werden sollen, dies entspricht haarscharf dem Österreichschnitt. Damit ist es relativ schwer zu argumentieren, dass die Steiermark schlechter behandelt werden würde als die anderen Bundesländer.

Zu 19 bis 21: Es wird keine diesbezüglichen Maßnahmen geben, weil uns solche ganz einfach weder rechtlich noch politisch zur Verfügung stehen.

Zu 22 bis 24: Bei den zwölf Gemeinden, deren Polizeiinspektionen entgegen dem ursprünglichen Plan des Innenministeriums nicht geschlossen werden, handelt es sich um Pöls, Seckau, Weißkirchen, Breitenau am Hochlantsch, Veitsch, Langenwang, Raaba, Edelschrott, Lebring, Heimschuh, Kirchbach und St. Margarethen an der Raab. Von diesen zwölf Gemeinden werden vier, nämlich Pöls, Breitenau am Hochlantsch, Veitsch und Raaba von SPÖ-Bürgermeistern geführt, die restlichen acht von ÖVP-Bürgermeistern.

Zu 25: Weil das Innenministerium bei diesen zwölf Dienststellen nachgegeben hat und bei allen anderen eben nicht. Etwas, das ich nicht ändern kann, muss ich letztlich zur Kenntnis nehmen, ob es mir nun gefällt oder nicht.

Zu 26: Nein. Wir haben uns für alle 35 Standorte verwendet und so viele Argumente wie möglich für ihre Aufrechterhaltung vorgebracht.

Zu 27: Das kann ich Ihnen schlichtweg nicht sagen, da ich die diesbezüglichen Vorhaben und Pläne der Frau Innenministerin nicht kenne.

Zu 28 und 29: Soweit ich diese Reform verstanden habe, werden in der Steiermark, auch nach ihrer Umsetzung, nicht mehr Polizisten ihren Dienst verrichten, aber die, die schon da sind, werden durch die erwähnten und beschriebenen Effekte mehr Zeit für den Außendienst haben.

Zu 30 bis 33: Es wird offenbar nach dieser Reform in der Steiermark keine Polizeiinspektion mit weniger als fünf Bediensteten mehr geben. Auch die Anzahl der Inspektionen mit fünf Beamten ist nach der Reform natürlich stark reduziert. Es wird wohl nur noch vier solcher Dienststellen in der Steiermark geben. Diese vier werden in Veitsch, Pöls, Weißkirchen und St. Margarethen an der Raab sein. Die Polizeiinspektion in Breitenau am Hochlantsch hatte bislang vier Beamte, wird aber in Zukunft um jene Beamte aus Kirchdorf bei Pernegg aufgestockt, sodass künftig neun Polizistinnen und Polizisten dort ihren Dienst verrichten werden. Ob die nach dieser Reform noch immer verbleibenden Kleindienststellen in Zukunft von Schließung bedroht sein werden, kann ich natürlich nicht beantworten. Es wird wohl letztlich davon abhängen, inwieweit das Sicherheitskonzept, das die Frau Innenministerin mit diesen Maßnahmen verfolgt, erfolgreich sein wird.

Zu 34 und 35: Genau gleich viel, nämlich 3.306 im systematisierten Soll-Stand und 3.278 im tatsächlichen Ist-Stand laut Stand 01. Februar 2014.

Zu 36 bis 38: An dieser Stelle verweise ich noch einmal darauf, dass die von Ihnen immer wieder behauptete Steigerung der Kriminalitätsrate angesichts der Zahlen aus der Kriminalstatistik in wesentlichen Punkten relativierbar ist.

Dennoch habe ich mich immer dazu bekannt, dass mehr Polizistinnen und Polizisten, insbesondere in den steirischen Ballungsräumen, wünschenswert wären. Selbstverständlich werde ich auch in Zukunft nicht müde werden, in bilateralen Gesprächen mit Vertretern des Bundes und insbesondere mit der Frau Innenministerin auf diesen Umstand hinzuweisen.

Zu 39: Auch hier stimmen die von Ihnen in der Fragestellung verwendeten Zahlen nicht mit den mir von der Landespolizeidirektion zur Verfügung gestellten Daten überein. Gemäß meinen Informationen beläuft sich der Soll-Stand in Graz per 01. Februar 2014 auf 770 Beamte. Dem steht ein tatsächlicher Ist-Stand von 751 Beamten gegenüber. Die daraus ableitbare Differenz von 19 Beamten sollte mit der Ausmusterung der Polizeischüler am 01. März 2014 ausgeglichen werden können.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.33 Uhr)*

Präsident Breithuber: Ich danke für die Beantwortung. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 78 Abs. 5 Geschäftsordnung hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die DebattenrednerInnen nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Hadwiger. Ich bitte ihn darum.

LTAbg. Dipl.-Ing. Hadwiger (16.34 Uhr): Danke Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen, liebe Gäste!

Danke Herr Landeshauptmannstellvertreter für die Beantwortung der Fragen. Allerdings muss ich sagen, und das war zu erwarten, dass sehr oft der Hinweis auf das Bundesministerium für Inneres gekommen ist und keine klaren Zahlen und Daten bekannt geworden sind.

Jetzt aber zu meiner Wortmeldung. In der letzten Legislaturperiode hat die Bundesregierung ein Budgetloch von mehreren zig Milliarden Euro für die nächsten fünf Jahre verursacht. Die genaue Zahl 20, 30 oder 40 oder noch mehr Milliarden ist nicht seriös vorhersehbar. Im Wahlkampf jedenfalls haben Bundeskanzler Faymann, Finanzministerin Fekter und Finanzstaatssekretär Schieder mit Nicht- bzw. Falschinformationen dies zu verschleiern versucht. Nach der Wahl wurde dann der erhebliche Anpassungsbetrag offenkundig. Unter anderem wurde durch das vorliegende Budgetprovisorium bekannt, das ist ein bisschen schwer, dass im Bereich der Sicherheit 38 Millionen Euro eingespart werden müssten. Eine der dafür vorgesehenen Sparmaßnahmen in der Sicherheit ist die Schließung von 122 Polizeidienststellen, davon betreffen 23 die Steiermark. Leidtragende sind die Bürger, die einerseits durch einen weiteren Weg zur nächsten Polizeidienststelle betroffen sind, andererseits wird die durchschnittliche Reaktionszeit, wie schon erwähnt, wesentlich verlängert. Was dies z. B. bei Fällen von häuslicher Gewalt bedeuten kann, mag sich jeder selbst vorstellen. Bei der Sicherheit darf nicht gespart werden! Die Kriminalität explodiert. Die Steiermark ist nach Wien das Bundesland mit dem größten Kriminalitätsanstieg. Im ersten Halbjahr 2013 wurden in unserem Bundesland fast 28.000 Fälle, 900 mehr als 2012, zur Anzeige gebracht. Dies bedeutet, wenn man das auf einen 24-Stunden-Dienst umrechnet, etwa sechs Anzeigen pro Stunde. Aufgrund des Personalmangels lag die Aufklärungsquote bei nicht einmal 50 %. „Weniger Polizeidienststellen bedeuten mehr Sicherheit“, darauf

komme ich später noch einmal zurück, aber in diesem Zusammenhang habe ich ja schon auf die längeren Reaktionszeiten hingewiesen. Der ländliche Raum wird ausgedünnt. Nachdem SPÖ und ÖVP bereits regionale Schulen, Bezirksgerichte, Krankenhäuser und Bezirkshauptmannschaften geschlossen haben, wird nun der nächste Anschlag auf die Polizeieinspektionen verübt. Keine Ansprechpartner mehr vor Ort, das ist etwas, was wahrscheinlich die meisten Bürger am ehesten spüren werden. Polizisten in der Gemeinde stellen für die Bevölkerung in vielen Belangen eine wichtige Anlaufstelle dar. Die Streichung von Polizeiposten trägt nicht immer zur wiedergeforderten Kunden- bzw. Serviceorientiertheit bei. Die Bevölkerung fühlt sich jetzt schon nicht mehr sicher. Aus einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes IMAS geht schon jetzt hervor, dass sich ein Drittel aller Österreicher, vor allem junge Menschen und Frauen, in der Nacht in ihrer eigenen Wohngegend unsicher fühlen. 70 % der Befragten wünscht sich mehr politischen Einsatz in Fragen der Sicherheit. Jeder vierte Österreicher spricht sich für einen verstärkten Polizeieinsatz aus. Es ist unverständlich, warum Sie, Herr Landeshauptmann Voves und auch Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, nicht im Vorfeld gegenüber der Innenministerin klar Ihren Protest gegen die geplante Schließungswelle zum Ausdruck brachten. Dass Polizeidienststellen geschlossen werden war nicht neu. Der Kärntner Landeshauptmann hat dagegen erfolgreich protestiert, Sie haben gekuscht. Nachdem bereits Schulen, Bezirksgerichte und Gemeinden aufgelöst wurden, erfolgt nun der nächste Schritt zur Aushöhlung der ländlichen Infrastruktur. In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass nur zwei Polizeiposten in Gemeinden geschlossen werden, wo Landtagsabgeordnete beheimatet sind. Nämlich ein Polizeiposten in einer Gemeinde, wo eine Abgeordnete der Sozialistischen Partei, Frau Kollegin Fischer, beheimatet ist und eine Gemeinde, wo ein FPÖ-Abgeordneter wohnt, nämlich meine Gemeinde Stallhofen. (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Ja! Ja gut!“*) Das ist so! (*LTAbg. Riener: „Die haben genau geschaut, wo du wohnst.“*) Ja offensichtlich. Nachdem ich mich anständig benimm, haben Sie gesagt, sie brauchen diesen Polizeiposten nicht mehr - so kann man es auch auslegen. Jedenfalls apropos Stallhofen: Hier wird ein Polizeiposten geschlossen, der in den letzten Jahren aufgrund der eklatanten Unterbesetzung fast unfähig war zu agieren, weil in den letzten Jahren von den fünf Dienststellen zeitweise nur zwei besetzt waren. Nun ist es einmal so weit, dass der Dienstposten endlich mit fünf Posten papiermäßig richtig besetzt ist, nun wird er aufgelöst. Durch diese Schließung ist z. B. ein ganzes Tal, nämlich das Södingtal, ohne eine Polizeidienststelle. Der Rayon umfasst derzeit etwa 684 oder 86 Quadratkilometer, nicht so

wie es in der Kleinen Zeitung gestanden ist, 800, weil das wäre größer als der ganze Bezirk, so war es nicht, also aktuell 80 Quadratkilometer, allerdings ohne vernünftige Autobahn, oder ohne Autobahn und ohne Bundesstraße, die eine rasche Anfahrt ermöglichen würde. Die Versorgung durch die zur Auswahl stehenden Inspektionen Krottendorf oder Voitsberg – das ist übrigens für die Beamten unzumutbar, dass ihnen zwar mitgeteilt wird, dass der Posten geschlossen wird, ein neuer Dienstort aber bis heute unbekannt ist – erfordert einen bis zu 15 km längeren Anfahrtsweg. Die Frau Innenminister hat von Anfang an betont, dass es sich bei den Dienststellenschließungen nicht um Sparmaßnahmen, sondern um eine Strukturreform handelt. Ich möchte hier erst einmal auf die Ziele und Ideen der Struktur eingehen. Als Ziel wurde mehr Außendienstpräsenz und die Ausbildung und der Einsatz von mehr Spezialisten wie im Verkehrsdienst, Kriminaldienst, fremdenpolizeilichen Dienst und Sonderverwendungen angeführt. In der Praxis wird sich die größere Außendienstpräsenz wohl darin erschöpfen, dass Streifen mit dem Einsatzfahrzeug durch den nun vergrößerten Rayon fahren werden. Die Bürgernähe wird sich dann wohl außerhalb von Amtshandlungen auf einen Gruß aus dem Streifenwagen erschöpfen. Wenn ich mich allerdings an die Situation beim Österreichischen Bundesheer erinnere, wo durch die Sparmaßnahmen Fahrten mit dem Panzer und anderem schweren Gerät auf Grund der Benzinsparsamkeit eingeschränkt wurde, ist zu befürchten, dass auch die Streifenfahrten in den nächsten Jahren reduziert werden müssen. Für die neue Dienststellenstruktur sollten Größe, Lage, Zustand der Dienststellenentfernung zu benachbarten Dienststellen und die Topografie des betreffenden Streifenbereiches entscheidend sein. Bei näherer Betrachtung jedoch bei verschiedenen Postenschließungen ist dieses System nicht erkennbar. Zum Schlagwort „Polizeistützpunkt in der Gemeinde“: Zur Erleichterung der Polizeiarbeit soll in den Gemeinden angeboten werden, einen Polizeistützpunkt in einem öffentlichen Gebäude einzurichten. Die Ausstattung mit einer Gegensprechanlage, die direkt mit einer Leitstelle verbunden ist, ist in Zeiten von Mobiltelefonen ein Rückfall in Zeiten von Telefonzellen und Vermittlungen. Wenn es dann heißt: „Die Gemeinde braucht nur einen Raum zeitweise zur Verfügung zu stellen“, frag ich mich, warum bei Polizeidienststellen Videoanlagen und andere Einrichtungen bei regulären Inspektionen notwendig sind - abgesehen davon, dass sich das Innenministerium die Kosten für eine Dienststelle spart und diese Kosten wiederum auf die Gemeinden dann abgewälzt werden.

In Memoriam Sicherheitspakt 2010: In einer Aussendung der FSG Steiermark wurde unter diesem Titel über die Mogelpackung „300 Polizisten mehr“ aus dem Jahre 2010 reflektiert.

Zur Erinnerung: Im Jahre 2010 wurde im Wahlkampf zwischen der damaligen Innenministerin Maria Fekter und dem steirischen ÖVP-Obmann Hermann Schützenhöfer ein medial groß unterstützter Sicherheitspakt abgeschlossen. Man beachte die involvierten Personen! Es war nicht das Land Steiermark, mit dem der Bund, das Innenministerium, einen Pakt geschlossen hatte. Es war eine im Wahlkampf abgeschlossene Vereinbarung innerhalb der ÖVP. Demnach wurde vereinbart, bis 2013 300 Polizisten mehr, ich betone hier ausdrücklich mehr, in der Steiermark einzusetzen. Wenn man sich allerdings die Entwicklung des Personalstandes in der Steiermark genauer ansieht, stellt sich die Situation etwas anders dar.

Um hier die Zahlen etwas klarer darstellen zu können, will ich auf drei Begriffe eingehen, um die Situation und die Interpretation des Personalstandes klarzustellen. Und zwar der Unterschied zwischen dem systematisierten Personalstand, das ist der jeweils errechnete Personalstand aus der Bevölkerung und dem Rayonumfang, ist der tatsächliche Personalstand, der auf dem Papier gesetzte Personalstand und der dienstbare jener, der tatsächlich vorhandenen, auf der Dienststelle dienstmachenden Polizisten ist. Damit ergeben sich für die Jahre 2010 bzw. 2013 folgende Zahlen, diese Zahlen betreffen nur die Bezirke, nicht jedoch Landespolizeidirektion, Verkehrs- und Kriminalabteilung. Systematisiert waren 2.612, tatsächlich vorhanden 2.467 und dienstbar 2.321 im Jahr 2010. Nach drei Jahren stellt sich die Situation dann so dar: Systematisiert 2.530, tatsächlich 2.440 und dienstbar 2.265. Wo sind die 300 zusätzlichen Polizisten geblieben? Minus 82 Systematisierte, minus 27 Tatsächliche und minus 56 Dienstbare – damit stellt sich die Vereinbarung von „300 Polizisten mehr“ als ein haltloses Wahlversprechen, als Mogelpackung aus dem Jahre 2010 dar. Hätten wir wirklich 300 Polizisten mehr bekommen, wie vor der Landtagswahl 2010 versprochen, müsste heute keine einzige der 23 Dienststellen geschlossen werden. Im Gegenteil, man könnte jede sogenannte kleine Polizeiinspektion mit Personal aufstocken, was wirklich mehr Sicherheit bedeutet hätte. Genau das Gegenteil ist eingetroffen. Wir haben heute an der Basis in den Bezirken weniger Personal als 2010.

Abschließend muss gesagt werden: Alle Argumente, die seitens des BMI für diese Schließungswelle vorgebracht wurden, sind haltlos - erstens einmal, mehr Polizisten auf der Straße kann definitiv verneint werden. Das Problem der Polizei ist der ständig steigende Bürokratieaufwand, dieser ist auf einer großen oder kleinen Dienststelle immer der gleiche. Es geht bei der heutigen Polizei aufgrund der ständig steigenden Vorgaben nur mehr um die Erfüllung von Statistiken, die wirkliche Polizeiarbeit tritt in den Hintergrund. Zusätzlich

müssen Polizisten mit fehlerhaften, nicht ausgereiften Computerprogrammen arbeiten. Diese Situation könnte durch den gezielten Einsatz von Verwaltungsbeamten, wie schon mehrfach angesprochen, zum Beispiel das Stichwort „die in Stiftungen geparkten Postbeamten“ gemildert werden. Die gesamte Berechnung seitens des Bundesministeriums basiert darauf, dass bis dato kleine Polizeiinspektionen angeblich nur den Schreibtisch bewacht haben sollen. So hat es zumindest die Frau Bundesminister in einer völlig unqualifizierten, wie auch beleidigenden Unterstellung dargestellt. Jeder Polizist, auch Kommandanten, waren auch jetzt schon mindestens 50 % im Außendienst tätig.

Ein Wort noch zum Dorfpolizisten in der Gemeinde. Der so hoch gepriesene Dorfpolizist kann eine bestehende Polizeiinspektion in keinsten Weise ersetzen. Wenn es auch stimmt, dass kleine Polizeiinspektionen systembedingt nur die halbe Zeit besetzt waren, so war er für die Bevölkerung genau dieses halbe Monat unmittelbar vor Ort da, war Ansprechpartner für die Schulwegsicherungen usw. Jetzt sollen diese Gemeinden im Zuge des Außendienstes mitbetreut werden. Jeder kann sich vorstellen, dass in Zukunft die anwesende Zeit in den betroffenen Gemeinden sinken wird. Das Argument: „Um die Sicherheit erhöhen zu können, müssen Dienststellen geschlossen werden“, ist ein absolutes Absurdum, sowie ein Widerspruch in sich selbst. Man sperrt ja auch keine Supermärkte, um die Grundversorgung am Lebensmittelsektor zu erhöhen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 16.51 Uhr)*

Präsident Breithuber:

Die nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler.

LTabg. Klimt-Weithaler (16.52 Uhr): Danke Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Herren Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde es ganz kurz machen. Wir haben noch einen Entschließungsantrag zu dieser Thematik. Der Kollege Dr. Murgg hat ja schon bei der aktuellen Stunde die Position der KPÖ dargelegt und ich glaube, wir haben uns jetzt alle eine kurze Wortmeldung verdient.

Ich stelle folgenden Entschließungsantrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag den zeitlichen und organisatorischen Ablauf, die vom Innenministerium ursprünglich vorgelegten Pläne, die von der Landesregierung hierzu vertretene Position, sowie die im Rahmen der Verhandlungen über die Polizeipostenschließungen getroffenen Zusagen und Vereinbarungen darzulegen,

insbesondere, soweit es sie gab, die sicherheitspolitischen Überlegungen und Einschätzungen, mit denen sie begründet wurden, im Wege einer Befassung der Landeshauptleutekonferenz Möglichkeiten auszuloten, gemeinsam mit anderen Bundesländern ein weiteres Entgegenkommen des Innenministeriums in der Frage durchzusetzen, sowie so rasch wie möglich über allfällige weitere Schritte zur Verhinderung der Polizeipostenschließungswelle bzw. zur Bewältigung ihrer Auswirkungen zu informieren.

Ich bitte um Annahme.

Sie haben jetzt natürlich in Ihrer Beantwortung den ersten Teil unseres Antrages teilweise schon beantwortet. Der letzte Teil, also die Geschichte mit der Landeshauptleutekonferenz, aber auch die weitere Vorgehensweise ist noch offen und deswegen haben wir ihn trotzdem noch eingebracht. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 16.53 Uhr)*

Präsident Breithuber:

Danke für die kurze Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung ist die des Herrn Klubobmann Dr. Georg Mayer.

LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL (16.53 Uhr): Danke schön Herr Präsident, geschätzte Kollegen!

Zu fortgeschrittener Stunde und schon einigem Gesagten heute auch am Vormittag zu den Polizeipostenschließungen, kann ich es dem Edi Hamedl nicht ersparen, dass ich noch einmal heraus komme. Ich wollte das am Vormittag schon machen, das ging aber nicht mehr, weil unsere Rednerliste schon erschöpft war - *(LTAbg. Hamedl: „Ich bin ganz Ohr, was du jetzt sagst.“)* in diesem Fall wirklich. Aber lieber Edi, es wundert mich, dass es dir nicht schon weh tut, wenn du dich da heraus stellst. Jetzt gibt es einen ganz komischen Zufall, mein Schwiegervater war nämlich heute Zuseher bei dieser Diskussion am Vormittag und hat gesagt: „Also das, was der Edi Hamedl sagt, das stimmt ja überhaupt nicht, der selbst, wie du weißt, Polizist war, Kripo-Polizist, aber das stimmt ja überhaupt nicht!“ *(LTAbg. Hamedl: „Das war ja vor 30 Jahren.“)* Das nicht nur das nicht stimmt und die Menschen in unserem Land diese Sache völlig anders sehen, als das scheinbar rote und schwarze Politiker tun, das lasst mich einmal kurz erläutern mit einigen Leserbriefen, weil sie so schön sind. Leserbriefe aus verschiedenen Medien, weil's einfach so schön ist und um euch einmal zu zeigen, was die Menschen draußen wirklich denken und nicht nur, was ihr da hier da so von euch gebt, weil das ja tatsächlich skandalös ist.

Offener Brief an die Bundesregierung: „Können, wollen oder dürfen Sie die große Mehrheit der Bevölkerung nicht verstehen, jene Menschen, für deren Sicherheit zu sorgen Ihre Pflicht ist? Können, wollen oder dürfen Sie die Maßnahmen nicht ergreifen? Beim Grenzübergang Sopron ist festzustellen, dass bereits alle Zollhäuser abgetragen wurden. Hier hatte man es ganz besonders eilig.“ Oder zwei noch, weil es wirklich so beschreibend ist. „Drübergefahren! Weniger Polizeiposten ist gleich mehr Sicherheit? Diese Gleichung stimmt sicher nicht und widerspricht jeder Logik. Ein Mathematikprofessor müsste diese Gleichung mit einem Nichtgenügend beurteilen.“ „Kein Sicherheitskonzept! Im Vordergrund stand bei den Schließungen offensichtlich nur der Einsparungsgedanke und keinesfalls ein Sicherheitskonzept.“ Ja, geschätzte Kollegen, so ist die Sichtweise der Menschen draußen und die Ihre ist ja völlig konträr. Und jetzt gibt es aber nicht nur die Menschen da draußen, sondern da gibt es auch Bürgermeister von Rot und Schwarz, die ähnlicher Meinung sind wie diese Leserbriefschreiber. Da gibt es z. B. – und das ist schon auch besonders beachtenswert – die Frau Nationalratsabgeordnete Elisabeth Grossmann. Die Frau Nationalratsabgeordnete, Sie werden sie noch kennen, sie saß einmal hier auf diesem Stuhl, wo der Kollege jetzt sitzt, es ist ein Jahr her, denke ich, da war die also, die jetzige Frau Abgeordnete Grossmann, eine gewichtige Stimme in der Landesregierung. Die war eine gewichtige Stimme da und ist hier gesessen und stellt jetzt einen Antrag, eine Anfrage im Parlament zu den Postenschließungen im Zentralraum Graz, Graz-Umgebung und Voitsberg an die Innenministerin. Es geht ihr nämlich darum, der Frau Abgeordneten Grossmann, die Sorgen der Bevölkerung und die Sicherheitsstandards in der unmittelbaren Wohn- und Arbeitsumgebung ernst zu nehmen. Jetzt sage ich es Ihnen, geschätzte Genossen: Nehmt doch, wenn ihr uns schon nicht ernst nehmt, nehmt doch bitte eure ehemalige Landesrätin, jetzt Nationalratsabgeordnete, Grossmann ernst. Nehmt diese Frau ernst, die weiß scheinbar auch, worum es geht, die kennt scheinbar auch die Sorgen und Nöte der Menschen hier in diesem Land und versucht einiges bei diesen Schließungen wieder gut zu machen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 16.57 Uhr)*

Präsident Breithuber:

Nächste Wortmeldung, unser Insider und Fachmann, Abgeordneter Kollege Edi Hamedl.

LTabg. Hamedl (16.57 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuschauer und vor allem auch liebe Kollegen, die immer bei uns hier Dienst machen!

Wir haben ja in der Früh natürlich schon einiges besprochen und gehen sozusagen jetzt in die zweite Runde. Ich darf auch vielleicht auf einige Dinge noch hinweisen. Vor allem zuerst einmal zum Kollegen Schönleitner, falls er da ist. Lieber Kollege Schönleitner, wenn du mithörst: Eines lass ich mir nicht sagen, ich falle meinen Kollegen nicht in den Rücken. Ich stärke meine Kollegen, das möchte ich auf das Stärkste widersprechen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und Sie sehen auch, wie sehr dieses Thema wirklich polarisiert und ich selbst, und der Herr Landeshauptmann hat das auch gesagt, ich stehe nicht da, um das Bundesministerium für Inneres zu verteidigen und auch die Vorgangsweise zu verteidigen, sondern ich möchte nur klar auf einige Punkte hinweisen. Das können Sie mir zutrauen, ich kenne die Polizei. Was bringt wirklich Sicherheit? Bringt die Zusammenlegung von Posten wirklich mehr Sicherheit oder bringt mehr Personal Sicherheit? Das ist unser Ziel. Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Klubobmann Mayer, ich kann mir schon vorstellen: Wann war dein Vater bei der Polizei? *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wie lange oder wann?“)* Nein, wann? Wann ist er in Pension gegangen? *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Vor zwei Monaten oder vor drei.“)* Vor zwei oder drei Monaten; ja ich sage nur, es hat sich viel verändert, auch in der letzten Zeit. *(LTabg. Amesbauer, BA: „In drei Monaten?“)* Ja, in drei Monaten auch. *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wie lange bist du schon in Pension, Edi?“)* Ein gutes Jahr. Ja, Kollege trotzdem, ich denke so; auf eines möchte ich hinweisen und da seid ihr von der FPÖ, ihr wollt nichts verändern. Ihr wollt, dass alles gleich bleibt wie in den letzten Jahren, es soll alles gleich bleiben. Nichts verändern heißt Stillstand. *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Unsinn, Edi! Edi, mach was!“)* Und Stillstand bedeutet Rückschritt, meine Damen und Herren und nicht Fortschritt. *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Wenn du was machst, sind wir dabei.“)* Wir wollen weiterkommen, auch beim Thema Sicherheit. Georg, du kannst dich melden, wenn du noch etwas zu sagen hast. Du kannst dich ohne weiteres gerne melden. Schauen Sie, ich sage jetzt gleich den Stand von Graz: Wir waren 2010 in Graz 714 Beamte - 714. Jetzt 2013 sind wir 770 Beamte. Es sind um 60 Planstellen mehr gekommen, ich gebe aber zu, uns fehlen noch immer 40 Beamte in Graz und das gehört aufgefüllt. Aber wir haben jetzt Ende Februar, da werden zwei Kurse rauskommen mit 48 Beamten und diese Beamten werden Großteils dann ihren Dienst in Graz versehen. *(LTabg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Edi, das ist Pensionsnachbesetzung.“)* Und ich kämpfe dafür, ich kämpfe dafür, dass

wir mehr Polizei kriegen, lieber Kollege. Ich glaube euch ja sogar, dass es euch wirklich ein Anliegen ist, das Thema Sicherheit. Da sind wir vielleicht gar nicht so weit auseinander. Nur mit eurer polemischen Art und mit dem Schlechtreden der Sicherheit, da erzeugt ihr eine Unsicherheit bei den Leuten selber. Und eines muss ich auch sagen, lieber Kollege, wenn du keine Argumente mehr hast und dann heraus kommst und dann Leserbriefe verlesen musst, also ich finde, das ist äußerst schwach. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ - LTAvg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Eure Meinung ist aber kein Leserbrief.“*) Warte, du kannst dich eh melden - du kannst dich eh melden, lieber Kollege, wenn du willst. Schauen wir uns wirklich ... nehmen wir das Beispiel Graz-Umgebung her. Es werden drei Dienststellen geschlossen und ich bitte euch auch, ihr habt dort auch ganz großartig geschrieben: „Weniger Polizeidienststellen bedeuten weniger Sicherheit. Zum Beispiel bringt die Schließung von Posten automatisch längere Anfahrtswege der Beamten zu den Einsätzen mit sich.“ Das stimmt so nicht, lieber Kollege. Außerdem haben wir Polizeiinspektionen, die Posten waren ... vor 35 Jahren hat es Polizeiposten gegeben. (*LTAvg. Amesbauer, BA: „Aber die Leute sagen so dazu. Edi, bitte.“*) Ja, ist ja egal, ob sie so sagen oder nicht. Aber ihr solltet es zumindest richtig schreiben, lieber Kollege. (*LTAvg. Amesbauer, BA: „Die Polizisten sagen selber ‚Posten‘.“*) Und ich sage da hier jetzt dieses Beispiel Graz-Umgebung. Wir haben in Übelbach zwei Beamte, die dort Dienst machen, in St. Marein drei und in Semriach vier. Von der Landespolizeidirektion wurde errechnet, wenn es vier bis fünf Beamte gibt dort an der Dienststelle, dann sind pro Tag 1,2 Beamte da – 1,2 Beamte! Das heißt, der Kollege sitzt meistens alleine auf der Dienststelle. Wenn es dann zu einem Einsatz kommt, muss erstens eine andere Streife dazukommen, wenn der Einsatzort in der Nähe ist, dann ist er vielleicht wirklich schneller als die Streife. Aber ich darf, nachdem das für euch ein bisschen schwer verständlich ist, ich darf das anhand eines Schaubildes zeigen, lieber Kollege. Wenn das ein großer Sektor ist, in dem Sektor Graz-Umgebung fahren zehn Sektorstreifen am Abend, am Wochenende sogar elf. Jetzt gibt es ein paar Dienststellen. Wenn wir die Dienststellen besetzen oder von dort wegfahren mit eurer Rechnung, (*LTAvg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „... und der Posten besetzt ist!“*) weil man dann schneller beim Einsatzort ist, dann müsste der Kollege am Posten, wie ihr sagt, sozusagen sitzen auf der Dienststelle. Viel mehr Effizienz bringt es, wenn er unterwegs ist, wenn er auf Streife ist und dann am Einsatzort relativ schnell da ist. Das habt ihr nicht kapiert, das ist euer ganz großer Denkfehler, lieber Kollege und das solltet ihr wirklich mal objektiv betrachten. (*LTAvg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Edi, halt das noch einmal rauf, damit ich ein Foto machen kann.“*) Gerne, damit du ein Bild machen

kannst, kannst dann auf deine Homepage stellen. Bitte! Dann lieber Kollege, darf ich euch einen Vergleich bringen mit Bayern. Bayern hat ungefähr 12,4 Millionen Einwohner, Österreich hat 8,4 Millionen. Wir haben 83.000 Quadratkilometer, Bayern hat 70.000. Wir haben auch neun Landespolizeikommanden, die Bayern haben zehn. Wir haben ungefähr 27.000 Polizeibeamte in Österreich, Bayern hat 29.000. Jetzt meine Damen und Herren hören Sie genau hin: In Österreich haben wir 894 Polizeiinspektionen, Bayern hat 233. Selbst nach der Schließung jetzt verbleiben in der Steiermark 126 Dienststellen. Sie sehen, dass andere Länder fortschrittlicher sind. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Ach so! Du willst noch mehr zusperren, Edi?“*) Nein, Polizeidienststellen heißt nicht gleichzeitig Sicherheit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*) Wichtig ist es, noch einmal liebe KollegInnen, Bayern hat nicht weniger oder nicht mehr Kriminalität. Wo ihr den großen – ich wiederhole es noch einmal – den großen Denkfehler, den ihr habt, ich habe eh gesagt, wir gehen d'accord: Ich hätte auch gerne mehr Polizeibeamte und in Graz haben wir einen eklatanten Unterstand. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Ihr habt das vor der Wahl versprochen.“*) Ich habe nichts verbochen, wir haben überhaupt nichts verbochen! (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Versprochen.“*) Es gibt ein Bundesministerium für Inneres und die machen diese Dienstplanungen. Aber die Sicherheit geht nicht von den Dienststellen aus. Ihr wollt jetzt den Leuten einreden: „Wenn eure Dienststelle geschlossen wird, dann wird alles viel schlechter.“, obwohl sich in Wirklichkeit nichts ändert. Ihr seht da einen Streifen fahren in der Nacht, ganz gleich, und die haben vielleicht die Möglichkeit, Straftaten zu verhindern, meine Damen und Herren – nehmen wir diese 23 Dienststellen her. Bei diesen 23 Dienststellen gibt es überall mindestens zwei bis drei Dienstführende. (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Das ist doch schwach! Schwach.“*) Das ist kein Schwachsinn, lieber Kollege, du kennst dich nicht aus. Es gibt 23 Kommandanten auf diesen Dienststellen, frage meine Kollege da hinten, das mal zwei sind 46. Also das heißt, diese 46 Beamten alleine können wir schon mehr im Außendienst verwenden. Wenn eine Dienststelle einen größeren Pool hat, dann sind wir flexibel im Einschreiten. Wir können flexibler auf Straftaten reagieren, wir können hingehen. Was aber passieren muss, und ich glaube, das ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Da gehe ich mit Ihnen, mit euch ganz gleich: Das subjektive Sicherheitsgefühl gehört gestärkt. Wir müssen den Leuten zeigen, dass nicht mehr Straftaten stattfinden, die Polizei ist mehr bei ihnen als früher, nur das Polizeischild – und das hat ja der Kollege Gunter Hadwiger sehr schnell gesagt, er hat gesagt: „Das Polizeischild und die Glocke, was jetzt gemacht wird, das macht nicht mehr Sicherheit, sondern die Beamten draußen vor Ort.“ Wir haben einen ganz klaren Auftrag: Polizei heißt

„Gefahrenabwehr“ und nicht „die Straftaten aufnehmen“. Ich sage es in der medizinischen Fachsprache: Wir brauchen keine Pathologen, wir brauchen Notärzte. Bei der Polizei heißt das, wir brauchen Streifen, die wirklich unterwegs sind.

Noch einmal zusammengefasst: Durch diese Zusammenlegung der Polizeiinspektionen wird erstens einmal die Sicherheit von den Kollegen ganz enorm gestärkt. Ich habe mit vielen Kollegen geredet, die einzeln Streife fahren. Ich bin in Wien in meiner Anfangszeit alleine gefahren. Wisst ihr, was das heißt, wenn man alleine unterwegs ist? Der Kollege jetzt, wo die Kriminalität um vieles gestiegen ist, der hat gesagt ... (*LTA*bg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „*Ja Edi, da beißt sich aber der Hund in den Schweif.*“) ... horch zu, der hat zu mir gesagt: „Kollege Edi, ich gebe dir Recht. Ich bin froh, dass ich in einer größeren Dienststelle Dienst mache. Jetzt habe ich endlich die Sicherheit, zu zweit auf Streife zu fahren. Alleine möchte ich nicht Streife fahren.“ Nehmt die Bedenken der Kollegen bitte wirklich ernst. Noch einmal, der wichtigste Punkt, glaube ich, in dieser Angelegenheit ist die Außenpräsenz, die enorm erhöht wird. Weil ihr auch glaubt, die Nähe einer Dienststelle verhindere Straftaten: Ich habe einen Auszug aus unserer Analyse. In der Mitte ist die Polizeiinspektion Schmiedgasse. In einem Umkreis von 500 Meter sind enorm viele Straftaten passiert. Das kann man fast auf jede andere Bezirksstelle umlegen. Eine Dienststelle alleine macht keine Sicherheit. Liebe Kollegen, ich bitte euch, die Leute richtig zu informieren. Wo ich gerne mit Ihnen mitkämpfe, ich kämpfe für euch gerne für mehr Personal. Da könnt ihr mich haben, aber nicht für Erzeugung von Unsicherheiten, Unwahrheiten verbreiten. Der Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer hat das klar ausgedrückt: Es ist eine Angelegenheit des Bundesministeriums für Inneres und es ist trotzdem gelungen, von diesen 35 vorgeschlagenen Dienststellen auf 23 zu reduzieren. Ich danke dir sehr, Herr Landeshauptmann, danke schön. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.08 Uhr*)

Präsident Breithuber:

Letzte Wortmeldung Herr Abgeordneter Kollege Gerald Deutschmann. Ich bitte darum.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (17.08 Uhr): Herr Präsident, Damen und Herren der Landesregierung, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Kollege Hamedl, danke für deine profunde Ausführung. Als ehemaliger Polizist hast du dich da ja ziemlich ins Zeug gelegt. Gott sei Dank leben wir nicht in Bayern, sondern in der Steiermark, was mich sehr freut. Der Worte sind genug gewechselt, nun lasst uns endlich

Taten setzen. Jetzt haben wir gehört, wie es gehen könnte, dass du in Wahrheit eh bei uns bist. Nichts desto trotz hat bereits die Dringliche Anfrage die Argumente klar zur Darstellung gebracht, dass diese Kahlschlagpolitik auf Kosten der Sicherheit geht und das mit Sicherheit. 15,54 % Schließungen, diese Zahl ist unbestritten, ist eine Ausdünnung des ländlichen Raumes, das haben wir heute schon gehört und damit ist das mit Sicherheit ein Rückschritt und kein Fortschritt. Leider ist es auch ein trauriges Faktum, dass gerade unser Bundesland, geschätzte Damen und Herren, in der Kriminalstatistik österreichweit relativ hoch und oben anzutreffen ist und mit dieser hier Anzeigen-Mogelpackung der Nichtaufstockung der Polizeidienststellen ist natürlich das konterkariert. (*LTabg. Hamedl: „Weißt du, wie viel Straftaten wir haben?“*) Gleich, ich bin gleich fertig. Wir können uns dann schon unterhalten. Dass gerade in der Steiermark die meisten Schließungen passieren müssen, ist natürlich politisch grob fahrlässig, hätte ich jetzt einmal gesagt. Schon jetzt ist einmal festzuhalten, dass wir in der Soll/Ist-Stärke eine Lücke haben, die wir nicht auffüllen können, weil Fakt ist, dass 130 Polizisten in Pension gehen und nur 75 neu in den Dienst gestellt werden. Das ist Faktum! (*Beifall bei der FPÖ*) Außerdem habe ich schon gesagt, die Aufgaben der Exekutive, das hast auch du richtig gesagt, nämlich im Umfangreichen und Komplexen, keine Frage, nun soll mit weniger Beamten das erfüllt werden, was vorher mehr gemacht machen mit anderen Aufteilungsspektren. Das ist eine Sicherheitspolitik, die ich nicht nachvollziehen kann. Unsere Landesregierung, geschätzte Damen und Herren, ist eben aufgefordert, alles zu tun und zu unternehmen, um diesem Kahlschlag entgegenzuwirken und abzuwenden. Nicht, wie ich vorher gesagt habe, mit Worten, sondern mit Taten. (*Beifall bei der FPÖ*) Geschätzte Damen und Herren der Reformpartnerschaft, verlassen Sie Ihren rot-schwarzen Reformtunnel und steigen Sie mal raus und gehen Sie hier mit und zeigen Sie hier Verantwortung für unsere Sicherheitspolitik.

Ich stelle daher den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung

- 1.) für einen Stopp der geplanten Schließungen von steirischen Polizeidienststellen einzutreten und
- 2.) eine Aufstockung des Personals zur Besetzung der vorgesehenen Plandienststellen in der Steiermark einzufordern.

Schauen Sie sich das an, machen Sie hier mit, denn da ist nichts verloren, im Gegenteil: das ist ein erster Schritt zu einer ordentlichen Sicherheitspolitik. Danke. (*Beifall bei der FPÖ – 17.11 Uhr*)

Präsident Breithuber:

Das war nicht die letzte Wortmeldung. Es hat sich noch zu Wort gemeldet der Kollege Amesbauer.

LTAbg. Amesbauer, BA (17.11 Uhr): Danke Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren! Ein kurzer Nachtrag von meiner Seite. Ich denke, die Argumente sind im Wesentlichen ausgewechselt und ich will da gar nicht zu groß darauf einsteigen. Ich möchte Ihnen nur einen Fall bringen oder ein Beispiel näher bringen aus meinem Bezirk Bruck-Mürzzuschlag und zwar aus der Gemeinde Spital am Semmering, meine Damen und Herren. Da gibt es ein Interview des Bürgermeisters Reinhard Reisinger, SPÖ, in der Kleine Zeitung vom 29.01. und zwar unter dem Titel „Die haben sich nichts gedacht“. Da wird in dem Artikel angeführt, dass in der Gemeinde Spital am Semmering – Sie wissen, Tunnelbau, wir hoffen ja alle in diesem Haus, dass das nicht zu lange verzögert wird durch diesen Einspruch, dem stattgegeben wurde. Aber Faktum ist, dass alleine 300 Bauarbeiter für die Baustelle des Semmering-Basistunnels in einem Containerdorf untergebracht werden, meine Damen und Herren, und 500 LKW-Fuhren werden alleine in eine Fahrtrichtung täglich im Gemeindegebiet unterwegs sein. Der Bürgermeister Reinhard Reisinger, steht hier in der Zeitung, ist auf den Barrikaden schon recht weit oben scheinbar und er sagt, wie gesagt: „Sie haben sich nichts gedacht“. Und Zitat: „Wir haben zwölf Jahre lang eine Riesenbaustelle, zwei Tunnelangriffsstellen, unheimlich viel LKW-Verkehr über Gemeinde- und Landesstraßen. Jetzt sperrt man uns zum ungünstigsten Zeitpunkt den Posten zu. Von der Baustelle zum nächsten Posten sind es immerhin 21 Kilometer.“ Dann wird auch angeführt, dass beide großen Schigebiete Stuhleck und Semmering Hirschenkogel, wo das Gemeindegebiet der Gemeinde Spital am Semmering bis zur Passhöhe geht und sämtliche Parkplätze des Schigebietes im Gemeindegebiet der Gemeinde Spital am Semmering liegen. Der Bürgermeister sagt dann noch: „Ich habe im Winter immer 22.000 Leute täglich mehr da. Alleine an den Verkehrsvergehen merkt man, was da los ist.“ Also alleine an den Verkehrsstrafen, die da scheinbar amtsbehandelt werden in diesem Bereich, sagt der Bürgermeister, dass es ja keine wirtschaftlichen Gründe haben kann, den Posten zu schließen, abgesehen davon, dass die Kosten für den 50-Quadratmeter-Posten nicht besonders hoch sein können. (LTAbg. Schwarz: „Die Argumentation ist falsch.“) Herr Kollege Schwarz, horchen Sie zu, das sind Ihre Funktionäre, die das sagen. Mir ist schon klar, dass Ihnen das nicht interessiert, das wissen wir eh. Sagen Sie das Ihrem Bürgermeister, dass die Argumentation falsch ist. Ich finde diese Argumentation ist richtig, die Ihr

Bürgermeister hier tätig. Horchen Sie zu, Herr Schwarz, bitte, tun Sie mir den Gefallen. Dazu wird auch noch gesagt: 1.000 Zweitwohnungsbesitzer kommen, also 1.000 Zweitwohnungsbesitzer zusätzlich zu den Faktoren mit den 300 Bauarbeitern, mit den 500 LKW-Fuhren und mit den 20.000 Tagesgästen in der Schisaison, die da in der Gemeinde sind. Und gerade dort wird der Posten, oder die Polizeidienststelle, lieber Edi, dicht gemacht. Es ist auch ein Faktum, dass der Bürgermeister dort Aktionen angekündigt hat. Zum einen Unterschriftenaktionen; Unterschriften werden in der Gemeinde gesammelt und er will diese Protestunterschriften auch an die Innenministerin und an den Herrn Landeshauptmann weiterleiten. *(Beifall bei der FPÖ)* Applaus für den Bürgermeister! So, die Frage, die sich mir jetzt stellt – Sie haben ja den Antrag vom Kollegen Deutschmann gehört, wo der Punkt eins lautet: „Der Landtag oder die Landesregierung wird aufgefordert, sich an die Bundesregierung zu richten und mit Nachdruck eben zu verlangen, dass diese Postenschließung nicht durchgeführt werden. Stoppt die Polizeipostenschließung!“ Jetzt bin ich schon sehr gespannt, ob die Frau Landtagsabgeordnete Fischer dem Antrag zustimmt, denn die Frau Maria Fischer ist ja Vizebürgermeisterin dieser Gemeinde und eine Parteikollegin des Bürgermeisters. Also das wird jetzt spannend sein, liebe Kollegin, ob du jetzt dagegen stimmst, unserem Antrag zustimmst oder so wie es die Gewerkschaft von der Arbeiterkammer macht: Einfach den Plenarsaal verlassen. *(LTAbg. Mag. Dr. Mayer, MBL: „Hört, hört! Aber sie sitzt noch da.“)* Ich gehe davon aus, dass das Parteilinie ist, dass Ihr den Spitaler Posten erhalten wollt, denn auch eure Jugendorganisation, die Junge Generation, hat ja medial gearbeitet und ist gegen die Ausdünnung der Randgebiete, wie die Junge Generation das bezeichnet hat, auch vorgegangen. Jetzt bin ich wirklich neugierig, Frau Kollegin Fischer, wie du dich verhältst. Denn diesen Spagat, wenn du unsere Initiative ablehnst, oder den Saal verlässt, den wirst du deinen Bürgern erklären müssen. Eines kann ich euch allen versprechen: Wir werden dafür sorgen, dass die Bürger dein Abstimmungsverhalten erfahren. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 17.16 Uhr)*

Präsident Breithuber:

Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich darf die drei Herrschaften vor mir bitten, etwas auf die Seite zu gehen, danke. Ich darf die nächsten zwei Herrschaften kurz bitten, Herr Landeshauptmannstellvertreter und Frau Landesrätin: Ich brauche ein bisschen ein Blickfeld, wir kommen nämlich zur Abstimmung.

Ich komme nun zur Abstimmung und ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 2517/3, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP und Grüne.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ, Einl.Zahl 2517/2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden gegen die Stimmen von SPÖ und ÖVP.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 11. März 2014 statt.

Zu dieser Sitzung wird verbindlich auf schriftlichem, d.h. elektronischem Weg, eingeladen.

Ich beende die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 17.18 Uhr)